

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

BELEGSCHAFTEN
AUF
DER
SUCHE





edition **UMBRUCH**

Gemälde und Plakate,
die im UMBRUCH –
teilweise zum ersten
Mal – veröffentlicht
wurden: jetzt in
guten Reproduktionen
als Kunstdruckpostkarten

Manfred Feith-Umbehr, Mama Catalan



Manfred Feith-Umbehr, Unsere kleine Türkenwelt (Doppelpostkarte)



Werner Steinbrecher, Deutsches Eck



Robert Cavegn, Marianne IV



Sarah Haffner, Ein Verlorener



Sarah Haffner, Arbeitstisch am frühen Morgen

7 vierfarbige
Kunstdruckpostkarten
12 Postkarten
mit 4 mehrfarbigen
Plakatmotiven
Jeder Satz 12 DM
plus 1,50 DM für Versand
Bitte nebenstehende
Bestellkarte benutzen
oder – falls schon
abgeschnitten – an:
Buchvertrieb Hager
Postfach 111162
6000 Frankfurt 1



... oder als Begrüßungsgeschenk
für neue Abonnent/inn/en
Bestellkarte gleich
nebenan!



IN DIESEM **Kommune** HEFT...

Editorial	4
Grüne Zukunft und Zukunft der Grünen — Weichenstellungen	5
Wohin des Wegs? Anmerkungen zum Bundeskongreß der Grünen	10
Verhandlungen Grüne/SPD in Hessen: Ein Experiment, das gelingen muß?	12
Eindrücke aus den hessischen Verhandlungen	14
Frieden ist unteilbar Erklärung des KOS, Polen	15
Wirtschaft & Politik	16/17
Aus deutschen Landen: Hanau — wo der Geigerzähler tickt!	18
PLO und Libanon: Neuerlicher Exodus und was dann?	22



Brasilien 1983: WirtschaftsWunderKatastrophe	23
Belegschaften auf der Suche. Gespräch mit Bremer Betriebsräten	30
Gewerkschaften: Vorruhestandsregelung dreimal besser oder zwölfmal schlechter	38
Diskussion	
<i>Friedemann Bleicher</i> : Dynamik und Grenzen von Genossenschafts-Ökonomie	39
<i>Jens Scheer</i> : Zur zivilen und militärischen Nutzung der Atomenergie in der Sowjetunion	49

Der Mensch als Umweltzerstörer? Eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur am Beispiel des Alpenraumes — Teil 2	55
Zeitschriften: Was uns auffiel	63
Leserbriefe / Termine	64/65

Titel: Das Foto zeigt einen Windgenerator, der bei Voith, Bremen, gebaut werden soll.

Arbeiten, um zu leben . . .

diese Parole zielt den Button der Leute von Voith, einem Bremer Metallbetrieb, den ein Teil der Belegschaft (unterstützt vom Bremer Senat) nach der Pleite in eigener Regie, als »Arbeitnehmerbetrieb«, weiterzuführen versucht. Welche Produkte kommen in Frage, was ist sozial nützlich und ökologisch verträglich? Wie an Aufträge herankommen? Wie Konkurrenz mit anderen Belegschaften vermeiden, die »anders« produzieren wollen? Wie ist die Umrüstung in einem Großbetrieb wie dem Bremer Vulkan vorstellbar, was ist leichter, was schwieriger als in einem mittleren Unternehmen? — Darum ging's in einem Gespräch mit den *Betriebsratsvorsitzenden* dreier krisengeschüttelten Bremer Unternehmen. **Seite 30**



Wohin des Wegs?

fragt *Ralf Fücks* sich und die Grünen nach dem Verlauf der 6. ordentlichen Bundesversammlung derselben in Duisburg. **Seite 10**

Sie gibt auch den Hintergrund ab für die Überlegungen *Joscha Schmierers* zur Entwicklung der Grünen von einer radikalen ökologischen zu einer Linkspartei, in der die alten Kader der in den 70er Jahren gescheiterten Politikmodelle aller Couleur, mehr oder weniger grün geläutert, zunehmend prägend sind. Ein Grund dafür — so eine These — daß der Streit oft quer zu dem liegt, was ansteht. Nicht um Schreibtischmodelle gehts dabei, sondern — angesichts der »historischen« Verhandlungen in Hessen — um Machbares und Notwendiges in der aktuellen Kräftekonstellation. **Seite 5**

Karl Kerschgens, einer der grünen Unterhändler, sieht bei Börners SPD was in Bewegung geraten. **Seite 12**

Ein Knackpunkt in den Verhandlungen ist die im hessischen Hanau angesiedelte und auf Expansion bedachte Atomindustrie. *Eberhard Stickler* berichtet, was sich in der hessischen Provinzstadt rund um Atom und US-Army an Streit, Koalitionen und Bewegungen entwickelt hat. **Seite 18**

Krieg und Frieden

werden in diesem Heft mehr »von außen« und im weiten Bogen behandelt. *Jens Scheer* zeichnet die Geschichte der zivilen und militärischen Nutzung der Atomenergie in der SU nach und widerlegt das Märchen vom defensiven Charakter der sowjetischen Rüstungspolitik. **Seite 49**

Eine Erklärung des polnischen KOS im Anschluß an dessen offenen Brief an die Friedensbewegung im Westen haben wir dokumentiert und kommentiert. **Seite 15**

Brasilien — abhängig im andern Block — der gescheiterte Weg zur Atomkraft im Reigen der alten Industrieländer ist Thema einer Untersuchung von *Franz Dick*, der im Sommer dort war. **Seite 30**

editorial

Mit diesem Heft ist bisher ein Jahrgang der *Kommune* erschienen. Finanziell ist die Zeitschrift weiterhin auf Unterstützung angewiesen (Förderabos und Förderbeiträge). Den Preis der *Kommune* haben wir nicht angehoben. Unsere Abonnenten und Abonnentinnen bitten wir, ihre Abos rechtzeitig zu erneuern, das ist bei vielen Jahres- und Halbjahresabos mit diesem Heft fällig. Auch bitten wir euch zu prüfen, ob ihr euer Abo nicht in ein Förderabo umwandeln könnt. Wer die *Kommune* direkt unterstützen will, kann das Geld auf unser Förderkonto überweisen und Mitglied eines Fördervereins werden. Wir wollen uns bemühen, daß der Verein als gemeinnützig anerkannt wird, so daß die Beiträge auch von der Steuer abgesetzt werden können. Bei einer leicht ansteigenden Tendenz bei der Auflagenentwicklung (jetzt so an die 3000) und der Aboentwicklung (jetzt so etwa 1550) werden wir dann die Herausgabe der *Kommune* weiter sichern können. Dazu sind aber auch Einsparungen bei unseren Kosten notwendig.

Mit Ende dieses Jahres haben wir die Redaktion von sechs auf vier Angestellte verkleinern müssen (Michael Ackermann, Cornelia Falter, Gerd Heinemann, Joscha Schmierer). Die ausscheidenden Redaktionsmitglieder werden zwar weiter mitarbeiten, aber einen gravierenden Einschnitt bedeutet diese Ver-

kleinerung der Redaktion dennoch. Noch mehr als bisher werden wir also auf eure Mitarbeit angewiesen sein, so daß sich die Redaktion auf ihre eigentliche Redaktionsarbeit konzentrieren kann und nicht so viel schreiben muß. Unsere Konzeption ist das eh.

Wenn sich die Mitarbeiter weiterentwickelt wie bisher, meinen wir, daß wir die Herausgabe der Zeitschrift nicht nur sichern, sondern sie auch verbessern können. Im nächsten Jahr wollen wir unsere internationale Berichterstattung verbessern, und zwar durch Leute, die nicht nur Kenntnis aus Büchern und von Besuchen haben, sondern in den jeweiligen Ländern leben. Wir erwarten einen regelmäßigen „Brief aus Wien“ und hoffen auch auf regelmäßige Mitarbeiter/innen aus der Schweiz, Italien und Frankreich. In der Regel soll es sich dabei um kurze Kommentare und Glossen handeln über Ereignisse, Äußerungen etc., die unseren dortigen Mitarbeiter/inne/n kennzeichnend scheinen. Überhaupt wollen wir die kleinen Formen ein bißchen entwickeln. So will Willfried Maier bis auf weiteres eine regelmäßige Rubrik veröffentlichen, in der er sich in aphoristischer Form mit Lektürefrüchten und sonstigen Vorkommnissen auseinandersetzt. Bis auf weiteres soll heißen, so lange das zwanglos geht.

Bei den Schwerpunkten werden wir weiter versuchen, uns neue Themen zu erschließen. In diese Richtung ging im ersten Jahrgang etwa die Veröffentlichung des Artikels über die Alpen als Kulturlandschaft. Überhaupt wollen wir schauen, daß wir die regionalen Gesichtspunkte ein bißchen mehr hervorheben, denn sonst bleiben alle Vorschläge eines anderen Arbeitens, Wirtschaftens und Lebens doch ziemlich abstrakt. Die reportageähnlichen Berichte aus verschiedenen Städten und Regionen möchten wir deshalb mehr oder weniger regelmäßig fortsetzen, so in diesem Heft mit dem Aufsatz über Hanau, der unserer Berichterstattung über die Verhandlungen um die

hessische Regierungsbildung ein bißchen Hintergrund gibt.

Wahrscheinlich wird es in der nächsten Zeit aufgrund der Fraktionierungs- und Spaltungstendenzen innerhalb der Grünen schwerer, die Zeitschrift als Forum offenzuhalten und weiterzuentwickeln. Der Zwang zur Einordnung wächst doch ziemlich. Wie immer wir als Mitglieder der Redaktion zu den jeweiligen Fragen stehen, diesem Zwang zur Einordnung wollen wir die Zeitschrift auf jeden Fall entziehen. Im Gegenteil, hier wollen wir gegen den Strom schwimmen. Es ist deshalb auch nicht Absicht gewesen, daß in diesem Heft nur ein Vertreter der hessischen Landtagsgruppe und kein Radikalökologe, wie sich die „Fundamentaloppositionellen“ hier nennen, zu Wort kommt. Sie sind halt nicht mehr rechtzeitig zu Streich gekommen. Mal sehen, was bis zum Erscheinen des nächsten Heftes passiert.

Wir werden weiter versuchen, die Mischform von politisch-kulturellem Magazin und Zeitschrift mit mehr analytischen und theoretischen Artikeln zu entwickeln. Immer mal wieder ist uns das im letzten Jahrgang nach der einen oder anderen Seite ausgeschlagen.

Wir würden uns im übrigen freuen, wenn wir ein bißchen mehr Briefe mit Eindrücken über die Entwicklung unserer redaktionellen Arbeit bekämen. Es müssen ja nicht immer gleich richtige „Leserbriefe“ sein.

Auch in Zukunft wollen wir versuchen, mit anderen Zeitschriften zusammen Veranstaltungen und Arbeitskonferenzen durchzuführen. In **Frankfurt** wollen wir am Montag, dem **19. Dezember**, mit den Redaktionen von *links* und *Pflasterstrand* zusammen über die amerikanische Außenpolitik diskutieren (20.00 Uhr, Volksbildungsheim am Eschenheimer Turm, kleiner Saal).

Unsere besten Wünsche für das nächste Jahr habt Ihr, hoffentlich wir eure Unterstützung. Das nächste Heft erscheint übrigens am 13. Januar 1984. *js*

Impressum *Kommune*. Forum für Politik und Ökonomie. Monatszeitschrift. Herausgeber: M. Ackermann, H. Biesecker, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, V. Lehmann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner, H. Simon, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla. Redaktion: M. Ackermann (ma), F. Bleicher (fb), C. Falter (cf), G. Heinemann (gh), Th. Mehlen (tm), J. Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: J. Schmierer. Gestaltung: M. Ackermann. Beiträge, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Adresse der Redaktion: *Kommune*-Redaktion, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/73 02 36, Telex: 41 30 80 kuehl d. Verlag und Anzeigenverwaltung: Kühl Verwaltungen GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11. Es gilt Anzeigenpreisliste 1/1983. Satz und Druck: CARO Druck GmbH, Frankfurt. Vertrieb, Bestellungen und Abonnements: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/73 02 34. Postcheckkonto PschA Ffm, Kto.-Nr. 18 74 90-607 (BLZ 500 100 60). Bezugsbedingungen: Einzelheft 5 DM, Jahresabonnement 60 DM, Halbjahresabonnement 30 DM, Förderabonnement 100 DM. Abonnements, die per Einzugsverfahren gezahlt worden sind, verlängern sich nach Ablauf des Abonnements automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wurde. Abonnenten, die per Scheck, Überweisung oder bar bezahlt haben, erhalten spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eine erneute Zahlungsaufforderung. Mit Rücksicht auf die Umsatzsteuererhöhung zum 1.7.1983 werden die Abonnements, die vor dem 1.7.1983 begonnen haben und nach dem 30.6.1983 enden, in zwei Abrechnungszeiträume mit entsprechenden Teilleistungen aufgeteilt. Der erste Abrechnungszeitraum endet am 30.6.1983, der zweite beginnt am 1.7.1983. In dem auf die Zeit bis zum 30.6.1983 entfallenden zeitanteiligen Betrag des Bezugsgeldes ist die Umsatzsteuer in Höhe von 6,5 v.H. des Entgelts (6,1 v.H. des anteiligen Bezugsgelds) enthalten, in dem zeitanteiligen Bezugsgeld für die Zeit nach dem 30.6.1983 in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. des anteiligen Bezugsgelds). Beginnt ein Abonnement am 1.7.1983 oder später, so enthält das Bezugsgeld insgesamt die Umsatzsteuer in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. Bezugsgelds). Spendenkonto: „*Kommune*“ Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27 16 91 (BLZ 501 900 00). Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe-Nahme“ ist keine Auslieferung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtauslieferung zurückzusenden. ISSN 0723-7669



Weichenstellungen

Von Joscha Schmierer

Eine strategische und politische Debatte ist fällig. Das sagen fast alle. Auf der grünen Bundesversammlung damals in Hannover wurde sie wenigstens angerissen. In Duisburg jetzt schwelten zwar etliche Kontroversen, aber bloß in den Vorstandswahlen kamen sie via Hektik der Kandidatenverschieberei und in Kampfabstimmungen zum Ausdruck. Gelegentlich schienen die Delegierten ein bißchen Feuer unterm Hintern zu spüren, aber ihr Sitzfleisch blieb bewunderungswürdig.

Es war eine Konferenz der Routine, auch wenn der Vorstand fast nichts ordentlich vorbereitet hatte. Das Ding, die grüne Partei, hat sich vorübergehend so konsolidiert, daß auf höchster Ebene jedenfalls kaum ein Beben zu spüren ist, wenn überall schon die Gräben gezogen werden. Sollte sich so die „Tendenz zu einer echten Linkspartei“ durchsetzen, die nach Auffassung eines linken Beobachters „in Duisburg Punkte sammeln konnte“¹, dann ist es im wörtlichsten Sinn fürn Arsch. „Vom Protest zum Widerstand“ so hieß eines der bekanntesten Bücher aus der und über die 68er Bewegung. Auf der grünen Bundeskonferenz feierte der Slogan ganz unschuldig Auferstehung. Beschlossen wurde dann unter anderem auf Antrag der „Panzerknacker“ am Mittwoch, dem 23. November, alles Geld von der Bank abzuheben, wobei die einzige Sorge blieb, ob dieser massive Angriff auf das Finanzkapital nicht im Zusammenbruch des Bankensystems und zu einer Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führen könnte. Die Sorge konnte zerstreut werden. In Wahrheit waren die Delegierten fest ent-

schlossen, jedem Unsinn zuzustimmen, sofern er nur Ausdruck guten Willens zu sein schien und diskussionslose Verabschiedung sicherte, daß man sich nicht doch noch unversehens mit Gründen streiten müßte.²

Die Grünen beginnen den Vorurteilen in dieser Bewegung nachzulaufen. Sie beginnen, sich die Priorität der Themen und die Stimmung diktieren zu lassen. So war das einzige Thema der Konferenz die Raketenstationierung, und die Stimmung war vorherrschend, daß man sich angesichts der unvermeidlichen Krise der Friedensbewegung (das braucht gar nichts Schlechtes zu sein) am besten durch gutes Zureden selber Mut macht. „Vom Protest zum Widerstand.“ Und was war bisher? Kein Widerstand? Und wird in der Zukunft „Widerstand“ gegen die Raketen irgendwie ausreichen? Es ist wohl so, daß sich die Grünen statt zu einer radikalen Organisation zu einer linken Allerweltpartei entwickeln, die verbal gelegentlich in Linksextremismus macht, um sich über den Werkeltag hinwegzutrusten. Es ist ja nicht aus der Luft gegriffen, was einige Kritiker der augenblicklichen Situation zum Datum des Bundeskongresses aufgeschrieben hatten: „Die Partei DIE GRÜNEN läuft heute Gefahr, ausgerechnet in den Bereichen, die sie als erste Partei entschieden und folgenreich thematisiert hat, die Initiative zu verlieren – und zwar an die herrschenden Parteien. Es ist eine Situation vorstellbar, in der vielen nicht mehr klar sein könnte, warum es überhaupt die Partei DIE GRÜNEN geben soll. Vor allem in ökologischen Fragen hat die Partei die Initiative verloren.“³

Gerade aber der ökologische Ansatz macht die Grünen zu einer potentiell radikalen Partei, einer Partei, die gerade des-

halb zum Sammelbecken der Linken werden konnte, weil sie gegenüber der linken Programmatik, die sich längst in zahlreiche untereinander zerstrittene Positionen verfahren hatte, eine Kritik an der herrschenden Produktionsweise entwickelte, die eher an die Wurzel ging als der eingebürgerte Marxismus, so betulich und gewaltfrei das auch verglichen mit Theorie und Praxis der revolutionären Linken daherkam. Manche scheinen sich jetzt grüner Betulichkeit anzupassen und gleichzeitig den potentiell radikalen Ansatz grüner Kritik und Perspektive entschärfen zu wollen. Damit wäre dann beides verloren: die revolutionäre Entschiedenheit aus der 68er Bewegung und der inhaltliche Radikalismus, der sich erst in den 70er Jahren entwickelte. Dann hätten wir die linke Reformpartei, die manche vielleicht schon immer wollten, mehr aber auch nicht.

Mit der Radikalität des grünen Ansatzes hängt es zusammen, daß auch Leute, die sich als revolutionäre Kommunisten verstehen, einiges nochmal überlegen müssen. Wenn es richtig ist, daß es mit politischer und sozialer Umwälzung nicht getan ist, sondern daß Kapitalismus und Staatsmonopolismus als Produktionsweise eine materielle Struktur hervorgebracht haben, in der die wachsende Entfremdung von Mensch und Natur nicht nur gesellschaftlich, sondern auch stofflich fixiert wird, („Industrialismus“), dann stellen sich eine ganze Reihe von alten Fragen neu, und hinter alten Antworten tauchen ganz neue Fragen auf. Lenin etwa tröstete sich angesichts der Schwierigkeiten der russischen Revolution beim Aufbau des Sozialismus damit, daß das im entwickelten Westen alles viel leichter ginge. Die russische Revolu-

Wir haben

- Selbstverwaltung
- mit linker und alternativer Publizistik zu tun
- viel Arbeit
- eine Stelle frei

Wir suchen

ab Januar 1984 für unsere Fotosetzerie (5 Frauen) eine Setzerin oder einen Setzer, die/der vor nichts zurückschreckt. Da bei uns viel Mengensatz anfällt (einschließlich Fahnenkorrekturen), sind die Beherrschung des 10-Finger-Maschinenschreibens (200 Anschl./Min. Minimum) und der deutschen Rechtschreibung und Grammatik Voraussetzung. Bewerber/innen mit Schriftsetzerausbildung und Erfahrung mit CG 7700 werden bevorzugt.

Das Grundgehalt (Einheitsgehalt bei 40 Stunden-Woche) beträgt 2000 DM brutto plus Kinder- und Essensgeldzuschlägen. Schriftliche Bewerbungen und weitere Informationen bei:

CARO Druck (Giesel Heinemann)
Mainzer Landstraße 147
6000 Frankfurt
T 0611/730235



tion hätte politisch leicht siegen können, stöße aber beim Aufbau des Sozialismus auf Schwierigkeiten, die allein gar nicht zu bewältigen seien. Im Westen werde die politische Revolution durch eine ganze Reihe von gesellschaftlichen und politischen Institutionen zwar äußerst erschwert, dafür mache danach der Aufbau des Sozialismus kaum Schwierigkeiten, weil der Kapitalismus alle materiellen Voraussetzungen bereits geschaffen hätte. Jetzt stellt sich heraus, daß die Massen im Zuge einer Revolution, die Mensch und Natur befreit, indem sie die Arbeit als grundlegenden Zusammenhang zwischen beiden emanzipiert, weder den bürgerlichen Staat *noch* die materiellen Voraussetzungen, die der Kapitalismus geschaffen hat, einfach übernehmen und für die eigenen Zwecke in Gang setzen können.

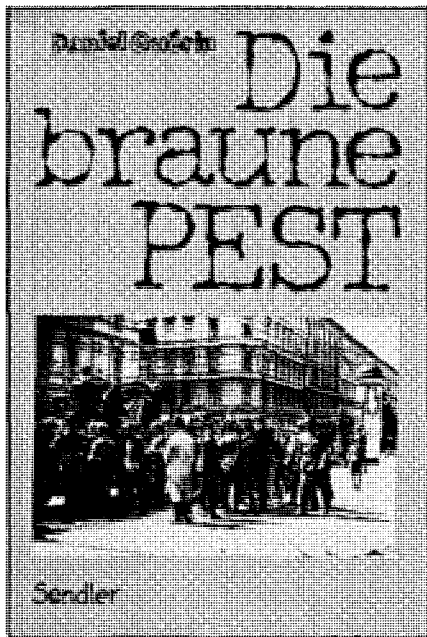
Daraus ergeben sich eine ganze Reihe von Folgerungen über Charakter und Verlauf der revolutionären Umwälzung. Wenn tatsächlich die ganze materielle Struktur der gesellschaftlichen Reproduktion, wie sie sich in der erweiterten Reproduktion des Kapitals herausgebildet hat, gründlich umgewälzt werden muß und damit zusammenhängend die gesamte *stoffliche* Basis der internationalen Beziehungen, dann kann die Lenin'sche Annahme eines raschen Aufbaus des Sozialismus / Kommunismus gerade für die entwickelten Industrieländer nicht aufrechterhalten werden. Das ist nicht alles. Wenn Kapitalismus und Staatsmonopolismus mit der Entwicklung der Produktivkräfte wenigstens ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr *materielle* Voraussetzungen für den Sozialismus schaffen, sondern die Emanzipation von Mensch und Natur zunehmend im wörtlichsten Sinn verbauen, dann stellt sich auch das Verhältnis von politischer, sozialer *und* materieller Umwälzung neu.

Niemand kann mehr davon ausgehen, daß die Entwicklung der Produktivkräfte und ihre Materialisierung in Straßen, Betonklötzen, autogerechter Stadt, Großkraftwerken, Startbahnen etc. den Sozialismus vorbereitet und damit gleichzeitig die soziale Revolution, die dann mit der Eroberung der politischen Macht eingeleitet wird, sondern umgekehrt: Die radikale Kritik des „Industrialismus“ verlangt bereits jetzt Raum für eine andere Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten einschließlich ihrer Produktivkräfte, verlangt, daß bestimmte Entwicklungen definitiv abgebrochen werden, verlangt eine soziale Umwälzung, die sich in neuen Beziehungen von Mensch und Natur materialisiert, wenn die Möglichkeit der Emanzipation überhaupt offengehalten werden soll, um sie in gesellschaftlichem Maßstab nach und nach in Angriff zu nehmen. Und sie verlangt nach

einer Politik, die diesen Zwecken bereits heute dient, statt auf die Eroberung der vollen politischen Macht zu warten. Radikale Kritik des „Industrialismus“, den Kapitalismus und Staatsmonopolismus vorantreiben, und die, ich will es ruhig nochmal sagen, auch bei Marx bereits in Ansätzen entwickelt ist, verlangt, schon jetzt unter den herrschenden Produktionsverhältnissen neue Produktions- und Lebensformen zu erproben – unter anderem deshalb, weil niemand weiß, wie die in gesellschaftlichem Maßstab überhaupt aussehen und ob sie in gesellschaftlichem Maßstab überhaupt einheitlich sein können. Sie verlangt jedoch auch eine Politik, die in gesellschaftlichem Maßstab schon heute bestimmte Entwicklungstendenzen unterbindet, laufende Reparaturen vornimmt gegenüber den Zerstörungen des Industrialismus und diese selbst wenigstens einzudämmen versucht, also eine Politik, die Bündnisse für bestimmte Reformen ermöglicht, ohne Kapitalismus und Industrialismus schon an den Kragen gehen zu können. Wenn man den Charakter der anstehenden Revolution ernst nimmt, die eine materielle Umwälzung oder zu wenig sein wird, wenn man deshalb davon ausgeht, daß sie im Gegensatz zu Lenins Annahme nicht schnell, sondern nur allmählich verwirklicht werden kann, würde auch eine „grüne Revolution“ noch lange Zeit auf „Reparaturmaßnahmen“ nicht verzichten können, ganz im Gegensatz zu Bahros Vorstellung, der sich die notwendige Umwälzung einerseits ganz tiefgreifend (und auch ziemlich schematisch) vorstellt und dennoch davon ausgeht, daß sie in zwei Generationen bewerkstelligt werden könnte.

Wenn an dem bisherigen Gedankengang was dran ist, dann werden in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen bei den Grünen falsche Fronten gezogen, und zwar im wesentlichen deshalb, weil der eigene ursprünglich radikale Ansatz in seinen Konsequenzen kaum reflektiert wird. Solche Reflexion liefe dann nicht auf einen Radikalreformismus hinaus, wie die Ex-Spontirichtung teilweise meint (Fischer/Cohn-Bendit), weil eben Radikalismus und Reformismus sich nicht so leicht unter einen Hut bringen lassen, aber auch nicht auf einen Gegensatz von „Parlamentarisierung“ und klassischen antiparlamentarischen, linksextremistischen Positionen („im Parlament kann man nichts machen“). So scheint mir z.B. der Rückgriff der hessischen „Radikalökologen“ auf die Parlamentarismuskritik in der 68er Bewegung verfehlt, weil diese in anderem Zusammenhang stand und sowieso teils eher Ausdruck der Unfähigkeit zur Mehrheitsbildung denn gründlicher theoretischer Überlegung war. Aber andersrum wieder, was sollen Behauptungen wie, wenn man

Neu im Sandler Verlag



Daniel Guérin Die braune Pest

Reportagen aus dem Alltagsleben
in Deutschland 1932/33
hrsg. v F Benseler
148 Seiten, 18,00 DM

sich schon auf Parlamentswahlen und Parlament einlasse, dann hätte man auch den Parlamentarismus zu akzeptieren?⁴ Wenn es stimmt, wie Kretschmann sagt, daß die Grünen im Parlament an einer anderen Front stehen als die Bewegungen in ihren alltäglichen Kämpfen⁵, warum folgt daraus, daß das Gewaltmonopol des Staates akzeptiert werden müsse, das allen Bewegungen abspricht, mehr zu tun als erlaubt ist, also überhaupt selbständige Bewegungen gegenüber dem Staatsapparat zu sein?

Bahro dagegen meint, man könne sich im Parlament nicht an irgendwelchen Reparaturen des Industriesystems beteiligen (warum soll eigentlich ein Filter eine Reparatur am Industriesystem und nicht an den Luftverhältnissen sein?) und solle das Parlament nur als Tribüne für die Propaganda von Projekten radikaler Veränderung und zum Absahnen nutzen. Bahro hat aber recht, wenn er fürchtet, der radikal(ökologische) Ansatz könne verlorengehen. Durch Enthaltensamkeit ist er nicht zu retten. Die Furcht, von der SPD aufgesaugt zu werden und sich deshalb besser fernzuhalten und von dort aus auf die SPD zu schimpfen, zeigt ja eher, daß große Teile der Grünen ideologisch noch angenabelt sind. Das aber ist nicht durch extremistische Taktik zu beheben. Auf einige Zeit hinaus werden in gesellschaftlichem Maßstab solche Reparaturen jedenfalls noch anstehen, Gebote (z.B. zur Luftreinhaltung bei der Produktion) und Verbote (z.B. von Asbest als Werkstoff), während die radikale Umwälzung von Leben und Produktion erst von einzelnen und obendrein ziemlich unterschiedlichen Initiativen in Angriff genommen wird und in Angriff genommen werden kann. Das Wort Doppelstrategie ist durch die Politik der Jusos in ziemlichem Mißkredit gebracht worden. Daraus folgt ja noch nicht, daß sich die Bewegung nicht tatsächlich mehrgleisig entfalten müßte und dafür im übrigen auch unterschiedliche Organe mit einer teils unterschiedlichen Politik braucht, oder auch Organe, die hauptsächlich Politik machen, und solche, die sich in der Politik auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Fragen sogar gern vertreten lassen. So laß ich mich schließlich gern von der grünen Landtagsgruppe in den Verhandlungen mit Börner vertreten und lasse mich auch von den verschiedensten Sitzblockadegruppen vertreten, nachdem ich schon vor einiger Zeit aufgrund einschlägiger Erfahrungen zu dem Entschluß gekommen bin, mich niemals mehr vor einer Polizeikohorte auf den Boden zu setzen und abzuwarten, wie sie wohl mit mir umspringen wird. Deshalb höre ich nicht auf, mich an der politischen Bewegung zu beteiligen und mich mit Fragen des Bündnisses mit der SPD und des Kampfes gegen die Raketen zu befassen.



Foto: Stefan Timm, Fotogruppe Gegenlicht Frankfurt

Vielleicht kann man sich der Frage von Parlament und Bewegung auch historisch nähern. So gab es etwa den Kampf gegen die Notstandsgesetze und die Jugend- und Studentenbewegung als Teil dieses Kampfes. Die Notstandsgesetze wurden verabschiedet. Die Bewegung gegen die Notstandsgesetze verlief im Sand, die Jugend- und Studentenbewegung spaltete sich. Gesellschaftlich war vielleicht ihr revolutionärer Flügel von größter Bedeutung und die Studenten- und Jugendbewegung insgesamt, solange sie sich mit der Staatsmacht wirklich schlug, wenn ihr die Staatsmacht keinen anderen Ausweg ließ. Politisch hatte die Jugend- und Studentenbewegung nicht nur die Bildung revolutionärer Kräfte und Organisationen zur Folge, sondern auch die SPD-geführte Regierung, zu der es ohne die gesellschaftlichen und poli-

tischen Erschütterungen der 60er Jahre sicher nicht gekommen wäre. So pervers es vielleicht manchen in den Ohren klingen mag, mir scheint ziemlich offensichtlich, daß es auch damals ein bestimmtes Wechselverhältnis zwischen Parlament (über SPD und FDP) und der außerparlamentarischen Bewegung gegeben hat und daß das Wenige, was die außerparlamentarische Bewegung politisch zustande brachte (gesellschaftlich brachte sie viel mehr zustande), gerade über dieses Wechselverhältnis zustande kam (Amnestiegesetz, eine gewisse Änderung der Politik gegenüber der Dritten Welt, Liberalisierung des Demonstrationsrechts faktisch wie rechtlich etc.). Unsereins hockte dann für einige Monate im Knast oder erhielt Berufsverbot, andere wurden dafür Richter und sorgen manchmal noch heute für erstaunlich liberale Ur-

links lesen

DEZEMBER 1983

Claus Leggewie/Brice Lalonde
Es lebe der Ökoliberalismus

Horst Dieter Zahn
35-Stunden-Woche

Eva Senghaas-Knobloch
Wie geht es weiter in der Friedens-
bewegung

Peter Peckabu
Missionare des Antikommunismus

Bruno Schoch
"Rollkommando" aus der "links"
bei den GRÜNEN ?

Bernd Schleich
Genosse Che und Bruder Gandhi

Gertrud Koch
Pasolins Paradiesbilder

Ein elheft DM 3 Jahresabo
DM 38 im linken Buchhandel
erhältlich oder anfordern bei.
Verlag 2000 605 Offenbach 4
Postfach 591

Probexemplar kostenlos



Widersprüche

LEBENSATT (Heft 7)

152 Seiten, DM 10,

ÖKOLOGISCHE SOZIALPOLITIK ?
(Heft 8) 88 Seiten, DM 6,

AUSLÄNDER (Heft 9)

Sündenböcke werden gemacht
168 Seiten, DM 12,



teile, einige wurden ein bißchen was in den Medien und müssen jetzt hinausgesäubert werden.

Diese ziemlich unterschiedlichen Entwicklungen fanden alle in einem gewissen Wechsel- und Spannungsverhältnis zwischen außerparlamentarischer Bewegung und Mehrheitsfraktionen im Parlament statt, während das Verhältnis von CDU/CSU und außerparlamentarischer Bewegung schon allein aus historischen Gründen anders aussah. Die Wende hat ja nicht einfach eine Stoßrichtung gegen die SPD, sondern gegen die gesellschaftliche Bewegung, zu der die SPD in anderem Verhältnis steht als die CDU, und sei's nur, um sie aufzufangen.

Heute sieht die Sache schon ein bißchen anders aus, weil die gesellschaftliche Bewegung über die Grünen eine selbständige Vertretung im Parlament hat (beides ist wichtig: die Grünen sind ausschließlich von der gesellschaftlichen Bewegung abhängig und gerade deshalb gegenüber den anderen Parteien selbständig, aber sie bleiben eine Vertretung der Bewegung, so sehr sie sich auch persönlich als deren Teil verstehen). Auf der anderen Seite hat sich die Basis der Sozialdemokratie gewandelt. Die jetzigen Oppositionsmanöver (und es sind eben nicht nur Manöver) zeichnen sich schon in der Zeit ihrer Regierung ab. Es ist unsinnig anzunehmen, die SPD könne von ihren sich jetzt bildenden Positionen einfach wieder runter, wenn sie mal wieder an die Regierung kommt. Außerdem, wie soll sie außer im Bündnis mit den Grünen oder der Ausrufung eines Notstandsregimes wieder an die Regierung kommen? Die SPD kann nicht so beliebig wie die FDP, und nicht mal die FDP konnte und kann beliebig schwenken. Börner läßt jetzt alle möglichen Vorhaben in öffentlichen Verhandlungen mit den Grünen in Hessen gemeinsam festhalten, von denen er falls die Verhandlungen platzen sollten, in Verhandlungen mit der CDU oder der FDP nicht mehr beliebig herunterkann. Es scheint mir ziemlich sicher: Wenn die Gewerkschaften in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche keine krachende Niederlage einstecken (was allerdings möglich ist), falls die Friedensbewegung nicht ideologisch und politisch gekippt werden kann (irgendwelche neuen Schandtaten der Sowjetunion, auf die sie nicht gefaßt ist, erhebliche Verschärfung der Spannungen zwischen den beiden Supermächten, unmittelbare Vorkriegssituation oder andersrum doch noch irgendein Verhandlungsergebnis zwischen den Supermächten und Neuaufgabe einer diesmal von der CDU initiierten neuen Ostpolitik, die die CDU auf die Fahne ihrer Unerschütterlichkeit schreiben kann), falls es nicht gelingt, mit der Verschärfung der Krise voll-

ends Ökonomie gegen Ökologie auszuspielen, und falls die Regierung nicht einigermaßen glänzend aus der ökonomischen und sozialen Krise herauskommt, werden bei den nächsten Bundestagswahlen sowohl die Grünen als auch die SPD Stimmen gewinnen und können leicht mehrheitsfähig werden, sofern sich irgendwie abzeichnet, daß sie gemeinsam zu einer begrenzten gesellschaftlichen und politischen Initiative in der Lage sein werden.

Das setzt allerdings voraus, daß es den Grünen durch neue Fragestellungen und Ansätze von politischer Konzeption tatsächlich gelingt, ins – im engeren Sinne – konservative Lager einzubrechen, und daß die Bewegung vermittelt über Initiativen der Grünen weiterhin auf die SPD abfährt.

Einstweilen werden sich die Bewegungen wie bisher auch ziemlich heterogen entwickeln und wahrscheinlich nur als Einpunktbewegungen unmittelbare politische Kraft entwickeln. Aber was heißt hierzulande überhaupt Einpunktbewegungen? Meiner Meinung nach entwickelt sich seit den 60er Jahren mit einigem Auf und Ab eine gesellschaftliche Bewegung, die sich an vielen Fragen entzündet, um sich dann entsprechend gesellschaftlicher und politischer Konstellation auf einen Punkt zu werfen, an dem sie ihre inneren Widersprüche vorübergehend überwindet, neue Kräfte einbezieht, um sich, wenn die Auseinandersetzung politisch ausgereizt ist, nach kürzerer oder längerer Unterbrechung mit breiterem Kern auf ein neues Feld zu werfen, während die ideologische Wüßarbeit auf dem bisherigen Feld weitergeht und oft erst die größten ideologischen Wirkungen deutlich werden, wenn sich der Kern der Bewegung schon wieder auf ein neues Feld geworfen hat. Zuerst hat er meist noch versucht, die Bewegung in linearer Fortsetzung vormals erfolgreichen Aktionen vollends auszureizen.

Über diese Entwicklungsform der Bewegung hierzulande kann man empört, zufrieden oder unzufrieden sein, man kann sie jedenfalls kaum leugnen und auch nicht willkürlich verändern. Ich könnte mir gut vorstellen, daß sich diese Bewegung wider Erwarten sogar auf die 35-Stunden-Woche wirft, wenn man sich vom Kampf darum irgendwie Veränderungen der Kräfteverhältnisse versprechen kann.

Die Partei Die Grünen wird inzwischen zu einem beträchtlichen Teil durch die Kader dieser wiederholten Einpunktbewegungen auf verschiedenen Feldern gebildet und hat deren Stärken und Schwächen. Als Partei müßte sie gerade in die Lage kommen, kontinuierlich zu fördern, was die Bewegung meist nur als spontane Wirkung und Nachwirkung hervorruft, eine Änderung des Bewußtseins großer Massen. Und sie

müßte sich dazu programmatisch und strategisch befähigen. Dabei dürfen auch nicht die Prioritäten ständig nach Gusto und augenblicklicher Stimmung und augenblicklichen Aktionsmöglichkeiten geändert werden. Für einen großen Teil der informellen Kader der Bewegung und erst recht der formalen Kader der verschiedenen Organisationen gilt wahrscheinlich, daß sie im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung wie blinde Hühner auf die Ökologie und die Kritik am Industrialismus gestoßen sind, ohne sich sonderlich dafür zu interessieren. Das hängt damit zusammen, daß die meisten von uns hauptsächlich Politiker sind, auch wenn sie einen ganz normalen Beruf ausüben. Deshalb ist auch der Sprung in die Friedensbewegung, die einem Politiker sowieso mehr liegt, mit Schwung gemacht worden, wobei die ökologische Problematik um so leichter in den Hintergrund treten kann, als der Atomkrieg ja bekanntlich alles hin machen würde. Bloß woraus entspringt die Gefahr des Atomkrieges, wenn nicht gerade aus dem von Kapitalismus und Staatsmonopolismus hervorgerufenen Industrialismus, an dem heute allein radikale Kritik sich entzünden kann?

Die spezifische Form der Einpunktbewegung, d.h. wachsender Kern einer gesellschaftlichen Bewegung, die sich an vielen Fragen entzündet, ihre Kraft aber immer nur an bestimmten Punkten konzentrieren und erweitern kann, hängt sicher damit zusammen, daß diese Bewegung keine Klassenbewegung im überkommenen Sinn (mit dem ökonomischen Kampf als ausdehnungsfähigster Basis, so der russische Ökonomist Martinov) ist, obgleich es eine Bewegung von Lohnabhängigen bleibt. Auch die Grünen können im überkommenen Sinn keine Klassenpartei sein. Jene, die das bedauern, sollten sich lieber überlegen, ob das neue Phänomen Die Grünen auf Basis allgemeiner Lohnabhängigkeit und dem Hintergrund einer alten Arbeiterbewegung, die auch Klassenparteien hervorgebracht hat, nicht viel spannender ist als das Festhalten an historischen Erscheinungen, die sich bei versuchter Neuauflage als überholte Kamelle herausstellen.

Sind die bisherigen Überlegungen nicht ganz falsch, dann folgt daraus, daß vor allem der Radikalismus der Grünen inhaltlich und programmatisch gefestigt werden sollte, daß theoretisch vor allem weiter darüber nachgedacht werden muß, wie die materielle Umwälzung des „Industrialismus“ überhaupt bewerkstelligt werden kann, in welchen Formen, in welchen Etappen und in welchem Zeitrahmen. Gleichzeitig aber müßte an einem bündnis- und mehrheitsfähigen Regierungsprogramm gearbeitet werden, in dem herausgearbeitet wird, mit welchen Aktionen von oben die gesellschaftli-

che Bewegung erleichtert und gefördert werden kann, was gestoppt werden muß, was schon in der Richtung umgekehrt werden kann. Wie die Dinge liegen, muß dieses Programm in seinen wesentlichen Inhalten und seiner Stoßrichtung grün und dennoch mit der Sozialdemokratie insofern verhandlungsfähig sein, als es für eine ganze Reihe von Fragen erst eine große Debatte zum Ziel hat, verbunden mit „Freeze-Maßnahmen“, also etwa Stopp des Wachstums der Rüstungsausgaben und einjährige „große Debatte“ über die zukünftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sofortige Aufkündigung der Stationierungsrechte der USA für die Mittelstreckenraketen nebst biologischen und chemischen Waffen, aber keine sofortige Aufkündigung der Nato-Mitgliedschaft, sondern Debatte über Sinn und Zweck der Nato, nicht zuletzt auch in der Nato. Nicht der SPD, sondern der Meinungsbildung zuliebe. Entscheidend wird sein, ob sich ein entsprechendes Programm in der Wirtschaftspolitik entwickeln läßt, wozu das Sindelfinger Programm bloß Ansätze enthält und obendrein teilweise unter falschen Prioritäten.

Für diese doppelte programmatische Debatte könnten meines Erachtens die Grünen als Partei den Körper bilden. Für die praktischen Aktionen der Bewegung vor Ort oder auch sonstwo sind sie nicht so wichtig und werden es wohl auch nicht. Eine solche hauptsächlich programm- und strategiebildende Partei müßte tatsächlich eine andere Struktur haben als die bisherigen Parteien, sowohl bürgerliche als auch proletarische. Sie müßte nämlich für sehr unterschiedliche Organe einen gewissen programmatischen Rahmen bieten, ohne via Beschlüsse und Weisungen herumzugerieren, so wie jetzt schon die Landes- und Kreisverbände einen großen Spielraum haben. Für die selbständige Arbeit der Fraktion müßte genauso Platz sein wie für Bahros Kommune oder ähnliche Projekte. Die jetzigen Tendenzen in Richtung Kaderpartei müßten eher gebremst werden, bei Aufstellung und Kontrolle der Kandidaten und Abgeordneten in Parlamenten sollten Wählerversammlungen mehr Rechte eingeräumt werden. Mit dem Parteiengesetz würden die Schwierigkeiten dann freilich noch größer, nachdem den Grünen schon jetzt gelegentlich der Parteistatus abgesprochen wird.

1 Erich Salewski: Zwischen „Bewegungspartei“ und „Parlamentarisierung“ in: Was Tun 1.12.83

2 Ralf Fücks berichtet in diesem Heft genauer über die grüne Bundesversammlung

3 Wider die Lust am Untergang. Thesen zum Zustand der Partei Die Grünen: Für eine Politik des freien Dialogs. Unterzeichnet wurden die Thesen von Thomas Schmid, Gisela Erler, Wolf-Dieter Hasenclever, Hajo v. Kracht, Winfried Kretschmann, Dieter Marcellio u.a.

4 Vgl. etwa die Vorstellungen Jochen Vielhauers in dem Interview mit der *Kommune* im Novemberheft.

5 *grüner basis-dienst* Nr. 11 (November 1983)

*„Der Nullpunkt, der schreit,
das Chaos, das kalt und
gegenwärtig sich verschiebt,
ist dem Ursprung, der die
Kulturbilder gemacht hat,
wahrscheinlich näher als das
bloß ‚gebildete‘ Bürgertum,
das sie im Eßzimmer
aufhängt.“*

Ernst Bloch

Die „Spuren“ – Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft erscheinen wieder. Ein aufsässiges Magazin für Alltag und Kunst, Philosophie und Politik. Uns interessieren die Spuren des Aufbegehrens, des Widerstands und der Utopie, die das Leben in Ost und West, Nord und Süd durchqueren. Spuren eines „Kommenden“, das erst noch praktisch verwirklicht werden will.

„Spuren“ Themen. Leben in Schutzräumen (1/83). Über die vielfachen Formen, in denen Leben und Kunst in die Schutzräume des Über-Lebens gesperrt werden sollen.

Wunderwaffen (2/83). Über die kriegerische Kunst der Beschleunigung und der Freisetzung sozialer und technischer Energien. Ein Beitrag zu verdrängten Themen der „Friedensbewegung“

Widerstand (3/83). Mit aktuellen Beiträgen zu Theorie und Alltag des Widerstands in Deutschland/West und Deutschland/Ost, Gegenwart und Geschichte.

Götterdämmerung (4/83). Ein Heft über die Renaissance der Musik Wagners, der Philosophie Nietzsches und das Unaufgearbeitete eines alten und doch modernen Streits um die „Sinnlichkeit“ in der Kunst. Mit bisher unveröffentlichten Briefen Ernst Blochs, neuer Lyrik Sarah Kirschs und einem Beitrag Wolf Biermanns zu seiner neuen Platte.

Spuren

Herausgegeben von Karola Bloch

Lerchenfeld 2, 2000 Hamburg 76. Jahresabonnement (6 Hefte) DM 48. Einzelheft im Buchhandel DM 8. Probeheft anfordern!

Lebensbilder
Der Mensch und die Arbeit

„Alfred Matsysik, Gerd Sowka, Manuela und die Lembasbäcker Bernd, Felicitas, Ordie, Hardy und Beate aus Wuppertal berichten über ihr Verhältnis zur Arbeit. Dem Leser wird nicht entgehen, wie unterschiedlich die Lebenssituation der Betroffenen ist.

Dennoch ist allen gemeinsam, daß ihr Dasein entscheidend durch ihr Verhältnis zur Arbeit geprägt wird: Alfred Matsysik, Gewerkschafter und Vertrauensmann. Gradlinig und beliebt bei den Kollegen. Gerd Sowka, Arbeiter und Schriftsteller, auf dessen armes Haupt gleich eine Vielzahl von gesellschaftlichen Repressionen einschlug. Manuela, die mit ihren Händen umzugehen lernt. Und schließlich die Lembasbäcker, die sich durch alternative Arbeitsformen selbst verwirklichen wollen.

Dann ist da Jens Prüss' ‚Mann am Fenster‘ Er könnte ein Arbeitsloser sein, der um sich selbst zu beruhigen, den Staubsauger in Betrieb setzt, das Klo putzt

‚Dieser Terror der Zielstrebigen‘, murmelt er, er, der isoliert und einsam durch sein Fenster auf den Berufsverkehr hinunterblickt. Er, der immer ein schlechtes Gewissen hat, wenn er sich mittags hinlegt

Lebensbilder — Reportagen
aus dem Spannungsfeld zwischen
Leben und Arbeit

Weiter im Heft:

- Gaby Potthast zur Charta 77
- Prosa und Lyrik von Josef Haverkamp, Jens Prüss, Gerd Sowka und Lutz Rathenow

Probeheft (2. — DM in Briefmarken)
anfordern.

Abonnement für 10. — DM
(Scheck oder Briefmarken)

Bestellungen:

Dt. Freidenker Verband NRW e.V.
c/o Konrad Wagner, Sedanstr. 62,
5600 Wuppertal 2. Tel. (0202) 50 75 85

Von Ralf Fücks

Mit „Basisdemokratie“ haben solche Kongresse nicht viel zu tun. An die 1000 Delegierte quälten sich zweieinhalb Tage von morgens bis in die Nacht durch eine ellenlange, nie zu bewältigende Tagesordnung — schon physisch eine antiökologische Zumutung, zumal in trostlosen Beton-Kunststoff-Kunstlicht-Hallen wie in Duisburg. Niemand schien diesen Kongreß so recht ernst zu nehmen, niemand eine klarumrissene politische Absicht zu verfolgen: weder die Masse der Delegierten, die sich an Nebensachen festbissen, in endlosen Geschäftsordnungshubereien verfranst und letztlich doch auf die Auftritte und politischen Vorgaben der „Prominenz“ fixiert waren noch die politischen „Macher“ selbst. Diese, vom Vorstand über die Bonner Fraktion bis zu den Protagonisten grüner Politik und Strategie in den Landesverbänden, hielten sich eher bedeckt und behandelten den Kongreß als Pflichtübung, nicht aber als politisches Diskussions- und Entscheidungszentrum für die Grundfragen grüner Politik:

Der Rechenschaftsbericht des Vorstands

lag erst zum Kongreß selbst vor. Unmöglich also, bereits im Vorfeld der Bundeskonferenz, in den Kreis- und Landesverbänden, eine Position dazu einzunehmen, Anträge vorzubereiten etc. Die meiste Debattezeit zu diesem Punkt verstrich mit dem bloßen Vorlesen der diversen Teile des Vorstandsberichts. Dann wurde vom Präsidium auch noch die Aussprache parzelliert: Nicht der Bericht als ganzer sollte diskutiert werden, sondern die einzelnen Teile für sich, obgleich sie nur im Zusammenhang einen Sinn ergaben (Verhältnis zur SPD / Fundamentalismus und Realpolitik / Verhältnis Partei Fraktion / Stärkung der programmatisch-politischen Arbeit der Partei). Dann Begrenzung der Debatte auf 90 Minuten zu allen Punkten des Rechenschaftsberichts. Redezeitbegrenzung erst fünf, dann drei Minuten. Eine strategische Debatte war also gar nicht mehr möglich. Gegenpositionen zum Vorstand konnten sich nur noch punktuell artikulieren (Kretschmann etwa: drei Minuten, Schluß, Abgang, das war's). Die am Vortag in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlichte „Plattform“ für eine „ökologische Realpolitik“ wurde erst gar nicht explizit erörtert, obwohl sie das einzig vorliegende Papier mit programmatisch-strategischem Zugschnitt war das einige zentrale Probleme zumindest aufriß, statt sie gleich wieder mit Formeln zu verkleistern. Am Ende ging die Diskussion aus wie das Hornberger Schie-

ßen — unverbindlich und ergebnislos. Alle können weiterwuscheln, weiterraktieren wie bisher. Vielleicht war das nicht ganz unbeabsichtigt? Lange werden wir uns das Ausklammern und Vertagen der anstehenden Kontroversen um die Weichenstellungen grüner Politik jedenfalls nicht mehr leisten können.

Die Bundestagsfraktion

hatte erst gar keinen Rechenschaftsbericht vorgelegt: wegen „Überlastung“ hieß es, und wegen interner Kommunikationsprobleme. Stattdessen gab Marie-Luise Beck Oberdorf eine persönliche Stellungnahme ab, die einer der fundierteren Beiträge zur Friedenspolitik der Grünen war, aber an den Delegiertenerwartungen an einen Rechenschaftsbericht meilenweit vorbeiging (die Friedensdebatte lag auch schon einen Tag zurück). Nachdem zunächst beschlossen wurde, die Fraktion mit Nichtachtung zu strafen und keine weiteren persönlichen Statements anzuhören, kam spät am Samstagabend doch noch Petra Kelly zu Wort und brachte mal wieder das Kunststück fertig, das latente Basis-Mißtrauen gegenüber den politischen Stars (hier gegenüber der Fraktion) durch einen emotionalisierten Appell in Mitleid und Dankbarkeit zu verwandeln. Wurde zuvor noch eine stärkere Unterstützung der Partei durch die Fraktion (mit ihrem 135köpfigen Apparat) gefordert, so drehte Petra Kelly den Spieß jetzt um und verlangte eine stärkere Unterstützung der Fraktion durch die Partei. Der Konflikt blieb so stehen, wie alle Grundsatzzfragen, die auf diesem Kongreß allenfalls angerissen wurden. Das Verhältnis Partei Bundestagsfraktion bleibt gespannt, und der Kongreß hat denkbar wenig dazu beigetragen, die politisch-programmatische Hegemonie der Partei gegenüber ihren Parlamentsfraktionen zu stärken. Vor allem die Bonner werden also weiterhin kraft der dort konzentrierten politischen und professionellen Kompetenz, der Medienfixierung auf die Parlamente und auch wegen des dort herrschenden politischen Entscheidungsdrucks zum eigentlichen Zentrum werden, das grüne Politik definiert und personell verkörpert. Und die „Basis“ wird wohl weiter hin- und herschwanken zwischen Hingabe und Königsmord-Phantasien. Wenn sich die basisdemokratischen Leidenschaften auf so einem Bundeskongreß kurz und heftig und folgenlos ausgetobt haben, bleibt ohnehin alles beim alten, und die Routiniers beherrschen das Feld.

Ob nun *Unwille* oder *Unfähigkeit* vorrangig dafür verantwortlich waren, daß die Fraktion keinen Rechenschaftsbericht vorlegte: Beides ist gleich bedenklich. Die Partei wird nicht mehr besonders wichtig ge-



Wohin des Wegs?

Anmerkungen zum Bundeskongreß der Grünen

nommen, und eine gründliche Reflexion der eigenen Rolle und Politik findet kaum statt.

Wie sehr sich die Partei selbst schon „parlamentarisiert“ hat

und wie groß der Wunsch nach parlamentarischer Respektabilität geworden ist, offenbarte die kurze, aber hitzige Debatte um das Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion in der „Nachrüstungs“-Ent-

scheidung des Bundestags: drinbleiben oder rausgehen, die Abstimmung boykottieren und damit zu demonstrieren: Wir sprechen dem Bundestag das Recht ab, über die Köpfe der Bevölkerung hinweg die atomare Totrüstung der BRD zu beschließen, und wir werden diese Entscheidung nicht anerkennen, sondern sie bekämpfen. Ich plädierte für „rausgehen“, 80% stimmten für „drinbleiben“. Entscheidend waren nicht die konkret-taktischen Argumente für den politischen Nutzen des einen oder des ande-

ren. Unter der Hand ging es um die Stellung der Grünen zum Parlamentarismus. In meinen Augen: Hat unser Entschluß, uns auf parlamentarisches Feld zu begeben und die Parlamente als Ort politischer Willensbildung ernst zu nehmen, die Konsequenz, daß wir uns unbedingt an die „parlamentarischen Spielregeln“ halten und das Parlament als höchste politische Entscheidungsinstanz anerkennen müssen – oder behalten wir die Freiheit, in existentiellen Fragen dem Parlament die Legitimation und Loyalität aufzukündigen und auf dem Vorrang außerparlamentarischer / plebiszitärer Willensbildung zu beharren?

Die Konsequenz zahlreicher Verfechter der Position, auf jeden Fall an der Abstimmung teilzunehmen, wäre auch die Respektierung des *Ergebnisses* dieser Abstimmung des Bundestags, also die völlige Unterwerfung unter die Entscheidungen der parlamentarischen Mehrheit. Von „Widerstand“ könnte dann im Ernst nicht mehr die Rede sein, allenfalls von Protest und Hoffnung auf die nächsten Wahlen. Wenn Gerd Bastian denen, die für den Boykott der Abstimmung sprachen, „Opportunismus“ vorwarf, dann heißt das ja wohl, daß die unbedingte Einhaltung parlamentarischer Regeln zu den Prinzipien der Grünen gehören soll. Andere Redner/innen drückten es etwas schlichter aus: Wenn wir uns schon wählen lassen, müssen wir auch an der Abstimmung teilnehmen – wenn schon Parlamentarismus, dann total.

Die friedenspolitische Diskussion

unmittelbar vor der Bundestagsentscheidung der erwartete politische Mittel- und Höhepunkt des Kongresses, war statt dessen ein Trauerspiel. Weder Bundesvorstand noch Bundes-Friedens-AG der Grünen hatten einen Leitantrag vorgelegt, auf den sich die Diskussion über Bestandsaufnahme und Perspektiven der Friedensbewegung hätte beziehen können. Nirgends wurde der Mangel an politischer Konzeption, an Vermittlung zwischen „Fernzielen“ (Frieden ohne Waffen, blockfreies Europa) und „Tagespolitik“ so deutlich wie hier. Die Leidenschaften entzündeten sich an solchen Bedeutsamkeiten wie dem Boykott amerikanischer Waren oder dem Appell, das Finanzkapital durch Abheben der Bankguthaben zum Einsturz zu bringen. Wie strategische Orientierungen (Auflösung der Militärblöcke, Austritt aus der Nato, blockübergreifende Ausrichtung der Friedensbewegung, Dritte-Welt-Solidarität) in *Politik* umzusetzen wären, darüber wurde allenfalls in Form von Appellen gesprochen. Eleganterweise wurden die meisten Streitfragen gleich mit ausgeklammert (Position gegenüber der Rüstungspolitik der UdSSR, praktisches Verhältnis zu den

unabhängigen Friedensgruppen in Osteuropa, Ansätze „grüner Außenpolitik“, „alter native Verteidigung“ als Zwischenschritt, Problem der Aktionsformen / Festlegung auf „Fundamentalpazifismus“). So wird in Zukunft wohl weiterhin Petra Kelly flammende Aufrufe zu Abrüstung und Gewaltfreiheit verkünden, während Gerd Bastian im Verteidigungsausschuß Zustimmung zur Anschaffung neuer Panzerabwehr-Hubschrauber signalisiert. Und in der Friedensbewegung werden die Grünen mangels eigener Konzeption immer stärker zwischen die Mühlsteine von SPD, DKP und dem militanten Flügel geraten.

„Vertrag“ Grüne – AL Westberlin:

Wenn die Entscheidungen über die politische Orientierung der Grünen nicht auf dem Weg programmatischer Diskussion geklärt werden, fallen sie eben an scheinbar nebengeordneten Punkten. Möglicherweise war die Diskussion und Entscheidung über das Bündnis Grüne Bundespartei – AL Westberlin das zentrale politische Ereignis dieses Parteitag – sein Echo pflanzte sich jedenfalls bis in die Vorstandswahlen fort, wo die als „Vertreterin der sozialistischen Linken“ gehandelte Kandidatin aus der AL in das dreiköpfige Sprechergremium gewählt wurde, während Ursula Schaar vom Berliner Landesverband der Grünen ihre Kandidatur zurückzog. Das Problematische dieser Entscheidungen liegt nicht in der Tatsache einer engeren Verbindung Grüne AL Westberlin. Die AL hat eine Pionierrolle in der politischen Durchsetzung grün-alternativer Listen gespielt und war insofern einer der Wegbereiter für den bundespolitischen Aufstieg der Grünen als Partei. Und zweifellos bewegt sich die Programmatik und Politik der AL im Rahmen des politischen Pluralismus der Grünen. Eine politische Frontstellung zwischen den Grünen und der AL wäre unverantwortlich. Das Problem liegt auch nicht in der vertraglichen Regelung, die der AL praktisch volle Rechte innerhalb der Grünen (und damit vollen Einfluß auf grüne Politik und Programmatik) einräumt, ohne daß sie sich auf den Boden des grünen Programms stellen muß – in zwei Jahre wird ohnehin die Entscheidung über die Formierung eines neuen, integrierten Landesverbandes der Grünen in Westberlin anstehen.

Anlaß zu kritischem Nachdenken ist allerdings, daß die Stärkung des (wie auch immer definierten) „sozialistischen Flügels“ der Grünen (und zwar um Kräfte, die der ökologischen Problematik eher fern stehen) einhergeht mit dem Verstümmeln der eher bürgerlich-humanistisch geprägten, vom Naturschutz oder einer anthroposophischen Lebensauffassung herkommenden Teile der Partei. Das ist nicht nur

im Hinblick auf die notwendige „Breitenwirkung“ der Grünen in den Flächenstaaten eine bedenkliche Tendenz. Wichtiger noch ist die Frage, ob die Grünen tatsächlich offen bleiben für einen politischen *Neuansatz* (was ihre Programmatik ebenso betrifft wie ihre politische „Kultur“, ihre Arbeitsweise und ihre Verkehrsformen), der aus einer *Synthese* verschiedenartiger Traditionen und Ansätze hervorgeht – oder ob sie doch zum letzten Ausläufer historisch gescheiterter Politikmodelle werden (und die linke „Volksfront“ und Bündnispolitik ist ein solches gescheitertes Modell). *Die Grünen drohen sich zunehmend zu uniformieren*: Zum beinahe allein herrschenden Typ des grünen Politikers wird der (in Ausnahmefällen: die) alt-linker Routinier zwischen 30 und 40, der mit seinen Bruchstücken an theoretischem Wissen, seiner politischen Erfahrung, seinem taktischen Geschick und seiner Bereitschaft, das halbe Leben in Sitzungen zu verbringen, fast naturwüchsig das Heft in die Hand bekommt, je mehr die Grünen zur Partei werden. Diese soziale und politische Selektion ist aber gleichzeitig eine Verarmung, die uns ins politische Ghetto zurückführen kann.

*

Wie wenig dieser Parteikongreß von einer Bilanzierung der politischen Situation und der Klärung der Aufgaben der Grünen geprägt war, illustriert folgendes: soweit ich folgen konnte, fiel in den zweieinhalb Tagen kein einziges Mal der Name Kohl. Nicht daß dieser Kanzler so bedeutend wäre. Aber es erscheint doch merkwürdig unpolitisch, wenn auf dem Bundeskongreß der Grünen *jegliche Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik ausfällt*. Mit den Überlegungen, in die konservative Wählerbasis einzubrechen, scheint es nicht weit her zu sein. Stattdessen zog sich die SPD wie ein roter Faden durch die Diskussion: eine Fixierung, die auf eine nicht gründlich vollzogene Abnabelung schließen läßt.

Den Grünen mangelt es, mit Verlaub, an Dialektik. Die strategische Debatte bewegt sich über weite Strecken zwischen unfruchtbaren, unvermittelten Gegensätzen: Fundamentalopposition oder Reformismus, Parlamentspartei oder Aktionspartei, Verweigerung oder Anpassung. Es fehlt an programmatischer Sicherheit und politischer Substanz, im Psycho-Jargon: an Selbstbewußtsein, um eine Strategie zu verfolgen, die sich auf den Widerspruch einläßt und ihn aushält, „fundamental“ und „realpolitisch“ zu sein, parlamentarische Mehrheitsbildung und außerparlamentarischen Widerstand zu kombinieren, zwischen Kompromissen und Verrat unterscheiden zu lernen. □



W Von Karl Kerschgens
werden die GRÜNEN über den Tisch gezogen oder nicht? Vielen mag es

schwerfallen, uns Standfestigkeit zuzutrauen. Der altbewährten Taktik der SPDler traut man schon eher einen Erfolg zu. Noch ist die Partei offen in den Verhandlungen zwischen GRÜNEN und SPD um eine kontinuierliche Zusammenarbeit für die nächsten vier Jahre. Nach drei Wochen intensiver Diskussion ist heute der erste kritische Punkt erreicht. Mit der Atomenergiefrage ist der Lebensnerv der GRÜNEN Partei berührt. Die SPD ihrerseits steht vor dem Problem, daß sie jetzt ernst machen muß mit ihrer Parole, daß Hessen ein Gegengewicht zu Bonn bilden soll. Kann es zu Zugeständnissen auf beiden Seiten kommen, die schließlich einen Kompromiß ermöglichen würden?

Die bisherigen Erfahrungen sind erstaunlich – zumal wenn man sich die gegensätzlichen Ausgangspunkte beider Parteien vor Augen hält. Obwohl all jene, die an einer Einigung aus den unterschiedlichsten Gründen nicht interessiert sind, heftigst nach ihr gesucht und dabei nach jedem Strohalm gegriffen haben – die berühmte Dachlatte haben wir seit der Wahl nirgends mehr entdecken können. Die SPD hat sich, aus welchen Gründen sei hier dahingestellt, beweglich gezeigt.

Das Ausmaß dieser Beweglichkeit läßt sich an den bisher abgesteckten Kompromißlinien in den Einzelverhandlungen deutlich ablesen. Beim Thema Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere sind die GRÜNEN mit linken Gewerkschaftsforderungen angetreten: Überbetriebliche Ausbildung und Umlagenfinanzierung, ordentliche Bezahlung der Auszubildenden, keine „Park-Ausbildungsplätze“, projektorientierter Unterricht, mehr Mitbestimmung u.ä. Was sich dadurch an den Ausbildungsprogrammen, die im Kultusministerium vorbereitet werden, verbessern wird, kann erst bei der konkreten Durchführung sichtbar werden – zumal auch die haushaltstechnische Absicherung wie in allen Beratungen an den Schluß der Verhandlungen verlagert wurde. Und: Ob aus den Willenserklärungen der SPD zur überbetrieblichen

Experiment, das gelingen muß?

und umlagefinanzierten Ausbildung jemals Wirklichkeit wird, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen.

Einige grüne Tupper gibt es indes auch in diesem Bereich, wo der akute Mangel jede Grundsatzdiskussion als puren Luxus erscheinen läßt. Da ist bei dem von beiden Parteien gewünschten Hessischen Ausbildungsförderungsgesetz seitens der GRÜNEN auch an jene Jugendlichen gedacht worden, die weder eine Ausbildung absolvieren, noch einen Arbeitsplatz gefunden haben (und die, weil sie unter 18 sind, noch nicht einmal Anspruch auf Sozialhilfe haben). Nach unserem Vorschlag, der auf SPD-Seite allerdings noch auf Vorbehalte trifft, sollen sie mit den Schülern gleichbehandelt werden, d.h. entsprechend den Richtlinien des neu zu schaffenden „Hessischen Ausbildungsförderungsgesetzes“ einen Betrag von ca. 50 DM erhalten. Das ist gewiß ein eher symbolischer Betrag – aber eben auch mehr als nichts.

Des weiteren ist über ein „Programm zur Förderung alternativer Wirtschaftsformen“ Konsens erzielt worden, das ca. 250 Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Alternativbetrieben sowie Finanzmittel für Investitionen, Forschung und Verbindlichkeit in diesem Bereich erbringen soll.

Bei den Verhandlungen über den Komplex Luftreinhaltung / Wäldersterben schließlich hat sich die SPD-Seite zu praktisch allen Maßnahmen bereit erklärt, die im Rahmen der Landeskompetenz kurzfristig möglich und sinnvoll erscheinen – strenge Auslegung des in der Großfeuerungsanlagenverordnung genannten Kriteriums „Stand der Technik“ sowie der im Bundesimmissionsschutzgesetz genannten „wirtschaftlichen Vertretbarkeit“ bei der Genehmigung von neuen bzw. laufenden Anlagen, Überprüfung der Betriebsgenehmigungen für alle Altanlagen, drastische Emissionsreduktion bei den schlimmsten Umweltverschmutzern wie den Kraftwerken Borken, Staudinger und Wölfersheim, Umrüstung aller landeseigenen Feuerungsanlagen, deutliche Verschärfung der Hessischen Smog-Verordnung, Bundesratsinitiativen des Landes für ein Schadstoffabgabengesetz usw. Auch hier gilt die Einschränkung, daß finanzielle Verpflichtungen erst nach Abschluß der politischen Grundsatz-

gespräche festgelegt werden. Aber dennoch – die SPD hat sich bewegt.

Kompromißbereit muß sie auch in der Energiepolitik werden. Zustimmung zum Ausbau dezentraler Energieversorgung ist noch kein Zugeständnis an sich. Ob das ernsthaft durchgesetzt wird, entscheidet der Stellenwert und das finanzielle Volumen, die das Gesetz der GRÜNEN zur Förderung der Energiewirtschaft, die lokalen Energiekonzepte, die Verbesserung der Beratung erhalten.

Ein eklatanter Widerspruch wäre es, wenn die Atomanlagen unbehelligt weiter laufen würden. Deshalb können wir nicht auf konkrete Schritte des Ausstiegs verzichten. Was kann getan werden? Börner muß mit seinem Satz: „In Sicherheitsfragen gibt es keinen Rabatt“ hundertprozentig wörtlich genommen werden. Atomkraftwerke sind aber nicht sicher, so daß Konsequenzen unausweichlich sind. Auf diesen Weg muß die Landesregierung gesetzt werden.

Besser geworden ist für die GRÜNEN seit dem Verhandlungstermin vom 28.11. auch das innerparteiliche Klima. Die Fundamentalisten stehen dem Verhandlungsverlauf zwar immer noch kritisch und distanziert gegenüber, aber sie haben ihre Störmanöver aufgegeben.

Noch ermutigender als das neue Gefühl, den Rücken frei zu haben, ist für die Landtagsgruppe das Gießener Treffen gewesen. Wir haben dort mit einer Offenheit und Vielfalt – bei einem hohen Grad sachlicher Kompetenz und geistiger Anstrengung – die Verhandlungspositionen der GRÜNEN diskutiert und überprüft. Es ist, nach Jahren nervtötender Wahlkämpfe, in der GRÜNEN Partei zum ersten Mal wieder so etwas wie eine Aufbruchsstimmung zu spüren.

Vor allzu großen Hoffnungen muß inzwischen gewarnt werden. Sehr vieles, wenn nicht das meiste von dem, was die Ökologie- und Friedensbewegung will, läßt sich landespolitisch nur auf Umwegen und Seitenpfaden überhaupt einbringen. Wir sind gezwungen, von den Forderungen im Stile: „Wir wollen alles und das sofort“, die wir lange Zeit als Mitglieder von Bürgerinitiativen (und in dieser Rolle auch mit gutem Recht!) vertreten haben, zu höchst kleinlich anmutenden Detailproblemen zu kommen.

Und: die GRÜNEN sind als Partei noch zu jung und zu unerfahren, als daß sie den politischen Hebel, der ihnen durch ihre Parlamentsmandate in die Hände gegeben worden ist, wirklich so bewegen und ausnutzen könnten, daß das Maximum an Wirksamkeit dabei erreicht würde. Auf der anderen Seite behält bei der Konstruktion eines Duldungsbündnisses die SPD einen administrativen und Informationsvorsprung, der überhaupt nicht zu unterschätzen ist.

Die GRÜNEN beschreiten politisches Neuland – das soll Mängel und Fehler nicht entschuldigen, vielleicht aber zu erklären helfen. Der Druck, der auf ihnen lastet, ist beträchtlich. Die Atomenergiefrage ist für sie ein Punkt, an dem ihre Identität als aus der Anti-Atom-Bewegung entstandene Partei auf dem Spiel steht. Hinzu kommt, daß die SPD teils aufgrund von innerparteilichen Problemen, teils wohl aber auch, um sich in der Öffentlichkeit von den GRÜNEN absetzen zu können, keineswegs darauf verzichtet, die GRÜNEN in Schwierigkeiten zu bringen. Eine wesentliche, obwohl in der Öffentlichkeit bisher noch kaum wahrgenommene Klippe ist dabei die Auseinandersetzung um die Verabschiedung des Haushaltes 1983. Die GRÜNEN stellen als einzige Vorbedingung, daß darüber erst entschieden werden solle, wenn die Verhandlungen über die Grundelemente einer neuen Politik für 1984 zu einem greifbaren Ergebnis gekommen sind.

Die SPD ihrerseits pokert mit haushaltstechnischen Argumenten und dem Hinweis auf den eigenen rechten Flügel, der schnelle Ergebnisse sehen wollte. Ihr Hinweis, der Haushalt sei zum allergrößten Teil ohnehin bereits ausgegeben, geht an der entscheidenden Schwierigkeit vorbei: Daß durch die darin enthaltenen Verpflichtungsermächtigungen die Politik der nächsten Jahre schon festgeschrieben wird.

Die Atmosphäre von Öffentlichkeit, von Diskussion auch über die Parteigrenzen hinweg und die Hoffnung auf eine ökosoziale Reformpolitik, die diese Verhandlungen begleiten, lassen sie zu mehr werden als zu Begegnungen zwischen den Spitzen von Parteiapparaten. Gerade weil sie an administrativer Macht und geschultem Personal der SPD weit unterlegen sind, brauchen die GRÜNEN dabei die kritische Unterstützung ihrer Basis.

Eindrücke aus den hessischen Verhandlungen

Drei Verhandlungstermine hat es bis zur Schlußredaktion des Dezemberheftes der *Kommune* zwischen hessischen Grünen und Sozialdemokraten gegeben. Alle Vereinbarungen stehen unter einem „Haushaltsvorbehalt“, d.h. es steht in keiner Weise fest, in welchem Umfang die jeweiligen Vereinbarungen über die Richtung sich in tatsächlichen Maßnahmen niederschlagen werden. Im Grunde geht es in den momentanen Verhandlungen erst um *Regierungsversprechen*.

Die SPD orientiert sich tatsächlich um

Vor den Verhandlungen hatte ich gedacht, daß sich die SPD vor allem aus taktischen Gründen auf die Verhandlungen einließe. Nach dem bisherigen öffentlichen Verlauf habe ich eher den Eindruck, daß sie in Hessen eine strategische Umorientierung erprobt. Eine weitverbreitete Behauptung der Kritiker der SPD lautet, sie sage in der Opposition sowieso immer was anderes, als sie in der Regierung mache. Das stimmt nicht. Im großen und ganzen verfolgte die SPD in ihrer Regierungszeit in Bonn die Absichten, die sie als Opposition proklamiert hatte, etwa die neue Ostpolitik, „Umweltschutz“ durch hohe Kamine, Reform des Demonstrationsrechtes und Amnestiegesetz, keynesianische Wirtschaftspolitik. Mitte der 70er Jahre war sie mehr oder weniger festgefahren, und am Ende scheiterte sie dann vollends. Wenn die SPD ihre Politik in der Opposition heute teilweise neu formuliert, dann formuliert sie durchaus die Absichten für ihre zukünftige Regierungspolitik. Dies geschieht gegenwärtig auf Bundesebene vor allem in der Sicherheitspolitik, ist aber auch auf anderen Gebieten schon geschehen (Energiepolitik) oder wird noch geschehen. Umwerfend Neues kann man da nicht erwarten, aber es werden durchaus Absichten und nicht einfach Lügen formuliert, wie manche zu wissen glauben. Zugleich mit der Neuformulierung ihrer Politik beginnt die SPD auch Brandts Slogan von einer möglichen Mehrheit diesseits von CDU/CSU und der jetzigen Regierung in eine neue Bündnispolitik umzusetzen und in Hessen zu testen. Die Vertreter einer anderen Konzeption der Rückkehr in die Regierung, die Propagandisten einer Großen Koalition, befinden sich in der Minderheit, besitzen aber erprobtes Personal. Für die nä-

here Zukunft gibt es drei denkbare Regierungskonstellationen, die jetzige, eine Große Koalition und eine sozialdemokratisch-grüne Regierung. Die jetzige Regierungskonstellation ist wahrscheinlich für den weiteren Gang in Worten zu rechts, in der Tat zu feige und zu schwach. Daher die Straußschen Querschüsse, der die Gewerkschaften in die Regierung eingebunden haben will und deshalb mit einer Großen Koalition liebäugelt. Den Wallmann hat er schon kritisiert, weil er in Hessen nicht mit der notwendigen Geschicklichkeit in diese Richtung taktiere. Um die Frage einer Großen Koalition aktuell aufzuwerfen, braucht es nur eine Kursänderung in der Meinungsbildung von oben: Waldsterben, wirtschaftliche Krise und Sicherheitslage kann man fast von heute auf morgen zum nationalen Notstand erklären, denn katastrophal genug ist die Lage ja wirklich. Die Leute bei der SPD, die es dazu braucht, stehen wie gesagt bereit, und sie kommen wie Rappe von der IG Chemie und andere nicht zuletzt aus dem Teil der Gewerkschaften, der auch bei der 35-Stunden-Woche mauert. Politik und Bündnisstrategie bei der SPD laufen aber mehrheitlich in eine andere Richtung. Der Eindruck von Ernsthaftigkeit auf seiten der SPD den man in den bisherigen hessischen Verhandlungen bekommt, dürfte nicht verfehlt sein. Daß die SPD dabei die Grünen in ihren reformerischen Juniorpartner verwandeln will, ist eh klar

Probleme für die Grünen

Die Grünen haben es also bei den gegenwärtigen Verhandlungen in Hessen mit einem wirklichen Angebot zu tun und nicht nur mit einem sozialdemokratischen Manöver. Das Angebot besteht allerdings bloß in folgendem: Wir, die SPD, machen mit eurer Unterstützung eine grün geläuterte, in Maßen bereits neu formulierte sozialdemokratische Regierungspolitik, und für euch kommt im Haushalt das eine oder andere Zubrot für Sachen wie selbstverwaltete Betriebe heraus, wenn diese den gängigen Förderungskriterien entsprechen. Der Witz an dem Angebot ist, daß diese im Wesen sozialdemokratische Politik nur mit Unterstützung der Grünen gemacht werden kann und in allen Punkten den Absichten und Wünschen der grünen Wähler näher

kommt als jede andere gegenwärtig mehrheitsfähige Politik. Wenn sich die Grünen auf das Angebot einlassen, dann haben sie bloß eine sozialdemokratische Regierung mit einer sozialdemokratischen Politik gewonnen, lassen sie sich nicht darauf ein, dann haben ihre Wähler eben das verloren, was sich die meisten von ihnen zunächst mal von der gegenwärtigen Situation und der Wahl der Grünen versprechen.

Ein Teil dieses Dilemmas ist von den Grünen selber verschuldet, denn in ihrem eigenen Angebot der kontinuierlichen Zusammenarbeit mit einer von ihnen tolerierten SPD-Regierung war ja auch gar nicht mehr angestrebt. Bewegungsformen für die unaufgelösten Widersprüche zwischen sozialdemokratischer und grüner Politik, Bewegungsformen für die Dynamik von Einheit und Kampf bei der öffentlichen Meinungsbildung könnten nur in einer Koalition gefunden werden, einschließlich an verschiedenen Strängen ziehender Ministerien. Der andere, wichtigere Teil des Dilemmas besteht darin, daß SPD und Grüne zwar im Parlament eine Mehrheit bilden können, aber keine Mehrheit sind und auch nicht repräsentieren, die die Kraft oder auch bloß schon die Absicht hätte, in wichtigen Bereichen die kapitalistischen und bundespolitischen Verhältnisse tatsächlich aufzubrechen. Solange aber ist eben ein Bruch mit den bisherigen Entwicklungstendenzen und eine Umkehr etwa in der Verkehrspolitik kaum denkbar. Auf der Tagesordnung stehen allfällige Korrekturen, die ohne neue Mehrheit im Parlament jedoch keineswegs automatisch und systemimmanent zustandekämen, sondern gar nicht oder erst viel später und halberziger

Was soll man raten? Vielleicht kann man in einer sanfteren Variante des Industriesystems leichter seine Um- und Abrüstung vorbereiten? Vielleicht muß man sich ausnahmsweise sogar etwas an Bernstein halten: Vielleicht ist ein bißchen Bewegung in der politischen Landschaft manchmal wichtiger für das Programm als das bloße Hochhalten des Programms bei Gefahr der Zementierung der politischen Verhältnisse? Wohl kann einem auf keinen Fall sein, denn es droht damit zwar nicht der Untergang jeder radikalen Kritik, aber doch die Zersetzung eines organisatorischen Ansatzes, sie in Politik umzusetzen.

Joscha Schmierer

Frieden ist unteilbar

Erklärung des KOS

Einfach gut in den Ohren klingen wird die Erklärung des polnischen KOS an die westliche Friedensbewegung ja niemand von uns Adressaten. Sie wendet sich als Appell von Vertretern einer gegen Unterdrückung kämpfenden Massenbewegung an eine gegen die Kriegsgefahr kämpfende Massenbewegung. Beide Bewegungen stehen im Gegensatz zur Supermacht des eigenen Blocks, beide Bewegungen stehen im Gegensatz zu ihrer jeweiligen Regierung, beide Bewegungen verlassen sich auf die eigene Kraft und suchen auf dieser Basis internationale Solidarität. Sie müssen sich also wechselseitig ernst nehmen. Insbesondere wird die Friedensbewegung im Westen und speziell in der BRD niemals praktisch mehr heilungsfähig werden, wenn sie die Auffassungen vieler polnischer Gewerkschafter und Widerständler nicht ernst nimmt, denn diese speisen sich aus den gleichen Nachkriegserfahrungen wie die trotz Mittelstreckenraketenablehnung immer noch vorherrschende Zustimmung zur Nato hierzulande. Die bisherige Linke ist unter anderem deshalb erst zu einem maroden Haufen geworden (KPD nach dem Krieg) und dann nach 1968 ein maroder Haufen geblieben, weil sie immer noch verdrängte, daß die Sowjetunion nach dem II. Weltkrieg und der Niederschlagung des Faschismus in Europa noch weniger als Befreier auftrat denn die USA. Im Gegenteil, sie hat selbst solche Nationen unterdrückt, die den Kampf gegen den Faschismus nie aufgaben, wie die Polen und sogar versucht, die Jugoslawen zu unterdrücken, die den antifaschistischen Befreiungskrieg aus eigener Kraft siegreich beenden können.

Wir sind taub, wenn wir diese Erfahrungen nicht zur Kenntnis nehmen und weghören, wenn aus ihnen heraus politische Auffassungen formuliert werden. Freilich sind diese Auffassungen einseitig, aber Ergebnis fundamentaler Erfahrungen. Verstehen wir sie nicht, verstehen wir auch den Kampf der osteuropäischen Völker nicht. Schlimmer: Wir verstehen nicht, warum sich bei uns zu Hause die Ablehnung der jetzigen Mittelstreckenraketenstationierung und die Zustimmung zur Nato so oft noch überschneiden. Von dieser doppelten Tatsache lebt aber die Regierung, gegen die sich ja die Mehrheit trotz Stationierungsbeschluß nicht etwa erhebt.

Wenn es uns nicht gelingt, die Motive für beide Mehrheitsmeinungen neu zu bündeln, dann werden Nato und Regierung noch manches anstellen können. *js*

Am 14. Mai dieses Jahres hat das KOS einen „offenen Brief an die Friedens- und Antiatombewegungen in Westeuropa“ (Sh. Kommune 11/83, S. 19) geschrieben und eine „Erklärung von Solidarność zur Verteidigung des Friedens“ veröffentlicht. Auf diese Dokumente hin gab es Reaktionen in unserem Land und im Ausland, hat sich eine Diskussion entwickelt, entstanden Fragen und Zweifel, die uns geholfen haben, unseren Standpunkt genauer zu formulieren:

Frieden ist ein Zustand aus menschlichen Herzen und menschlichem Verstand

Wenn in den Herzen und im Verstand der Menschen Feindschaft herrscht, Machtstreben, Lüge und Angst, dann ist der Friede bedroht. Also sind das Gute, das Streben nach Wahrheit, das Verzicht auf Feindschaft und das Besiegen der Angst die sichersten Wege, um dauerhaften Frieden zu erreichen. In diesem Sinne ist der Weltfrieden abhängig von jedem einzelnen Menschen.

Frieden ist unteilbar

Der Friede wird bedroht durch jede Form von Gewalt und durch Drohen mit Gewalt — sowohl in internationalen Verhältnissen als auch im sozialen und politischen Leben der Völker. Gewalt gegen die eigene Gesellschaft bedroht den Frieden auch auf internationaler Ebene. Dauerhaft kann nur ein Frieden sein, der sich auf Respektierung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker gründet.

Frieden ist ein politisches Problem

Konkrete militärische Lösungen — Stationierung oder nicht von bestimmten Waffensystemen — sind immer Konsequenzen einer existierenden politischen Situation. Um das Wettrüsten zu stoppen, muß man/frau nach Änderung politischer Bündnisse, die Gewalt, Unrecht und Unfreiheit von Völkern fixieren, streben.

Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg

Die fortschreitende Militarisierung der von der Sowjetunion abhängigen Staaten, wovon Polen das deutlichste Beispiel ist, vertieft Elend, verursacht Desintegration des sozialen und politischen Lebens in diesen Ländern, produziert auch eine ganz spezifische „Gewaltkultur“ die grundsätzlich der europäischen humanistischen Kultur feindlich ist, die destruktiv und demoralisierend auf das soziale Bewußtsein wirkt.

Der Frieden in Europa ist bedroht

Die durch das Abkommen von Jalta den Staaten Zentral- und Osteuropas aufgezwängten Regime behalten ihre Macht nur dank der Gewalt, die sie gegen ihre eigenen Gesellschaften ausüben. Der Kampf dieser Gesellschaften für Gerechtigkeit ist mehrmals in Blut ertränkt worden. An jedem solcher Konflikte hat die Sowjetunion ihren Anteil, und somit sind diese Konflikte eine Bedrohung für den europäischen und den Weltfrieden.

Frieden kann nicht auf Raketen gegründet werden

Daß die westeuropäischen Staaten sich auf amerikanische Atomwaffen verlassen müssen, um der immer vorhandenen Sowjet-Bedrohung entgegenzutreten, ist ein Beweis für die Niederlage europäischer Politik nach Jalta. Die europäischen Gesellschaften müssen den sowjetischen Gewaltssystemen ihren Willen ge-

genüberstellen, um die grundsätzlichen Rechte aller Völker auf Selbstbestimmung zu verteidigen.

Frieden in Europa können nur die Europäer selber schaffen

Unser Kontinent ist seit fast 40 Jahren seiner politischen Autonomie beraubt. Das Abkommen von Jalta hat halb Europa unter sowjetische Herrschaft gebracht und die Sicherheit der anderen Hälfte von amerikanischem Militärschutz abhängig gemacht. Diese Situation hat dazu geführt, daß Europa zum Objekt statt Subjekt von politischen Faktoren, die über sein Schicksal entscheiden, geworden ist. Eine pan-europäische Friedensbewegung soll vor allem die Wandlung Europas zum politischen Subjekt anstreben.

Aufgrund der vorgenannten Thesen meint das KOS in Polen, daß eine pan-europäische Friedensbewegung die folgenden Grundsätze annehmen soll:

1. Unser Ziel ist ein atomwaffenfreies Europa vom Ural bis zum Atlantik.
2. Die Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion hat vor allem politischen Charakter. Europa lebt unter einer dauerhaften militärischen Erpressung durch die Sowjetunion, Erpressung, die mit dem Ziel ausgeübt wird, für Moskau vorteilhafte politische Änderungen zu erzwingen. Einer solchen Erpressung dürfen wir uns nicht beugen. Aber das Wettrüsten ist nicht die geeignete Antwort auf die existierende Bedrohung.
3. In der aktuellen Lage soll das Kampfziel der westlichen Pazifisten das Erreichen von zweiseitiger Abrüstung sein. Die Forderung nach einseitiger Schwächung des westlichen Militärpotentials führt in der Konsequenz zu einer steigenden und nicht zur Verminderung der Kriegsgefahr.
4. Friedensbewegungen in den von der Sowjetunion dominierten Ländern sollen vor allem ihre Gesellschaften, die müde von der falschen Friedensrhetorik ihrer Regierungen sind, auf die Friedensbedrohung durch das totalitäre System aufmerksam machen, die Wahrheit über die wirklichen Ursachen internationaler Spannungen sagen, die Menschen- und Bürgerrechte verteidigen, sich gegen innere Gewalt, die Ursache ist von Gewalt im internationalen Verhältnis, verteidigen.
5. Die Friedensbewegungen in Westeuropa sollen Druck auf die Politik ihrer Regierungen ausüben, um allen Völkern, denen das Selbstbestimmungsrecht verweigert ist, größere Unterstützung zu geben. Denn nur eine solidarische Position Europas in dieser Sache kann in Zukunft zu einer Verringerung der Bedrohung durch die Sowjetunion führen und dadurch auch zur Unabhängigkeit Westeuropas von der militärischen Bevormundung durch die USA.
6. Alle Aktivitäten gegen Gewaltssysteme — ob sie sich nun auf Waffen oder auf Polizeigewalt stützen — sollen durch die Friedensbewegungen beider Teile Europas solidarisch durchgeführt werden. Unabhängig von existierenden Teilungen ist Europa eins. Indem wir für das Recht unserer Völker, in Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden zu leben, kämpfen, kämpfen wir für das Lebensrecht Europas, für das Überleben unserer europäischen Kultur und Tradition. Frieden ist unteilbar und Gewalt ist unteilbar. Wir führen einen gemeinsamen Kampf.

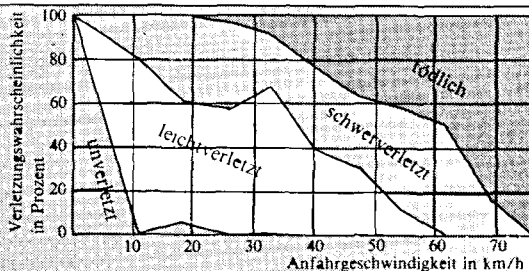
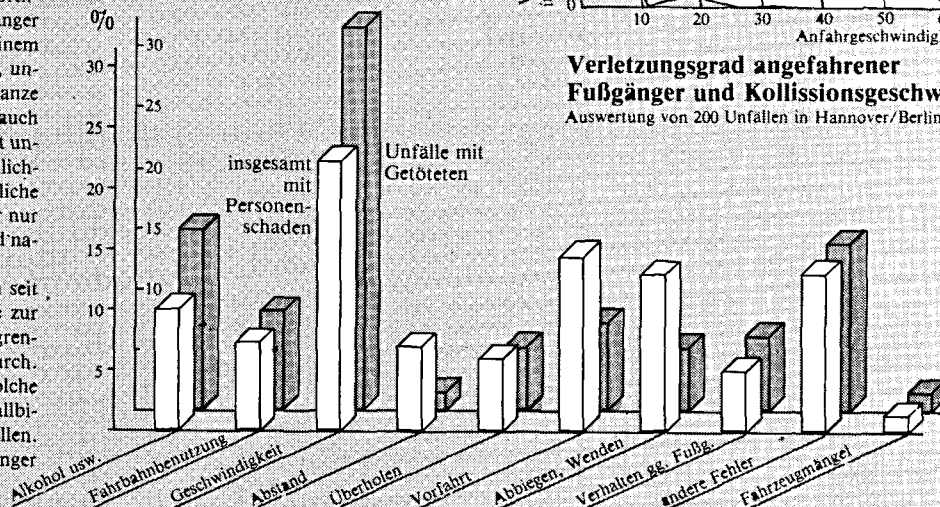
20.10.1983, KOS in Polen

Gibt's eine Massenkarambolage im Nebel, so schickt unsere sensationslüsterne Presse die „Nachricht“ bestimmt über Millionen von Fernsehschirmen. Das wirkliche Bild über die Verkehrs-Opfer wird totgeschwiegen: 32 Menschen sterben täglich auf westdeutschen Straßen, unbeachtet. Die Mehrzahl der Unfälle mit Personenschäden findet innerorts statt; 60% der bei innerörtlichen Unfällen Getöteten sind Fußgänger und Radfahrer. Die Chance der an einem Verkehrsunfall beteiligten Fußgänger, unverletzt davonzukommen, beträgt ganze 3%. Zwar können tödliche Unfälle auch schon bei einer Anfahrgeschwindigkeit unter 25 km/h auftreten; die Wahrscheinlichkeit, bei 25 km/h als Fußgänger tödliche Verletzungen zu erleiden, beträgt aber nur 3,5% gegenüber 37% bei 50 km/h und nahezu 83% bei 70 km/h.

Zahlreiche Bürgerinitiativen führen seit September eine verstärkte Kampagne zur Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung in Ortschaften auf 30 km/h durch. Unfallforscher erwarten durch eine solche Maßnahme eine Halbierung der Unfallbilanz bei schweren und tödlichen Unfällen. 70% der innerorts getöteten Fußgänger könnten gerettet werden.

polizeilich festgestellte Unfallursachen

Ursachen bei Fahrzeugführern und Fahrzeugen 1981



Verletzungsgrad angefahrener Fußgänger und Kollisionsgeschwindigkeit
Auswertung von 200 Unfällen in Hannover/Berlin

Rentenreform '84 nur für Männer

Es ist jetzt so gut wie sicher, von der Rentenreform '84 werden die Frauen nichts sehen; still und heimlich bastelt das Arbeitsministerium an einem Gesetzentwurf, der lediglich auch Männern eine Hinterbliebenenrente zuspricht, wenn die verstorbene Frau Versichertenrente bezogen hat. Schon 1975 hat das Verfassungsgericht den Gesetzgeber verpflichtet, bis Ende 1984 die unterschiedliche Behandlung von Witwen und Witwern im Rentenrecht aufzuheben. Mal mehr, mal weniger stark sollte in diesem Zusammenhang die unbestrittene grundsätzliche Ungleichbehandlung der Frauen bei der allgemeinen Altersversorgung gemildert werden. So war lange Zeit eine Teilhabe-Rente im Gespräch, wonach die Hinterbliebenen-Rente des überlebenden Ehepartners jeweils 75 oder 70 Prozent der gemeinsamen Rentenanwartschaften beider Ehepartner, mindestens aber 100 Prozent der eigenen Rentenanwartschaften betragen sollte. Das hätte immerhin (neben einer Reihe von Nachteilen) für die Masse der verwitweten Niedrigrentnerinnen eine bescheidene Besserstellung bedeutet. Außerdem war bis in jüngste Zeit immer wieder mit der Anrechnung von Erziehungszeiten gewunken worden. Von all dem ist jetzt kurz vor dem vom Verfassungsgericht gesetzten Termin keine Rede mehr; die Hinterbliebenen-Rente soll bei 60% der Rente des Verstorbenen bleiben. Und zusätzlich sollen eige-

ne Renteneinkünfte auf die Hinterbliebenen-Rente angerechnet werden. Die gesetzliche Rentenversicherung würde also nur insofern eintreten, als andere Einkünfte nicht existieren; Betriebsrenten und ähnliches würde die gesetzliche Rentenversicherung entlasten. Weil das ihrem einschlägig tätigen Redakteur Walter Kannengießer nicht paßt, hat die „Frankfurter Allgemeine“ die Pläne aus dem Hause Blüm an die Öffentlichkeit gebracht. Wie Biedenkopf & Co. schwebt Kannengießer vor, die Solidarversicherung auf längere Sicht auf eine „Grundsicherung“ zurückzuführen; die eigentliche Altersversorgung wäre dann durch private Versicherungssysteme als Zusatzversicherung abzudecken. Das ist natürlich mit einer Anrechnung bei der gesetzlichen Hinterbliebenen-Rente nicht zu vereinbaren, und die FDP hat sich nach Veröffentlichung der Pläne zur parlamentarischen Blockade angeboten. Unumstritten sind aber alle anderen Teile der Planung. □

Biochip ante Portas

Innerhalb der nächsten zehn Jahre werden Wissenschaftler Schaltungen mit elektronischen Funktionen im Bereich molekularer Abmessungen vorführen können. Die Welt der Elektronik wird sich dann vom Silizium-Chip ab- und dem Biochip zuwenden. So prophezeit eine amerikanische Studie, die entsprechenden Experten befragt hat. Die Forscher im Dienste der elektronischen Multis versprechen sich davon ohne jede Kostensteigerung eine bedeutende Erweiterung aller Mög-

lichkeiten der Computertechnik. Auch die Implantation elektronischer Geräte in den menschlichen Organismus oder die Schaffung von Schnittstellen mit Nervenzellen dürfte sich dann viel leichter gestalten, meinen sie. □

3,5 Mrd. für Unternehmen

Im Zuge der Beratungen zum Bundeshaushalt hat die Regierungskoalition den Unternehmen weitere 3,5 Milliarden Mark an Steuerergünstigungen zukommen lassen, ein Betrag, mit dem zwei Monate lang sämtliche Arbeitslosenunterstützungen zu finanzieren wären. Schwerpunkt des neuen Steuergesetzes ist die Vermögenssteuer, die für die Kapitalgesellschaften um mehr als ein Drittel sinkt. Weiter erhalten kleinere und mittlere Betriebe die Möglichkeit zu Sonderabschreibungen bis zu 40% im ersten Jahr der Anschaffung; über 20% der Investitionen können damit durch Steuerersparnis finanziert werden. Verlängert wurden auch die Abschreibungsvergünstigungen für Schiffe und Flugzeuge. Beim Bauherren-Modell wurde die angekündigte Einschränkung derart verwässert, daß keinerlei Senkung der Subventionsbeträge herauskommt. □

Der Bluff mit der Entschwefelung

Seit 1. Juli ist die „Großfeuerungsanlagen-Verordnung“ in Kraft, deren von zahlreichen Ausnahmen durchlöcherter Kern den Schwefeldioxid-Ausstoß von Kraftwerken

und industriellen Verbrennungsanlagen mit über 50 Megawatt Leistung auf 400 Milligramm pro Kubikmeter Abluft begrenzen will. Inzwischen sind die ersten Fälle bekannt geworden, in denen die Aufsichtsbehörden eine höhere Schadstoffemission zulassen müssen, als dies nach der alten Rechtslage notwendig gewesen wäre. So wurde dem Pharmaproduzenten Merck in Darmstadt für einen neuen Kessel ein SO₂-Ausstoß von 900 mg/m³ genehmigt, und der Chemiekonzern Hoechst in Frankfurt hat erreicht, daß ein erst auf dem Reißbrett existierendes Kraftwerk als „Altanlage“ eingestuft wird; so kann Hoechst bis 1988 bis zu 2500 Milligramm SO₂ in die Luft schicken. Ihre Grundlage haben solche kalkulierten Gaunerstücke darin, daß bislang allein galt, daß genehmigungsbedürftige Anlagen die „dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung“ anwenden müssen, während nun die Grenzwerte der neuen Verordnung gelten. Und die lassen erheblich höhere Emissionen zu, als dem „Stand der Technik“ entspricht. So hat das Großkraftwerk Mannheim Ende November eine Entschwefelungsanlage in Betrieb genommen, die nach dessen Angaben bei Verheizung schwefelreicher Kohle Werte von 110 bis 150 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Abgas erzielt. Kein Unternehmen kann aber zur Einhaltung dieser durchaus möglichen Werte gezwungen werden, weil die Großfeuerungsanlagen-Verordnung eben mehr zuläßt. Die höchstzuläs-



sigen Emissionswerte werden so zu *Minimalwerten*, die Kraftwerke und Industrie in jedem Fall ausnutzen können. Dazu kommt die seit langem geführte Kritik an der „Absterbeordnung“.

– für Anlagen bis 300 Megawatt, die 50% der installierten Leistung in der BRD erbringen, gilt noch zehn Jahre lang (bis 1993) die Obergrenze von 2500 mg SO₂ je Kubikmeter;

– Betreiber von Anlagen über 300 Megawatt müssen frühestens ab 1988 unter die 2500 Milligramm kommen.

Rund 9 Mrd. DM würde die sofortige Entschwefelung aller Kraftwerke nach Angaben des Umweltbundesamtes kosten. Die Grünen im Bundestag verlangen als Sofortmaßnahme u.a. die Stilllegung der Kraftwerke in Borken (Hessen), St. Barbara und Weiher (Block II – beide Saarland) und Scholven (Block B-E – NRW); sie schleudern mit 125 000 Tonnen SO₂ jährlich fünf Prozent der westdeutschen Gesamtemission an Schwefeldioxid in die Luft. □

Juniorpartner im Schleudern

Ein Possenspiel besonderer Art hat sich die Bundesregierung gegenüber der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), einer Fachorganisation der UNO, geleistet. Mit der festen Absicht, gegen eine Erhöhung des FAO-Haushalts zu stimmen, war die Bonner Delegation zur Jahrestagung der Organisation gefahren. Nach Geschehnissen hinter den Kulissen stimmte sie am Ende doch zu, gab aber dazu eine Erklärung ab, die „beträchtliches Aufsehen“ (FAZ) erregte. Immerhin wurde den Vertretern der restlichen über 150 Mitgliedsländer zu deren Erstaunen mitgeteilt, der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestags habe den westdeutschen Beitrag für 1984 blockiert. Erklärtes Ziel dieser Geldsperre ist es, der Ernährungsorganisation die westdeutschen Vorstellungen von „Sparsamkeit“ und „Effizienz“ aufzuzwingen. Den Ausschlag hatte letztlich gegeben, daß FAO-Generalsekretär Saouma bei einem Besuch in Bonn den MdBs nicht zu deren Zufriedenheit Rede und Antwort gestanden hatte. Daß Landwirtschaftsminister Kiechle nun dennoch dem FAO-Haushalt zugestimmt hat, liegt ausschließlich daran, daß die USA ihrerseits ihre mit der BRD abgesprochene Ablehnung aufgaben. Und das hat seinen Grund in der Absicht, den US-Farmern die FAO als Vertriebsorgan für ihre Getreideüberschüsse und damit die Weizenwafler zu erhalten. □

Globalsteuerung ökologisch?

Trotz seiner Rückstufung in der CDU-Hierarchie ist Kurt Biedenkopf noch für so manchen Innovationsschub in seiner Partei gut. Mindestens bei zwei programmatischen Weichenstellungen der Christdemokraten, bei der Abkehr vom Sozialen Mietwohnungsbau und bei der Entleerung der Sozialversicherung in Richtung bessere Armenfürsorge, tat sich der dynamische Weißmacher aus dem Revier ganz unmittelbar als theoretischer Wegbereiter hervor. Jetzt versucht er sich mit der „ökologischen Marktwirtschaft“ und hat dazu einen Vorstandsantrag anlässlich des Parteitags der CDU Westfalen-Lippe vorgelegt.

Ob aus diesem Antrag bis zum Erscheinen dieser Zeitschrift ein Beschluß des Landesverbandes geworden ist, sei dahingestellt. Natürlich gibt es Widerstände dagegen. Indes zeigt der Vorstoß eine Richtung an, die verfolgt werden wird. Denn seit im Frühjahr die regierungsamtlich eingesetzte „Projektgruppe Aktionsprogramm Ökologie“ verkündet hat, eine ökologische Umweltpolitik könne auf die Marktwirtschaft setzen, „wenn der Marktprozess durch staatliches Handeln ergänzt wird“, und auch das „Institut der deutschen Wirtschaft“ auf jene umweltpolitischen Vorstellungen eingeschwenkt ist, wonach „Verschmutzungsrechte“ künftig zwischen Industriebetrieben frei handelbar sein sollen, seither sind die Weichen entsprechend gestellt.

Biedenkopf will den Unternehmen Emissions-Zertifikate zuteilen, die diese zur Abgabe einer bestimmten Menge von Schadstoffen in die Atmosphäre berechnen. Die Zertifikate sind übertragbar; ähnlich wie Aktien sollen sie an einer speziellen Umweltbörse gehandelt werden.

Der selbstgesteckte Anspruch des Modells ist es, das Gewinninteresse der Unterneh-

men in den Dienst der Umweltpolitik zu nehmen und so „genau festgelegte und realistisch erreichbare Ziele mit dem geringstmöglichen Aufwand zu erreichen“. Sei es, daß Produktionserweiterungen die Gesamtemissionen nicht erhöhen sollen, sei es, daß von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, die mit den Zertifikaten verbundenen Emissionsrechte stufenweise abzusenken, die Übertragbarkeit der Verschmutzungsrechte soll bewirken, daß Emissionen „dort unterbleiben, wo ihre Verhinderung billiger ist als der Zukauf von Zertifikaten“.

In den letzten Jahren wurde dieses Konzept vor allem von dem schweizer Wirtschaftsprofessor Binswanger (NAWU-Report) in die Diskussion gebracht. Für ihn ist es ein konkretes Beispiel für die Entkopplung von Umweltbeanspruchung und (qualitativem) Wachstum. Während K. William Kapp, der Anfang der 50er Jahre den Begriff der „Sozialen Kosten der Marktwirtschaft“ geprägt hat, alles Übel im Preissystem und starke Vorzüge in planerischen Eingriffen sah, tendiert die neuere Umwelt-Ökonomie eher dahin, Umweltschutz fast ausschließlich durch staatliche Beeinflussung der Preisbildung zu betreiben. Bis weit in die Ökologiebewegung hinein haben solche Vorstellungen Anhang, scheinen sie doch einfach in Handhabung und Wirkung und auch ohne „Systemveränderung“ möglich.

Stutzig machen sollte aber schon, weshalb Christ- und Sozialdemokraten plötzlich selbst für solche umweltökonomischen Instrumente plädieren, während sie an ganz wichtigen konkreten Punkten unverdrossen blockieren. Zwar ist es ganz richtig, auch nach Veränderungsmöglichkeiten zu suchen, die die Gegenseite nicht gleich bis zu den Grundfesten reizt; und Beurteilungsmaß kann auch nicht sein, daß diese

Maßnahmen sich innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft bewegen. Das Konzept, das hinter Biedenkopfs Vorschlag steht, scheint aber in der Sache voller Haken und daher auch ein politisches Ablenkungsmanöver gegenüber viel wirkungsvolleren und zum Teil auch sehr konkreten Maßnahmen.

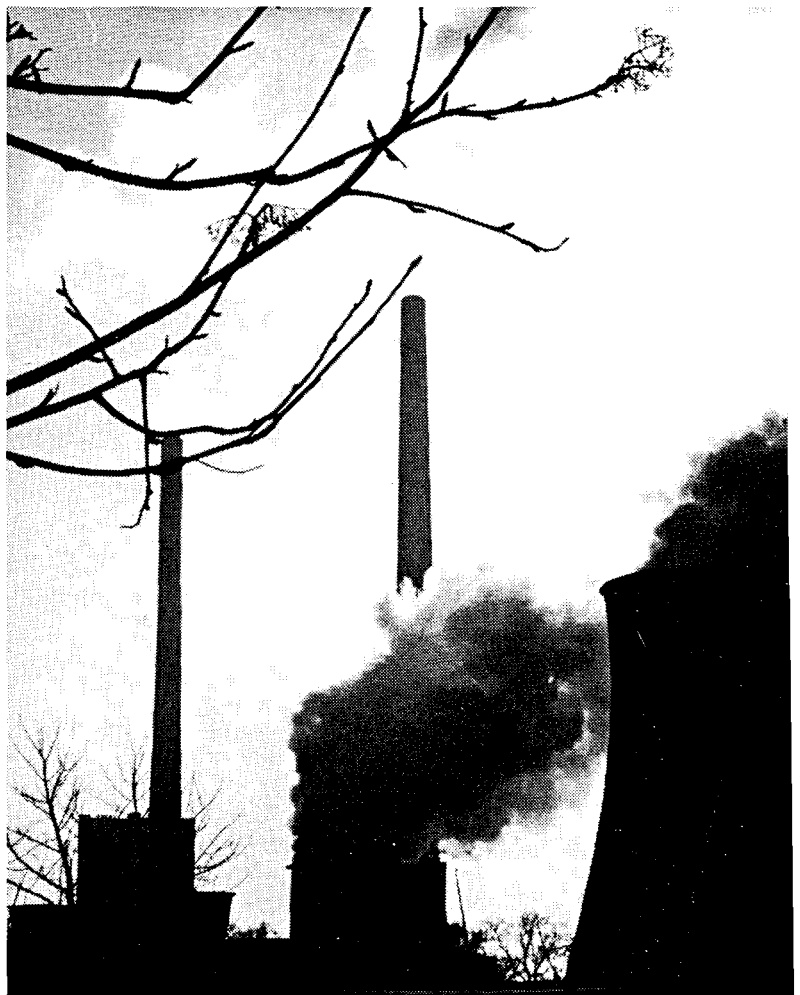
Es darf bezweifelt werden, daß die Emissions-Zertifikate effektiv handhabbar sind. Allemal bleibt das Problem, die verschiedensten Emissionen vergleichbar zu machen, und angesichts dieser Schwierigkeit wird die scheinbar so einleuchtende Formel von der Kostenminimierung zum Pferdefuß. Selbst wenn es gelänge, Emissionen nach ihrer Gefährlichkeit zu gewichten, so würde über die Beseitigungs-Prioritäten nicht diese Gewichtung entscheiden, sondern diese Gewichtung in Verbindung mit den spezifischen Reinigungskosten. Es sind aber eindeutige Prioritäten notwendig, ein Punkt, der in diesen Konzepten nicht thematisiert ist. Auch führt die Übertragbarkeit der Verschmutzungsrechte dazu, daß die Obergrenzen jeweils maximal ausgenutzt werden, statt daß Emissionen optimal gesenkt werden.

Im Detail steckt noch mancher Teufel, und das zeigt doch, wie damit politische Kräfte auf einem ziemlich ineffektiven Feld gebunden werden können. Geradezu fatal wäre es, wenn die Illusion genährt würde, es bedürfe nur etwas ökologischer Globalsteuerung, und schon könne die Produktionsweise geändert werden. Insofern ist diese Sorte Umweltökonomie auch ein Mittel, von tatsächlichen, stofflich verändernden Alternativen, die notwendig quer zur herrschenden Produktionsweise liegen, abzuhalten. Deshalb braucht Biedenkopfs Vorstoß auch gar nicht an seine Verwirklichung heranreichen; seine Existenz als „Denkmodell“ wirkt schon. *fb*

Das Großkraftwerk Studinger, direkt an der Hanauer Gemarkungsgrenze. Es ist der größte Schwefelemittler der Region mit einer erlaubten Ausstoßmenge von 9,7 Tonnen SO₂ pro Stunde. (1500 MW)

*Aus deutschen
Landen*

Hanau — wo der Geigerzähler tickt!



Wanderer, kommst Du mit dem Automobil von Norden nach Hanau, so schließt nicht vom Hanauer Kreuz der A 45/66 auf die Naturverbundenheit der Eingeborenen. Die 1000 Hektar schönsten Waldes für dieses Asphaltkreuz fielen für Deine und unser Beschützer Bequemlichkeit.

Eberhard Stickler

Wanderer, irrst Du dann durch die absonderliche Kaufmannsarchitektur der Hanauer Innenstadt, so schließt nicht von diesem steinernen Antlitz auf die Seele der Eingeborenen. Es sind ja nur die gemauerten Nachkommen des totalen Krieges, die Dich hier bedrücken.

Wanderer, kommst Du dann in die amerikanische Zone, so wende den Blick zur Straßenmitte. Die Kasernen zu beiden Seiten der Lamboystraße sehen gar zu kriegserprobt aus und Du mußt Dich nicht damit belasten, daß jeder vierte Stadtbewohner ein Soldat mit amerikanischer Zunge ist.

Wanderer, meide das Land der Familie im Osten der Stadt, gar braunes Gesindel hier sein nächtliches Vergnügen unter künstlicher Dorfllinde sucht. Lenke Deinen Schritt nach Westen, nach Kesselstadt. Hier findest Du hin und wieder noch einen Rest des alten Hanau. Es wird gerade nach dem Konsumgeschmack des mittleren Standes hergerichtet, aber Du hast sicher genug

Geisteskraft, das unverfälschte Alte Dir vorzustellen.

Wanderer lies in der Geschichte, und Du wirst ein anderes Hanau kennenlernen.

Die Tradition ist anders

Fortschrittliches Denken hatte in Hanau bis zur Machtübergabe an die Nazis eine nahezu ungebrochene Tradition, die bis zur Gründung der Neustadt im Jahre 1597 zurückreicht. Hier fielen die Gedanken der französischen Revolution unter napoleonischer Besatzung auf fruchtbaren Boden, von hier aus marschierten in der 48er Bürgerrevolution bewaffnete Turner nach Baden, hier übernahm in der Novemberrevolution 1918 ein Arbeiter und Soldatenrat die Macht, hier war die KPD von 1919 bis 1933 die stärkste Arbeiterpartei, hier arbeiteten Widerstandsgruppen bis 1936.

Am 19 März 1945 wird Hanau zu fast 90 Prozent in Schutt und Asche gebombt. Wenn es heute auch so erscheint, damals waren sozialistische und kommunistische Gedanken noch nicht unter den Trümmern begraben: SPD und KPD bilden noch im selben Jahr einen gemeinsamen Ausschuß zur Vorbereitung einer einheitlichen Arbeiterpartei. 1950 ruft die Stadtverwaltung dazu auf, Friedenskomitees zu bilden und gegen jede Remilitarisierung zu kämpfen. 1951, bei der verbotenen Volksbefragung, stimmen in Hanau Tausende gegen die Remilitarisierung.

Der Einfluß der KPD schwindet aber in Hanau wie anderswo auch schon vor dem Verbot von 1956; die Kommunisten in der Stadt und den „roten“ Umlandgemeinden bilden Ersatzorganisationen (die manches Mal erfolgreich bei Kommunalwahlen kandidieren), arbeiten nur noch gewerkschaftlich, verlegen Aktivitäten in den sportlichen und kulturellen Bereich der Arbeitervereine.

Kommunistische und linkssozialistische Politik überwintert vor allem in den Köpfen der „alten Garde“ — jener, die Faschismus und Zerstörung überlebt haben. Außerbetriebliche Aktivitäten gibt es vor allem in der Anti-Atomtod-Kampagne 1958, beim Besuch von John F Kennedy 1963 und gegen das Wiederaufleben des organisierten Nazismus.

Was sich alles geändert hat

Für diesen rapiden Rückgang der Attraktivität linker Ideen und Organisationen gibt es eine Vielzahl von Gründen. Einige gelten für Hanau wie für die gesamte Republik — etwa die Enttäuschung über die Realität der „realsozialistischen Alternative“, erhärtet durch die Berichte der Vertriebenen, Heimkehrer und Flüchtlinge, oder die Verstärkung antikommunistischer Haltungen im Rahmen des Roll-back. Dennoch sind für Hanau auch besondere, lokale Gründe zu nennen, etwa:

- die Fortsetzung der Volksgemein-



schaftsideologie im umfassenden Wiederaufbau, mit Ehrendienst (Trümmerräumung) und Eigenhilfe;

- die damit verbundene Forcierung der örtlichen Bauwirtschaft bei gleichzeitiger Ausdehnung der Wohnungsnachfrage durch kasernenunwillige US-Soldaten (Dollarspritzen für den Eigenheimboom);

- die steigenden Verdienstmöglichkeiten und neuen Selbständigenperspektiven durch die beschleunigte Umstrukturierung der lokalen Wirtschaft bei geringem Zerstörungsgrad wichtiger Großbetriebe. Wesentlich bei dieser Umstrukturierung ist das Wachstum der sogenannten „Fortschrittsindustrien“, deren Anteile auf dem Weltmarkt schnell wachsen (Degussa, Heraeus, Atomfirmen) aber auch die Ausdehnung der Konsumgüterproduktion (BBC, Dunlop, Druckereisektor).

- Die damit einhergehende Neuzusammensetzung der werktätigen Bevölkerung. Unqualifizierte Handarbeit wird entweder mechanisiert oder mehr und mehr auf ausländische Kollegen abgewälzt. Sie arbeiten und leben in Hanau lange unter fast unmenschlichen Bedingungen. Handarbeitssintensive Betriebe und Werkstätten (etwa Gießereien, Maschinenbau, Gold- und Silberschmieden), in der Geschichte der Stadt traditionelle Brutstätten von Klassenbewußtsein, machen dicht.

Weitere Veränderungen ergaben sich durch das Zusammenwachsen des Rhein-

Main-Gebietes. Dieser Prozeß bescherte Hanau nicht nur einen kompletten Autobahnpanzer, sondern auch den Verlust einer Mittelpunktsfunktion. Viele Pendler finden in Frankfurt bessere Arbeitsplätze. Dadurch vergrößert sich das Gewicht der Angestellten noch mehr. Lokale Identität und Kulturangebote schrumpfen, auch die junge Linke bezieht sich in und nach der Studentenbewegung voll auf Frankfurt. Populärer Autoaufkleber: „Nichts los in Hanau“

In der Krise 1966/67 (legendärer Chemie Streik bei Dunlop) und mit dem raschen Überschwappen der Studentenbewegung aus der Metropole Frankfurt keimten in Hanau wieder linke Perspektiven auf. Mit Schulstreiks, Anti-NPD-Aktionen, Club Voltaire, Vietnam-Ausschuß, Basisgruppe, DKP-Gründung, ML und trotzkistischer Fraktionierung, Radikalisierung der Jusos bis hin zur Verstärkung linkssozialdemokratischer Einflüsse in der SPD. Diese „Linkswende“ ebte ähnlich ab wie in anderen Städten, die „linke Szene“ stagnierte, die Fraktionen schotteten sich ab. Das Ausbleiben der erwarteten Arbeiterkämpfe in der „Krise“ 74/75 tat ein übriges.

Die Vorherrschaft der Sozialdemokratie wurde kommunalpolitisch durch die Kreis- und Gemeindegebietsreform der 70er Jahre in Frage gestellt. Der einst „linke“ SPD-Landrat Woythal (klassenloses Krankenhaus, integrierte Gesamtschulen, Kreisjugendzentrum) baut nun Zentren für die Leibbrandt-Gruppe (HL-Märkte). Als die Hanauer Juso-Gruppe, einst „revolutionär“ gespalten, Mitte der 70er aufgab, hatte die Hanauer SPD Initiative und Profil verloren. Zur Politfamilie verkommen, sahen sich die lokalen Führungsfiguren der Sozialdemokratie durch soziale Forderungen eher bedrängt als angeregt. Heute machen sie lieber in Bürgerkultur als in sozialstaatlicher Reparaturwerkstatt.

Trotz einiger arbeiterkultureller Reste und der Bemühungen etlicher Leute in den noch nicht gekappten kommunalen Sozialinstitutionen macht sich auch in Hanau die Privatisierung und Vermarktung der Freizeit immer stärker bemerkbar. Die Gegenprojekte der Alternativszene kommen nur langsam voran, der Kampf um ein unabhängiges Kultur- und Kommunikationszentrum zum Beispiel endete in Privatprojekten.

Seit 1977 gab es mit der Ökologie- und Anti-Atomkraft-Bewegung für zersplitterte Linke und Oppositionelle auch in Hanau eine neue Perspektive. Einer der ersten Umweltskandale konventioneller Art war die Vergiftung der Luft mit horrenden Cadmiumdosen zum Jahreswechsel 77/78. Die Patienten des Stadtkrankenhauses durften in jener Zeit Cadmium in einer Menge ein-

atmen, die an manchen Tagen dem Genuß von 4500 Zigaretten entsprach. Der Hanauer Raum ist offiziell anerkanntes Belastungsgebiet: Kinderärzte kennen den „Hanauer Husten“, die Lungenkrebssterblichkeit ist seit Beginn der 70er Jahre um 50 Prozent gestiegen.

Neben den konventionellen Belastungen spielten schnell die örtlichen Nuklearbetriebe eine Rolle. Allerdings erwiesen sie sich als harte Nuß, die Mobilisierungsmöglichkeiten am Ort blieben bis heute gering, örtliche Antinukleardemonstrationen kamen kaum über ein paar hundert Teilnehmer hinaus. Daß der „Atomstaat“ in Hanau mitverursacht wird, wurde zwar immer wieder neu belegt, ließ aber die demokratische Tradition der Stadt nicht wiederaufflammen.

Die im Hanauer Stadtteil Wolfgang konzentrierte Atomindustrie ist von ihren Umsätzen und der Zahl der Beschäftigten her nicht gerade der beherrschende Wirtschaftsfaktor des Main-Kinzig-Städtchens, in dem es 55000 Arbeitsplätze und etwa 30000 Einpendler gibt. Die größten Betriebe: Dunlop (5000 Beschäftigte), Heraeus-Konzern (knapp 5000), die beiden Degussa-Niederlassungen (zusammen 4300), Vacuumschmelze (2000), Leybold-Heraeus (1300), BBC Großauheim (geschrumpft auf 1100), Schwab und Dreßler (jeweils 1000).

Der Atom-Filz macht sich breit

In der Hanauer Nuklearindustrie gibt es, idyllisch im sich lichtenden Wald versteckt, rund 2000 Arbeitsplätze. Einige hundert weitere sollen in örtlichen Zulieferbetrieben an der Atomenergie hängen (Leybold-Heraeus, Decatox, W. C. Heraeus, BBC, Nuklear Technik Gelnhausen).

Von zentraler Bedeutung allerdings ist die Hanauer Atomindustrie für die Verwirklichung des bundesdeutschen Atomprogramms: Hier werden die Brennelemente für fast alle bundesdeutschen und für viele ausländische Kernkraftwerke hergestellt – auch für den Hochtemperaturreaktor in Hamm und den Schnellen Brüter in Kalkar, hier wird Uran und Plutonium gelagert, hier wird die Wiederaufarbeitung vorbereitet, hier sitzen die wichtigsten Atomtransportfirmen der BRD hier wird seit Jahren friedlich für die „Nachrüstung“ gearbeitet. Es ist also nicht abwegig, vom Atomzentrum Hanau zu sprechen.

Der Anfang in Hanau liegt in der Degussa. In den 50er Jahren griff Atomminister Strauß ein. Auf sein Betreiben übernahm die Degussa die „Uranbearbeitung“, Gelder aus Bonn flossen von Anfang an so reichlich, daß man launig bauen konnte. Noch heute macht der Geldfluß aus Bonn etwa ein Drittel des Umsatzes aus.

Schwerpunkt 6/83

Weg von der autofixierten Verkehrspolitik



ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Fachzeitschrift für Grüne und Alternative Politik
alle 2 Monate

Einzelheft
DM 5, zuzüglich
DM 1, Versand
Jahresabo
(6 Hefte)
DM 30,
incl. Versand

Achtung!
Abo bis 31.12.83
zum alten Preis
von DM 25

Alternative
Kommunalpolitik
Webereistr.28
48 Bielefeld 1
Tel.:0521-63641

und noch was:
das aktuelle Heft
zum Kennenlernen
verschicken wir
postwendend,
wenn DM 6,
in Briefmarken
beiliegen!

Informationsdienst
**Alternative
Kommunalpolitik**

Die technologischen Fähigkeiten wurzeln im Dritten Reich. Auch an diesem Ausgangspunkt wird erneut die enge Verbindung zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Kernkraft deutlich. Dr Günter Wirths, dessen Leistungen die Gründung der 35prozentigen Degussa-Tochter Nukem im Jahre 1960 zugeschrieben wird, konnte seit 1938 in der Berliner Auergesellschaft nukleare Erfahrungen sammeln.

Kaum gab es die ersten großen Demonstrationen der Anti-AKW-Bewegung, da waren in Hanau auch schon die Atombetriebsräte auf den Beinen, um Kernenergie propaganda zu machen. Unser Mann in Bonn, damals noch der SPD-Abgeordnete Gerhard Flämig, war bei solchen Anlässen immer vornedran. Waren zu Ostern 1977 etwa 400 Atomkraftgegner in Hanau unterwegs, so demonstrierten im Oktober rund 2000 Arbeitnehmer aus den Nuklear und Zulieferbetrieben für das ungestörte Geschäft mit der Kernenergie. Auch auf dem Hanauer Marktplatz zeigte sich in jenen Oktobertagen die „große Koalition“ zwischen den MdBs Flämig (SPD) und Bayha (CDU): Und bei der großen Bonner Pro-Kernenergie-Demonstration wenige Tage zuvor war Flämig Hauptredner

In der Folge entwickelten die Firmenleitungen in enger Zusammenarbeit mit ihren Betriebsräten eine Unzahl von Propagandaaktionen. Neben den KWU-Abhängigen in Offenbach waren die Hanauer da ganz schön vorn. Der „Arbeitskreis Energie der Betriebsräte“ als Teil der vom mittleren Management gesteuerten „Bürgerinitiative für gesicherte Energieversorgung“ sammelte Gelder von den Unternehmen, verteilte unter Führung des CSU-Mitglieds und KWU-Betriebsrats Jürgen Laubenheimer (Alzenau) bunte Werbeprospekte in der Stadt und an Schulen, startete Anzeigenkampagnen und organisierte gezielte Ansprachen von Politikern.

Es gibt auch Bedenken

Dennoch fanden die Hanauer Atomkraftgegner bei ihren Hausbesuchen in den Wohnvierteln der Nuklearbeschäftigten hin und wieder einzelne ehemalige Mitarbeiter die der Kernenergienutzung kritisch bis ablehnend gegenüberstanden. Es gelang allerdings nicht, solche Menschen in die Arbeit der Initiative Umweltschutz (IUH) in irgendeiner Form einzubeziehen. Bei Beschäftigten der benachbarten Degussa Wolfgang stießen die Informationen der IUH schon auf mehr Interesse. Da war manchem nicht alles geheuer, was da nebenan bei der strahlenden Degussa-Tochter und ihren Abkömmlingen passierte.

Die Atombetriebsräte erhielten für ihre Firmenreklame in den örtlichen Gewerkschaften nicht nur Beifall. Noch bevor IG-

Metall-Vorsitzender Loderer aus verständlichem Eigeninteresse forderte, mit der Filz-Politik der Atom- und Rüstungsbetriebsräte müsse Schluß sein, machte sich in Hanau der DGB-Kreisvorsitzende Sigulla für die Argumentationsfreiheit der Atomgegner stark.

Leichtes Unbehagen gibt es inzwischen auch bei manchen Beschäftigten der Nuklearbetriebe. Nicht gerade in der Frage des für sie allemal vertretbaren Restrisikos, sondern in der der verschärften Sicherheitsmaßnahmen: Die Hobeg (Kugelbrennelemente für den Hochtemperaturreaktor) beispielsweise wird mit Wall und Stacheldraht umgeben.

Wofür Hanau noch gut sein kann

Bei dem Genehmigungsverfahren für die neue Brennelementefabrik Nukem II mußte die Nuklearindustrie im Oktober 1983 eine Schlappe hinnehmen: Sie hatte sich in ihren Unterlagen zweimal verrechnet, bei der Radioaktivitätsangabe sogar einen 1000fach geringeren Wert (!) eingesetzt. Nun wird dieses Verfahren – einmalig in der bundesdeutschen Atomgeschichte – wiederholt. Nukem II soll auch hochangereichertes Uran für Forschungsreaktoren in aller Welt verarbeiten. Dieses ist – in metallischer Form für den Bombenbau bestens geeignet.

Daß der Bombenbau nur der erstgeborene Zwilling der Atomenergienutzung ist, zeigt sich auch in Hanau an weiteren Verzehungen. So verweist die Initiativgruppe Umweltschutz zum Beispiel auf:

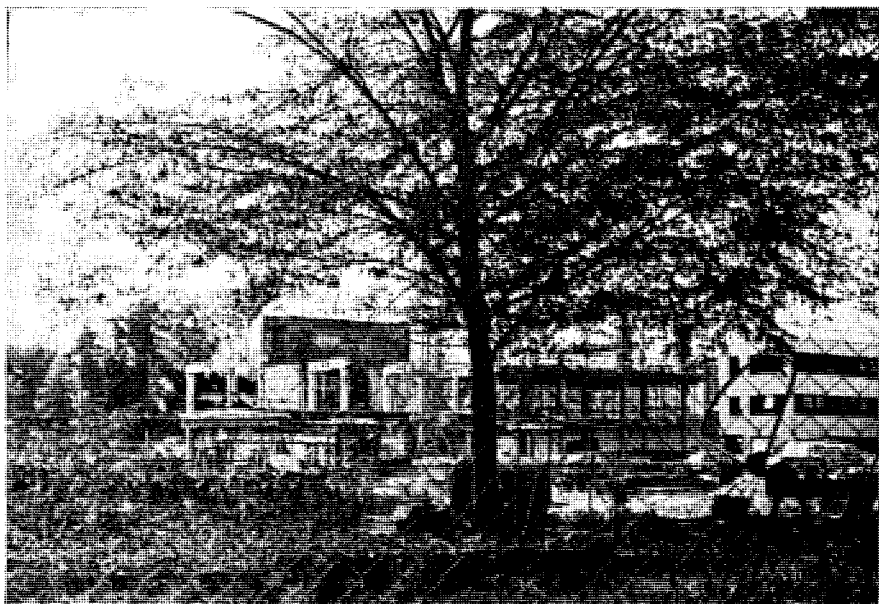
- Die Nukleartechnik GmbH (NTG) Gelnhausen beliefert mit ihren Produkten die „Los Alamos Laboratorys“ in den USA, also die Schmiede der Hiroshima- und Nagasaki-Bomben. Heute werden dort Sprengköpfe für die Pershing II und Atomminen für die deutsch-deutsche Grenze entwickelt.

- Die NTG beliefert das „Oak Ridge National Laboratory“, USA (Anreicherungsanlagen für Atombombenmaterial und Atomwaffenlabors).

- Die Transnuklear (TN) bezieht bombenfähiges Uran von diesen Anlagen in Oakridge. Dieses hochangereicherte Uran wird in Zusammenarbeit von TN und US-Armsys von Militärflugzeugen über die US-Air-Base in Frankfurt nach Hanau gebracht. Von der Nukem werden mit diesem Uran Brennelemente für Forschungsreaktoren hergestellt.

- Diese Nukem-Brennelemente werden nach ihrem Einsatz durch die TN zum Teil wieder in die USA zurückgebracht, wo sie in der Wiederaufarbeitungsanlage „Savannah River“ zur Plutoniumgewinnung für Atomwaffen verarbeitet werden.

So schließt sich der Kreis zwischen bun-



Hier entsteht die neue Brennelementefabrik Nukem II, in der hochangereichertes Uran verarbeitet werden soll. (Firmengelände von der Rückseite aufgenommen)

Demonstration im Juni 1981 gegen die Verbunkerung von 2000 kg Plutonium in Hanau.



desdeutschen Atomfirmen, US-Atomwaffenindustrie und der Stationierung von Pershing II.

Auch mit der Atommacht Frankreich gibt es eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Die Nukem baut eine Anlage zur Entnahme und Untersuchung von Brennelementen für den Schnellen Brüter „Super-Phenix“ der als Zwei-Zweck-Reaktor funktionieren soll: Neben Strom soll der Super-Phenix in seinem Brutmantel jährlich 300 Kilogramm erstklassiges Waffen-Plutonium produzieren. Die Bundesrepublik ist an diesem Brüter zu 16% beteiligt und muß 16% des Startinventars an Plutonium – sozusagen als Leihgabe – stellen. Und das kommt na, woher wohl? Wie das anfallende Plutonium allerdings wieder abgerechnet wird, ist noch unklar Würde auch das waffenfähige Plutonium aus dem Brutmantel paritätisch aufgeteilt, so würde

die Bundesrepublik jährlich 47 Kilogramm zurückerhalten – Stoff für 10 Atombomben. Und wo steht das in Europa einzigartige Plutoniumlager? Natürlich bei der Alkem in Hanau. Immerhin lagern hier jetzt schon bis zu 2000 kg Plutonium. Genug, um – fein über den Erdball zerstäubt – die Menschheit 440mal zu vergiften. Oder um 200 „schmutzige“ nicht ganz so „wirk same“ Atombomben zu bauen.

Die Hanauer Atomfirmen haben auch damit zu tun, Diktaturen in der Dritten Welt zu Atommächten zu befördern: Die RBU liefert Brennelementefabriken an Argentinien und Brasilien; die Nukem beschafft Uran auch für Peru, Brasilien und liefert eine Brennelementefabrik nach Indonesien; die NTG beliefert Südafrika.

Wer so tief drinsteckt in der Plutoniumtechnologie wie Nukem, Alkem und TN, ist zwangsläufig der wissenschaftlich-techni-

sche Wegbereiter für bundesdeutsche Atomwaffen. In Hanau konzentriert sich aber nicht nur das Know-how für Plutonium-Lagerung, -verarbeitung, -transport, Müllbehandlung und Wiederaufarbeitung: Nukem und Alkem gewinnen und verarbeiten auch Americium und Tritium-Stoffe, die für die Neutronenbombe verwendet werden können. Die Nukem-Tochter Uranit (Jülich) ist an der Entwicklung eines Verfahrens zur Plutoniumanreicherung mit Hilfe von Laserstrahlen beteiligt. Mit diesem Verfahren soll abgebrannter Atom Müll militärisch ausgebeutet werden; eine Demonstrationsanlage entsteht in Barnwell, USA.

Wird eine europäische Atommacht irgendwann politisch gewollt, dann kann die Bundesrepublik ihren Beitrag leisten. Auch eigene Atomwaffen wären – nach einer entsprechenden politischen Entscheidung – innerhalb von wenigen Wochen machbar Und der Hanauer Beitrag dazu nicht ohne Bedeutung.

Die Bedeutung der Hanauer Atomindustrie als ganz wesentlicher Teil des bundesdeutschen Atomprogramms war im Bewußtsein der Anti-AKW-Bewegung immer etwas ausgeblendet. Hier gab es keinen Bauplatz zu besetzen. Seit dem Niedergang der Bewegung fand das Atomzentrum in der Main-Kinzig-Stadt allerdings zunehmend Beachtung unter den Verbliebenen.

Im örtlichen Raum konnte auch die grünalternative Wahlbewegung das Thema Atomzentrum nur mit mäßigem Erfolg auf den Tisch bringen. Der lokale Atomfilz wirkte nicht nur in Gewerkschaften, Parteien und Stadtverwaltung, sondern auch über verwandtschaftliche und soziale Beziehungen, in den Schulen, protestabwehrend. Für die Hanauer Gruppe der Grünen Liste Hessen (GLH) war das Aufgreifen von anderen Konfliktpunkten existentiell wichtig. Erst recht bei der Kommunalwahl 1981, als eine Grüne Alternative Liste kandidierte und den GLH-Stimmenanteil auf 3,7 Prozent verdoppelte, wurden vor allem soziale Fragen thematisiert. Die SPD-Propaganda, die GAL sei eine „kommunistische Tarnliste“, drückte das 81er Wahlergebnis zusätzlich. Es bedurfte unter anderem der Startbahnbewegung, um in Hanau das grüne Stimmenpotential deutlich über 5 Prozent zu heben (Landtagswahlen '82 und '83, Bundestagswahl '83). Erst die Friedensbewegung machte Verschränkungen mit linker Sozialdemokratie – vor allem in den Gewerkschaften und DKP Spektrum zeitweise möglich. Erfreulich daran ist, daß in Hanau die andersdenkenden Teile der Friedensbewegung nicht unter der Käseglocke des Minimalkonsens' zu ersticken waren. Aber was ist das schon im Verhältnis zur linken Tradition der Stadt. □



Neuerlicher Exodus und was dann?

Allem Anschein nach werden die palästinensischen Kämpfer die ersten und vorläufig einzigen „fremden Truppen“ sein, die den Libanon verlassen. So jedenfalls will es das Abkommen, das zwischen Syrien und Saudi-Arabien kürzlich ausgearbeitet wurde. Arafat hat grundsätzlich zugestimmt, die Meuterer nach anfänglicher Ablehnung ebenfalls.

Derweil halten die unsinnigen Scharmützel zwischen Arafat-Anhängern und -Gegnern an. Wer gegen wen und wieviele sie sind, ist mit letzter Gewißheit nicht auszumachen. Fatah, die größte der Organisationen, ist faktisch gespalten, was die Kämpfer betrifft. Habasch, der in der gesamten PLO großes Ansehen genießt, und Hawatmeh haben sich im Namen von Volksfront und Demokratischer Front, den nächstgrößten Organisationen, mit Arafat solidarisch und gegen den bewaffneten Fraktionskampf ausgesprochen. Kleine extremistische Gruppen, wie Jibrils Volksfront-Generalkommando, nutzen die Gunst der Stunde, um aus dem Schatten ihrer politischen Bedeutungslosigkeit herauszutreten und kämpfen auf seiten der von Syrien kontrollierten As-Saika und der syrischen Abteilung der Palästinensischen Befreiungsarmee mit den Fatah-Meuterern. Laut Aussage von Abdallah Frangi ist nur eine kleine Zahl von Fatah-Kadern (gewählte Mitglieder der politischen Gremien) auf der gegnerischen Seite engagiert und die syrische PLA auf Befehl Syriens zum Einsatz gebracht worden. Mitglieder der Fatah neigen häufig dazu,

die Differenzen innerhalb der PLO herunterzuspielen, sei es in fehlender Würdigung kritischer Minderheitenpositionen bzw der Gewißheit der eigenen Stärke, sei es der Wahrung der Einheit halber oder in Ermangelung einer Konzeption ihrer Organisation. Dieses Bündel von Schwächen ist unter den syrischen Stockschlägen zum Ballast geworden: für die Palästinenser (und Libanesen), für die PLO, für Arafat. Die wesentliche Bedeutung des Libanon bestand darin, daß er als Ausgangsort militärischer Operationen gegen Israel fungierte, was solange gut gehen konnte, als die libanesischen Bevölkerung bereit war, die daraus entstandenen Kriegskosten mit den Palästinensern zu teilen. Die israelische Invasion und die fortgesetzte Besetzung eines Teils des Landes haben das einstmalige Bündnis zwischen der libanesischen Nationalbewegung und Teilen der Bevölkerung mit den Palästinensern vollends zunichte gemacht; die Operationsbasis Libanon ist politisch nicht mehr haltbar seit dem Sommer '82. Viele der Kämpfer, im Exil quasi ihrer Existenzberechtigung beraubt und zur Tatenlosigkeit verurteilt, kehrten mit Unterstützung der PLO in den Libanon zurück. Offenbar in der Annahme, oder wenigstens mit der Hoffnung, das Rad der Geschichte, das mit Beirut zum Stillstand gekommen war, wieder in Schwung setzen zu können, sich der verlorenen Basis Libanon wieder bemächtigen zu können. Arafats Gegner, deren Kern sich bereits Ende Januar zu formieren begann, setzen bündnispolitisch realistisch wie politisch kurzfristig auf die

Syrer, Arafat selber mußte, auf der Suche nach neuen Verbündeten, das fragwürdige und relativ fruchtlose Bündnis mit den anti-syrischen tripolitanischen Islamisten eingehen, während die libanesische Nationale Errettungsfront ihrerseits auf die Syrer baute, um ihre Forderungen gegenüber der Regierung Gemayel durchzusetzen.

Die Tatsache, daß der Waffenstillstand mit Israel von der PLO vor der Invasion ein Jahr lang eingehalten worden war, deutet m.E. auf ein Bewußtsein von der Problematik Libanon hin, was wiederum von Bedeutung für die von Arafat ergriffenen Initiativen bezüglich der jordanisch-palästinensischen Föderation ist. Eine offene, konzeptionelle Debatte darüber hat es indes nicht gegeben; unter offen verstehe ich, wohlgemerkt, die innerpalästinensische Debatte vor allem mit den Palästinensern der besetzten Gebiete, deren Kampfkraft (im weiteren Sinne des Wortes) mangels einer Perspektive kaum zum Tragen kommt. Die Demonstrationen der Palästinenser in verschiedenen Ländern beweisen den Rückhalt, den Arafat und seine Politik haben. Auch wenn die Zahl der Meuterer nicht unerheblich ist, sind sie doch politisch isoliert und die martialischen Gebärden einiger ihrer Führer können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie erbärmliche Marionetten von Syriens Gnaden sind. Ihr zweifelhafter Ruhm besteht darin, sich für Syriens Vorteil die Hände dreckig zu machen und die Position der PLO zu schwächen. Diese Macht üben sie fraglos aus.

Assad wird den Tribut dafür Beitreiben, den Libanon von den Fedayin befreit zu haben. Als Schachfiguren, mit denen er sein eigenes Spiel treibt, sind die Palästinenser für ihn interessant. Die ausdrückliche Betonung, daß Syrien nicht im Namen der Palästinenser sprechen könne, bedeutet im Lichte der gegenwärtigen Auseinandersetzungen augenscheinlich nicht den Respekt der Unabhängigkeit der PLO. Vielmehr illustrieren die syrischen Aktionen die Doktrin seines Herrschers. Ihrzufolge habe die Sicherheit Syriens Vorrang vor der Souveränität anderer arabischer Staaten, Syrien pflegt einen „interventionistischen Nationalismus“. Die USA werden nicht umhinkommen, Syrien als Verhandlungspartner einzubeziehen, was möglicherweise die Billigung der Teilung Libanons bedeuten kann; die SU steht eindeutig auf seiten Syriens. Anlässlich des 29. November (Internationaler Solidaritätstag mit dem palästinensischen Volk) wurde die PLO aufgefordert, „mit den nationalen patriotischen Kräften der arabischen Welt, in erster Linie Syrien, zusammenzuarbeiten“. Die zuverlässigsten Verbündeten der PLO befinden sich bei den oppositionellen Kräften in Israel.

Jutta Löwe

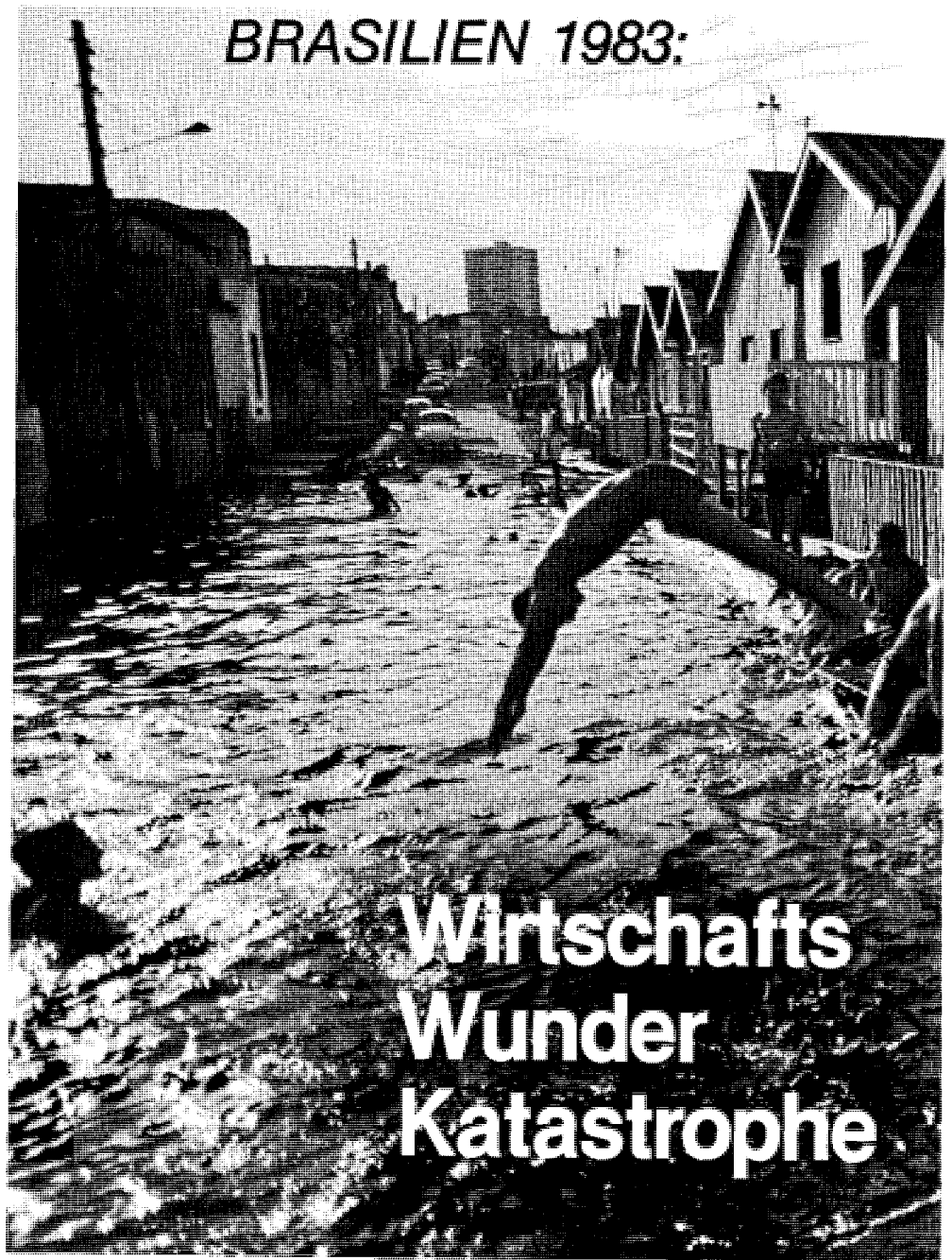
Im Elendsviertel von Manaus. Aus der ehemaligen Kautschukhochburg ist ein Armenzentrum geworden

BRASILIEN 1983:

Das „brasilianische Wirtschaftswunder“ währte nur von 1967 bis 1973. Damals mußte sich die Erhöhung der Ölpreise bei den eingeplant steigenden Erdölimporten auf die phantastischen Steigerungsraten des Bruttosozialprodukts und die gesamte wirtschaftliche Entwicklung auswirken. Seit 1981 wird von einer „Rezession“ gesprochen; aber erst in diesem Jahr (und mit Sicherheit in den folgenden Jahren) werden die Früchte dieses Wunders in ganzer Breite sichtbar. Die Nachrichten über einzelne Folgen der Krise überstürzen sich. Im Mittelpunkt aber stehen Meldungen über die Auslandsverschuldung. Bis vor kurzem wurden Zahlen von 90 Mrd. \$ genannt (davon 70% staatlich und 30% privat); es gab auch Schätzungen von 100 Mrd. Jetzt sind weitere Kredite von 4,9 Mrd. (IWF) und 8,5 Mrd. (Banken) hinzugekommen, von denen gleich 4 Mrd. als überfällige Zahlungen abzuführen sind. (Zum Vergleich. Polen war Ende 1981 mit rd. 27 Mrd. \$ verschuldet.) Für den brasilianischen Staat kommen etwa 60 Mrd. \$ Inlandschulden dazu.

Aspekte der Wirtschaftskrise und aktuelle politische Situation

1981 ging zum ersten Mal das Bruttosozialprodukt zurück, und zwar um 3,5% bei einem Bevölkerungswachstum, das mit 2,5% jährlich höher ist als in Indien und Indonesien (Bevölkerung: 122 Mio.). Am stärksten von der Krise betroffen sind die verarbeitende Industrie, wo es bis zu 30% Produktionsrückgang (Automobil) und Kapazitätsnichtauslastung bis zu 87% (Eisenbahmaterialproduktion) gegeben hat.¹ Die Inflationsrate stieg 1982 auf über 100%, wo sie doch nach Versprechungen der Regierung auf 60% heruntergedrückt werden sollte; Brasilien wurde zum „Land der Lügen“. 1983 wird die Inflation an die 200% betragen. Was der Cruzeiro wert ist, läßt sich an folgendem ermesen: Im Sommer mußte (im Flughafen Lissabon) das Dreifache in Cruzeiros für einen Dollar gezahlt werden, als Cruzeiros für einen Dollar einlösbar waren. Und für einen Dollar wurden in Brasilien auf dem Schwarzmarkt bis zu 50% mehr gezahlt, als der offizielle von den Banken gerechnete Kurs betrug. — „Sparen“ lohnt, wenn überhaupt, nur mit



Wirtschafts Wunder Katastrophe

Dollars im Sparstrumpf. Es breitet sich der Dollar als eine Art Untergrundwährung aus.

Genauere Zahlen über die Arbeitslosigkeit gibt es nicht, weil es keine Arbeitslosenversicherung (und keine Sozialhilfe) gibt. Sie wurde schon 1981 auf 10% geschätzt. Sie ist 1983 nochmal sprunghaft angestiegen. Es wurden Zahlen von 10 Mio. Arbeitslosen und 10 Mio. Unterbeschäftigten geschätzt.

Die Kredite vom IWF und von ausländischen privaten Banken können nicht termingerecht zurückgezahlt werden, wodurch sich die Zinsen noch einmal erhöhen. Der jährliche Schuldendienst hat sich in den letzten Jahren dem Gesamtexporterlös angenähert; dieses Jahr wird er ihn überholen, obwohl die diesjährige Außenhandelsbilanz wegen der Steigerung der Stahlimporte (und wegen des Rückgangs vor allem der Ölimporte) positiv ausfallen wird. In

diesem Jahr folgte eine Umschuldungsverhandlung auf die andere. Vom IWF wird ein außerordentlicher Druck auf Brasilien ausgeübt. Im Sommer, als Präsident Figueiredo wegen einer Herzoperation in den USA war, machte sich Angst breit vor einem Militärputsch von weiter rechts, sie wurde durch immer neue Gerüchte angeheizt. Der IWF macht der Regierung zur Aufgabe, eine Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen, wie Ausgabenkürzungen beim Staatshaushalt, Drosselung von Subventionen, *Steuerreduzierung bei Devisengeschäften*; vor allem aber sollen die gesetzlichen Mindestlöhne, die zweimal im Jahr entsprechend einem Verbraucherpreisindex an die Inflation angeglichen werden, von der Geldentwertung abgekoppelt werden. Die Inflationsangleichung, die regional verschieden ist, sollte nur noch allgemein bis zu 80% betragen. Im Juli gab es in den Industriegebieten ei-

Zur gegenwärtigen sozialen Situation

Viele Statistiken weisen eine (wenn auch abnehmend) steigende Konzentration von Besitz und Einkommen nach. 1970 verfügten die 5% der Reichsten über 34,1% des Einkommens, 1980 über 37,9%.¹ Bis 1980 hat sich der Anteil derer, die ein Einkommen von ein bis zwei Mindestlöhnen beziehen, gegenüber dem Anteil derer, die weniger beziehen, erhöht, gleichzeitig aber ist eine erhebliche Aufspaltung der Einkommen nach oben hin eingetreten, was der Herausbildung einer qualifizierten Arbeiterschicht entspricht. Inzwischen wird sich das Bild in der Richtung gewandelt haben, daß sich mit der steigenden Arbeitslosigkeit der Anteil derjenigen, die weniger als einen Mindestlohn beziehen, wieder stark erhöht hat. — Die Arbeitslosigkeit wird in den Metropolen unübersehbar; sie wird sichtbar in der steigenden Anzahl von Bettelnden, von Gelegenheitsarbeitern, die man in Parks und auf Denkmälern tagsüber schlafen sieht; in der Zunahme einer aufdringlichen, vielfältig abgestuften Prostitution, durch die Zunahme der Camelots, der Straßenverkäufer, die von dem Glück leben, am Tag einen günstig erworbenen Gegenstand verkaufen zu können. Daran, daß man Leute als Werbeschildträger und Parkeinweiser sieht, die man für Bankangestellte oder Ähnliches halten kann (und die das auch gewesen sind), ist ablesbar, daß Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung dieses Jahr auch in die Schichten der Mittelklassen hineinreicht, ganz zu schweigen von dem Elend in den Landgebieten, vor allem des Nordostens, und hier wiederum des Sertão, einer Art Sahel-Zone des brasilianischen Subkontinents, in der es in den letzten fünf Jahren so gut wie nicht geregnet hat. Falls diese Dürre anhält, rechnet Erzbischof Lorschefer mit drei Millionen Hungertoten.

Es sei nur ein Datum genannt, an dem sich das Elend an den Wohnverhältnissen ablesen läßt: Von 1950 bis 1980 ist der Anteil der Stadtbewohner an der Gesamtbevölkerung von einem auf zwei Drittel angestiegen.² Eine vergleichbar rasche „Urbanisierung“ (wenn man das Wort für die Hüttenanlagerung um die Städte herum gebrauchen darf) hat es meines Wissens nur in der Sowjetunion zwischen 1930 und 1965 gegeben, wo ebenfalls innerhalb einer Generation in bezug auf die Stadt-Land-Anteile nachgeholt wurde, wozu die Vereinigten Staaten 100 Jahre gebraucht hatten.³ Die Favélas von Rio, Salvador und Recife sind schon international wortbildend geworden. (In Brasilien mußte ich lernen, daß Favélas keine Slums sind; keine demoralisiert vorgesetzten Sozialbauten, sondern im zäh-schöpferischen Überlebenskrieg selbstgebaute Hütten, die eine gewisse Selbstbewußtheit im Elend ausdrücken können.) Ursachen der Landflucht sind auf der einen Seite die realen und unrealen Versprechungen der Industrialisierung, auf der anderen Seite treiben wirtschaftliche Not durch Preisverfall der Landprodukte, Dürre und Hunger und die Banden der Großgrundbesitzer die Menschen in die Städte. Der Untersuchung einer Ärztin in Salvador zufolge weisen 94% der Kinder in einem Vorort von Salvador Symptome von Unterernährung auf.⁴ Vom brasilianischen Wirtschaftswunder bleibt das Wunder zu überleben.

1 bfai-Marktinformation: Brasilien — Wirtschaftliche Entwicklung 1981, hrsg. von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, S. 2

2 G. Zenk: Brasilien, in: Nohlen, Nuscheler: Handbuch Dritte Welt 2, S. 143

3 I. Dkutscher: Die unvollendete Revolution, Hamburg 1981, S. 53

4 Mitteilung des Soziologen J. Angel, Bielefeld

nen kurzen Generalstreik dagegen. Als Figueiredo die Abkoppelung der Mindestlöhne von der Geldentwertung per Dekret (Nr 2045) durchsetzen wollte, kam es zum ersten Mal dazu, daß ein Dekret im Parlament abgelehnt wurde. Ansonsten erhält es schon Gesetzeskraft, wenn es nicht innerhalb einer bestimmten Frist im Parlament behandelt wird. Auch das nächste Dekret wurde abgelehnt; dieses sah 100%ige Angleichung für die Bezieher von mehr als drei Mindestlöhnen vor, aber nur 30 bis 80%ige Angleichung für die Bezieher von mehr als drei Mindestlöhnen. Mitte November ist dann das Dekret 2065 durchgekommen; dieses sieht 100%ige Lohnangleichung für bis zu drei Mindestlöhnen vor und 95 bis 58%ige Lohnangleichung für die Bezieher von vier und mehr Mindestlöhnen. Gleichzeitig wird der Mindestlohn von 78 auf 128 DM angehoben. Das ist allerdings mit einer Kürzung von Subventionen verbunden, was 1984 in einer explosiven Preissteigerung bei den Grundnahrungsmitteln spürbar werden wird. Der IWF (brasilianisch FMI, auch Fome = Hunger, Misera, Inflation genannt) ist nicht auf ganzer Linie durchgekommen.

Die Probleme sind dadurch nicht um ein Stück kleiner geworden. In der öffentlichen Diskussion kommt es zu einer gewissen na-

tionalen Solidarisierung gegen den IWF. Im Sommer habe ich Plakate in Brasilien gesehen, auf denen die Arbeiter, Bauern und die Generäle in gleicher Weise vom IWF stranguliert wurden. Eine grundlegende Korrektur der Wirtschaftspolitik (ganz zu schweigen von der Änderung der Besitzverhältnisse, mindestens eine Landreform wäre längst überfällig) wird nicht diskutiert. Die Diskussion konzentriert sich stattdessen auf die vergleichsweise unwichtige Frage, wer im kommenden Jahr als Präsident gewählt wird, um ab 1985 das wirtschaftspolitische Erbe Figueiredos anzutreten.

„Die wirtschaftliche Krise hat eine moralische Krise zur Folge.“

Keineswegs sind ausschließlich Apathie und Lethargie die Begleiterscheinungen des sozialen Elends, wie hier zuweilen in der Presse suggeriert wird. Es gibt die bewußten und organisierten Kämpfe der Arbeiter in den Industriemetropolen vor allem von Sao Paulo, wie den Generalstreik im Sommer. Aber auch in den ländlichen Gebieten werden unter schwierigsten Bedingungen Landarbeitergewerkschaften aufgebaut, übrigens vor allem von der katholischen Kirche, die auch direkt Widerstand gegen

Landvertreibung und Umsiedlungsprojekte (im Zusammenhang mit dem Bau der riesigen Staudämme) organisiert. Es gibt auch vereinzelt organisierten Widerstand der Indios gegen die Vertreibung und Ausrottung, die immer noch im Gang ist. Aber insgesamt sind diese Widerstandsformen nicht bestimmend. Das Gesamtbild wird eher dadurch bestimmt, daß auf der Seite der ganz Armen jedes Mittel recht ist (und recht sein muß) zum Überleben. Das reicht von Raubüberfällen auf Lebensmittelgeschäfte bis zu Hunger und Plünderungsmärschen, die immerhin zur Folge haben, daß staatlicherseits Lebensmittelausgaben organisiert werden. Auf der Seite der Herrschenden spielte die Korruption immer schon eine große Rolle, und man kann sich die Durchführung gewisser Großprojekte nur durch Korruption erklären. Es wird berichtet, daß Korruption inzwischen zu einem Bestandteil des täglichen Lebens auch bei den Mittelklassen geworden ist; wobei „Korruption“ hier bloß meint, daß ein Fortkommen im täglichen Leben, in der Arbeit und gegenüber der staatlichen Bürokratie davon abhängt, wen man als Verwandten oder Bekannten nennen kann, sowie von den vielen kleinen Schmiergeldern. Es kann auch zu einer zynischen Haltung beitragen, wenn in der Presse zwar private Bereicherungen staatstragender Militärs enthüllt werden oder Umweltskandale oder fahrlässig verursachte Unfälle in den öffentlichen Verkehrsmitteln und wenn auf diese Informationen nie oder selten etwas folgt. Denn so weit geht die demokratische Öffnung (*abertura*), die unter dem wortkargen General Geisel eingeleitet wurde und unter dem vergleichsweise un militärischen Figueiredo fortgesetzt wird, nun doch wieder nicht, daß die in begrenztem Ausmaß freie Meinungsäußerung in der Presse einen großen Einfluß auf die bürokratischen Strukturen des Staates ausüben könnte.

Die „Abertura“

Verfolgt man die Geschichte des brasilianischen Atomprogramms (dazu siehe unten), so gewinnt man den Eindruck, daß die hier groß herausgestellte „Abertura“ eine wirtschaftliche Notwendigkeit war, um noch größere vertraglich „abgesicherte“ Desaster für die brasilianische Wirtschaft zu vermeiden. Das Riesenfiasco dieses Atomprogramms konnte nur zustandekommen hinter den Mauern eines staatlich verordneten Schweigens. Es gibt die Abertura, d.h. vor allem eine gewisse Pressefreiheit (die Organisationsfreiheit ist nach wie vor eingeschränkt) und Wahlen. Freilich hat Figueiredo durch ein Wahlgesetz die Mehrheit seiner Partei (PDS) bei den abgegebenen Stimmen nahezu garantiert und die Mehrheit im Parlament so gut wie festgeschrieben. Es ist nach diesem Gesetz durch die Abgabe von nur einer Stimme „für den



Auf dem Markt Joaquim Nabuco in Salvador (früherer Name: Bahia). Salvador war bis ins 18. Jahrhundert Hauptstadt von Brasilien und Metropole des Sklavenhandels. Es ist heute noch mit 80% schwarzer und dunkelhäutiger Bevölkerung Metropole der afrikanischen Kulturelemente in Brasilien. Es gibt in Brasilien eine Bewegung von Schriftstellern gegen Apartheid und gegen kulturelle Unterdrückung.

Bürgermeister, Kreistagsabgeordneten, den Abgeordneten für das Parlament des Bundesstaates und des Bundesparlaments sowie bei der Wahl der Senatoren und des Gouverneurs ausschließlich für die Kandidaten einer Partei zu stimmen“² Dadurch können kleinere (Oppositions-)Parteien, die nicht überall auf der unteren Ebene vertreten sind, auch für die höheren Ebenen nicht gewählt werden und umgekehrt. Außerdem erschwert das Verbot von Koalitionen eine Regierungsbildung durch die jetzige Opposition. Schließlich ermöglicht eine besondere Auszählweise, daß die Regierungspartei auch bei sehr viel weniger Stimmen im Senat und im Parlament die Mehrheit hat. Gleichwohl hatten die Parlamentswahlen im letzten Jahr das Ergebnis, daß in einigen Staaten oppositionelle Parteien die Wahl gewonnen haben und den Gouverneur stellen, wie im Staat Rio de Janeiro die PDT, die mit dem hemdsärmelig-charismatischen Brizola überraschend einen links-nationalistischen Gouverneur stellt, der als früherer Gouverneur eines Südstaates nach der Machtergreifung der Militärs 1964 ins Exil gehen mußte und der wegen seiner Popularität als möglicher Kandidat der Opposition für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr von den Generälen gefürchtet werden muß.

Umweltzerstörung

Für den Besucher ist der erste Eindruck von Rio, das Gott am siebenten Tag erschaffen

hat, nach sechs Tagen Arbeit also, keineswegs der zuckrige Zuckerhut, sondern der staubig-gelbliche Smog. Um einen Begriff zu bekommen von dem Ausmaß der Zerstörung der Natur muß man sich vor Augen führen, welche Faktoren hier zusammenkommen: Eine aufgepfropfte Industrialisierung, die vor allem von ausländischen Besitzern geführt und vorangetrieben wird; ein Land von ungeheuren Dimensionen, außergewöhnlich reich an Rohstoffen für potentielle industrielle Verarbeitung; die Tradition der Kolonialwirtschaft mit Großplantagen und Monokulturen und wiederum scheinbar unbegrenztes Land, das die immer ausgedehntere Nutzung von immer neuem Boden gestattet, wenn der alte ausgepowert ist; kaum eine gewachsene bäuerliche Struktur, die auch auf der unteren Ebene politische Macht hätte, als Barriere gegen die Ausaugung des Landes zu wirken; und nach meinem Eindruck lebt die traditionelle Skalvenhaltermentalität der brasilianischen Geschichte³ noch fort in der auf Dienstboten angewiesenen Dienstleistungsmentalität, in der Denkweise, daß immer noch jemand kommt und aufhebt, was weggeworfen wird: *ecologista* klingt zuweilen ein wenig verächtlich bei brasilianischen Linken.

Vielleicht noch größere Bedeutung als der Industrie„abfall“ hat die Versteppung des Landes infolge der verschiedenen Arten von Waldrodung. Selbst die FAZ führt das riesige Ausmaß des Hochwassers im ver-

gangenen Sommer, das die südlichen Staaten von Brasilien betraf (fast 90% des vorwiegend deutschsprachigen Santa Catarina stand im Juli unter Wasser!) darauf zurück, daß „durch die bedenkenlosen Abholzungen der vergangenen Jahrzehnte das Wasser weit weniger absorbiert und beinahe ‚ungebremst‘ in die Flüsse geleitet (wurde)“⁴ Vor allem im Amazonas-Gebiet wird gegenwärtig Wald gerodet. „Die Rodung der Amazonas-Wälder geschieht zur Zeit in Brasilien nicht nur in einem erschreckenden Tempo, sondern auch mit einer Rigorosität und Brutalität ohne Beispiel. Ich bin neun Stunden über das Amazonas-Gebiet geflogen und muß sagen.

Ich war erschrocken. Da gibt es inzwischen riesige Sandflächen bis an den Horizont. Satelliten-Aufnahmen zeigen, wie überall nach den Rodungen die Tropenregen die Humuserde wegschwemmen und wie das ökologische Gleichgewicht zerstört wird.“

So berichtet ein Franziskanerpater in einem Interview aus Anlaß des Besuchs von Carstens im letzten Jahr⁵ Bis 1980 wurden knapp 3% des Amazonas-Waldes gerodet.⁶

Man muß dazu wissen, daß im Amazonas-Gebiet eine sehr spezifische Ökologie vorherrscht: Der üppige Wald wächst auf einem sehr kargen Boden. Ein Großteil der Aufbaustoffe wird dem Boden dauernd durch abgestorbene Pflanzen zugeführt; das ist nur möglich in dem feucht-heißen Klima; und 50% der Niederschläge sind

vom Wald selbst erzeugt, von den Verdunstungen der tropischen Gewächse.

In mehreren großen Landwirtschaftsprojekten mußte zur Kenntnis genommen werden, daß der Boden nach der Rodung nur ein bis drei Jahre landwirtschaftlich nutzbar ist. Triebkraft für die Waldrodung ist die Nutzung bestimmter Hölzer und die Nutzung des Bodens höchstens für große Weidegebiete. Die Folgen der Rodungen der Amazonas-Wälder für das Klima der Erde sind unübersehbar. Es handelt sich um das größte Süßwassergebiet der Erde, 25% des Süßwassers der Erde zirkulieren hier; 50% des Kohlenstoffs der Erdatmosphäre werden von den tropischen Regenwäldern verbraucht; deren Abholzung kann zu einer Anreicherung von Kohlenstoff führen.⁷

Pharaonische Großprojekte

Häufig werden die brasilianischen Großprojekte als Grund für das Wirtschaftsdebakel angegeben. Diese Großprojekte sind aber nur Ausdruck einer Wirtschaftspolitik, die viel mehr umfaßt als diese Projekte. Weil über das Atomprogramm gewisse falsche Einschätzungen verbreitet wurden, gehe ich etwas ausführlicher darauf ein.

Schon seit 1969 war Brasilien bei der Atomwirtschaft im Geschäft. 1970 begannen die Bauarbeiten in Angra dos Reis, der Bucht der Könige, an der traumhaft schönen Küstenstrecke von Rio nach Süden. Die Konzerne Westinghouse, General Electric, Siemens, AEG und KWU konkurrierten um Aufträge. Nach langem Hin und Her wurde schließlich zwischen Genscher und seinem Kollegen F.A. da Silveira das „Jahrhundertgeschäft“ abgeschlossen. Es umfaßte: die Lieferung von acht Leichtwasserreaktoren, einer Fabrik zur Uranerzaufbereitung, einer Fabrik zur Herstellung von Brennelementen, einer Reaktorfabrik und einer Wiederaufbereitungsanlage; auf der anderen Seite sollten 20% des Uranexports in die BRD gehen, nach Deckung des brasilianischen Eigenbedarfs. Das Programm sollte 15 Jahre umfassen. Als die Vermutungen über vorhandenes Uran sich erfüllten, mußte erst noch eine Urananreicherungsanlage gebaut werden, da die Reaktoren von Angra dos Reis auf angereichertes Uran angewiesen sind.

Schon die Standortwahl erwies sich als Desaster: Ausgerechnet eine Erdbebenregion in dem ansonsten erdbebensicheren Brasilien; ungünstige Kühlwasserbedingun-

gen; vor allem aber bewahrheitete sich die Bezeichnung, welche die Indios vormals für den Grund von Angra gefunden hatten. Fels des faulen Steins. Der große Felsenrund unter den KKW's liegt auf Sand. Zuerst machten verschiedene Baufirmen Konkurs, da sie nicht zurechtkamen. Eine andere Baufirma, schon nahe am Konkurs, konnte sich gerade daran gesundstoßen, daß sie für 291 Mio. \$ die 1600 Betonpfähle liefern konnte, mittels derer der Grund befestigt wurde. Unmögliche Arbeitsbedingungen auf dem Baugelände: „Die Arbeiter haben insbesondere in die Schalt- und Kontrollschränke uriniert“⁸, mußte Präsident Geisel in einem Bericht lesen. Die Baukosten übertrafen die Schätzungen schon bis 1980 um 280%. Angra I, das durch Westinghouse geliefert wurde, befindet sich jetzt in der Erprobungsphase. Bei Angra II (KWU und Siemens) rechnet man frühestens 1987 mit der Inbetriebnahme, bei Angra III (KWU und Siemens) noch später. Wenn Brasilien Ende der 80er Jahre über Kapazitäten zur Urananreicherung von Urandioxyd und Brennelementen verfügt, werden diese in Brasilien gar nicht genutzt werden können.⁹

Rein ökonomisch ist das brasilianische

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika (ila)

Die ila ist ein gemeinnütziger Verein, der sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert und von keiner Partei oder Organisation abhängig ist.

Neben der Herausgabe des ila-infos unterhalten wir einen kleinen Versand mit Literatur über Lateinamerika und über die Dritte Welt allgemein, u.a. mit wenig bekannten Büchern aus den einzelnen Ländern. Fordert die kostenlose Materialliste an!

Werdet Mitglied im Fördererkreis der ila und unterstützt unsere Arbeit!

ila-info



Die ila bietet 10 Ausgaben im Jahr mit den inhaltlichen Schwerpunkten:

- LATEINAMERIKA Hintergrundberichte und Analysen
- LÄNDERNACHRICHTEN Informationen über aktuelle Ereignisse
- SOLIDARITÄTBEWEGUNG Nachrichten aus den Gruppen, über Aktionen und Kampagnen, Diskussionen in der Solidaritätsbewegung

Einzelpreis 3,00 DM; Jahresabonnement:

- DM 25. für Schüler, Studenten, Azubis, Arbeitslose
- DM 30. als normales Abonnement
- DM 35. für Institutionen
- DM 40. als Förderabonnement

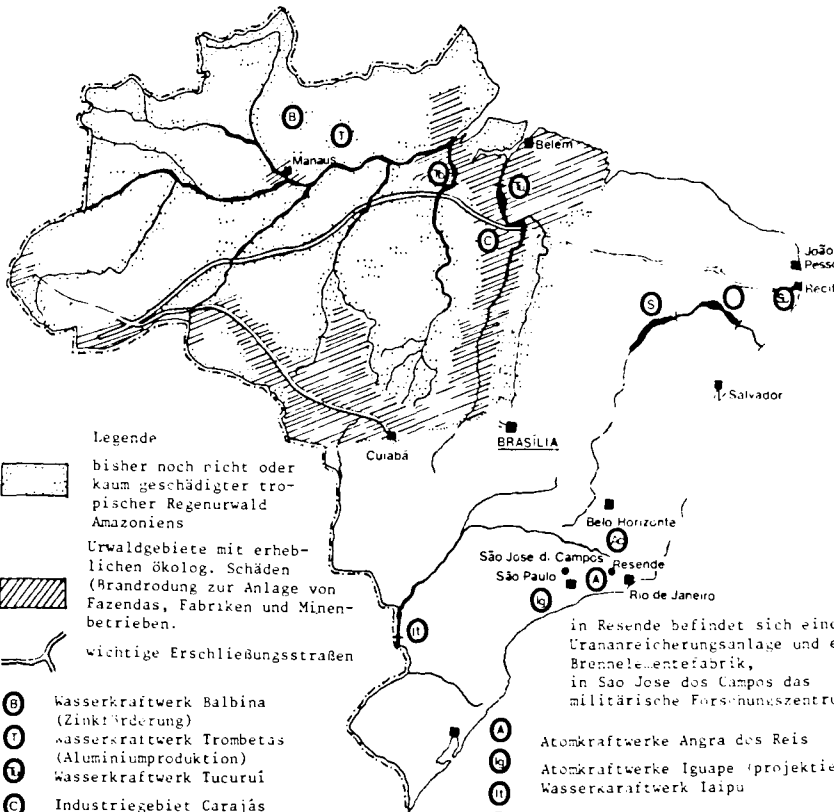
Günstige Bedingungen für Wiederverkäufer

Bitte fordern Sie ein kostenloses Probeheft an

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/65 86 13

GROSSPROJEKTE IN BRASILIEN

aus Brasilien-Nachrichten 78/83



Legende

- bisher noch nicht oder kaum geschädigter tropischer Regenwald Amazoniens
- Urwaldgebiete mit erheblichen ökolog. Schäden (Brandrodung zur Anlage von Fazendas, Fabriken und Minenbetrieben).
- wichtige Erschließungsstraßen

(B) Wasserkraftwerk Balbina (Zinkförderung)

(T) Wasserkraftwerk Trombetas (Aluminiumproduktion)

(Z) Wasserkraftwerk Tucuruí

(C) Industriegebiet Carajás

(S) Wasserkraftwerk Sobradinho

(I) Wasserkraftwerk Itaipava

(A) Atomkraftwerke Angra dos Reis

(G) Atomkraftwerke Iguape (projektiert)

(II) Wasserkraftwerk Itaipu

(Tb) Wasserkraftwerk Tuberau

(Z) Stahlwerk Acominas

(E) Suape Großanlagenanlage

in Resende befindet sich eine Urananreicherungsanlage und eine Brennelementefabrik, in São José dos Campos das militärische Forschungszentrum

Atomprogramm, das nach kühnsten Plänen bis zu 60 Atommeiler umfassen sollte, nicht zu erklären. Der Atomstrom wird ein (noch näher zu bestimmendes) Vielfaches des Stroms aus brasilianischer Wasserkraft kosten. Die 1982 bestehenden Kapazitäten zur Stromerzeugung durch Wasserkraft wurden 1982 nur zu 55% genutzt. Wenn die gegenwärtig angefangenen Wasserkraftwerksprojekte abgeschlossen sind, wird die Kapazität zur Stromerzeugung aus Wasserkraft nur zu 32,8% genutzt sein.¹⁰

Roter Faden des Atomprogramms ist die Absicht, zu den Großmächten aufzusteigen. „Wir können uns nicht leisten, hinter dem Atomzeitalter hinterherzuhinken. Wenn wir es tun, entäußern wir uns des Rechts, den Status einer Großmacht anzustreben.“ (Präsident Costa e Silva 1967¹¹). Es gibt Enthüllungen des Atomphysikers Cerqueira Leite und eines hohen Offiziers, daß Brasilien in der Lage und auf dem Wege sei, in einigen Jahren Atomwaffen zu bauen, was offiziell dementiert wird. Sicher ist, daß von Brasilien Uranradioxyd, aus dem das für Atombomben notwendige Plutonium hergestellt werden kann, für den Kernreaktor in Bagdad geliefert worden war, der dann in einem israelischen Überfall zerstört wurde.¹²

Gegenwärtig wird das „Jahrhundertgeschäft“ unter Ausnutzung vertraglicher Finessen gestreckt, um schließlich ad acta gelegt werden zu können. Die Schulden werden damit nicht beglichen sein. Dieses „Geschäft“ konnte nur zustandekommen in einem Klima geschürter chauvinistischer Euphorie, verbunden mit der Unterdrückung jeglicher öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte, und geschmiert mit den Millionen der Korruption.

Weitere staatliche Projekte sind vor allem die Staudämme:

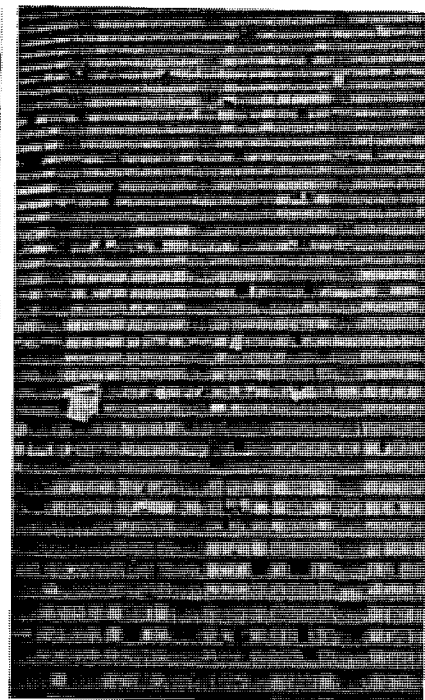
Itaipú an der Grenze zu Paraguay, das zusammen von Brasilien und Paraguay gebaut wird. Es wird bis 1988 20 Mrd. \$ kosten; mit seiner Fläche von 1400 qkm ließ es die Existenzgrundlage von 40000 Menschen, fruchtbares Ackerland und sehenswerte Natur, ertrinken. Falls dieser Damm bricht, wird der nordöstliche Teil von Paraguay und Argentinien überflutet.

– Itaparaica am Sobradinho-Fluß, im Trockengebiet Seratão, im Nordosten. Dieser Fluß soll bis 1990 auf 250 km aufgestaut werden. Er wird für 120000 Sertão-Bewohner die Umsiedlung bedeuten, wogegen es zahlreiche Kämpfe gibt.

– Balbina im Amazonas-Gebiet; ihm soll das Reservat der Waimiri-Atroari-Indios zum Opfer fallen.

Von großer Bedeutung und zum Teil berüchtigt sind die gewaltigen Verkehrsprojekte:

– Die Perimetral Norte sollte als Straße den Norden Brasiliens „wie ein schützender Bogen umspannen“, eine der zahlreichen Projekt-Großruinen, 1977 wurden die Bauarbeiten eingestellt.



– Die Transamazonica von der Ostküste quer durch das Amazonas-Gebiet, auch „Transamargura“ (Transbitternis) genannt. Heute ist sie stellenweise wieder von Urwald überwuchert. Sie war Symbol für das brasilianische Wirtschaftswunder, aber die Versprechungen auf Sicherung der Existenzbedingungen für Hunderttausende Bewohner des Nordostens wurden nicht verwirklicht und konnten nicht verwirklicht werden. Hoffnungen auf Industrialisierung im rohstoffreichen Amazonas-Gebiet erfüllten sich nicht. Heute wird vertreten, daß die Transamazonica ein gigantisches Propaganda-Projekt war zur Mobilisierung für das „brasilianische Wirtschaftswunder“

Von den riesigen Industrie-Projekten, die teils staatlich, teils mit Privatkapital, vor allem von ausländischem Kapital finanziert werden, sei hier nur das *Carajás-Projekt* genannt: Die Funde von Eisenerz, Kupfer, Nickel und anderem südlich des Amazonas-Deltas weckten die Hoffnung, zum zweitgrößten Eisenerzproduzenten aufsteigen zu können.¹³

Staatlich gefördert, aber privat durchgeführt wird das *Alkohol-Projekt*: Bis zum Jahre 2000 sollen 75% des Bedarfs an flüssigem Brennstoff durch Alkohol gedeckt werden. Um dies zu erreichen, müssen 20 Mrd. Hektar mehr Land mit Maniok und vor allem mit Zuckerrohr bepflanzt werden; schon 1985 sollen 2% der Fläche Brasiliens, etwa zwei Drittel der Fläche der BRD, mit Zuckerrohr bepflanzt sein. Ziel ist die Substitution der für Brasilien teuren Erdöl-Importe; aber mit dem Projekt wird auch die Hoffnung auf *Alkohol-Export* verbunden (und auf Export von Alkohol-Autos). Vordergrundig scheint das Projekt geeignet, dem äußerst elenden Zuckerrohr

Gebiet im Nordosten wirtschaftlichen Auftrieb zu geben. Die Zahlen erweisen aber, daß in dem (relativ) reicheren Süden mehr Zuckerrohr angebaut wird. Vor allem Zuckerrohr bedeutet extensive Monokultur, mit der entsprechenden Auspowderung des Bodens. Weniger bekannt ist, daß pro Liter Alkohol 12 Liter Destillier-Abwasser abgeleitet werden. „Die Menge an Abwasser, die 1979 produziert wurde, entspricht dem Abfall von 145 Mio. Personen mehr als Brasilien Einwohner hat.“¹⁴

Wichtig ist schließlich, daß die Ausdehnung der Zuckerrohrproduktion stofflich auf Kosten der Produktion von Grundnahrungsmitteln (Reis, Mais, Bohnen und Weizen) geht, deren Produktion (zum Teil auf geringerer Anbaufläche) noch ansteigt, aber in geringerem Ausmaße, oder schon fällt.¹⁵ 1981 gab es erste Rückschläge: 48 bzw 42% weniger Alkohol-Autos wurden produziert bzw gekauft. Nutznießer des Projekts sind die Fahrzeugindustrie, soweit es ihr gelingt, sich auf Alkohol-Motoren umzustellen (VW an der Spitze), sowie die Konzerne, die riesige Plantagen betreiben. Den Staat kostet das Projekt viel wegen der hohen Subventionen, um den Alkoholpreis zu stabilisieren.

Es gibt den Vorschlag, Alkohol (und verschiedene Öle) aus der Babaçu-Palme herzustellen. Das hätte nicht die ökologischen Nachteile der Zuckerrohr-Plantage, und es hätte verschiedene soziale und regionalpolitische Vorteile. Einem Babaçu-Projekt stehen jedoch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entgegen; es wäre arbeitsintensiv und in kleinbäuerlicher Betriebsweise (mit entsprechender Beschäftigung) durchzuführen und würde wohl auch ein gewisses Ausmaß an Selbstorganisation voraussetzen und schaffen. Daran haben die Konzerne

ne, die im Alkohol-Projekt führend sind, sowie der Staat kein Interesse. Zu diesem Ergebnis jedenfalls kommen Göricke und Reimann.¹⁶

Zu den Ursachen der Krise

Die jetzige Krise Brasiliens ist mehr, als sich in dem Rückgang des Bruttosozialprodukts seit 1981 ausdrückt, ist mehr als eine kapitalistische Konjunkturkrise oder eine durch die Bedingungen des Weltmarkts hervorgerufene innere Krise. Es ist die Krise eines Entwicklungsmodells in der Dritten Welt. Das Scheitern dieses Entwicklungsmodells war in den eigenen Voraussetzungen notwendig vorprogrammiert, wenngleich es nur zu verstehen ist im internationalen Wirtschaftszusammenhang.

Die Ursachen liegen in einer bestimmten Wirtschaftspolitik, die in der Ära Kubitschek der 50er Jahre entworfen und im wesentlichen bis heute – mit Unterbrechung der demokratischen Phase unter Präsident Goulart – fortgeführt wurde. Grundlegend ist die (wirtschafts-)politische Entscheidung, von der Phase der Substitution der Auslandsexporte durch Aufbau einer eigenen nationalen Industrie überzugehen zum Aufbau einer Industrie „auf der Höhe der Zeit“ und zu einer Konsumstruktur, die der in den entwickelten kapitalistischen Ländern entspricht, wobei die Frage, wer diese moderne Industrie kontrolliert, als untergeordnet angesehen wird. Wurde in der Substitutionsphase darauf abgezielt, von Importen und daher vom Weltmarkt ein Stück weit unabhängig zu werden (was schwer genug war, denn eine gewisse Technologie mußte in jedem Fall importiert werden), so zielt die Industrialisierung seit Kubitschek darauf, nach innen sich den Strukturen in den entwickelten Ländern anzugleichen und nach außen auf die *Assoziierung* an den Weltmarkt, d.h. auf den Versuch, den Wettbewerb aufzunehmen auf dem Gebiet, wo die entwickelten Länder führend sind. Statt an die inneren Bedingungen anzuknüpfen, sollte ein äußeres Modell übernommen und ein ungleicher Wettbewerb eingegangen werden.

Was „Angleichung der Konsumstruktur an die entwickelten kapitalistischen Industrieländer“ in einem Entwicklungsland bedeutet, läßt sich deutlich machen am Beispiel der Autoproduktion. In den westlichen Industrieländern geht die Autoproduktion in den Massenkonsum ein (wie immer dieser auch zu bewerten ist). Diese „Massenkonsumention“ ist dadurch bedingt, daß es der organisierten Arbeiterbewegung gelang, Anteil am Fortschritt der Produktivität zu erringen. In dem rückständigen Agrarland mit schwach entwickelter Industrie und mit ganz niedrigen Reallöhnen bedeutet die Schwerpunktlegung auf Autoproduktion, daß stofflich gesehene Produkte nur für bestimmte obere Klassen produziert werden. Bis heute zielt die Autoproduktion in Brasilien nicht ab auf den Bedarf und die Möglichkeiten der kleinen Bauern, Landarbeiter, unqualifizierten Industriearbeiter. In der Entscheidung darüber, was schwerpunktmäßig produziert werden soll, spiegelte sich eine gezielte (oder in Kauf genommene) Aufspreizung der Klassen in der brasilianischen Gesellschaft in bezug auf ihr Lebensniveau.

Dem entspricht die wertmäßig-quantitative Seite der Lohnpolitik: Stellt sich das System der Mindestlöhne und ihrer Angleichung an die Inflation zunächst dar als ein gewisser Schutz, so führt es in dem Maß zu einer in bestimmtem Rhythmus erfolgten Senkung des Reallohnes, in dem die Inflation größer wird und die Angleichungsphasen dem nicht entsprechen. Denn der Reallohn läuft der Inflation immer wieder hinterher, sobald die Angleichung, die zweimal im Jahr vorgenommen wird, vollzogen ist. Das aber ist eine Wirkung der staatlichen Kreditpolitik, denn durch die vielfachen Formen von Krediten vervielfachte der Staat die umlaufenden Geldmittel (bzw. die Mittel, die die Funktion von Geld haben), wodurch bei gleicher Produktivität das Geld natürlich entwertet wird. „Der Kuchen muß vor seiner Verteilung erst mal geschaffen werden“, war die Devise des Finanzministers Delfim Neto.

Das äußere Modell der entwickelten Industriestaaten konnte nur mit äußerer Hilfe

übernommen werden, und so führte die Absicht zu industrialisieren, ohne Rücksicht auf die Frage, wer die Industrie beherrscht, notwendig zu der Bevorzugung des ausländischen Kapitals, sprich der multinationalen Konzerne. Diese konnten leicht, übrigens mit wertmäßig geringen Investitionen, da sie eine Maschinerie importierten, die schon abgeschrieben war, und unter der Ausnutzung von extra gewährten Steuer- und Zollvorteilen und von subventionierten Preisen die Wachstumsindustrien (Fahrzeuge, Elektro, Chemie) unter ihre Kontrolle bringen.¹⁷

In der Konkurrenz zu den kleinen und mittelgroßen Unternehmen der nationalen Industrie hatten sie leichtes Spiel; abgesehen von dem technologischen Vorsprung konnten sie von den ungleichen Steuerbedingungen profitieren, durch welche sie bevorzugt wurden. (Man lese die Bücher des deutsch-brasilianischen Industriellen Mirrow zu dem Thema!) Auch von der staatlichen Lohnpolitik konnten sie profitieren. Sie ermöglichte ungewöhnlich hohe Akkumulationsraten.

Heute befinden sich in den Händen des „ausländischen Kapitals“, d.h. vor allem der amerikanischen (27,4%), westdeutschen (13,4%), Schweizer, japanischen und anderer Unternehmen:

- fast 100% der Fahrzeugindustrie
- 80% der Herstellung von tier- und humanmedizinischen und pharmazeutischen Artikeln
- 71% der Elektroindustrie
- 50% der chemischen, petrochemischen und der Textilindustrie.

Auch die Produktion landwirtschaftlicher Güter wird zu großen Teilen von außen beherrscht: 100% der Tabakherstellung ist in der Hand von ausländischem Kapital. Seit 1964 wurden 32 Mio. Hektar tatsächlichen oder potentiellen Agrarlands aufgekauft.¹⁸

Insgesamt wurde die Produktion mehr und mehr auf den Export ausgerichtet, wobei immer ein bedeutsamer Faktor ist, die Ölimporte zahlen zu können. Die wirtschaftspolitische Orientierung auf den Export ging so weit, daß durch Subventionierung Waren nach außen billiger angeboten

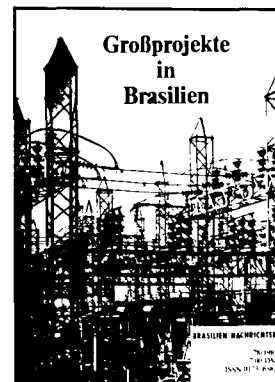


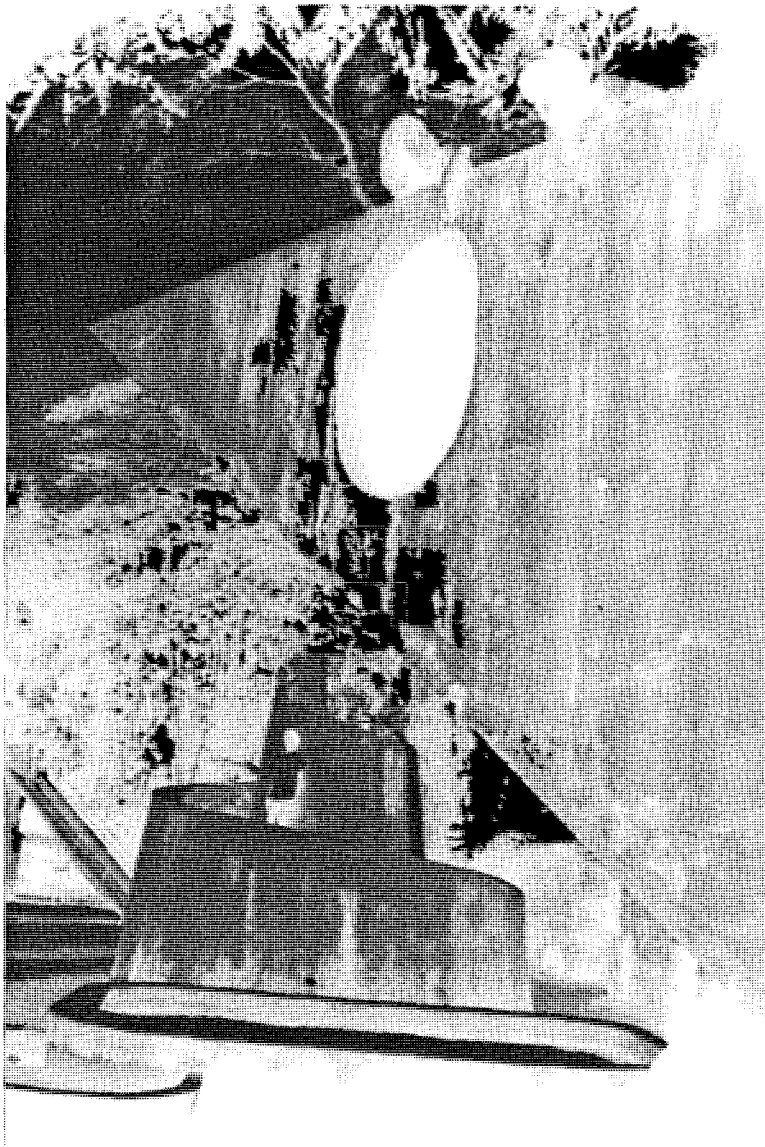
BRASILIEN NACHRICHTEN

Seit 1976 unser kleiner Beitrag hier zur Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten dort.

Jedes Heft im Großformat (DIN-A-4), 64 Seiten, jeweils mehrere ganzseitige Karten für den Einsatz im Unterricht, Unterrichtsvorschläge. Schwerpunktthemen mit Analysen, Dokumenten, Berichten und Kommentaren. Dazu jeweils aktuelle Informationen aus den Bereichen Politik, Kirche, Wirtschaft, Soziales, Indianer etc. Preis pro Heft: DM 7,00 plus Versandkosten. Abo 1983: DM 28,00 inkl. Versand für 4 Hefte.

Brasilien Nachrichten, Postfach 11 10, D-4532 Mettingen. Postkarte genügt.





Ein Kinderspielplatz in Rio. Nicht irgendwo, sondern repräsentativ im Botanischen Garten. Türme aus Beton, sicherlich sehr stabil, nur eben sehr häßlich und beim Spielen Verletzungsgefahr! Eine Art konzentriertes Symbol für das „brasilianische Entwicklungsmodell“

wurden als im Inland. Von der Exportorientierung ist auch die Landwirtschaft ergriffen, so daß gerade die für die eigene Bevölkerung wichtigen Grundnahrungsmittel (relativ) weniger produziert und zum Teil ersetzt werden durch Nahrungsmittelimporte, wie durch die Weizenimporte aus den USA, durch welche die Weizenpreise in Brasilien herabgedrückt wurden. Eine Rolle spielt, daß die Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung zum größeren Teil von den kleinen Bauern produziert werden.¹⁹ Wenn auch angegeben wird, daß sich die Struktur der Exporte dahingehend verschiebt, daß mehr verarbeitete Produkte und (relativ) weniger „Primärprodukte“ exportiert werden²⁰, so haben sich gleichwohl die *terms of trade* erheblich verschlechtert: 1981 wurde für eine Tonne importierte Waren durchschnittlich fast das Doppelte gezahlt wie für eine Tonne exportierte Waren eingelöst werden konnte.²¹

Das dürfte eine Folge des Preisverfalls für einige landwirtschaftliche Produkte sein. Man muß schließen, daß ungeheure Mengen exportiert worden sind, da die Handelsbilanz für 1981 nahezu ausgeglichen und für 1982 positiv ist. – An der günstigen Seite der Handelsbilanz, dem Export, ist übrigens das Auslandskapital wenig beteiligt, da es „Nettoimporteur“ ist, d.h. mehr importiert als exportiert. „Exportiert“ wird Geld im Gewinntransfer zum Beispiel exportierte VW do Brazil von 1965 bis 1975 das 2,3fache des importierten Kapitals.²²

Das brasilianische Staatsunternehmen

Die wichtigste (und sicher eine lehrreiche) Besonderheit des „brasilianischen Modells“ ist die Rolle der Staatstätigkeit, die Rolle des Staates auch als Besitzer von Produktionsmitteln. Der Staat unterstützte die Entwicklung zur modern-industriellen

Großmacht nicht nur durch steuerliche Begünstigung, durch Lohnpolitik und Preis-subsventionierung, nicht nur durch die Bereitstellung einer (preis-)günstigen Infrastruktur. Um das *Zukunftsbild* der Industrialisierung zu verwirklichen, konnte weder das Auslands- noch das nationale Kapital als Steuerer der Wirtschaft dem ihm eigenen Antrieb zur Verwertung, der sich bekanntlich vor allem kurzfristige Ziele steckt, überlassen werden. Ein „Plan“ sollte die Antwort sein auf die „Untauglichkeit des Marktes als Regulator“. So wurde neben den großangelegten Investitionen für Infrastruktur ein staatliches Kreditwesen, ermöglicht durch verschiedene Maßnahmen des Zwangssparens, zum investitionssteuernden Regulator. Der Staat sollte als „Pionier und Ergänzungsinvestor“ im Aufbau der Großindustrie auftreten.²⁵ Dabei blieb es nicht, und bis 1974 hatten die staatlichen Unternehmen soweit expandiert, daß auf die 115 größten staatlichen Unternehmen fünf- bis zehnmal soviel Nettovermögen und zwei- bis dreimal so großer Nettogewinn entfielen, wie die multinationalen Konzerne und die nationalen Unternehmen im Durchschnitt aufwiesen (kapitalintensive Betriebe mit hoher Umschlagzeit!), und zwar innerhalb der Sektoren Grundstoffindustrie und öffentliche Versorgung. Es gibt ein Staatsmonopol nicht nur in der Erdöl-exploration, sondern auch in der Raffinierung, es gibt wachstums- und gewinnorientierte Unternehmen in der Düngemittel-, Aluminium- und Zelluloseindustrie. Gegenwärtig sind 18% der Unternehmen in der Hand des Staates.²³

1 bfai-Marktinformation: Brasilien Wirtschaftliche Entwicklung 1981, (hrsg. von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation), S. 2

2 Brasilien-Nachrichten 1/2 (1982), S. 11
Dazu die Darstellung des „Klassikers der brasilianischen Soziologie

3 G. Freire: Herrenhaus und Sklavenhütte, Stuttgart 1982

4 FAZ vom 28.7.1983

5 Brasilien-Nachrichten, a.a.O., S. 35

6 Brasilien Dialog 4/81: Amazonas in Gefahr, S. 13
7 ebenda, S. 20

8 K.R. Mirow: Das Atomgeschäft mit Brasilien, o.O., o.J., S. 64

9 Brasilien-Nachrichten 7/8 (1982), S. 198
10 ebenda, S. 194

11 Mirow, a.a.O., S. 21

12 Der Spiegel Nr. 33 (1982)

13 Zu den Großprojekten vgl. vor allem die Nummer 78 (1983) der Brasilien-Nachrichten: „Großprojekte in Brasilien“

14 ebenda, S. 51

15 siehe bfai, a.a.O., S. 34 ff.

16 F.V. Görücke, M. Reimann: Treibstoff statt Nahrungsmittel, Hamburg 1982

17 T. Hurtienne: Zur Entstehungsgeschichte, Struktur und Krise des brasilianischen Akkumulationsmodells, in: Lateinamerika, Analysen und Berichte 1, Berlin 1980, S. 75 ff.

18 Görücke, Reimann, a.a.O., S. 94 u. 96

19 T. Cabestrero: Mystik der Befreiung, Wuppertal 1981, S. 54

20 Brazil 1983, Hochglanzbroschüre der Petrobras

21 bfai, a.a.O., S. 60

22 W. Würtele: VW do Brazil, in: Lateinamerika. Analysen und Berichte 2, S. 112, zit.n. Projektpapier von A. Biesecker

23 Nach Mitteilung des brasilianischen Wirtschafts-journalisten Sergio Danilo

24 Hurtienne, a.a.O., S. 83

W

ie ist jetzt der Stand bei Voith, das Projekt Voith?

Detlef Dunker: Die ganze Geschichte ist jetzt so weit, daß wir sagen, die Rahmenbedingungen sind, soweit sich dies überhaupt im voraus sagen läßt, geklärt. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört für uns, wie wir an den Betrieb herankommen sollen. Das ist schon relativ früh dadurch gelöst worden, daß das Land Bremen eigentlich mehr gemacht hat, als wir ursprünglich erwartet hatten. nämlich den größten Teil des Betriebs gepachtet und fast sämtliche vorhandenen Werkzeugmaschinen gekauft hat, soweit Voith die freigegeben hat. Der Senat hat in die Fabrik ABM- und Umschulungslehrgänge hereingebracht, uns aber die Zusage gegeben – die entsprechenden vertraglichen Fixierungen werden jetzt gerade gemacht – daß wir als Arbeitnehmerfirma, als Belegschaftsfirma, die Anlagen, soweit wir sie benötigen, auch vorrangig vor den Umschülern werden nutzen können. Die Konditionen sind weitaus günstiger als wenn wir selber die ganze Bude für ein paar Millionen hätten übernehmen müssen. Das wäre ökonomisch für uns auch nicht herstellbar gewesen.

Springender Punkt sind für uns nach wie vor die Aufträge, weil wir halt auf kein einziges altes Produkt, das für Voith gebaut worden ist, setzen können. Die ganze Produktion wurde ja abgezogen oder wird abgezogen unter dem Vorwand, im Hauptwerk mehr Kapazitätsauslastung zu schaffen. Wir müssen insofern ein neues Produktionsprogramm aufbauen. Da ist zur Zeit der springende Punkt des ganzen Projekts zu sehen. Ob wir genügend Aufträge zusammenbekommen, etwa bis Ende des Jahres, um sagen zu können, bis 1.4., wo der Stichtag liegt, können wir mit einer Belegschaft zwischen 30 und 50 – dreißig rechnen wir als Minimum, was die arbeitsplatzschaffende Seite angeht, zum anderen, was die betriebswirtschaftliche Seite angeht. Fünzig sehen wir als mit allen Mitteln erreichbares Maximum an.

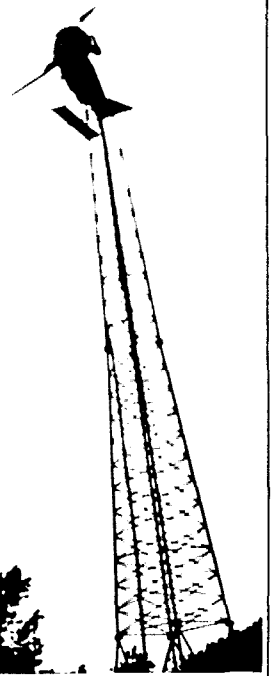
Wieviele Kollegen arbeiten am Projekt bisher mit bzw. haben sich bereit erklärt, das auch praktisch zu machen. Und wieviele Aufträge habt ihr bisher?

Detlef Dunker: Wieviele Aufträge wir ha-

Für die Kommune führten das Gespräch Peter Dobberkau und Gerd Heinemann.

Aus Platzgründen mußten wir in dem hier abgedruckten Teil des Gesprächs Überlegungen zur Organisation kaufkräftiger Nachfrage wie auch die zur Zukunft einer westdeutschen Werftindustrie weglassen.

BELEGSCHAFTEN AUF DER SUCHE



nach anderen Produkten, anderen Käufern und auch anderen Kapitalgebern, wenn die Stilllegung ihrer Betriebe droht. In eigener Regie weitermachen wäre oft die Alternative, jedoch nur wenige sind dann in der Lage, dies in die Praxis umzusetzen. **Fritz Bettelhäuser** vom Bremer Vulkan, **Ede Dinger** vom Bremer Werkzeugmaschinenbau und **Detlef Dunker** von der Maschinenfabrik Voith in Bremen, allesamt Betriebsratsvorsitzende, schildern die Überlegungen, Bedenken und auch die ersten Schritte, die die Belegschaften auf diesem Feld getan haben. Ein Teil der Voith-Belegschaft wird im neuen Jahr in einer »Arbeitnehmer Maschinenbau- und Umweltschutzanlagen GmbH« die Produktion aufnehmen.

ben, ist sehr schnell zu beantworten: Das Auftragsbuch ist jungfräulich. Es laufen eine ganze Reihe von Verhandlungen. Es laufen Lizenzverhandlungen mit einer dänischen Firma, die wohl im November mit einem Vertrag gekrönt werden für den Bau von Windkraft-Anlagen. Es laufen noch andere Verhandlungen für das, was wir „Neue Produkte“ nennen. Wo wir auch unseren „Konsens“ der „sozialen Nützlichkeit“ und der „ökologischen Vertretbarkeit“ anwenden. Und es laufen auch ganz erfolgversprechende Verhandlungen für Lohnfertigungsaufträge im großen Stil. Die Frage ist jedoch, ob wir die unter Dach und Fach kriegen oder ob sie nur Verhandlungen bleiben.

Auf die erste Frage, wieviel mitmachen, muß man differenzieren. Mitmachen wollen ungefähr fünfzig, die wirklich sagen, ich zeichne meinen Mini-Kapitalanteil und ich will auch einen Arbeitsplatz haben in der Firma. Aktiv machen in diesem ganzen Umwandlungsprozeß im Augenblick wechselnd je nach Erfolgsaussichten zwei bis drei Dutzend mit. Der Rest verhält sich passiv und wartet erst noch, was da so kommt.

Wie ist das mit dem Betriebskapital, ihr braucht doch irgendein Startkapital?

Detlef Dunker: Unsere eigenen Einlagen sind natürlich als Kapital einfach lächerlich, weil wir von Anfang an gesagt haben, wir wollen nicht zusätzlich zum Arbeitsplatzrisiko, das die Kollegen ja nach wie vor haben, noch ein nennenswertes Kapitalrisiko haben. Außerdem wollen wir auch das war auch immer die Absichtserklärung – den Kapitalbeitrag so niedrig wie möglich halten, damit die Kollegen sich nicht allzusehr als Kapitalisten fühlen. Wir haben deshalb gesagt: maximal 1000 DM. 500 DM schreibt das Gesetz als Mindesteinlage vor. Das bringt dann von der Belegschaftsseite allenfalls 50000 DM auf die Beine als Einlage in die GmbH, die wir aufgemacht haben. Wir brauchen aber überschlagsmäßig gerechnet ein Eigenkapital von 1,2 bis 1,5 Mio. DM. Wenn wir sehen, daß das Ganze ins Laufen kommt im nächsten Jahr, werden wir Anfang 1984 die Vorbereitungen treffen, um eine GmbH & Co. KG zu gründen und werden dort dann auch betuchte Partner als Kommanditisten aufnehmen, die das Geld mitbringen, aber wegen der juristischen Konstruktion der KG nicht sehr viel zu sagen haben werden. Die Betriebsführung wird bei der GmbH liegen, also bei der Belegschafts-firma bleiben. Da machen wir den ersten Schritt.

Vielleicht ein anderer Aspekt: Gibt es bei der Auftragsbeschaffung sowas wie Verbindungen über die Gewerkschaft oder über andere Betriebsräte? Früher auf Gewerkschaftsschulungen war es immer so, da wurden Betriebsvereinbarungen ausge-

tauscht. Ob es da nicht einen Strang geben kann, über Gewerkschafts- oder Betriebsratskontakte an Aufträge heranzukommen?

Detlef Dunker: Das haben wir bisher – überhaupt nicht wäre etwas zu stark – nur im ganz bescheidenen Rahmen erfahren. Das liegt aber auch daran, daß wir möglichst wenig Lohnfertigung machen wollen, obwohl sie, das muß man realistisch sehen, in der ersten Zeit ein starkes Standbein, ökonomisch gesehen, sein muß. Wir wollen uns aber nicht abhängig machen von Lohnfertigung. Wir sehen auch die Gefahr, daß ein größerer Lohnfertigungsanteil unseren „Produktkonsens“ stillschweigend unterlaufen würde. Wo Aufträge herkommen oder wo kommen Produkte her? Da stellt sich das Problem, daß wir uns ja keine Produktentwicklung, weder vom Zeitlichen noch vom Finanziellen her, erlauben können. Aber auch vom Know-how her können wir das nicht. Wir müssen also kooperieren mit Kleinunternehmern, mit Einzel-erfindern, Leuten solcher Größenordnung, die wertbare Produkte, die serienreif sind und unserem Produktkonsens entsprechen und die dann zu allem Überfluß auch noch irgendwelche Marktchancen aufweisen müssen, entwickelt haben. Das sind die Hauptconnections, die du ansprichst, und weniger sind es solche, die sich aus alter Tradition ergeben. Du weißt ja auch als Betriebsrat einer anderen Firma sehr wenig über die Auftragsvergabe, und entscheiden kann er auch nicht darüber.

Solange das so ein isolierter Fall ist, wie wir das im Augenblick noch so sind, ist es unheimlich schwierig, politische oder gar ökonomische Macht herzustellen. Politische Macht herzustellen ist von Fall zu Fall vielleicht noch möglich, dadurch, daß man eine entsprechende Öffentlichkeitspolitik macht, daß man gewisse Leute auf seine Seite ziehen kann. Aber mit den Mitteln, die wir haben, ökonomischen Druck herzustellen, daß du einen Auftrag kriegst, das ist so gut wie ausgeschlossen. Die gewerkschaftlichen Berater der Maschinenfabrik Arndt in Sersheim, die jetzt zur Zeit besetzt ist und auch durch die Belegschaft weitergeführt werden soll, sagen, daß die Fördervereine, die es in verschiedenen Betrieben gibt – dort unten bei Arndt in Sersheim gibt es einen Förderverein, bei Olympia in Leer gibts den Förderverein, auch wenn das Projekt in Leer selber ziemlich gestorben ist, bei uns gibt es einen solchen Verein – diese Vereine oder ähnliche Ansätze sollten sich unter einem gemeinsamen Dach zusammenfinden:

a) um unter dem Dach der Gemeinnützigkeit um Spenden zu werben und Umfeldbedingungen zu verbessern und zu mobilisieren und

Detlef Dunker:

„Wir werden unter anderem an die Neue Heimat herantreten und denen vorschlagen, die Mietshäuser mit Öl- und Gasheizungen mit Wärmetauschern zu versehen, die ja einen erheblichen Gewinn für die Neue Heimat versprechen, den sie dann an die Mieter weitergeben kann.“

b) um so was zu machen wie gemeinsame Auftragsakquisition und Know-how-Pool von solchen Betrieben, die die Belegschaften weiterführen. Da muß man überlegen, wieweit da Alternativbetriebe klassischer Art, wenn man an die Westberliner denkt, auch in einen solchen Pool mit reinkommen könnten.

Es gibt ja gerade von der Seite, soweit Netzwerk und Stattwerk da aktiv sind, ohnehin Bestrebungen in vielfältiger Form, gemeinsame Dächer zu schaffen. Warum sollte man das nicht auf solche Industriebetriebe auch übertragen und die einbeziehen? Wir werden jetzt in den nächsten Wochen die Westberliner Betriebe der Alternativszene besuchen, die uns eingeladen haben, und das einfach mal thematisieren.

Damit sind wir aber gleich beim sehr wichtigen Punkt. Solche Projekte wie unseres sind, wenn sie alleine bleiben, von vorneherein eigentlich zum Scheitern verurteilt. Sie können zwar ökonomisch vielleicht auf die Beine kommen wie andere Unternehmensneugründungen auch. Bei uns sind die Voraussetzungen über das, was der Staat so hereingepumpt hat, relativ günstig. Aber als politisches Projekt sind sie über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt, wenn sie isoliert bleiben. Aus dem Grunde ist es wichtig, mal zu diskutieren, ob es überhaupt ein richtiger Weg ist, den wir eingeschlagen haben.

Das haben wir noch nie so richtig diskutiert bei uns. Weil wir auch immer befangen sind, denn bei den meisten bei uns steht Arbeitsplatzverlust im Vordergrund, das ist ganz klar. Das war auch die Schiene, auf der wir uns selber mobilisiert haben. Ob das aber eine Perspektive für eine größere Anzahl von Kollegen sein kann oder ob das immer aufgrund spezieller Bedingungen, die vorhanden sind, Sonderfälle sind, selbst wenn es mal ein Dutzend solcher Projekte geben mag, das ist eine zweite Frage. Da müßte man Erfahrungen in Frankreich, Großbritannien und Italien auswerten, wo es ja sehr viel mehr Belegschaftsfirmen gibt.

**Nervengas-
Report:
Tausend-
facher
Tod im
Pfalzer
Wald**

- Giftgas in Pirmasens
- Kleines ABC Chemischer Waffen
- Deutsche Industrie und Giftgas Namen Fakten Geschichte
- Gewerkschaften und Nervengas Gespräche mit Julius Lehlbach

Coupon Heft 6/83

Umweltmagazin ist die Zeitschrift des Bundesverbandes Bürgernitativem Umweltschutz (BBU) — erscheint alle 2 Monate und ist in guten Buchläden zu erhalten.

Ich bestelle das aktuelle Heft für DM 4,- plus ,70 DM Versandkosten (in Briefmarken oder V-Scheck)

Ich abonniere Umweltmagazin ab Heft Nr. ___ für DM 24,- pro Jahr (6 Hefte) frei Haus in der BRD.

Name _____

Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Und erörtert werden müßte, welche politischen Fragestellungen in Richtung Selbstverwaltung mit solchen Projekten verbunden sind. Das ist bei uns sehr ausgiebig diskutiert, was aber nicht die Diskussion sein muß. Man kann auch einen normalen Betrieb als Belegschaft machen. Gut, wir schöpfen die Rechte, die das Gesetz gibt, aus. Mehr machen wir nicht, weil uns das sicherer erscheint. Das sind also Fragen, die bei uns noch völlig offen sind. Insofern sind wir der Meinung, wenn es erfolgreich sein soll, daß man sagen kann: Was wir gemacht haben, ist ein Diskussionsanstoß, der vielleicht andere Belegschaften in vergleichbaren Situationen auch dahin bringt, sich das zu überlegen. Es muß wirklich diskutiert werden, ob das Ganze auch Hand und Fuß hat oder ob es nicht Verzweiflungsversuche einzelner Belegschaften sind und bleiben werden.

Was kann man da für die Werften lernen? Ist Voith wirklich ein Exot?

Fritz Bettelhäuser: Für die Werften lernen kann man eigentlich nur, wie sie es technisch gemacht und Ängste überwunden haben in einem Teil der Belegschaft, daß man doch alleine kann. Das kann man davon lernen. Vom technischen Apparat her gesehen ist es schlecht, das zu übertragen. Wir haben uns auch schon mal überlegt und haben das auch schon mal diskutiert, ob wir in der Lage wären, so einen Produktionsbasar auf dem Vulkan zu machen. Wer die Werften kennt, der weiß, daß es da vielerlei Berufsgruppen gibt. Auf Vulkan gibt es z.B. über 50 Berufsgruppen. Es gibt mehrere große Bereiche und kleinere und mittlere Bereiche, die selbständig in Werkstätten für sich arbeiten. Es wäre durchaus möglich, daß die Schmiede für sich arbeitet, die Schlosser die Elektriker, die Tischler, die Maler Maschinenbauer, Gießer die mechanischen Werkstätten usw. Man könnte ja dann einen Produktionsbasar machen, so daß alle eigene Aufträge machen in dem Muster wie Detlef Dunker das gerade geschildert hat. Und Reparaturaufträge — sagen wir Bevölkerung, wir öffnen uns jetzt, ihr könnt sehen, was wir hier machen, und wir wollen wissen, was wir für euch tun können und jeder, der was zu bauen, zu werkeln oder sonstwie hat, kann zu uns kommen! Wenn man das so durchdiskutiert, wird man schnell feststellen, wir könnten es leisten aufgrund der Qualifikationen, die in den einzelnen Werkstätten da sind. Aber und hier beginnt nämlich der springende Punkt, du würdest die Struktur der Klein- und Mittelbetriebe, die im Umfeld dieser großen Einheit angesiedelt sind, die würdest du kaputt machen.

Wenn dann ein solcher Produktionsbasar die Arbeit aufsaugt aus einer solchen ganzen Region, dann würden wir uns ja sel-

Ohne Moos nix los

Belegschaft sucht auch 1,5 Mio. DM

Die Pläne und Absichten der AN Maschinenbau- und Umweltschutzanlagen GmbH sind im nebenstehenden Gespräch hinreichend deutlich geworden. Aufträge sind da. Damit die Produktion 1984 aufgenommen werden kann, fehlen noch 1,2 bis 1,5 Mio. DM Betriebskapital. Die Belegschaft selbst hat 50000 DM für die eigentliche Betriebsgesellschaft aufgebracht. Das reicht natürlich nicht. Das restliche Geld soll durch eine GmbH & Co. KG aufgebracht werden, in die die GmbH der Belegschaft als Komplementär einsteigen wird.

Die Belegschaft ruft dazu auf, Einlagen für diese KG zu zeichnen. Angesprochen sind an erster Stelle solche Geldgeber, die mit ihrer Kommanditeinlage das Projekt einer Belegschaftsfirma unterstützen und die keinen oder nur geringen wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen wollen. Die Belegschaft erhofft dadurch eine möglichst geringe Abhängigkeit von den konventionellen Kommanditisten, die später angesprochen werden sollen. Alle Kommanditisten können die üblichen steuerlichen Vorteile nutzen.

Weitere Informationen von der

AN Maschinenbau- und Umweltschutzanlagen GmbH
Waterbergstr 11
2800 Bremen 21

ber in Konkurrenz zu unseren Kollegen außerhalb dieser großen Einheit setzen. Deshalb hat uns — nachdem wir das durchdiskutiert haben und zu der Erkenntnis gekommen waren, das ist möglich, wir wären in der Lage, vielleicht sowas durchzuführen da eigentlich der Mut verlassen, weil wir uns gesagt haben, das kann man eigentlich nicht machen, denn wir wollen uns ja nicht in Konkurrenz zueinander setzen. Denn dann wäre das Risiko zu groß, daß wir mit dieser Idee zusammenbrechen würden und die andren dann auch zusammenbrechen würden. Deshalb sind wir zu der Auffassung gekommen, daß Schiffbau in einem gewissen Umfang sein muß, aber daß wirklich auf andere Produktionen hingearbeitet werden muß. Ich vermeide jetzt das Wort „alternative Produktionen“ denn unter „alternativen“ Produktionen verstehe ich noch was anderes als „andere“ Produktionen.

Wir haben da auch Vorschläge gemacht. Die Vorschläge sind zwar zur Kenntnis genommen worden. Aber im Management ist man nicht bereit, dahin zu denken, sondern im Management geht man immer noch davon aus und sagt: „Wir wollen Schiffe bauen, und das andere ist uns etwas zu unständig. Das ist zu aufwendig, usw.“

Kannst du nochmal kurz und in Stichworten sagen, was eure Vorschläge da sind?

Fritz Bettelhäuser: Vorgeschlagen haben wir eigentlich das, was die Werft schon mal gemacht hat, wie z.B. Müllverbrennungsanlagen, Meerestechnologie, Kompressor Anlagen usw. Da gibt es ja vielfältige Produktionen, die in anderen Zeiten schon durchgeführt worden sind, aber auch aufgrund der Profite nicht verfolgt worden sind.

Detlef Dunker: Jetzt habe ich eine Frage an dich, wenn du sagst, ihr als Belegschaft schlägt eurem Vorstand irgendwelche Produkte vor. Kannst du dir vorstellen, daß die Belegschaft des Vulkan auch konkrete Schritte zur Durchsetzung ihrer Vorschläge unternehmen wird?

Fritz Bettelhäuser: Wir haben das ja so in der Form, wie du es hier einbringst, auch nicht vorgeschlagen. Wir haben immer wie der behauptet, dies und das könnte man machen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß es das Geschäft des Vorstandes ist und eigentlich nicht unser Geschäft. Wir haben versucht, das immer reinzubringen. Das hat natürlich den Widerstand des Vorstandes gebracht. Der hat uns dann auch öffentlich in Betriebsversammlungen als spinnerte Menschen hingestellt, als ausgeflippte Grüne und so.

Die Palette der Worte, die sie da für uns gebraucht haben, war breit gefächert. Wir haben uns dann überlegt, wie kriegen wir die Brüder eigentlich mal in eine Ecke. Die haben uns ja immer wieder argumentativ gegenüber der Belegschaft kaputtgemacht, indem sie hingegangen sind und gesagt haben: Da müssen wir gegen andere in Konkurrenz treten, außerdem ist das nicht profitabel genug, und wo sollen wir das Pulver für die Entwicklung herholen?

Daraufhin haben wir laufend hin und her diskutiert. Irgendwann sind wir dann auf den Trichter gekommen: Wir haben dann mal bei allen Baustoffhändlern hier in der Umgebung rumgerufen und gefragt, wir wollten Schornsteinfilter für Ein- und Mehrfamilienhäuser. Wir wollten dann einen Filter haben, der Kohlendioxid und was weiß ich noch alles absorbiert. Die waren ganz angetan und haben gesagt: wie groß und Maße, da haben wir uns bedeckt gehalten. Wir sind mit vier Nachbarn hier, das wären 20 Filter und Mengenrabatt usw. Die waren so ganz heiß und telefonierten in der Gegend rum und stellten fest, diese Filter gibt es gar nicht. Das haben sie uns dann ganz enttäuscht mitgeteilt. Da haben wir dann angesetzt und haben auf der Betriebsversammlung den Vorstand wieder auflaufen lassen. Der fing wieder an, wir wären Spinner, da gäbe es überhaupt nichts. Da haben wir gesagt, was uns Blödmännern hier einfällt, ist schon mal ein Beispiel. Das haben wir dann da ausgekocht, dies eine

Beispiel, um die Kollegen zu politisieren und ihnen klarzumachen, daß dieser Vorstand eigentlich ein Pennervorstand ist, dem nichts einfällt. Daraufhin gab es da heiße Auseinandersetzungen. Das hat für eine kurze Zeit so einen Denkprozeß in Gang gesetzt.

Unsere Hoffnung ist ja, daß, wenn wir uns tatsächlich mit unserem Schiffbauprogramm und solchen Gedanken durchsetzen könnten, auch die Einsicht kommt, daß sie nicht radikal rausschmeißen können. Sondern daß sie sich überlegen, wie können wir schiffbaufremde Arbeit in diese Produktionsstätten reinstecken? Es ist ja nicht so, daß wir andere Produktionen nicht brauchen. Die Umwelt, die schreit ja förmlich nach Produkten wie Kläranlagen und Entschwefelungsanlagen. Wenn jetzt das Gesetz von dem Zimmermann durchkommt für die bessere Luft – da bereiten sich französische Firmen und tschechische Firmen vor, um in diesen deutschen Markt einzusteigen, weil die Industrie in der BRD überhaupt nicht darauf reagiert, was sich da im Augenblick abspielt.

Automobilkatalysatoren meinst du?

Fritz Bettelhäuser: Ja, genau die, erstens, und auch Kraftwerkfilter. Da gibt es im Moment zwei Firmen, die das so machen können. Aber wenn das Gesetz wird, soviel Leute haben die gar nicht, um da hinzukommen. Das sind doch Punkte, wo man mit diesem qualifizierten Facharbeiterstamm in den Werften einsteigen könnte.

Ede Dinger: Wenn man sich das mal wirtschaftlich bei uns betrachtet, dann sieht das ja so aus, wir sind in einem großen Konzern. Wir gehören ja zur Automobilbranche. Bei uns zum Beispiel im Werkzeugbau, droht es da aufgrund der vergangenen Rationalisierungen in einigen Bereichen abzureißen. Wir kriegen freie Kapazitäten. Die Kapitalisten gehen jetzt an den Markt, um diese anzubieten – bisher waren sie zu 95% abhängig von der Konzern-Mutter und sind da mit Aufträgen versorgt worden und haben den Betrieb in Lippstadt ausgestattet mit Maschinen. Das waren samt und sonders Rationalisierungsinvestitionen. Die Folge ist, daß jetzt bei uns freie Kapazitäten sind und daß sie auf den freien Markt drängen. Die wollen sich jetzt gerade hier im norddeutschen Raum verstärkt Aufträge an Land ziehen.

Jetzt drängt ihr genauso in den Markt und in diesen Produktionszweig herein (Maschinenbau, Sondermaschinenbau). Der Druck kommt nicht nur von euch, sondern der Druck kommt also zusätzlich auch von Betrieben, die rationalisiert haben und Überkapazitäten haben. Das ist ein gewaltiger Druck, der da entsteht. Wenn man in diesem Zusammenhang mal alternative Produktionen betrachtet, wenn du davon

Fritz Bettelhäuser:

»Deshalb sind wir zu der Auffassung gekommen, daß Schiffbau in einem gewissen Umfang sein muß, aber daß wirklich auf andere Produktionen hingearbeitet werden muß. Ich vermelde jetzt das Wort ‚alternative‘ Produktionen, denn unter ‚alternativen‘ Produktionen verstehe ich noch was anderes als ‚andere‘ Produktionen.«

spricht, daß man andere Aufträge haben muß, dann ist das im Grunde genommen nichts anderes vom Wirtschaftlichen her. Es ist insofern was anderes, daß du was Nützliches machst. Aber auch was Nützliches machst, daß es seinen Profit abwirft.

Detlef Dunker: Wenn ich da mal einhaken kann: Ich sehe da ganz erhebliche Unterschiede in der Tendenz. Sicherlich hast du recht, daß unter den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen, unter denen wir uns hier bewegen müssen, die Frage nach dem Profit letzten Endes gestellt wird, sei das Produkt so nützlich oder so unnützlich wie es will. Ich denke, wenn die Belegschaften sich aber überlegen, wie die auf Vulkan, was könnte man machen mit dieser Werft, mit diesen Produktionskapazitäten, die ja einfach da sind als vergegenständlichte Arbeit, oder wenn wir uns überlegen in unserer Bude, was könnten wir machen mit den Maschinen, die da rumstehen, bevor die auf dem Schrotthaufen landen, und von unserer Interessenlage ausgehen. Der Fritz Bettelhäuser sagt, wir machen Filter, oder wir sagen, wir wollen Windkraftwerke bauen in einer vernünftigen Größenordnung, nicht grad den Growian. Daß die Belegschaften von einer ganz anderen Seite an die Seite der Arbeitsplatzbeschaffung herangehen, daß die Produkte nach ihrem Gebrauchswert anfangen definiert zu werden. Während die Gegenseite natürlich immer nur nach dem Tauschwert fragt. Weshalb bei der Gegenseite letztlich immer die Frage nach dem, was unter dem Strich hängen bleibt in einer Bude an Profit, sehr viel größeres Gewicht hat, als wenn du als Kollege sagst, was ich da brauchen würde oder was meine Kollegen da brauchen würden, das müßte man herstellen. Natürlich muß das

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift

für

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

Schwerpunkt:

Industriekultur - den Dingen lauschen * Interview mit H. Glaser * Körper, Ökonomie und Maschine * Die Faszination der Maschine * Spaziergänge am Bahndamm * Ein Volk auf Achse * Funktionelle Musik * Alles Plastik *

Weitere Themen:

DB-Neubaustrecken * Pharmaproduktion in Nicaragua * Tierversuche * Neues (?) Denken (?) * Humboldts Erben * Riesenzwerge für Nachwuchshuber * Interview mit P. Starlinger *

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG

Gneisenastr 2, 1000 Berlin 61

DM 5.- Einzelheft

DM 20.- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten)

erscheint vierteljährlich

irgendwo noch betriebswirtschaftlich aufgehen, das sehen wir bei uns ganz konkret. Du kannst tolle Produktideen haben, wenn du die immer mit 50% Zuschuß fertigst, geht das nicht lange. Die müssen mindestens mit plus/minus Null in der Gesamtkalkulation abschließen. Das geht auch mit schwarzen Zahlen, aber es ist schon ein anderer Ansatzpunkt. Du sagst, diese Schrottoproduktion, die da bisher gemacht worden ist, ob auf der Werft, ob bei uns oder bei euch, kann man die nicht mal in Frage stellen und sagen, die Leute brauchen eigentlich ganz andere Sachen? Das hat mir so imponiert bei den Vorstellungen, die seinerzeit bei Lucas-Aerospace entwickelt worden sind, wo die Kollegen auch von ihren Bedürfnissen ausgegangen sind. Von da aus haben sie dann Vorschläge entwickelt, was sie eigentlich brauchen würden: sie als Produzenten und Konsumenten gleichzeitig.

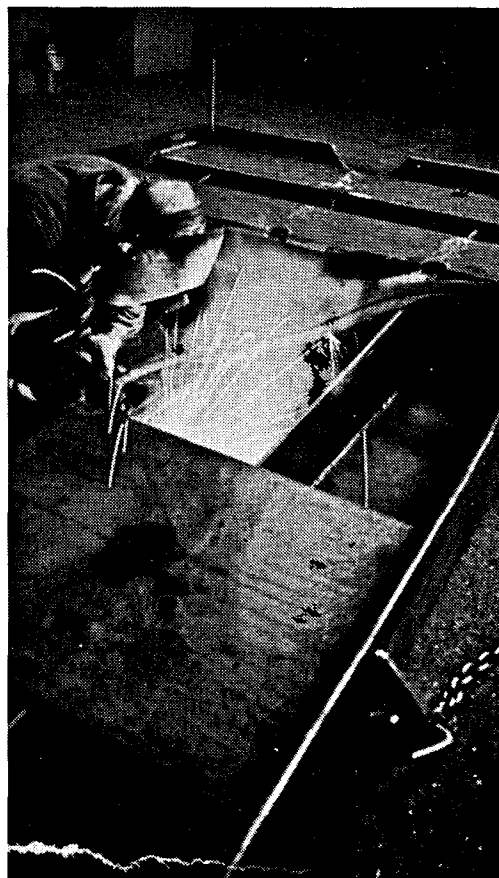
Bei uns hat es zwei ganz konkrete Diskussionen gegeben. Eine im Vorfeld, in der wir diesen Produktkonsens, der jetzt ziemlich abstrakt gefaßt ist nach gesellschaftlicher Nützlichkeit und ökologischer Verträglichkeit, entwickelt haben. Da haben dann ein Dutzend Kolleginnen und Kollegen zusammengesessen und sich ihr Auto, ihren Fernseher und ihre Strumpfhose und ihr ich weiß nicht was vorgenommen und festgestellt, daß es eigentlich alles Scheiße ist, was ihnen verkauft wird. Da haben sie gesagt, wenn wir schon mal - sollte das soweit kommen, das war sehr früh - in die Lage kommen, daß wir entscheiden, was wir produzieren, dann soll das aber auch vernünftig sein. Das soll nicht gleich kaputtgehen, das soll nicht so hochtechnisch sein, daß keiner mehr durchschaut usw. usf., und die Umwelt darf auch nicht kaputtgehen. Dann haben sie eine Reihe konkreter Beispiele genannt. Daraus haben wir den abstrakt kodifizierten Konsens abgeleitet.

Die zweite Diskussion, die bei uns geführt worden ist, eine ganze Zeit später, die lief dann in die Richtung, daß gesagt worden ist, wenn wir jetzt einerseits schon beschlossen haben, aus unserer Sicht vernünftige Produkte herzustellen, die unsere Bedürfnisse als Konsumenten auch befriedigen und nicht nur Arbeitsplätze erhalten, dann wollen wir auch Einfluß darauf haben, unter welchen Bedingungen wir die herstellen. Da läuft jetzt gerade die Diskussion drum, wie die ganze inhaltliche innerbetriebliche Organisation auszusehen hat, wie die Arbeitsorganisation auszusehen hat, welche Abteilung du ersatzlos streichen kannst. Die Arbeitsvorbereitung ist schon nicht mehr im Plan bei uns. Das ist das erste Ergebnis der Umstrukturierung, daß die AV gestrichen ist. Die ist nicht mehr notwendig, haben wir festgestellt. Wesentliche Arbeiten, deren Ergebnis den

Kollegen im Genick gegessen hat, sind in die Fertigung verlagert worden.

Das waren zwei unheimlich wichtige Erfahrungen, die die Kollegen gemacht haben in diesem Prozeß bei uns, und insofern kannst du sagen oder sag ich mal, man braucht nicht die sehr allgemeine Diskussion. Tauschwert versus Gebrauchswert zu führen, sondern wenn die Kollegen anfangen, aus ihrer eigenen Situation heraus zu diskutieren, was und wie können wir produzieren, dann kommen sie, ob sie wollen oder nicht, darauf, daß sie sich eher nach dem Gebrauchswert richten als nach dem Tauschwert. Der Tauschwert und das Profitprinzip stecken natürlich jedem von uns metertief im Kopf. Das ist völlig klar, da kommen wir nicht runter. Aber für mich ist die Frage wichtig, wie können wir solche Diskussionen überhaupt in den Belegschaften initiieren, um damit vielleicht einen ganz kleinen Schritt vorwärts zu machen und dieses Industriesystem, zumindest rhetorisch, mal in Frage zu stellen.

Fritz Bettelhäuser: Die Überlegung, die der Ede Dinger vorhin reingebracht hat, die hat ja was Richtiges. Daß man dann eigentlich so in den Maschinenbau reindrängt, wobei da die Rationalisierungen, die genau wie bei uns noch kommen werden, freie Kapazitäten schaffen würden, um die gleichen



anderen Produkte herzustellen, wie das vielleicht im Moment bei uns möglich wäre. Das ist ein Problem, was nach unserer Auffassung dadurch gelöst werden müßte und auch das Hauptproblem der Gewerkschaftsbewegung sein müßte. Um die Konkurrenz unter den Arbeitern, wenn sie solche Ideen entwickeln, abzubauen in der Form, daß also solche Ideen und Vorschläge kontinuierlich gesammelt werden, wo man dann sagen kann: „Halt, stopp, da braucht ihr euch nicht weiter mit zu befassen, da beschäftigen sich schon die Kollegen vom Bremer Werkzeugbau mit, da laß die mal weitermachen, da sind die auf dem richtigen Weg, macht ihr in jener Angelegenheit weiter, da seid ihr die, die da konkurrenzlos darüber nachdenken, weil keine andere Bude darüber nachdenkt.“ Das scheint eines der großen Probleme zu sein, wo wir die Organisation in die Hufe bringen müssen, damit sie also diese Koordination übernimmt, damit die Kumpels in den Regionen und in den Betrieben nicht in Konkurrenz aufeinandergehetzt werden und sich den Rang ablaufen mit diesen Entwicklungen.

Die Überlegung ist, inwieweit über die gewerkschaftliche Organisation nicht eine entsprechende Nachfrage ausgeübt werden kann. Stichwort „Neue Heimat“ Das war ja mal eine Genossenschaft. Sie könnte doch Filter, Energieanlagen, Müllverbrennungsanlagen etc. alternativer Art abnehmen.

Fritz Bettelhäuser· Die könnten zum Beispiel so Kleinkraftwerke

Detlef Dunker· Wir werden unter anderem an die Neue Heimat herantreten und denen vorschlagen, die Mietshäuser mit Öl- und Gasheizungen mit Wärmetauschern zu ver sehen, die ja auch einen erheblichen Gewinn für die Neue Heimat versprechen. Den die Neue Heimat dann, wenn sie es für richtig hält, auch an die Mieter weitergeben kann.

Die Bank für Gemeinwirtschaft könnte doch Projekten mit Geldern zu günstigeren Bedingungen ebenfalls bessere Ausgangsbedingungen verschaffen.

Detlef Dunker· Das sind alles denkbare Varianten. Inwieweit es durchsetzbar ist, ist eine andere Geschichte. Die zweite Sache ist aber auch, daß du in den Köpfen der Gewerkschaftsvorstände viel Bewegung machen muß, bis sie solche Konzepte politisch unterstützen.

Und das kann solchen Vorstandsmenschen oder Bezirksleitungsmenschen nur durch die Belegschaften in den Kopf gebracht werden. Indem sie nämlich merken, daß sie mit ihren alten Konzepten überhaupt nicht mehr ankommen bei den Belegschaften.

Ich will nochmal einen anderen Punkt ansprechen. Du hast nun noch nicht weiter gesprochen über den Produktkonsens, den ihr da entwickelt habt. Ob nicht, was du vorhin abgelehnt hast mit eurem Vorschlag des Produktionsbasars beim Vulkan, ob nicht solche Modelle um so eher funktionieren, je näher sie beim Konsumenten liegen? Ist die Konsequenz daraus, wenn das richtig ist, nicht die Entscheidung in Richtung Leichtindustrie und hin in Richtung Konsumgüterindustrie?

Fritz Bettelhäuser· Das würde bei uns nicht gehen. Weil die Einheit zu groß ist. Du kannst nicht so viele Filter machen, daß du alle Leute daran beschäftigt hast. Deshalb ist ja die Frage: Macht man weiter mit einem reduzierten Schiffsneubau und dann als Zwischenschritte diese anderen Produkte? Hier ist die Frage ganz konkret: Wird das politisch gewollt?

Detlef Dunker· Zur Frage der Orientierung. Wer ist der Abnehmer? Das ist auch schwierig. Weil die Belegschaften immer nur das Vorgefundene übernehmen können und von den festen vorhandenen Technostrukturen ausgehen müssen. Das ist bei uns mittlerer Maschinenbau und bei euch Schiffbau und Großmaschinenbau. Da kannst du gar nicht so locker sagen, wir orientieren jetzt mal von Maschinenbau auf Konsumgüter um. Du kannst bestenfalls noch so Grenzbereiche finden, z.B. die erwähnten Wärmetauscher für Mehrfamilienhäuser Das paßt von der Größe her gerade noch rein. Aber dann hört es auch auf. Vom Preis her ist das eher vergleichbar mit einem gehobenen Konsumgut als mit irgendwelchen Investitionsgütern. Aber du mußt dich als Belegschaft, wenn du eine solche Bude übernimmst, darauf einrichten: Was kannst du damit machen? Der erste Gedanke ist nicht, die Produktion technisch umzustellen. Oder gar eine Fließbandfertigung aufzulegen.

Ede Dinger· Das war bei uns der Gedanke. Wir bauen Formwerkzeuge. Der gleiche, der gesagt hat, die Werften, die machen wir dicht, hat bei uns im Betrieb gesagt, wenn das bei uns so weit sein sollte, dann werden wir uns hier direkt mal in der Neustadt den Markt angucken, was die Leute tagtäglich brauchen. Dann werden wir Formwerkzeuge herstellen, mit denen man genau diese Dinge herstellen kann, die wir direkt in der Neustadt oder in der Region Bremen an den Mann bringen können. Man muß sich auch mal die Frage stellen, wie weit kommt man mit alternativer Produktion. Man ist ja jetzt immer am Gucken und will den anderen nicht Konkurrenz machen. Aber ist es nicht vielleicht doch sinnvoll, irgendwelchen Leuten Konkurrenz zu machen?

Detlef Dunker· Das ist zwangsläufig so.

Ede Dinger:

»Man muß sich auch mal die Frage stellen, wie weit kommt man mit alternativer Produktion. Man ist ja jetzt immer am Gucken und will den anderen nicht Konkurrenz machen. Aber ist es nicht vielleicht doch sinnvoll, irgendwelchen Leuten Konkurrenz zu machen?«

Ede Dinger· Wenn man sich jetzt einmal überlegt, was alles aus dem Ausland eingeführt wird und wo man durchaus – wenn man hier eine anständige Produktion aufbaute – diesen Produkten für den täglichen Gebrauch Konkurrenz machen könnte. Das sehe ich als die realistischste Möglichkeit an, um in einer solchen Situation überhaupt einen Betrieb unabhängig vom Staat existieren zu lassen. Die größte Wahrscheinlichkeit ist doch, daß nur so ein Betrieb funktionieren kann, der seine Produkte direkt los wird, der seine Gewinne selbst einstreicht und die Gelder für sich verwenden kann. Und nicht so eine Fabrik, wo du dich mit dem Staat kloppen mußt, wo du alle Parlamente gegen dich hast, wo die Kapitalisten die Gelder gegenwärtig an sich reißen. Es ist die fruchtbarste Überlegung, in Konkurrenz einzutreten. Dabei natürlich gezielt gegen Importe aus den USA und Japan – und nicht gegen Produkte aus der Dritten Welt.

Wie war das bei euch? Habt ihr bestimmte konkrete Vorschläge gemacht? Habt ihr euch gedacht, das kann man so machen wie bei Lucas-Aerospace und dann geguckt, was ihr da machen könnt? Weil letztlich überzeugt nicht einfach der Gedanke, sondern daß da was Realistisches steht.

Detlef Dunker· Je konkreter so ein Versuch ist, desto eher sind die Kollegen auch bereit mitzumachen, je weniger konkret das ist, desto mehr halten sie sich zurück. Das ist die Mentalität – vielleicht eine spezielle deutsche –, daß eine bestimmte Sicherheit immer da sein muß. Uns fragen die eigenen Kollegen immer so nach Auftragsbedingungen und wie lange der Betrieb überhaupt laufen soll. Ich sag da immer, geh mal zu Daimler und frag im Personalbüro das gleiche und dann wirst du sehen, wie lange du dich da aufhalten darfst.

Fritz Bettelhäuser· Das ist auch so eine Sache: Wir untereinander sind viel kritischer und schärfer, als wir mit unseren Gegnern umgehen.

gruppe, haben gesagt, das Hobeln, das machst du da, guck dir die Zeichnung an, wie spannst du das, was nimmst du für einen Stahl dazu? So jetzt sag mal 'ne Zeit, Rüst- und Fertigungszeit, macht soundsoviel Minuten, brauchst du 'ne Vorrichtung dazu, nein, ist gut. Und der nächste an der Fräsbank hat gesagt, gut, also die und die Bedingungen. Das dauert so lange zum Rüsten und so lange von der Bearbeitungszeit. Ich muß eine Vorrichtung dazu haben. Es ist eigentlich zu groß für den Maschinentisch. Ist zum Schweißer gegangen und hat gefragt, was kostet das, wenn du hier eine Strebe schweißt. So werden auch andere komplizierte Teile von den Kollegen bearbeitet. Das konkrete Ergebnis war, die ganze Arbeitsvorbereitung, weil eh die ganze Akkordentlohnung entfallen wird, ist auch von der Kalkulationsseite nicht mehr notwendig. Warum soll der Facharbeiter, wenn er für die Minute auch einen Preis hat, dann nicht auch mit dem Preis multiplizieren und sagen, der Bearbeitungsgang kostet 349,39 DM bei mir auf der Maschine.

Eine andere Sache, die abweichend ist vom Üblichen, ist, daß zwei Kollegen sehr still und sehr leise sich über ein halbes Jahr hingesetzt haben mit so einem halbgebildeten externen Ingenieur – einem Wirtschaftsingenieur –, der technisch nicht so viel drauf hat, und eine Biogas-Anlage entwickelt haben. Das wußten die meisten von uns gar nicht. Die haben das jetzt erst gehört, wo das weitgehend fertig war. Sie werden sie jetzt als Modell bauen. Der nächste Schritt ist, daß sie sich verpflichtet haben, bis Anfang des nächsten Jahres ein Funktionsmodell daraus zu machen. Da haben so zwei Facharbeiter, ein Kontrolleur und ein Fräser, eine komplette Biogas-Anlage, nachdem sie sich sachkundig gemacht haben, aufgrund von Büchern und Papieren entwickelt. Sie haben versucht, die schlimmsten Fehler, die andere vor ihnen schon gemacht haben, gleich zu vermeiden. Sie haben eine Zusammenstellungszeichnung und Einzelteilzeichnungen gemacht. Die kritischen Sachen sind, sagen sie, gelöst: Lagerung, Stabilität, Wärme. Da haben sie mal von Grünzweig und Hartmann AG jemand geholt, der hat ihnen die Energiebilanz mit dem Computer nach Feierabend durchgerechnet. Da kannst du dir vorstellen, daß da langsam jetzt auch Motivationen auftreten in so einer Belegschaft, die merkt, was sie alles kann.

Im Augenblick ist das noch Feierabendarbeit und damit eben noch Hobby, aber es ist irgendwie eine ganz andere Identifikation mit dem Produkt da, als wenn du was von oben rübergestülpt kriegst als Arbeiter. Sie merken, daß sie ganz andere Sachen können. Sie sind wirklich irgendwo universell als Facharbeiter

Fritz Bettelhäuser: Das stärkt die natürlich auch in der Argumentation, wenn da irgendwelche Politclowns ankommen und sagen, eigentlich seid ihr sowieso über. Dann kannst du dir vorstellen, solche Kollegen, die so eine Erfahrung gemacht haben, die sich die Gedanken gemacht haben, die nehmen sich den zur Brust.

Detlef Dunker: Es gibt einzelne bei uns, das ist längst nicht die Tendenz in der Masse, die sagen, ich werde mir von irgendeinem Manager nie wieder erzählen lassen, wie man und was man machen kann. Das weiß ich inzwischen soviel besser. Das ist eine Erfahrung, die bei uns gewonnen worden ist. Das sagen eigentlich viele, das Vertrauen ins Management, das auch bei uns bis in alle Abgründe da war, das ist wirklich gebrochen.

Fritz Bettelhäuser: Und jetzt muß man sich natürlich auch die Diskussion von vorhin nochmal vorstellen, die wir geführt haben: Diese Allianz, daß so „alternative“ oder „andere“ Produktionen, die so entwickelt werden von den Kollegen in den Betrieben, gar nicht auf so eine Gegenliebe stoßen bei den Politikern, beim Kapital und selbst bei unseren Gewerkschaftsvorständen nicht. Das ist genau der Grund: daß dann deren Obrigkeitsempfinden entzaubert wird.

Detlef Dunker: Das sehen natürlich die Gewerkschaftsfunktionäre sehr viel schneller. Während wir also zunächst mal baß er staunt waren, daß wir von Unternehmerseite und von der CDU und auch von der SPD und wie sie alle heißen, wirklich gehätschelt worden sind. Immer wurde uns wieder eine Hand unter den Arsch gehalten. Dann wollten wir was aus Niedersachsen, und da hat Bernd Neumann von der CDU dann sofort Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt. Da sind wir inzwischen drauf gekommen, daß die das eigentlich machen, weil sie diese Weiterungen, die der Fritz Bettelhäuser eben beschrieben hat, nicht erkennen. Daß es denen sehr gut ins Konzept paßt, aha, da wird die Entstaatlichung der Arbeitslosigkeit vorgenommen. Das machen wir ja auch objektiv, wenn das jetzt ins Laufen kommt. Daß wir das, was die Wende-Regierung immer erzählt, betreiben. Wir nehmen das Risiko vom Sozialstaat weg und sagen, zwar wollen wir gewisse Förderungen aus Nürnberg haben, aber als Arbeitslose wollen wir euch nicht auf der Tasche liegen. Das machen wir schon selber irgendwie klar. Das fördert im Augenblick bei Unternehmern, Handelskammer usw. eine Haltung, daß die sagen „wahnsinnig“ und „dufte“ und „toll, was die bei Voith machen“

Da gibts auch Leute, die weiter denken, bei der Handelskammer, die jetzt anfangen zu blockieren. Wir haben zwei ABM-Stel-

Detlef Dunker:

„Im Augenblick ist das noch Feierabendarbeit und damit eben noch Hobby, aber es ist irgendwie eine ganz andere Identifikation mit dem Produkt da, als wenn du was von oben rübergestülpt kriegst als Arbeiter. Sie merken, daß sie ganz andere Sachen können. Sie sind wirklich irgendwo universal als Facharbeiter.“

len losgeest, die uns das erleichtern sollen: einen Ingenieur und einen Juristen. Wir haben inzwischen erfahren, daß die Handelskammer blockiert. Weil die sagen, das ist ja wohl 'ne Sauerei, die haben zwei Manager als ABM-Leute eingestellt. Wenn das jeder machen würde. Aus dem Grund müssen wir dem entgegenzutreten.

Da kommt es so langsam auf, daß sie merken, irgendwie ist das doch nicht so ganz koscher, was wir bei Voith machen.

Wie wirts denn ausgehen bei euch? Du hast mal vor kurzem gesagt, die Chancen, daß es klappt oder nicht klappt, stehen 30 70.

Detlef Dunker: Das ist schon lange her, als ich 30 70 gesagt habe. Das war April/Mai gewesen. 70 30 hab ich im Sommer gesagt, und ich sag mittlerweile 80 20. Weil sämtliche Rahmenbedingungen eigentlich geklärt sind. Wir sind auch inzwischen in der Frage der Löhne zumindest generell klar.

Die 20% sind zum allergrößten Teil die Aufträge. An denen hängt im Augenblick. Ein Kleineres der 20% sind bewußtseinsmäßige Prozesse. Es ist klar, daß nicht wesentliche Pfeiler der Belegschaft weggebrochen sind. Die 40 von 170, die raus sind, sind ersetzbar, auch Abteilungsleiter sind ersetzbar, Meister auch.

Wir haben uns eine interne Frist gesetzt bis Weihnachten. Wenn bis dahin nicht nennenswerte Aufträge da sind, so daß wir sagen können, für ein Vierteljahr sind 30 Leute beschäftigt, mit allen Tricks, die man anwenden kann, da wird es auch Teilzeit geben (auf eigenen Wunsch). Wenn das aber nicht gesichert ist bis Weihnachten, werden wir es abblasen. Dann hats keinen Zweck mehr. Dann sollen die Kollegen schnellstens sehen, daß sie irgendwo noch einen Job kriegen. □



Die IG Metall gleicht ein wenig der deutschen Fußball-Nationalmannschaft. Was lange abzusehen war, ist nun eingetreten. Mit einem sauberen Doppelpaßspiel sind Gesamtmetall und der Bundesarbeitsminister Blüm durch die Deckung der IG Metall durch. Nur müde wird auf ‚Abseits‘ reklamiert, der Plan Blüms für eine Vorruhestandsregelung sei nur ein ‚Ablenkungsmanöver‘.

Gesamtmetall sattelte weitere Vorschläge zur Anhebung des Vorruhestandsgeldes drauf und lädt den IG Metall-Vorstand zum Spitzengespräch über Arbeitszeitverkürzung ein, um das Schlimmste, einen Streik für die 35-Stunden-Woche, die mit ihrer Belastung der Wirtschaft Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichte, zu vermeiden. Wie die Nationalmannschaft scheint die IG Metall im Augenblick weitgehend außer Tritt. Nicht mal zu einer konkreten Kritik konnte sie sich aufraffen.

Nach dem Konzept der Bundesregierung, die dazu im Frühjahr einen Gesetzentwurf vorlegen will, können Arbeitnehmer der Jahrgänge 1925 – 1929 mit Vollendung des 59. Lebensjahres in den Vorruhestand gehen. Sie erhalten dann ein Vorruhestandsgeld in Höhe von mindestens 65% ihres letzten Bruttolohnes. Diese Zahlung erfolgt durch den Kapitalisten bis zum Beginn des frühestmöglichen Rentenanspruches, der in der Regel bei den Männern mit 63 und bei Frauen und Schwerbehinderten mit 60 Jahren erreicht ist. Von diesem Vorruhestandsgeld sind Sozialversicherungsbeiträge für die Renten- und Krankenversicherung sowie Lohnsteuer zu zahlen. Die Sozialversicherung trägt der Kapitalist zur Hälfte. Sofern er nachweisen kann, daß er ein/e Arbeitslose/r oder ein/e ausbildungssuchende/r Jugendliche/r oder ein Lehrling übernommen wurde, bekommt er vom Arbeitsamt 40% seiner Vorruhestandszahlungen bis zur Höhe von 65% des letzten Bruttolohnes ersetzt.

Es steht den Kapitalisten jedoch frei, eine solche Vorruhestandsregelung anzubieten oder nicht, ebenso wie es den Arbeitnehmern freisteht, auf diese Regelung einzugehen oder nicht.

Bleibt man beim politischen kleinen Einmaleins des Norbert Blüm, so ist das Paket der Bundesregierung zwölfmal schlechter als jede andere Lösung.

Das beginnt erstens mit der ‚Freiwilligkeit‘ die nur eine von Gnaden des jeweiligen Kapitalisten ist, zweitens geht es weiter mit der Befristung auf nur fünf Jahre,

drittens wurde die Regelung nicht unter die Altersstufe der 59jährigen ausgedehnt, viertens sind die 65% des Bruttolohnes nicht ausreichend, fünftens wird dadurch die spätere reguläre Rente spürbar verringert, sechstens soll die bisherige 59er Regelung, die für die Kapitalisten teuer war, weitgehend wegfallen, siebtens soll das Kriterium der ‚Nichtvermittlungsfähigkeit‘ auf dem Arbeitsmarkt bei den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten in Zukunft wegfallen und sollen diese auf einen engen Rahmen reduziert werden, achtens, neuntes, zehntens sollen die ‚Beschäftigungshemmnisse‘ im Jugend- und Frauenarbeitsschutzrecht sowie im Schwerbehindertenrecht verschwinden, elftens soll die betriebliche Altersversorgung an die geänderte Wirtschaftslage angepaßt werden und zwölftens soll als vorläufig letztes diese Vorruhestandsregelung auf keinen Fall im staatlichen Bereich angewendet werden.

Diesen Nachteilen stehen bei den Arbeitern und Angestellten vergleichsweise wenig Nutznießer gegenüber. Von den rund 600000 in die betreffende Altersgruppe fallenden Arbeitnehmern würden nach den bisherigen Erfahrungen – selbst wenn alle Kapitalisten diese Vorruhestandsregelung an-

Dreimal besser oder zwölfmal schlechter

bieten würden, was bei der Ablehnung durch die Handwerkerverbände und der Tatsache, daß in diesem Bereich überdurchschnittlich viele ältere Arbeiter beschäftigt sind, eher zu bezweifeln ist nur rund die Hälfte, d.h. 300000 dieses Modell in Anspruch nehmen. So viele sind es jedoch nur im ersten Jahr, in den folgenden vier Jahren wird immer nur ein Jahrgang hinzukommen, unter den gleichen Annahmen wären dies maximal 115000 Vorruheständler. Insgesamt kommen so rund 760000 zusammen, jedoch verteilen sich diese auf neun Jahre, also im Jahresdurchschnitt 85000.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes ist nochmal geringer. Wenn wieder angenommen wird, daß die Hälfte der freiwerdenden Arbeitsplätze neu besetzt wird, schwankt die Arbeitsmarktwirkung im besten – unrealistischen – Fall zwischen 150000 und weniger als 30000.

Bei Lichte betrachtet ist es nicht nur ein ‚Ablenkungsmanöver‘ von der 35-Stunden-Woche, sondern auch für die Verfechter der Vorruhestandsregelung eine unannehmbare Lösung.

Die Vertreter der Vorruhestandsregelung unter den DGB-Gewerkschaften, die IG Bau, die IG Bergbau, die IG Chemie, die NGG und die Textilgewerkschaft konnten mit diesem Modell nicht zufrieden sein. Anfangs hatte der Tarifexperte der IG Chemie Mettke sogar eine ‚tote Hose‘ gesehen. Auf einer Tarifrentenkonferenz in Hamburg forderten Vertreter der fünf Gewerkschaften allerdings nur noch Verbesserungen im Gesetzgebungsweg. Vor allem solle das Anspruchsalter schon mit 58 Jahren erreicht sein, die Zahlungen der Arbeitsämter an die Kapitalisten müßten deutlich erhöht werden, bisher sind das rund 26% der Vorruhestandszahlungen, und außerdem solle die Regelung auch auf den öffentlichen Dienst ausgedehnt werden.

Das würde aber für den Staat

ausgleich und Beschränkung der Überstunden bei Freizeitausgleich. Nur die Baden-Württemberger sind ein wenig aus der Reihe getanz und haben beschlossen, daß durch Betriebsvereinbarungen eine Konkretisierung, Durchführung und Kontrolle der Leistungsgestaltung erfolgen soll. Aber angesichts der schwachen Positionen der Betriebsräte gegenwärtig in den Betrieben hat diese Forderung wenig mehr als Alibi-Funktion, wenn nicht der Frankfurter Vorstand was er könnte diesen Forderungsteil noch kassiert. Die Parole heißt jetzt nach dem Gewerkschaftstag und den Tarifkommissionen: ‚Schulterschuß!‘ und ‚Konzentration auf die aufgestellten Forderungen!‘

Um aber aus einer Forderung eine gesellschaftliche Bewegung zu entwickeln, bedarf es das Gegenteil einer ‚realistischen‘ Beschränkung auf eine oder zwei Forderungen. Ohne das Schillernde, Visionäre, zum Beispiel der Veränderung des unmenschlichen Arbeitsprozesses, der Arbeitsteilung zwischen einfacher und komplizierter Arbeit, der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, werden Chancen einer weitergehenden gesellschaftlichen Mobilisierung vergeblich.

Auch der ‚normale‘ Lohnkampf wird ja in Wirklichkeit nicht nur um Prozente, Zehntel-Prozente gar oder um Mark und Pfennig geführt, sondern speist sich auch aus so schillernden und teilweise illusionären Quellen wie Vorstellungen von ‚gerechtem Lohn‘, ‚Gerechtigkeit zwischen Kapital und Arbeit‘, ‚Teilhaben am Gewinn‘ oder Elementen des Klassenbewußtseins, daß man sich oder daß wir uns oder die eigene Organisation nicht unterkriegen lassen wollen.

Diese Momente wirken natürlich auch jetzt. Deshalb wird die IG Metall den Kampf für die 35-Stunden-Woche auch anfangen können, ob es jedoch eine kraftvolle Sache werden wird, erscheint immer zweifelhafter.

Wir haben nun die Situation wie übrigens in vielen Tarifrunden, daß die Mobilisierung der Kampfkraft stark davon abhängt, ob die Gegenseite Kapitalisten und Regierung ungeschickt operiert.

Die gegenwärtige Runde geht allerdings klar an sie.

FRIEDEMANN BLEICHER

Dynamik und Grenzen von Genossen- schafts- Ökonomie

Es ist ein Verdienst der ökologischen Debatte der letzten Jahre, wenigstens der Intention nach wieder Sinn und Zweck der herrschenden Wirtschaftstätigkeit insgesamt der Kritik zu unterziehen, während die oppositionelle Kritik zuvor viel zu sehr auf deren soziale Auswirkungen – und zwar in ganz engem Sinn – beschränkt blieb. Neue Erkenntnisse über die Beziehungen zwischen Mensch und Natur wurden gewonnen und verbreitet, Tendenzen, Verallgemeinerungen entdeckt, die scheinbare Bedeutungslosigkeit früherer Randprobleme enthüllt. Das Wissen über natürliche Zusammenhänge ist heute größer als früher, auch wenn es immer noch weit hinter dem tatsächlichen Eindringen in neue Zusammenhänge zurücksteht – ganz zu schweigen von der weiterhin sträflichen Mißachtung natürlicher Wirkungsketten.

duktionsweise, die die Naturbedingtheit menschlichen Lebens anerkennt und erweiterte Reproduktion des gesellschaftlichen Individuums ohne Ruinierung von Mensch und Natur ermöglicht, sind noch unausgegoren. Polarisierung in unbedachte Schnellschüsse einerseits und zur Prinzipienreiterei verkommene Radikalität andererseits liegt in solcher Lage zwar ohnehin nahe – sie zu betreiben ist bestimmt verhängnisvoll.

Soweit versucht wird, sozialen und ökologischen Interessen Geltung zu verschaffen, geschieht dies von unterschiedlichen Punkten aus, die sich auf absehbare Zeit nicht einfach verbinden werden. Entweder wird eher von stofflichen Problemen oder eher von der bloßen ökonomischen Form ausgegangen.

Zur ersten Gruppe gehört eine Ansicht, die es offenbar für ausreichend hält, ökologisches Denken immer mehr zu verbreitern, indem es in griffige Formeln gepackt wird. Da wird etwa seit Jahren

gegen die Größe „Sozialprodukt“ als Maß gesellschaftlichen Reichtums polemisiert – übrigens in Fortsetzung einer Kritik, die ganz stinkbürgerliche Volkswirtschaftsprofessoren schon in den 60er Jahren geführt haben –, werden stets raffiniertere Modelle ökologischer und sozialer Indikatoren entwickelt; wie sie aber des Lebens grünen Baum ergreifen sollen, bleibt dunkel. Die Neugestaltung der gesellschaftlichen Existenzbedingungen bleibt entweder ausdrücklich tabu oder wenigstens Nebensache. Selbst dort, wo allgemein nicht abgestritten wird, daß bestimmte gesellschaftliche Zwecke zu ihrer Verwirklichung bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse bedürfen, wird oft deren tiefgegründetes Beharrungsvermögen und die Macht unterschätzt, mit der sich umgekehrt ökonomische Strukturen die ihnen entsprechenden Reproduktionszusammenhänge schaffen, was nicht heißen soll, beides sei identisch.

Manche Schriften lassen den Eindruck entstehen, für die konkreten Lebensverhältnisse sei schon damit etwas gewonnen, würde bloß die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes durch eine ökologische und soziale Buchhaltung ersetzt. Zwar wäre das ein Informationsgewinn, das wäre aber auch alles, weil Interessen und Handlungsspielräume derer unbeeinflusst blieben, die sich „die Wirtschaft“ nennen können.

Das grundsätzliche Dilemma solcher Reformvorstellungen wird auch nicht dadurch gelöst, daß staatliches Setzen ökonomischer Rahmendaten (Ressourcen- und Emissionssteuern) umweltgerechtes Wirtschaften erzwingen solle. Entgegen allen Bekundungen wird nämlich die Komplexität von Naturgesetzen und Produktivkraftentwicklung völlig verkannt und die Wechselbeziehung Mensch – Natur mechanistisch vereinfacht. In politischer Hinsicht wird, indem in neuer Einseitigkeit der soziale Produktionszweck mit dem ökologischen Imperativ verwechselt wird, eine auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen basierende Gesellschaftsformation aus der Schußlinie genommen.

Sagte doch der umweltpolitische Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Volker Hauff, kürzlich, Konsum und Produktion müßten die Knappheit des Gutes „Umwelt“ anerkennen und diesen Produktionsfaktor „wie Arbeit und Kapital entlohnen“ – getreu der Theorie, wonach Faktor Arbeit und Faktor Kapital jeweils ihren Anteil am Produktionsergebnis erhalten. Mir scheint an dieser Äußerung weniger der Hinweis auf ein vorsichtiges Umdenken bei der SPD-Spitze – weg von der Priorität Wirtschaftswachstum – bedeutsam. Das soll auch zur Kenntnis genommen und darf nicht denunziert werden.¹ Interessanter scheint mir die Bestätigung, wie leicht manche ökologischen Strategen es eingefleischten Kapital-Entlohnern machen, sich ein ökologisches Gewand umzuhängen. Es ist eben kein Fortschritt (und auch kein „vollständig neuer Denkansatz“ etc.pp.), wenn die Kritik der Produktionsweise an den Nagel gehängt wird.

Ähnlich verhält es sich mit der Auffassung, die nicht erst Ökologie in ökonomische Impulse verwandeln, sondern gleich Ökonomie überhaupt durch Ökologie „ersetzen“ will. Zwar wird mit der Kritik der Ökonomie auch Kapital- und Warenproduktion kritisiert, indem aber kapitalistische Ökonomie mit Ökonomie überhaupt in eins gesetzt wird, bleibt die Forderung geschichtslos und daher frommer Wunsch. Ökonomische Strukturen sind nicht Ergebnis bloßen Willensaktes, sondern entspringen aus einem bestimmten historischen Zusammenhang; sie existieren deshalb auch unabhängig von Willenserklärungen oder Wunschvorstellungen. Sie bedürfen der Neugestaltung, nicht einer scheinbaren „Aufhebung“, die

in Wirklichkeit nur Ignoranz wäre und „die ganze Scheiße“ (Marx) von vorn beginnen lassen würde.

Wenn ich skeptisch bin gegenüber allen Versuchen, Naturgesetze sozusagen unmittelbar zu ökonomischen zu machen, so auch gegenüber einer Kritik, die den Mangel von Ressourcensteuern und Emissionsabgaben in der Fortexistenz des marktvermittelten Zusammenhangs zwischen Angebot und Nachfrage sieht und demgegenüber die „bewußte Gestaltung“ von Produktion und Konsum einklagt. Diese Kritik verkennt einerseits, daß die Rohstoffsteuer ja „bewußte Gestaltung“ des Produktionsprozesses vermittelt staatlicher Maßnahmen beabsichtigt, zum andern setzt sie unzulässigerweise Warenform der Arbeitsprodukte in eins mit Kapitalform. Werden aber Produkte als Waren produziert, so damit nicht notwendig auch als Kapital. Die Gegenthese wäre, daß eine Produktionsweise, die zwar noch Warenproduktion ist, in der aber die unmittelbaren Produzenten bereits über die Produktionsbedingungen verfügen, ganz neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet, wenn gleich die inhaltlichen Probleme nicht erledigt. Wobei allerdings Abgrenzung notwendig ist gegen eine andere Variante der Entökonomisierung, die da lautet, Selbstverwaltung müsse sein, dann stellten sich die neuen Qualitäten von selbst ein. Da darauf auch die von Joscha Schmierer in der ersten Nummer dieser Zeitschrift behauptete „Ökonomie der Arbeit“ hinausläuft, ist auf diesen Aufsatz besonders einzugehen,² der Sache nach sind die dazu ausgeführten Argumente aber auch Argumente bezüglich der Ökonomisierung der Ökologie.

Der folgende Text will nicht Thesen entwickeln, sondern einige ökonomische Gesichtspunkte zur Debatte beisteuern. Ohnehin entwickelt sich – ausgesprochen und unausgesprochen – neuerlich eine Debatte um das *Wertgesetz* als zentraler ökonomischer Kategorie. So laufen die eingangs genannten Thesen auf die theoretische Kritik hinaus, die Werttheorie predige die Abstraktion von der Natur, während eine qualitative Ökonomie die Natur als wertbildend anerkennen müsse. Und ebenso kann eine Untersuchung der gesellschaftlichen Beziehungen in einer gemeinschaftlichen Produktionsweise auf die Kategorie des Wertgesetzes nicht verzichten.

Selbstverwaltung und ihre Grenzen

Das Sindelfinger Programm der Grünen fordert eine Wirtschaftsordnung mit selbstverwalteten Betrieben ohne hierarchische Strukturen, wobei die betrieblichen Entscheidungen den gesamtgesellschaftlichen Interessen in sozialer und ökologischer Hinsicht gerecht werden sollen. Wie diese Übereinstimmung allerdings herbeigeführt werden soll, bedarf der Klärung. Die geforderten Wirtschafts- und Sozialräte können allenfalls ein Instrument neben anderen in einem solchen Regelmechanismus sein.

Selbstverwaltung hinsichtlich wirtschaftlicher Tätigkeit soll heißen, daß die genossenschaftlich assoziierten Produzenten gemeinsam über ihre Unternehmenspolitik entscheiden, statt sich den Kapitalinteressen unterworfen zu sehen. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist im Innern aufgehoben, nach außen aber bleiben die Zwänge der Konkurrenz; untereinander bleiben die genossenschaftlichen Unternehmen in Widerspruch, produzieren sie doch getrennt für sich für einen gemeinsamen Markt. Sie treten über ihre Produkte in Beziehung und ihre Produkte bleiben Wa-

ren; diese werden als ihr Eigentum produziert, denn sie sind auch Eigentümer ihrer Produktionsmittel, die Mittel bleiben zur Verwertung ihrer eigenen Arbeit.

So weiß jeder Alternativbetrieb, daß er sich allerhand Zukunfts-trächtiges vornehmen kann, daß ihm aber die Marktbeziehungen, aus denen er nur zugunsten Zurückfallens auf häusliche Subsistenzwirtschaft ausbrechen kann, enge Grenzen setzen. „Kapitalmangel“ ist denn eine der Hauptklagen dieser Betriebe, und mehr oder minder sind sie gezwungen, die Fehler des herrschenden Systems, sei es hinsichtlich Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Herstellungsverfahren oder Produktpalette, zu reproduzieren. Volkswirtschaftlich bleiben auch diese Unternehmen ein Rädchen unter anderen und die Grenzen zu kapitalistischen Unternehmen sind durchaus fließend.

Neu ist der praktische Beweis, daß Wirtschaften auch ohne den Stachel des Profits und ohne kapitalistische Aufseher und Antreiber möglich ist.

Allerdings ist der Verwertungszwang nicht nur Ausbeutungszwang gegenüber Arbeit und Natur, sondern auch Kriterium gesell-

schaftlicher Kontrolle, insofern sich die „Effizienz“ aller Unternehmen an der Profitrate als zusammengefaßtem Indikator zu messen hat. Wir werden sehen, daß der Ausgleich der Profitraten die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeitskraft besorgt, wie gleichzeitig die Unternehmen auf Umwegen zu Einsparung von Arbeit getrieben werden.

Insofern fällt mit dem Verwertungszwang auch ein Maßstab gesellschaftlicher Effizienz weg. Der Raum zu bewußter Gestaltung hat zugenommen, das aber ist auch Herausforderung. Wo diese nicht mit Entwicklung neuer Regeln angenommen wird, triumphiert über kurz oder lang die Spontaneität des Marktes oder das Chaos der Beziehungskisten hinter dem Rücken der selbstverwalteten Produzenten. Mit der Loslösung von der Ökonomie des Kapitals verschwindet nicht die Ökonomie überhaupt; wo vielmehr ökonomischen Regeln einfach entsagt wird, folgt der Verlust einheitlicher Kriterien mit der Tendenz zum Extrem politischer Willkür in periodischem Wechsel mit dem hilflosen Rückfall unter das Diktat fehlinterpretierter Wirtschaftsdaten. So sind Gruppenegoismus, „freiwillige“ Mißachtung von Sicherheitsnormen, undurch-

HEISSER HERBST IN MITTELAMERIKA



Während wir gegen die Kriegsvorbereitungen der USA in Europa demonstrieren, steht Nicaragua schon in einem harten Abwehrkampf, 10.000 Söldner sind einmarschiert, 27.000 US-Soldaten stehen an der Grenze zur Intervention bereit. In El Salvador ist die Volksbewegung in der Offensive, in einigen Regionen haben sich schon frei gewählte Volksregierungen etabliert. Für die USA ist dies der Beginn des 3. Weltkrieges.

Einzelheft 2,50 DM

Abo 15,-/6 Hefte

Solidaritätsabo

25,-/6 Hefte

Enthält Berichte und Analysen zu Mittelamerika, sowie Termine und Nachrichten aus der Solidaritätsbewegung. Es tritt ein für die Rechte der Völker Mittelamerikas und unterstützt Ihren Kampf um Freiheit und Demokratie.

Bestellung an :

MAGAZIN-VERLAG

Königsweg 7

2300 K i e l

Gesamtverzeichnis anfordern!

dringliche Beziehungsgeflechte und Alternativfilz, Solidaritätspreise und Revieransprüche, egoistische Solidaritätsapostel oder Koalitionen gegenseitiger Selbstgenügsamkeit mit der Tendenz zur Selbstverwaltung der Sachen kein Gespenst, sondern wirkliche Probleme unserer Alternativbetriebe.

Manche sagen das so: „Die Kehrseite des Fehlens einer klaren Arbeits- und Wirtschaftsethik, die Handeln kontrollierbar macht, ist das Vorherrschen diffuser Solidaritätsnormen, die mehr erschlagen denn freisetzen.“³

Das Problem ist bekannt, doch bequeme Lösungen, sofern sie überhaupt gesucht werden, sind verbreitet. Dem Kapitalismus wird vor allem die „fehlende gesellschaftliche Vernunft“ angekreidet, folglich der „direkte Zugriff auf die inhaltlichen Produktionsziele“, was immer das sein soll, gefordert; das Primat der Politik wird eingeklagt, Ökonomie soll repolitisiert oder ganz beseitigt werden, ohne daß über die politischen Kriterien, über ihren Fest- und Durchsetzungsprozeß mehr als umschreibende Nettigkeiten (sozial, ökologisch, demokratisch usw.) verbreitet würden.

Es ist beklemmend zu sehen, wie auf solche Art ein Gutteil der alternativen Sucher unversehens in das vermeintlich sichere Fahrwasser staatsmonopolistischer Wirtschaftsprinzipien abgeleitet; zwar besticht nicht das Modell, wohl aber die gebrauchswertorientierte, politisch bestimmte Gesamtplanung als angebliches Heilmittel gegen die Anarchie des Werts. Wer Zweifel an der Tauglichkeit der Staatsförmigkeit wirtschaftlicher Tätigkeit anmeldet, wird schnell als Apologet kapitalistischer Marktlogik verdächtigt. Und unter dem Druck der Tatsache, daß Wahrnehmung gesellschaftlicher Interessen auch der Inanspruchnahme staatlicher Maßnahmen bedarf, wird die übergeordnete Notwendigkeit der Entstaatlichung vergessen.

Irrtum der Planwirtschaft

Richtig ist, daß der warenproduzierenden Gesellschaft die „gesellschaftliche Vernunft“ fehlt. Die Herstellung von Bewußtheit kann aber nicht darin bestehen, die Produktion einem einheitlichen politischen Willen unterzuordnen; vielmehr muß das Finden von Lösungen selbst Gegenstand des ökonomischen Prozesses sein.

Die Bewußtlosigkeit der Warenproduktion besteht darin, daß sie den eigentlichen Zweck gesellschaftlicher Produktion – die Nutzbarmachung von Naturstoff zur Befriedigung von Bedürfnissen – zur Nebenbedingung degradiert. Wo die Existenzmittel der Gesellschaft durch getrennt produzierende Produzenten als deren jeweiliges Eigentum produziert werden, ist dies unumgänglich. Zwar werden die Produkte wegen ihres unterschiedlichen Gebrauchswerts getauscht, sie können aber nur getauscht werden, indem sie gleichgesetzt werden, und sie können nur gleichgesetzt werden als Produkte menschlicher Arbeit.

Die Regulation des Austausches geschieht durch das Wertgesetz. Es besagt, daß Waren unterschiedlichen Gebrauchswerts entsprechend der zu ihrer Produktion regelmäßig notwendigen Arbeitsmenge getauscht werden. Aber weniger der Inhalt dieses Maßstabs – die Arbeitsmenge – ist wichtig, sondern der gesellschaftliche Vorgang, der die Arbeit zum Maßstab macht. Ihr Wert steht den Waren nicht aufs Gesicht geschrieben, sie werden nicht als Verkörperung gleicher Arbeitsmengen getauscht, sondern der Vorgang ist so: Indem Waren unterschiedlichen Gebrauchswerts im Austausch gleichgesetzt werden, wird die in ihnen steckende Arbeit gleichgesetzt.

Mit diesem Prozeß findet die Verkehrung der Zwecke statt; nicht mehr der Gebrauchswert zählt, sondern nur Wert, Verwertung, Mehrwertproduktion. Gleichgültigkeit gegenüber Produzenteninteressen und Naturbedingungen gehen damit einher

Doch die Warenproduktion behandelt vermittelt des Wertgesetzes zugleich zwei Probleme, die sich mehr oder minder jeder Gesellschaft stellen. Erstens stellt sie eine bestimmte Methode der Ökonomie der Zeit dar, d.h. der Ersparung von Arbeitszeit; zweitens regelt sie die Verteilung der Gesamtarbeitskraft entsprechend den (zahlungskräftigen) Bedürfnissen einerseits und dem Stand der Produktivkräfte andererseits auf die verschiedenen Zweige der wirtschaftlichen Tätigkeit. Spezifisch ist nicht das Problem selbst, sondern nur die Form, in der dieses Problem behandelt wird.

„Daß jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellte, weiß jedes Kind. Ebenso weiß es, daß die den verschiedenen Bedürfnismassen entsprechenden Massen von Produkten verschiedene und quantitativ bestimmte Massen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erheischen. Daß diese *Notwendigkeiten* der *Verteilung* der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen durchaus nicht durch die *bestimmte Form* der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben, sondern nur *ihre Erscheinungsweise* ändern kann, ist selbstverständlich. Naturgesetze können überhaupt nicht aufgehoben werden. Was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die *Form*, worin jene Gesetze sich durchsetzen. Und die Form, worin sich die proportionelle Verteilung der Arbeit durchsetzt in einem Gesellschaftszustand, worin der Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit sich als *Privattausch* der individuellen Arbeitsprodukte geltend macht, ist eben der *Tauschwert* dieser Produkte.“⁴

Der Irrtum der Planwirtschaft, der schließlich zum Staatsmonopolismus sowjetischen Typs geführt hat, besteht darin, mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel das Wertgesetz aufheben zu wollen, indem Verteilung der Arbeitskraft und der Produktionsmittel unmittelbar durch staatlichen Plan erfolgen. Die Gesellschaftlichkeit der Arbeit soll sich so nicht mittelbar über Warentausch und regulierende Wirkung des Wertgesetzes herstellen, sondern direkt politisch gesetzt werden.

Isaak Rubin, ein in den 20er Jahren wirkender russischer Ökonom (seit seiner Verurteilung im Menschewistenprozeß 1931 verschollen), beschrieb diese Absicht so: „In einer geplanten Wirtschaft sind die Verhältnisse zwischen Menschen relativ einfach und durchsichtig. Die Arbeit nimmt eine unmittelbar gesellschaftliche Form an, d.h. es gibt eine bestimmte gesellschaftliche Organisation und bestimmte gesellschaftliche Organe, die die Arbeit auf die verschiedenen Gesellschaftsmitglieder verteilen. Daher tritt die Arbeit eines jeden Individuums direkt als konkrete Arbeit mit all ihren konkreten materiellen Eigenschaften in die Gesamtwirtschaft ein

Arbeit in ihrer konkreten Gestalt ist unmittelbar *gesellschaftliche Arbeit*.“⁵

Solche Vorstellungen können sich durchaus auf Bemerkungen stützen, die Friedrich Engels über den Sozialismus gemacht hat. Im Anti-Dühring schreibt er etwa: „Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßig bewußte Organisation.“⁶ Und einige Seiten weiter heißt es: „Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaft-

tung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden ihr auch spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit (Die Gesellschaft) wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ‚Werts‘ “⁷

Leider hat sich die Aufhebung der Warenproduktion, die Ziel gemeinschaftlicher Produktionsweise bleibt, nicht als so einfach erwiesen. Die Verwandlung der Produktionsmittel in Staatseigentum hat die Produzenten der Verfügung über ihre Existenzmittel nicht näher gebracht, weil der Staat als Staat von der Gesellschaft getrennt bleibt. Die bewußte Organisation der gesellschaftlichen Produktion bedarf des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Produzenten, und insofern kann zur Feststellung der vielfältigen Bedürfnisse und der entsprechenden Verteilung der Arbeitskraft auf das Wertgesetz noch nicht verzichtet werden. In diesem Sinne versteht sich etwa die jugoslawische Selbstverwaltung in erster Linie als ein Mittel, den Staat in die Gesellschaft zurückzunehmen, indem die assoziierten Produzenten tatsächlich über die Produktion verfügen.⁸ Die Kritik der Warenproduktion ist damit nicht erledigt, aber sie wird sozusagen von unten her aufgehoben, auf Basis von Arbeiter-Selbstverwaltung, nicht per Staatsplan. Soweit Planung notwendig ist, hätte sie dann zu geschehen durch Absprachen zwischen genossenschaftlichen Unternehmen, Kommunen, Regionalverbänden usw

Warenproduktion und Preisbildung

Die Bedeutung der „Werttheorie“ liegt – wie erwähnt – weniger darin, daß sie die Arbeit als Inhalt des Werts und die Arbeitszeit als Wertgröße entdeckt hat, sondern vielmehr darin, daß sie die Bedingungen zu klären sucht, unter denen die Arbeitsprodukte notwendig Wertform annehmen und damit der Produktionsprozeß die Menschen und nicht die Menschen den Produktionsprozeß beherrschen. Erst dadurch wird die Werttheorie Gesellschaftskritik. Das zu übersehen scheint mir der Hauptmangel jener Kritik, die der Werttheorie Mißachtung der Natur nachsagt. Aber auch in viel engerer ökonomischer Sicht herrschen Mißverständnisse und Beliebigkeit vor, etwa in der Formel von der „Anwendung des Wertgesetzes“ in sozialistischen Gesellschaften. Das liest sich dann z.B. so: „Der andere wesentliche Aspekt der Anwendung des Wertgesetzes im Sozialismus besteht gerade darin, eine planmäßige Preiskorrektur nach gesellschaftlichen Kriterien vorzunehmen, also z.B. die Agrarpreise heraufzusetzen gegenüber den Industriepreisen, damit Kapital in die Landwirtschaft fließt usw “⁹

Zwar mag es über längere Zeit notwendig sein, mittels Preissetzung, Besteuerung oder Subventionen auf die Agrar oder andere Preise einzuwirken. Dies ist dann aber ein politischer Eingriff in die Preisbildung, die das Wertgesetz partiell außer Kraft setzt und damit auch seine Funktion hinsichtlich der Ökonomie der Zeit und der Verteilung der Arbeitskraft.

Auch in der gegenwärtig unter chinesischen Ökonomen geführten Diskussion wird unter Anwendung des Wertgesetzes zumeist verstanden, die Preise so festzusetzen, daß Kapital und Arbeitskraft entsprechend dem Plan verteilt werden: „Der Plan kommt zu-

erst, die Preise als zweites. Das verlangt zuerst, Pläne entsprechend den sozialen Bedürfnissen aufzustellen; das nächste ist dann, rationale Preise für verschiedene Produkte zu setzen und darauf zu achten, daß diese Preise unseren Plänen dienen, statt beides auseinanderzudividieren.“¹⁰ Faktisch wird also eine gesamtgesellschaftliche Mengenplanung gemacht, dann werden aufgrund von Annahmen über durchschnittliche Produktionskosten Preise festgesetzt. Was den Betrieben bleibt, ist, sich durch Kostensenkungen Extraneinahmen zu verschaffen.

Wenngleich im Anschluß an die Lange-Hayek-Diskussion viel (vor allem mathematischer) Scharfsinn auf den Nachweis verwendet wurde, daß auch eine Mengenplanung zu optimalen Ergebnissen im Sinne der neoklassischen Wohlfahrtstheorie führt – jedenfalls in den jeweiligen Modellen –, scheint mir ein solcher Weg riskant. Das Hauptproblem scheint mir darin zu liegen, daß das Wertgesetz administrativ außer Kraft gesetzt wird, ehe die Verhältnisse aufgehoben – oder besser abgestorben sind, unter denen die Arbeitsprodukte Wertform annehmen oder annehmen müssen.

Auf andere Weise leicht macht es sich Schmierer in seinem Aufsatz über genossenschaftliche Ökonomie in der Kommune 1/83. Dort besteht die „höhere Form der Ökonomie der Zeit“ darin, daß der Austausch nicht wie in der kapitalistischen Produktionsweise zu Produktionspreisen erfolgt, sondern zu Werten. Seine zentrale Feststellung lautet: „Weil sie (die genossenschaftlichen Produzenten) Arbeiter sind, können sie die Produkte ihrer Arbeit entsprechend der in ihrer Produktion aufgewandten Arbeit tauschen.“ Die Begründung dafür ist dünn: „Im Gegensatz zur kapitalistischen Produktionsweise ist einer genossenschaftlichen Produktion wie der einfachen Warenproduktion Austausch zu Werten erstmal angemessen und wird sich auch einspielen, beruht doch auch die einfache Warenproduktion auf eigener Arbeit “¹¹

Die These scheint auf den ersten Blick schlau, weil sie eine Verbindung zu ziehen sucht zwischen Produktionsverhältnissen und Austauschverhältnissen, d.h. der gesellschaftlichen Stellung der Warenbesitzer als Arbeiter und Nichtarbeiter. Bei näherem Zuschauen allerdings zeigt sich, daß der These theoretisch ein bloß oberflächliches Bild von Warenproduktion zugrunde liegt. Politisch läuft sie auf die gefährliche Flachheit hinaus, wenn erst die Arbeiter die Macht haben, die Produktion also auf eigener Arbeit beruht, so ist alles andere nur noch eine Frage der richtigen Politik. Gefährlich sind derartige Varianten von der Allmacht der Politik, weil dann fortwirkende ökonomische Gesetzmäßigkeiten – oder Sachzwänge – hinter dem Rücken der Produzenten wieder Einzug halten und der Weg zur Herausbildung politischer Unterdrückungsverhältnisse frei ist.¹²

Die Produktionsverhältnisse genossenschaftlicher Produktionsweise sind eben nicht damit beschrieben, daß die Arbeitsprodukte jetzt als Produkte eigener Arbeit in den Austausch eingehen, und die Austauschformen der einfachen Warenproduktion sind der genossenschaftlichen nicht einfach „angemessen“, weshalb sich auch nicht Austausch nach Werten „einspielen“ wird. Vielmehr würde dies eine entsprechende staatliche Preissetzung verlangen. Indes ist das Problem der Preisbildung oder des Wertgesetzes in vielerlei Hinsicht von Interesse, namentlich hinsichtlich der Herausbildung neuer Qualitäten in einer genossenschaftlichen Produktionsweise.

Die Gleichsetzung von Waren als Produkte gleicher Arbeitsmengen setzt entwickelten Tausch und die vollständige Beweglichkeit der Produzenten, d.h. die Möglichkeit der Wanderung von einem Zweig der Produktion in einen anderen voraus. Tauscht sich das

Tagesprodukt eines Produktionszweiges A gegen ein verhältnismäßig geringeres Produktquantum C als das Tagesprodukt von Zweig B, so wird eine Wanderung der Produzenten von A nach B einsetzen. Denn was sollte die Warenproduzenten etwa in der Tischlerei halten, wenn sich ihr Tagesprodukt gegen nur vier Mehlsäcke tauscht, während sich das Tagesprodukt des Schusters gegen fünf Mehlsäcke tauscht?

Wechselnde Nachfrage und wechselnde Produktionsmethoden erfordern einen solchen ständigen Ausgleichungsprozeß, der sich in der Wirklichkeit natürlich nicht so mathematisch-schroff abspielt wie in dem Beispiel. Über eben dieses Wechselspiel setzt sich das Wertgesetz durch.

„Der Gleichgewichtszustand ist (theoretisch) dann erreicht, wenn die Motive verschwinden, die die Warenproduzenten bewegen, vom einen Produktionszweig zum anderen überzugehen; wenn gleiche Produktionsvorteile in den verschiedenen Produktionszweigen gegeben sind. In diesem Zustand eines gesellschaftlichen Produktionsgleichgewichts werden die Arbeitsprodukte zwischen den verschiedenen Produktionszweigen zu ihrem Wert ausgetauscht, die verschiedenen Arbeitstypen sind gesellschaftlich gleich.“¹³ Und zwar deshalb, weil sich in der einfachen Warenproduktion, wo die lebendige Arbeit noch verhältnismäßig wenig sachliche Produktionsmittel zu ihrer Betätigung braucht, der „Produktionsvorteil“ direkt in der verausgabten Arbeit – einschließlich der in den verbrauchten Produktionsmitteln steckenden Arbeit – besteht.

Anders ist dies in der kapitalistischen Warenproduktion, wo nicht der Eintauch anderen Gebrauchswerts, sondern die Verwertung des Werts Motiv der Produktion ist. „Unter den Bedingungen der einfachen Warenproduktion setzt die Gleichheit des Produktionsvorteils in den verschiedenen Produktionszweigen einen Warentausch voraus, der den auf die Herstellung dieser Waren verwandten *Arbeitsmengen* proportional ist. In der kapitalistischen Gesellschaft, in der der Warenproduzent nicht seine Arbeit, sondern sein Kapital verausgibt, drückt sich dasselbe Prinzip des gleichen Vorteils in einer anderen Formel aus: gleicher Profit für *gleiches Kapital*.“¹⁴

Zieht ein Kapital von bestimmter Größe in einem Zweig mehr Profit an sich als gleichgroßes Kapital in einer anderen Sphäre, so wird Kapital in erstere strömen. Gleichgewicht, das stets nur vor

übergehend ist, wäre dann, wenn die Profirate in allen Zweigen gleich ist. Daraus folgt eine Preisbildung, die nicht mehr unmittelbar den Warenwerten folgt.

„Die ganze Schwierigkeit kommt dadurch hinein, daß die Waren nicht einfach als *Waren* ausgetauscht werden, sondern als *Produkt von Kapitalien*, die im Verhältnis zu ihrer Größe, oder bei gleicher Größe, gleiche Teilnahme an der Gesamtmasse des Mehrwerts beanspruchen. Und der Gesamtpreis der von einem gegebenen Kapital in einer gegebenen Zeitfrist produzierten Waren soll diese Forderung befriedigen.“¹⁵ Der Preis setzt sich daher nun zusammen aus den Kosten (Material und Lohn) plus dem anteiligen durchschnittlichen Profit auf die zur Produktion der betreffenden Warenart notwendige Kapitalmasse. Marx, der diese Modifikation des Wertgesetzes entdeckt hat, nennt diesen Preis im Unterschied zum Wert *Produktionspreis*.

Während sich zuvor der Warenpreis aus dem Wert des verbrauchten Materials plus dem geschaffenen Neuwert zusammensetzte, wird nun der als Mehrwert abgezweigte Teil des Neuwerts via Preisbildung unter die beteiligten Kapitalisten gemäß der Zusammensetzung ihres spezifischen Kapitals verteilt. Allgemein steht der Produktionspreis überall dort über dem Wert, wo überdurchschnittlich viel Kapital pro Arbeitskraft eingesetzt wird. Die Gründe hierfür liegen sowohl in den technischen Unterschieden des Produktionsprozesses als auch in Unterschieden hinsichtlich der Zeitdauer des Kapitalumschlags.

Grundlage selbständiger Genossenschaften

Das eigentliche Problem genossenschaftlicher Produktion liegt nicht in der Einklagung des wahren Arbeitswerts, sondern in der konkreten Form des Eigentums an den Produktionsmitteln, aus der sich u.a. bestimmte Austauschverhältnisse ergeben. Das Wörtchen konkret soll dabei bedeuten, daß es nicht auf das nominelle Eigentum ankommt, sondern auf das tatsächliche, das sich u.a. in den Entscheidungsstrukturen ausdrückt. Historisch gesehen gilt es, eine neue Form des Eigentums zu schaffen, während der Übergang von der einfachen Warenproduktion zur kapitalistischen Warenproduktion einst lediglich Ersetzung einer Form des Privateigentums durch eine andere Form des Privateigentums bedeutet hat.

Äußerst freudige Nachricht!



Neu für 1984:
Der grüne und alternative
Kalender

Mit senkrechtem **Kalendarium** d. h. mit genug Platz für die Terminplanung — mit aktueller **Adressenliste (über 500 Adressen)** für die politische Tagesarbeit (grüne, alternative und bunte Fraktionen und Vertretungsgruppen, Partei DIE GRÜNEN auf Kreis- Länder- und Bundesebene, alternative grüne und bunte Listen, ökologische Forschungsinstitute, internationale Kontaktadressen) ebenso wie die Arbeit in gesellschaftlichen Bewegungen (Alternativpresse, Frauen, Friedensbewegung, Lesben/Schwule, Jugend usw.) — ein aktuelles **Taschenhandbuch** mit zwölf „Stichworten“ mit Literaturtips — eine kleine Sammlung **literarischer Texte** — **Fotos** und **Illustrationen** — solide und praktisch gemacht:
A 6, 320 S. plus 32 S. Adressenverzeichnis, Fadenheftung, Plastikeinband. DM 9,80 (ab 10 Ex. DM 8,50). In der Buchhandlung oder bei:
SOAK, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1

Im Kapitalismus werden die Arbeitsprodukte als Eigentum des Kapitalisten, d.h. als Kapital produziert. In einer genossenschaftlichen Produktionsweise, in der die genossenschaftlichen Unternehmen als selbständige Produzenten wirtschaften, nehmen die Arbeitsprodukte zwar noch Warenform an, werden aber als Eigentum der Genossenschaft produziert und getauscht.

Mir scheint eine solche Vorstellung angemessener als jene, die gewöhnlich mit dem Stichwort „Vergesellschaftung“ einhergeht. Sollen die genossenschaftlich assoziierten Produzenten selbständig wirtschaften können, so müssen sie auch als Kollektiv über ihre Produktionsmittel verfügen, ohne daß deshalb der einzelne Genosse Zugriff auf dieses Eigentum hat. Solche Genossenschaften unterscheiden sich durchaus von den heutigen, deren Kapital durch die betreffenden Genossen aufzubringen ist.

Ist nun einer so skizzierten Produktionsweise Tausch zu Werten „angemessen“? Zur Beantwortung der Frage empfiehlt es sich, in der Bildung der Produktionspreise jenseits ihres kapitalistischen Ursprungs eine bestimmte Form der Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts zu sehen, und nicht nur des Mehrprodukts, sondern überhaupt der akkumulationsfähigen Mittel.

Mehrprodukt ist jener Teil des Wertprodukts, den die Gesellschaft über das zu ihrer einfachen (wertmäßigen!) Reproduktion notwendige Produkt hinaus herstellt. Die akkumulationsfähigen Mittel umfassen darüber hinaus den Wertersatz für das fixe Kapital, soweit die Rückflüsse noch nicht für den stofflichen Ersatz des Fixkapitals notwendig sind; also erlöste Abschreibung, die erst später für Ersatzinvestitionen gebraucht wird. Diese Ergänzung ist notwendig, weil damit auf Preisbildung und Ausgleichsmechanismen bei eingeschränkter Reproduktion hingewiesen ist.

Unterstellt man nun Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts in genossenschaftlicher Produktionsweise über die Preisbildung (und nicht per Staatsplan), so ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb es sich proportional zur lebendigen Arbeitskraft verteilen soll, die doch zu ihrer Betätigung immer noch eines Wertvorschlusses bedarf. Dies wäre nur dann der Fall, wenn ausschließlich Akkumulation des in Arbeitskraft umgesetzten Kapitals stattfände. Vielmehr werden sich Preise einspielen, die die Akkumulationsmittel entsprechend den in den jeweiligen Wirtschaftszweigen notwendigen Kapitalvorschüssen verteilen. Der Ausgleichungsprozeß erfolgt analog dem Ausgleich der Profitraten, nur daß sein Inhalt jetzt in der Regulierung der spezifischen Expansions- und Schrumpfungsvorgänge unterschiedlicher Produktionszweige besteht.

Ehe darauf und auf die hieraus folgenden „neuen Qualitäten“ eingegangen wird, soll ein ebenfalls vielfach bemühtes Mißverständnis hinsichtlich der Kategorie des „Produktionspreises“ angesprochen werden.

Exkurs: Preisschere und ungleicher Tausch

Verschiedentlich wird behauptet, die Transformation der Werte in Produktionspreise sei Ursache oder hauptsächliche Ursache ungleichen Tauschs zwischen Landwirtschaft und Industrie und zwischen Industrie- und Entwicklungs-

ländern. Repräsentativ für diese These sind die folgenden Ausführungen: „Bekanntlich wird das Wertgesetz im entwickelten Kapitalismus dahingehend modifiziert, daß die einzelne Ware nicht zu ihrem Wert getauscht wird, sondern zum kapitalistischen Produktionspreis Da für den Kapitalisten die Verwertung des von ihm

vorgeschossenen Kapitals („Verwertung des Werts“) entscheidend ist, weicht der Preis auf dem kapitalistischen Markt systematisch vom Wert ab; und zwar nach unten bei Waren, die viel lebendige Arbeit enthalten, nach oben bei denen mit wenig lebendiger Arbeit, was z.B. zur systematischen Vergrößerung der Preisschere zwischen Industrie und Landwirtschaft im Kapitalismus führt.“¹⁶

Der Lösungsvorschlag ist uns bereits bekannt: „Planmäßige Anwendung des Wertgesetzes im Sozialismus setzt demnach voraus, daß die kapitalistische ‚Verwertung des Werts‘ überwunden wird zugunsten einer unmodifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes, die erst dann Äquivalententausch ermöglicht.“

Zunächst wäre zu präzisieren, was mit der „Preisschere“ gemeint ist. Denn das bloße Auseinanderklaffen von Preisentwicklungen, d.h. die Veränderung von Austauschrelationen zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen kann nicht gemeint sein. Solche Verschiebungen sind im Normalfall nichts anderes als Ausdruck unterschiedlicher Produktivitätsentwicklungen.

Was hier offenbar erklärt werden soll, ist die Verarmung der Landwirtschaft gegenüber der Industrie. Doch schon ein einfacher Analogietest zeigt, daß dies nicht mit der Verwandlung des Werts in den Produktionspreis zu erklären ist. Auch zwischen verschiedenen Industriezweigen existieren große Unterschiede in der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Die Nahrungsmittelindustrie hat z.B. eine hohe Kapitalintensität gegenüber der Druckindustrie, die chemische Industrie im Vergleich zum Fahrzeugbau, die Steine-Erden-Industrie im Vergleich zu Feinmechanik und Optik – eine „Preisschere“ zwischen diesen Branchen, weil Wert und Produktionspreis differieren, ist aber noch nicht behauptet worden.

Tatsächlich schließt „Tausch zu Produktionspreisen“ schon begrifflich die behauptete Ungleichheit aus, statt sie zu erklären. Insofern der Produktionspreis für gleiche Profitrate in ganz unterschiedlichen Branchen sorgt, verteilt er auch die Mittel zu gleicher Akkumulationsgeschwindigkeit.

Die spezifische Ungleichheit zwischen Industrie und Landwirtschaft hat ihre Ursache nicht in der Herausbildung von Produktionspreisen, sondern darin, daß ein Teil der Landwirtschaft aus strukturellen Gründen nicht zu seinem „Produktionspreis“ verkaufen kann.

Ausgangspunkt ist das Sinken der Agrarpreise im Zuge der Kapitalisierung der Landwirtschaft. Die Preise sinken aber nicht, weil die kapitalisierten Agrarbetriebe nunmehr zu Produktionspreisen tauschen, sondern weil sie produktiver produzieren gegenüber der alten Bauernwirtschaft. Kapitalisierung der Landwirtschaft, die die Preisschere anerkanntermaßen nach und nach aufhebt und die Agrarproduktion nicht abschnürt, sondern steigert, rein ökonomisch also die Unterschiede zur Industrie aufhebt (siehe etwa USA), geht stets mit sinkenden Agrarpreisen einher

M.E. rührt die „Preisschere“ zwischen Industrie und Landwirtschaft jedenfalls in Deutschland und Westdeutschland daher, daß die bäuerliche Einzelwirtschaft seit Jahrzehnten unter dem stetigen Druck der kapitalisierten Agrarbetriebe steht. Wobei dieser Druck über die niedrigen Preise der mit „fortgeschrittenen“ Produktionsmethoden und hohem Kapitaleinsatz arbeitenden Großbetriebe ausgeübt wird. So müssen die bäuerlichen Kleinbetriebe (trotz Subventionen) zu Preisen verkaufen, die ihnen kaum den Erlös ihrer Kosten gestatten. In dieser Hinsicht hat in den letzten Jahren ein ganzer Schub stattgefunden, woraus die Forderung nach gestaffelten Preisen resultiert.

Diese spezifischen Unterschiede innerhalb der Landwirtschaft hängen mit Produktionsverhältnissen zusammen, die eine rasche Kapitalisierung insgesamt verhindert haben. Namentlich das Eigentum an Grund und Boden hat solches verhindert, denn der Parzellenbauer muß keine Rente oder Pacht zahlen und kann auch noch auf einen Profit verzichten, ohne deshalb schon zu verhungern. Außerdem retten sich nicht wenige Bauern durch allmählichen Verkauf ihres Landes über die Runden. So kann die alte Bauernwirtschaft lange Zeit der Konkurrenz der produktiveren Großbetriebe widerstehen, weil sie ihre Produkte unter ihrem individuellen Produktionspreis verkaufen kann. Dadurch werden ihr freilich auch die Mittel entzogen, die Umwälzung der Produktionsmethoden mitzuvollziehen, und die Ungleichheit wird immer größer

Ihre Auspowerung beruht also darauf, daß sie weniger produktiv produziert, ihre Produkte auf dem Markt aber mit denjenigen kapitalisierter Agrarbetriebe, in denen weniger Arbeit steckt, gleichgesetzt werden. Über diesen Umweg tauscht sich dann auch das Produkt von – beispielsweise – zehn Stunden bäuerlicher Arbeit mit dem Produkt von acht Stunden industrieller Arbeit, weil ersteres von der Agrarindustrie auch in acht Stunden hergestellt werden kann.

Ähnlich verhält es sich bezüglich der *Austauschbeziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern*. Schmierer dagegen glaubt, mit dem Produktionspreis nicht nur den Gegensatz des Kapitalismus zu genossenschaftlicher Produktionsweise, sondern auch die eigentliche Ursache ungleichen Tauschs auf dem Weltmarkt entdeckt zu haben, während er den Begriff des ungleichen Tauschs für den Tausch der Produkte unterschiedlicher produktiver Arbeit ablehnt.¹⁷

Ganz richtig schreibt er: „Die Regel auf dem Weltmarkt ist nicht ungleicher Tausch von Produkten gleicher durchschnittlicher Arbeit, sondern gleicher Tausch ungleich produktiver Arbeit.“ Doch in der Folge wird das hieraus entstehende Problem umschifft: „Sofern hier Ungerechtigkeit herrscht, besteht sie nicht in ungleicher Behandlung von Gleichem, sondern in gleicher Behandlung von Ungleichem. In der bisherigen Betrachtung findet dabei auch kein Werttransfer statt“

Das Wortspiel kann nicht überzeugen, weil der Widerspruch zu erklären ist, wie trotz Wertgesetz infolge des Wertgesetzes ungleiche Arbeitsmengen gleichgesetzt werden. Es bleibt der Umstand, daß das Entwicklungsland „mehr vergegenständlichte Arbeit in natura gibt, als es erhält“, daß es weniger Arbeit im Austausch für mehr Arbeit erhält.

Innerhalb der kapitalisierten Bereiche der entwickelten Nationen wie auch zwischen verschiedenen Nationen führt die Mobilität des Kapitals den Ausgleich unterschiedlicher Produktivitätsniveaus herbei, sofern nicht politische Schranken (Kapitalverkehrskontrollen usw.) errichtet werden. Offensichtlich aber findet ein solcher Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern als Gesamtheit nicht statt, sondern in den letzten Jahren hat sich der ungleiche Tausch sogar noch verschärft.¹⁹

Von der Suche nach den Gründen hierfür lenkt die Produktionspreis-These bloß ab. Laut Schmierer findet ungleicher Tausch auf dem Weltmarkt nur insofern statt, „wenn sich auf dem kapitalistischen Weltmarkt Kapitalisten und Arbeiter (seien es selbständige Bauern oder Bauern- und Arbeitergenossenschaften) begegnen“ Was schon deshalb wirklichkeitsfremd ist, weil der größte Teil der Dritt-Welt-Exporte kapitalistisch produziert und gehandelt wird.

Doch lesen wir staunend weiter: „Die Ungleichheit entspringt also daraus, daß es sich im einen Fall um Produkte eigener Arbeit handelt, denen die Preisbildung nach Kostpreis plus Durchschnittsprofit nicht angemessen ist, im anderen Fall um die Waren nichtarbeitender Eigentümer, deren Produktionsweise mit ausgebeuteter fremder Arbeit diese Preisbildung verlangt.“

So simpel die Diagnose, so simpel die Therapie. Genossenschaftliche Produktion in den Industrieländern vorausgesetzt, hätten diese bloß ihre Exportwaren statt zu Produktionspreisen zu Werten zu verkaufen und die Gerechtigkeit wäre hergestellt. Doch leider ist die Wirklichkeit anders.

Erstens würde sich durch Tausch zu Werten in den Industrieländern dort zwar das Preisgefüge ändern, aber noch lange nicht das Preisniveau gegenüber den Entwicklungsländern senken. In den kapitalintensiven Branchen der Grundstoff- und der Nahrungsmittelindustrie würden rein theoretisch die Preise sinken, während sie in den weniger kapitalintensiven wie der Investitions- und Konsumgüterindustrie steigen würden. Die Preissumme würde unverändert bleiben, da ja lediglich das zuvor per Ausgleich der Profitrate verteilte Mehrprodukt anders verteilt würde.

Eine Verschiebung bezüglich der Preisniveaus zwischen Industrie- und Entwicklungsländern würde voraussetzen, daß beide in ein *gemeinsames* System der Preisbildung eingeschlossen sind. Dies aber hat Schmierers These, wonach Entwicklungsländer zu Werten verkaufen, gerade ausgeschlossen; die Preise entsprechen nur dann dem Wert, wenn kein Ausgleich im Sinn der Bildung der Produktionspreise stattfindet.²⁰

Zweitens aber wäre – abgesehen von der Umstimmigkeit derartigen Vermutungen – eine einfache Preissenkung seitens der Industrieländer auch keine Lösung. Denn Industrie wie Landwirtschaft in den Entwicklungsländern werden u.a. dadurch niedergehalten, daß sie mit dem produktiver – und das heißt billiger – produzierenden Kapital der Industrieländer nicht mithalten können. Zwar würde sich theoretisch die Austauschrelation zu ihren Gunsten ändern, aber umso mehr würden sie vom Absatzmarkt her unter Druck kommen.

Was daher auf Ebene des Austausches allenfalls nützen würde, wären für Entwicklungshilfe zweckgebundene Rohstoffzölle in Industrieländern einerseits, einseitige Einfuhrzölle auf Fertigwaren seitens der Entwicklungsländer andererseits.

Natur und Wert

Die Geschichte der Transformation des Werts in den Produktionspreis ist mehr als ein Problem der Preisbildung. Es ist die Geschichte der Unterwerfung der Arbeit unter das Kapital. Das Kapital hat sich zunächst des Produktionsprozesses in der Gestalt bemächtigt, in der es ihn vorfand. Selbständige Produzenten wurden enteignet und in Lohnarbeiter verwandelt, aber trotz Ausdehnung des Arbeitstags über die Reproduktionskosten der Arbeitskraft hinaus (Produktion von absolutem Mehrwert) blieb die Mehrwertschöpfung bescheiden. Sie konnte auf ein neues Niveau nur gehoben werden, indem die Reproduktionskosten (in Arbeitszeit gemessen) gesenkt wurden. Mehrprodukt und Mehrwert, worin der ganze Sinn und Inhalt kapitalistischer Produktion aufgeht, konnten dann wachsen, weil der für die Produktion der Lebensmittel notwendige Zeiteanteil an der Gesamtarbeitszeit sank (Produktion von relativem Mehrwert).

Damit erst entfaltete der Kapitalismus seine eigentliche geschichtliche Dynamik: Die unaufhörliche Revolutionierung des

Produktionsprozesses, die Umwälzung des Arbeitsprozesses selbst. War er zuerst der Kapitalverwertung bloß formell unterworfen worden, so wurde er nun zum Zwecke der Produktivkraftsteigerung tatsächlich kapitalistisch gestaltet.

Es war die Leistung des Kapitals, die mittelalterliche Gesellschaft aus ihrer Stagnation zu reißen und die Produktivkraft vor allem ändern zu entwickeln. Je gründlicher dies geschehen ist, umso mehr setzten sich die destruktiven Tendenzen, die damit immer einhergingen, durch. Die einseitige Entwicklung der materiellen Existenzbedingungen gerät in Widerspruch zu den umfassenden Bedürfnissen. Arbeitsteilung und Vereinseitigung der Produzenten sind auf die Spitze getrieben; jede Lebensäußerung wird zum Moment ökonomischer Reproduktionsprozesse degradiert, während die Reproduktionsfähigkeit des Mensch – Natur Zusammenhangs aufs äußerste bedroht ist.

Die Arbeit als Aneignung von Naturstoff bleibt ursprüngliche Lebensäußerung, die Entwicklung von Bedürfnissen geschichtliche Tat und die Entwicklung der Produktivkraft als allgemeine Entfaltung der Potenzen der Arbeit Basis künftiger Gesellschaft. Der ganze Zusammenhang aber muß umfassender geändert werden als bloß vermittelt der ökonomischen Form. Die Kritik der Vergangenheit war vielfach borniert auf die inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitals, auf das Kapital als innere Schranke für Produktivkraftentwicklung und materielle (rein quantitative, auf Arbeitsproduktivität reduzierte) Reichtumsproduktion, und hat darüber die Kritik kapitalistischer Natur und Menschenbehandlung vernachlässigt.

Gerade dieser weite Rahmen der Umgestaltung aber wird übersehen, wenn der Änderung der Ökonomie, ohne die sich wenig rührt, zu viel aufgeladen wird. Dies geschieht z.B. mit dem Versuch der Ökonomisierung des Stoffwechsels der Natur

Theoretisch wird der Werttheorie vorgeworfen, indem sie von der Naturproduktivität abstrahiere, bliebe sie gegenüber der ökologischen Krise äußerlich gleichgültig. Gesagt wird, die Werttheorie

betrachte nur die Arbeit als wertbildend, während doch auch die Natur Wert bilde. Da Produktion die Natur verändere, und die Produktivkraft von den Naturbedingungen nicht unabhängig sei (was unbestritten ist), gehe Natur auch in die Wertbildung ein.²¹

Diese Kritik an der Werttheorie muß schon deshalb verkürzt sein, weil Marx, der die Werttheorie ausformuliert hat, sich stets gegen das Mißverständnis gewandt hat, aus der Wertbestimmung durch die Arbeitszeit folge, die Arbeit sei Quelle allen Reichtums. „Die Arbeit ist nicht die Quelle allen Reichtums“, schreibt er in der Kritik des Gothaer Programms. „Die Natur ist ebensosehr die Quelle der Gebrauchswerte als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft, der menschlichen Arbeitskraft.“²²

Dies nur deshalb, weil heutzutage jeder ökologisch daher kommende Buchschreiber die Werttheorie für erledigt erklären muß, obwohl er bloß mal im Konversationslexikon nachgeschaut hat und ansonsten Professor ist. Umgekehrtes Verfahren seitens „Marxisten“ findet sich allerdings auch.

Inhaltlich besteht das prinzipielle Problem der Heranziehung der Natur zum Wertmaß in zweierlei. Erstens läßt sich „Naturverbrauch“ (geschweige denn stoffliche Probleme der Produktion, aber auch Arbeitsbedingungen und Erzeugung von „falschen Bedürfnissen“) nicht quantifizieren, da diese Vorgänge unmöglich auf eine gleiche Qualität zu reduzieren sind. Der Verbrauch etwa von Eisenerz kann nicht per einheitlicher Maßeinheit mit dem Ausstoß von Schwefeldioxid vergleichbar gemacht werden. Zumal meist erst die kumulativen Auswirkungen brisant werden, die nie vollständig bekannt sind. Man denke sich das Ganze mal hinsichtlich der Siedlungsstruktur oder des Verkehrssystems durch!

Gegen diese Schwierigkeit helfen auch nicht die Versuche von Indikatorensystemen und das Herumbasteln an Gewichtungsfaktoren. So schafft z.B. der konkreter ausgearbeitete Vorschlag für die Vergabe von „Umweltnutzungsrechten“ ganz immanent Probleme, die ganz falsche Reaktionen nahelegen können.

ARBEITSHEFTE



Informationen über die Situation an bundesdeutschen Hochschulen, Fragen der politisch-theoretischen Bildung und Diskussion der aktuellen Problematik – so könnte man kurz die ARBEITSHEFTE der JUSO-HOCHSCHULGRUPPEN beschreiben. Uns geht es um Inhalte und Positionen und die offene Diskussion innerhalb der Linken und natürlich auch in unseren Reihen.

Auf etwa 70-90 Seiten werden Themen wie Wissenschaftskritik, Jusos und andere Gruppen, Bildungs- und Friedenspolitik, Hochschule, Ökologie, Sozialismusedebatte und Dritter Weg etc. angesprochen.

Probehefte über Juso-HSG, Ollenhauerstr 1, 5300 Bonn

Jahresabonnement für 20 DM auf das Konto ARBEITSHEFTE, c/o N. Kunz, BfG Bonn, Kto-Nr 120 388 0000

Nr. 55

LATEIN AMERIKA



VERANSTALTUNGSSERIE "DRITTE" MLT
"SPECIAL"

1983

Zweitens, selbst wenn es ein solches Maß gäbe, könnte sich „Naturverbrauch“ nicht selbst ökonomische Geltung verschaffen. Im Warentausch wird abstrakt menschliche Arbeit gleichgesetzt, weil und insofern die Produzenten in der gezeigten Weise auf „Produktionsvorteile“ reagieren. Natur aber ist im Produktionsprozeß Objekt der Arbeit und kann nicht sozusagen selbst die beste Produktionsmethode herausfinden. Insofern kann sie sich auch keinen *ökonomischen* Ausdruck verschaffen. Auch die Verknappung eines Rohstoffs z.B. macht sich gerade über den Umweg vermehrter Arbeitsaufwendungen geltend.

Was nur möglich ist, ist die Berücksichtigung beschränkter ökologischer Gesichtspunkte durch politischen Eingriff in die Preisbildung. Eine Ressourcensteuer etwa kann die Verteuerung bestimmter Produkte und Produktionsmethoden herbeiführen, und diese Möglichkeit muß auch in konkreten Fällen ergriffen werden. Die Gefahr ist aber groß, daß dann ein ganzer Rattenschwanz administrierter Preise erzeugt wird. Wo solche Eingriffe geboten sind, wird meist die Festsetzung von Verboten, Auflagen usw. sinnvoller sein. Aber auch da ist Vorsicht geboten; haben doch die neuen Schadstoffgrenzen der Großfeuerungsanlagenverordnung bereits dazu geführt, daß die Obergrenzen voll ausgenutzt werden, statt daß die Emissionen auf das mögliche Minimum reduziert werden.

Mir scheint es so, daß die ökonomische Verfassung überhaupt nur die gesellschaftliche Seite der Produktivkraft, d.h. die Ökonomie der Zeit behandeln kann; für die bewußte Behandlung der Naturproduktivität kann sie nur Raum schaffen. Versuche, die Ökologie gleichsam in die Ökonomie einzubauen, laufen auf ein ganz mechanisches Verständnis von Natur und Produktion hinaus, wie sich in allen praktischen Konsequenzen zeigt. Der Widerspruch zwischen Gesellschaft und Natur läßt sich nicht ökonomisch auflösen.

Politisch klammern solche Versuche die Notwendigkeit der Gesellschaftsveränderung aus und sind insofern ein Rückschritt. Die Kritik der Politischen Ökonomie kritisiert in letzter Instanz eben die Gleichgültigkeit des Werts gegenüber Natur und Arbeit; ausgehend von der Feststellung, daß die Arbeitsprodukte unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen notwendig Kapital- oder Warenform annehmen, fordert sie eine neue Gesellschaftsform, während die These von der wertbildenden Natur letztlich bloß eine Berücksichtigung derselben bei der Wert- oder Preisbildung verlangt. Sie findet sich deshalb auch bei Ökologen, die andererseits Apologeten des Kapitalismus bleiben.

Genossenschaftliche Ökonomie

Indem genossenschaftliche Produktion, als verallgemeinertes Produktionsverhältnis gedacht, den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit innerhalb der durch die Produzenten selbstverwalteten Unternehmen aufhebt, „wenn auch zuerst nur in der Form, daß die Arbeiter als Assoziation ihr eigener Kapitalist sind, d.h. die Produktionsmittel zur Verwertung ihrer eigenen Arbeit verwenden“, ²³ ändern sich schon Zweck und Triebkräfte der Produktion.

Produktion von Gebrauchswert ist auch hier nicht unmittelbarer Zweck, aber die Peitsche der blinden Selbstverwertung des Werts verschwindet. Die Produktionsmittel wirken als Wert, aber ihre Anwendung geschieht jetzt nicht zum Zweck der Aneignung eines Maximums an fremder Arbeit, sondern zum Zweck der Sicherung und Optimierung des Einkommens der unmittelbaren Produzenten. Der vorn erwähnte „Produktionsvorteil“ als gesellschaftlicher

Regulator ist nicht Profit pro Kapitaleinheit, sondern wesentlich das Einkommen der Produzenten plus der zur Erzielung dieses Einkommens notwendigen Investitionsmittel. Von hier aus erfolgt Umwälzung der Ökonomie.

Gesellschaftliche Konflikte und Interessensunterschiede, die es natürlich weiterhin gibt, werden jetzt zu Unterschieden zwischen ökonomisch Gleichen, insofern der Spaltung der Gesellschaft in gegensätzliche Klassen (Kapital und Arbeit) die materielle Basis entzogen wird. Lösung allgemeiner gesellschaftlicher Probleme auf Grundlage von Gleichheit wird möglich.

So wird die fortexistierende Konkurrenz zwischen den gesellschaftlichen Unternehmen auf eine den Ausgleich zwischen Gruppeninteressen und Gesellschaftsinteressen vermittelnde Kraft reduziert. Der Ansporn zur Entwicklung der Produktivkraft bleibt erhalten, auch wenn sie sich nicht mehr in vermehrten Akkumulationsmitteln niederschlägt, sondern entweder in höherem individuellen Einkommen oder in Verkürzung der Arbeitszeit. Ersparung von Zeit pro Produkt kann sich unmittelbar in Produktion freier Zeit niederschlagen, während unter kapitalistischer Herrschaft Ökonomie der Zeit nur zur Ausdehnung der Mehrarbeit betrieben wird. Ist daher im Kapitalismus der Kampf um Arbeitszeitverkürzung Kampf zweier Gesellschaftsklassen gegeneinander, so wird daraus jetzt eine bewußte Entscheidung assoziierter Produzenten, mit der Möglichkeit unterschiedlicher Prioritätensetzung. Ähnlich verhält es sich im Fall der Zeitersparung durch Intensivierung der Arbeit.

Eine Reihe gesellschaftlicher Probleme, um die heftig gestritten wird, erhalten neue Lösungsmuster, so auch das vielberühmte „Wachstum“ – ob darunter nun Akkumulation von Wert, von Gebrauchswert oder einfach von Warenmasse verstanden wird. Der kapitalistische Produktionsprozeß ist wesentlich Akkumulationsprozeß; sein Ziel ist Verwertung des Werts und der Zuwachs an Wert muß unabhängig von der Absicht des einzelnen Kapitalisten wiederum der Verwertung ausgesetzt werden. Der Prozeß ist rücksichtslos gegen die Gesamtinteressen und -bedürfnisse der Gesellschaft. Und diese Rücksichtslosigkeit geht verloren, sobald die Akkumulation zur Frage der Verwendung des Neuwerts, d.h. der Aufteilung der betrieblichen Erlöse auf Einkommen und Investitionsmittel wird.

Mit diesen Umwandlungen geht auch die Brutalität verloren, mit der die kapitalistische Industrieproduktion die Reproduktionsfähigkeit der Natur unterminiert. Nach wie vor aber kann sich die Zerstörung solcher Reproduktionszusammenhänge (die keine Kreisläufe sind) nicht gesellschaftlich ausdrücken, es sei denn durch das „gesellschaftliche Individuum“, das seine allgemeine Produktivkraft im Bewußtsein seiner eigenen Naturbedingtheit anwendet. Reduziert sich die Ökonomie auf die Ökonomie der Zeit, so bleibt in vieler Hinsicht ein Widerspruch zwischen Zeitersparnis und Naturproduktivität. Dieser Widerspruch kann aber überhaupt nicht durch wie immer geartete „Sachgesetze“ gelöst werden; vielmehr legt die auf eine Zeitökonomie reduzierte Ökonomie die inhaltlichen Entscheidungsmöglichkeiten, die viel weiter als die Ökonomisierungsmodelle reichen, erst richtig offen.

Darüber hinaus ist die Vorstellung über die Aufhebung der Warenproduktion die, daß sie nicht durch die (politische) Aufhebung der Trennung der Produzenten aufgehoben wird, sondern indem die Bedeutung des Wertmaßes „aufgehoben“ wird; konkret, daß die kollektiven Produzenten immer weniger gezwungen sind, zu „wirtschaften“, und die Produktionsmittel zunehmend zu bloßen Naturbedingungen der Produktion werden, also ihren Wertcharak

JENS SCHEER

Zivile und militärische Nutzung der Atomenergie in der Sowjetunion

Auch in der Sowjetunion ging die militärische Nutzung der Atomenergie der zivilen voraus: 1949 explodierte die erste Atombombe, nur vier Jahre nach der amerikanischen. Dann wurde zwar das erste Atomkraftwerk der Welt 1955 in Betrieb genommen, die zivile Atomenergiegewinnung wurde aber erst ab 1970 stärker entwickelt. Dagegen bildete die Atom- und vor allem die Wasserstoffbombe – insbesondere nach der Entwicklung der Interkontinentalraketen Ende der fünfziger Jahre – einen wesentlichen Bestandteil des Militärkonzepts. Dies wurde seinerseits – mit der Entwicklung von zielgenauen Raketen und

starken Mehrfachsprengköpfen – von einem Defensivkonzept zu einem offensiven, das die Möglichkeit der Angriffsdrohung und Erpressung enthielt.

Die zivile Nutzung hatte und hat vor allem den Sinn, die vorhandenen fossilen Ressourcen zu schonen (unter anderem Erdöl, Erdgas), da diese in erster Linie für den devisenbringenden Export verwendet werden.

Der zivil-militärische Zusammenhang bestand – außer dem für beide gleichermaßen notwendigen Stand von Kenntnissen, Forschung und Entwicklung – unter anderem in folgenden Aspekten:

ter verlieren. Die Produktivkräfte wären dann im Verhältnis zu den materiellen Bedürfnissen so reif, daß die Ökonomie der Zeit weniger wichtig wird. So herum bliebe dann auch nur noch Ökologie, aber nicht, indem diese die Ökonomie „ersetzt“, sondern indem die Ökonomie als Ökonomie der Zeit, wozu es erstmal kommen muß, abstirbt.

1 Ohnehin ist mir schleierhaft, wie nach jedem Positionswandel der SPD zuallererst Integrationsbefürchtungen hervorgekehrt werden, statt zu fragen, wie solche Wandlungen politisch zu nutzen sind. Vermutlich wirkt hier ein altes 68er Syndrom.

2 Joscha Schmierer: Genossenschaften – politische Ökonomie der Arbeit gegen politische Ökonomie des Kapitals, in: *Kommune* 1/83, S. 46 ff. Ich gehe hier nur auf den Abschnitt über „genossenschaftliche Produktion“ ein, obwohl auch der Rest des Artikels eine Reihe von Fehlern enthält. Ohnehin ist eine spezielle Auseinandersetzung mit diesem Artikel etwas problematisch, weil sie etwas außerhalb der hauptsächlichsten gegenwärtigen Debatten um ähnliche Fragen liegt.

3 Klaus Novy: Vorwärts oder rückwärts? in: Frank Benseler u.a. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982, S. 127

4 Marx an Ludwig Kugelmann am 11. Juli 1868, in: MEW 32, S. 552 f.

5 Isaak I. Rubin: *Studien zur Marxschen Werttheorie*, Frankfurt 1973, S. 50 f.

6 Friedrich Engels: *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft* („Anti-Dühring“), Berlin (Dietz) 1971 (Einzelausgabe), S. 264

7 ebenda, S. 288

8 Siehe Georg Duffner: Selbstverwaltungsexperiment in Schwierigkeiten. Aspekte der jugoslawischen Krise, in: *Kommune* 5/83, S. 25 ff. Dem gläubigen Schluß des Artikels kann ich allerdings nicht zustimmen. Es wäre gerade die konkrete Verfassung der Selbstverwaltung zu untersuchen.

9 Jochen Hampe: Ota Siks Kritik des Staatsmonopolismus und seine Konzeption eines „Dritten Wegs“ in: *Kommunismus und Klassenkampf* 11/82, S. 88

10 He Jianzhang: More on Planned Economy and Market Regulation, in: *Social Science in China* 4/82, S. 49

11 Schmierer a.a.O., S. 49. Der Autor kam zu dieser These offenbar aufgrund der Lektüre von Seite 185 f. in *Marxens Kapital III*, was sie auch nicht richtiger macht. Er vertritt seine damaligen Thesen mittlerweile nicht mehr.

12 Darauf läuft m.E. auch die kritische Beurteilung der chinesischen Entwicklung durch Jochen Noth in *Kommune* 8/83 hinaus. Manche Züge solch überhöhten Subjektivismus scheinen mir trotz unserer völlig anderen politischen Landschaft unter anderem Farbanstrich auch hier zu existieren.

13 Rubin, a.a.O., S. 58

14 ebenda, S. 61

15 Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. 3, MEW 25, S. 184 f.

16 Hampe, a.a.O., S. 87 f.

17 Joscha Schmierer: *Abkoppelung? – Auseinandersetzung mit Ansätzen grüner Dritte-Welt-Politik*, in: *Kommune* 2/83, S. 42 f.

18 Marx, ebenda, S. 248

19 siehe *Kommune* 2/83, S. 39 (Kasten)

20 Tatsächlich gibt es einen Ausgleichungsprozeß zwischen den Ländergruppen, der einen Werttransfer vermittelt.

21 Siehe z.B. Hans Immler: *Natur ist wertbildend*, in: *Sozialismus* 5/83 u. 10/83

22 in: MEW 19, S. 15

23 Marx: *Das Kapital*, Bd. 3, S. 456

Es wurden – wie in Amerika – sowohl U^{235} - als auch Pu^{239} -Bomben entwickelt. Für das Pu^{239} heißt das: Brutreaktoren (so sechs Blöcke in Troitsk 1958 – 1963), die dann auch das Pu liefern, das für den Betrieb von zivilen Schnellen Brüttern erforderlich ist, die in der Sowjetunion von großer Bedeutung sind. Dabei wurde die Stromproduktion ausdrücklich als erfreuliches Nebenprodukt der militärischen Pu-Produktion bezeichnet: In einem Lehrbuch heißt es: „In modernen Reaktoren, die für militärische Zwecke geeignetes Plutonium produzieren, ist es gerechtfertigt, einen gewissen Betrag an elektrischer Energie zu gewinnen, was die Kosten des Plutoniums verringert.“¹ Dabei wurde ein spezieller Reaktortyp entwickelt (Druckröhrenreaktor), der es ermöglicht, aus einem stromproduzierenden Reaktor kontinuierlich Plutonium zu entnehmen. Das ist ein wichtiger Unterschied zu den im Westen verbreiteten Reaktoren, bei denen die Entnahme eine umständliche Prozedur erfordert und die Abschaltung des Reaktors über längere Zeit notwendig macht.

Zwei Drittel der in der Sowjetunion betriebenen Atomkraftwerke sind mit diesem Typ ausgerüstet, der eine unmittelbare Verbindung der zivilen und militärischen Nutzung bedeutet. Er wird charakteristischerweise nicht exportiert.

Für das U^{235} heißt das: Anreicherungsanlagen, die auch der Erzeugung von Brennstoff für zivile AKWs zugute kamen. Diese Anreicherungs-kapazität ist so groß, daß die Sowjetunion in großem Ausmaß angereicherten Atombrennstoff exportiert, zeitweilig in den siebziger Jahren 55% des westeuropäischen Bedarfs deckte (während fast der ganze Rest von den USA geliefert wurde).

– Es wurden schon früh Atomreaktoren für Schiffsantrieb entwickelt, die sowohl in militärischen U-Booten wie in zivilen Eisbrechern (seit 1965) Verwendung finden.

– Ähnliches gilt für Reaktoren und Satelliten, bei denen nacheinander drei Typen entwickelt wurden – Romashka, Kosmos, Topaz; der letztere ist besonders interessant, weil bei ihm der Strom durch thermoelektrische Zellen direkt im Reaktorkern erzeugt wird – mit relativ geringer Lebensdauer

– Aus beiden Bereichen erwuchs das Problem radioaktiven Atom-mülls – die nach Hiroshima und Nagasaki bisher größte Atomkatastrophe von Kyschtym im Süd-Ural, wo 1957/58 eine Atom-mülldeponie explodierte, geht mithin zu Lasten beider Bereiche.

Zur zivilen Nutzung

Von verschiedenen Entwicklungslinien haben sich, anders als im Westen, vor allem drei durchgesetzt: leichtwassermoderier-te und -gekühlte Druckwasserreaktoren (WWER); natriumgekühlte Schnelle Brüter, denen eine höhere Bedeutung als im Westen zukommt; graphitmoderier-te leichtwassergekühlte Druckröhrenreaktoren (RBMK). Hier sind die den Brennstoff enthaltenden Brennstäbe nicht im Inneren eines großen Wasserkessels angebracht, sondern sie sind mit wasserführenden Rohren und mit Graphitstäben, in denen die Neutronen abgebremst werden, zusammengebündelt. Dies ermöglicht leichtere Entnahme der Brennstäbe und Gewinnung des darin gebildeten Plutoniums für militärische Zwecke. (Bleiben die Brennstäbe sehr lange im Reaktor, wie bei den Kessel-Reaktoren üblich, so verschlechtert sich die militärische Nutzbarkeit des gebildeten Plutoniums 239 , weil schwere Pu-Isotope gebildet werden, die ein zu frühes Kritischwerden einer Atombombe und damit zu geringe Sprengkraft bewirken.) Eine Zusammenstellung findet sich in Tabelle I, II im Anhang.

Ein besonderer Charakterzug der sowjetischen Atomkraftwerke ist der relativ zum Westen geringere Sicherheitsaufwand (obwohl der dort auch keineswegs ausreicht, ja prinzipiell niemals ausreichend gemacht werden kann). Dies wird besonders sinnfällig durch das Fehlen einer Hochdruck-Notkühlung und eines geschlossenen Sicherheitseinschlusses (Containment) bei einer ganzen Klasse von Atomkraftwerken (440 MW_e), zu der alle exportierten Atomkraftwerke gehören. Dabei ist wohl kennzeichnend, daß bei dem ersten von drei nach außerhalb exportierten Atomkraftwerken in Loviisa (Finnland) diese Mängel durch Einbau amerikanischer Anlagen behoben wurden und zusätzlich noch ein Eis-Kondensator von 800 t eingebaut wurde, an dem sich der Wasserdampf beim Unfall nieerschlagen sollte.

Entsprechendes gilt für die Konstruktion der Schnellen Brüter: Ihre Kerne werden in der Sowjetunion kompakter gebaut als im Westen. Das bedeutet, daß weniger Neutronen entweichen, mithin der Reaktor im Normalbetrieb effektiver arbeitet (Verdopplungszeit 6–7 gegenüber 15–20 Jahren). Das heißt aber auch, daß in einer kritischen Situation der Reaktor eher dazu neigt, atomar zu explodieren. Die Explosionswucht kann dabei so groß werden, daß selbst die im Westen vorgeschriebene Umhüllung nicht ausreicht, wie Kritiker errechnet haben. Selbst eine so einfache Vorsichtsmaßnahme wie die, die Zu- und Abfuhr des Natrium-Kühlmittels so hoch am Reaktorgefäß anzubringen, daß ein Auslaufen unmöglich ist, fehlt bei den sowjetischen Schnellen Brüttern. Diese Mängelliste ließe sich weit fortführen – wichtiger ist, daß es sich hier um systematische Planung handelt. Immer wieder wird von sowjetischen wie auch etwa ostdeutschen Experten betont², daß im Westen unnötiger und unökonomischer Sicherheitsaufwand für unwahrscheinliche Unfälle getrieben wird; daß für ökonomischen Betrieb der Anteil der Sicherheitskosten zu reduzieren sei³ und daß – Ausdruck technologischer Hybris! – „Unfälle durch ingenieurtechnische Maßnahmen zu verhindern seien“⁴. Bei dieser Einstellung waren schwere Unfälle in der Tat nicht zu vermeiden; einer der schwersten ereignete sich im Schnellen Brüter von Schewtschenko, wo eine Störung im Kühlsystem außerhalb des Reaktors dazu führte, daß eine Stoßwelle im flüssigen Natrium schwere Schäden im Inneren anrichtete.

Die mit Abstand schwerste Katastrophe überhaupt aber war die Explosion einer Atom-müll-Deponie im südlichen Ural, einer Region vor allem militärischer Atomanlagen. Während die Ursache der Explosion unklar bleibt – wahrscheinlich keine Atomexplosion, sondern eine chemische durch Knallgas, das sich durch Zersetzung von Wasser infolge der Strahlung gebildet hatte – sind die Folgen, nämlich die Verseuchung und Vernichtung einer ganzen Region, nicht nur von Zh. Medvedjew beschrieben⁵, sondern von einer unabhängigen Forschergruppe aus dem Atomforschungszentrum Dak Ridge bestätigt worden.⁶

Was die zulässige Belastung der Anwohner von Atomanlagen im Normalbetrieb angeht, so ist die Sowjetunion auf dem Stand von 1958 stehengeblieben – sie ist mit 500 mrem/Jahr etwa achtmal so hoch wie in der Bundesrepublik und zwanzigmal so hoch wie in den USA, die Belastbarkeit der Schilddrüse mit radioaktivem Jod 131 ist mit 3000 mrem/Jahr gar dreiunddreißigmal so hoch wie in der Bundesrepublik und zweihundertmal so hoch wie in den USA. Entsprechend hoch sind die zulässigen Abgaben radioaktiver Stoffe an die Umwelt. Gesundheitsstatistiken aus der Umgebung der Atomanlagen sind nicht bekannt; allerdings zeigt die pauschale Säuglingssterblichkeit – die ja auch in den USA mit der radioaktiven

Belastung durch Atomanlagen und Atombomben-Fallout korreliert – einen solchen Verlauf, der dramatisch mit dem Anstieg der Atomenergieproduktion seit 1970 parallel geht⁷

Was die ökonomischen Gründe für die rasche Entwicklung der zivilen Atomenergie in den siebziger Jahren angeht, so zeigen die Statistiken wie offizielle Erklärungen (siehe Fußnote 8): Es handelt sich nicht etwa um die Befriedigung des eigenen Bedarfs, vielmehr ist die Sowjetunion außerordentlich reich an fossilen Energiequellen, diese sind zudem durchweg billiger als Atomstrom, je nach Region um 6 – 70%.

Aufgrund der Entwicklung der Weltmarktpreise dafür ist die Sowjetunion aber sehr daran interessiert, diese fossilen Energieträger für den Export zu verwenden, also nicht selbst zu verbrauchen, mithin den eigenen Bedarf mit der Atomenergie zu decken. Dies hat neben dem ökonomischen auch den angenehmen politischen Effekt, die Abnehmerländer in gewissem Ausmaß von sich abhängig zu machen.

Der Export von Atomanlagen – Haupttriebkraft etwa für das Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland – spielt für die Sowjetunion dagegen, nicht zuletzt wegen der notorisch schlechten Qualität, eine geringere Rolle, jedenfalls nicht in den ökonomisch interessanten Bereich außerhalb des Comecon. Innerhalb dessen mußten die Satellitenländer allerdings sowjetische Reaktoren ab-

nehmen – der DDR wurde verboten, Atomkraftwerke der westdeutschen KWU zu kaufen. Aus der CSSR werden schwere Unfälle an sowjetischen Atomkraftwerken gemeldet⁹

Hiervon unterschieden ist allein der erwähnte Export angereicherter Urans, bei dem die Sowjetunion einen wesentlichen Marktanteil erringen konnte.

Eine Zusammenstellung sowjetischer Atomkraftwerke befindet sich im Anhang, eine detaillierte Darstellung des zivilen Atomprogramms, unter anderem auch der ökonomischen Faktoren, in Fußnote 8.

Zur militärischen Nutzung

Nach dem zweiten Weltkrieg unternahm die Sowjetunion schon unter Stalin große Anstrengungen, das Atomwaffen-Monopol der USA zu brechen, um die atomare Erpreßbarkeit zu verringern.

Ergebnis waren die für den Westen unerwartete Explosion der sowjetischen Atombombe 1949 und rasch darauf der Wasserstoffbombe 1953. Allerdings sah Stalin keinen Grund, daraufhin das militärische Gesamtkonzept zu ändern, dies blieb weiterhin konventionell; der atomare Anteil beschränkte sich auf ein begrenztes Vergeltungs- und damit Abschreckungspotential mit Langstreckenbomben als Atombombenträgern. Er vertrat damit ein

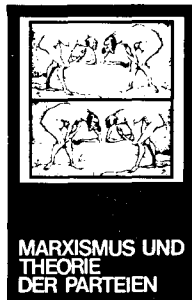
Argument-Vertrieb
Tegeler Str 6
1000 Berlin 65

DAS ARGUMENT



Michèle Barrett:
Das unterstellte Geschlecht —
Umriss eines materialistischen
Feminismus

Zu den Bereichen Sexualität/
Literatur/Schule/Familie/Staat
240 Seiten, 24 — DM



Marxismus und Theorie der Parteien

Marx/Engels, Lenin, Gramsci,
Poulantzas. Das kleine Einmaleins der
Macht und die Integrationsfunktion der
Parteien. Staatsgenese und Parteien.

Argument-Sonderband AS 91 1983
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



Detlev Albers:
Zur politischen Theorie des Marxismus.
Bauer und Gramsci

Vergleich ihrer Positionen zur
revolutionären Strategie im Westen, in der
Perspektive eines »integralen Marxismus«
192 S., frz. Br DM 24 -/Ln. DM 34,

atomares Devisivkonzept, wie es später die Chinesen – und zwar gerade und vor allem gegen die als aggressiv empfundene Sowjetunion – entwickelten und bis heute vertreten. Dies änderte sich unter Stalins Nachfolgern: Der unmittelbar auf ihn folgende Malenkov vertrat die Auffassung, durch die Atomwaffen habe eine total neue Epoche begonnen, die dadurch gekennzeichnet sei, daß sich die Atomwaffenmächte nur gegenseitig vernichten könnten, es also keine Sieger im Atomkrieg geben könne. Diese „defätistische“ Auffassung war ein Kritikpunkt, der bei Malenkows Sturz durch Chruschtschow eine wesentliche Rolle spielte. Letzterer, und mit ihm die Militärs, meinten, daß eine militärisch überlegene Sowjetunion einerseits in einem Atomkrieg Sieger bleiben, andererseits aber die andere Supermacht von einem Atomkrieg abhalten könne.

Während die Amerikaner zu dieser Zeit ihre Atombomben vor allem durch Bombenflugzeuge, wie im II. Weltkrieg, transportierten, kurbelte die Sowjetunion ein Programm zur Entwicklung von Interkontinentalraketen an. Ein Ausdruck des Erfolgs dieses Programms war der Westen schockierende Start des ersten Sputniks 1957, dem schon kurz danach eine sehr viel schwerere Rakete folgte, wie auch der erste bemannte Raumflug. Es gab vor 1960 eine Phase, in der auch Chruschtschow allein auf diese Raketen setzen und den konventionellen Teil des Militärs nach heftiger öffentlicher Debatte stark reduzieren wollte. Dies wurde kurz danach korrigiert und der Raketenbereich als eigener neben den traditionellen Bereichen Heer, Marine, Luftwaffe eingerichtet, zu denen als vierter, allerdings schwächerer, der Luftschutz kam. Zugleich wurde die Entwicklung immer größerer Sprengköpfe vorangetrieben; 1961 wurde die bisher stärkste Wasserstoffbombe überhaupt, äquivalent 60 Millionen Tonnen TNT, am Eismeer gezündet. Ziel war ausdrücklich die Demonstration der militärischen Überlegenheit.¹⁵

Natürlich zogen die Amerikaner mit der Entwicklung von Interkontinentalraketen bald nach und überholten die Sowjetunion rasch, was die Anzahl angeht, während sie 1970 wiederum von der Sowjetunion überholt wurden. Im Hinblick auf die Anzahl strategischer Raketen aus U-Booten wurden die USA etwa 1975 überholt, während sie in Hinsicht auf die Zahl der Bomber bis heute führen. Bei annähernder Parität in der Zahl der strategischen Waffenträger insgesamt seit den frühen siebziger Jahren liegen die USA in der Zahl der Sprengköpfe, die Sowjetunion in der gesamten Sprengkraft etwas vorn. (Siehe die Tabellen III, IV im Anhang, eine zusammenfassende Darstellung unter Verwendung unabhängiger Quellen findet sich in Fußnote 13).

Wichtiger freilich als solch quantitatives Abzählen ist die Entwicklung der Zielgenauigkeit der Raketen. Denn Anstrengungen, hier wesentliche Verbesserungen zu erzielen, sind Anzeichen dafür, daß es nicht mehr nur um Abschreckung geht, also um die Vergeltungsdrohung, die Bevölkerungszentren des Gegners zu vernichten, sondern um die gezielte überraschende Vernichtung der Atomraketen des Gegners. Sie sind also Anzeichen des Wandels von einer „Countervalue“ zu einer „Counterforce“-Strategie; d.h. von einem rein defensiven zu einem tendenziell offensiven Konzept.

In der Verbesserung der Zielgenauigkeit waren und sind die USA führend, allerdings folgte ihnen die Sowjetunion seit den sechziger Jahren stetig. Während sie einerseits stets ein bis zwei Jahre brauchte, um den amerikanischen Entwicklungsstand einzuholen, war sie andererseits zu jedem Zeitpunkt rund 50% schlechter, was den Streukreisradius angeht, also den Abstand von einem Ziel, innerhalb dessen 50% der darauf abgeschossenen Raketen auftreffen.¹⁰

Auch die bei beiden Supermächten anzutreffende Überzahl von Raketen, die bekanntlich ausreichen, in einer Countervalue-Strategie die Menschheit vielfach auszurotten und die manchen an der Rationalität der Verantwortlichen zweifeln läßt, hat in einer Counterforce-Strategie ihren Sinn:

Wenn man nicht sicher ist, ein Raketensilo genau zu treffen, muß man eben mehrere darauf schießen, um die Treffsicherheit zu erhöhen; wobei man allerdings darauf achten muß, daß sie kurz nacheinander eintreffen, um sich nicht gegenseitig zu zerstören, was in der amerikanischen Literatur treffend als Brudermord (fratricide) bezeichnet wird.

Diese aus der technischen Entwicklung abzulesende Tendenz der strategischen Grundkonzeption wurde in den USA erst relativ spät unter Carter 1979 offiziell proklamiert, nachdem Aldridge¹¹ schon viele Jahre früher als einer der ersten darauf hingewiesen hatte. In der Sowjetunion wurde sie dagegen von teilweise sehr beängstigenden Ausführungen führender Militärs und Politiker begleitet¹². Diese Tendenz wurde durch Chruschtschows Sturz 1964 und den Machtantritt Breschnews nicht tangiert, illustriert auch durch das Verbleiben des Verteidigungsministers Malinowsky im Amt; sie wurde unter Breschnew eher noch akzentuiert.

Zentraler Gedanke ist dabei ein Wechselspiel zwischen atomaren und konventionellen Streitkräften. Kurz gesagt, soll der Gegner in einem – möglichst überraschenden – Schlag mit Atomraketen sturmreif geschossen und dann mit konventioneller Streitmacht überrollt werden.¹⁴ Für die USA selbst sind dabei die Interkontinentalraketen, vor allem vom Typ SS 17, SS 18, SS 19 gedacht, von denen die meisten mit mehreren Sprengköpfen versehen sind. So trägt die SS 18 etwa acht oder zehn davon (je nach geplanter Reichweite), von denen jede mit 60% Wahrscheinlichkeit ein Silo der amerikanischen Interkontinentalrakete „Minuteman“ zerstören kann.

Denselben Sinn haben für Westeuropa die jeweils drei Sprengköpfe tragenden Mittelstreckenraketen SS 20. Es versteht sich, daß beteuert wird, nicht als erste anzufangen, jedoch bei einem Angriff sofort mit voller Macht zurückzuschlagen. Angesichts der Tatsache, daß ja zu allen Zeiten, vor und nach dem Sender Gleiwitz, erst im nachhinein festgelegt wird, wer „wirklich“ angefangen hat, sind solche Beteuerungen freilich wenig beruhigend. Auch die 1982 abgegebene Erklärung der SU, nicht als erste Atomwaffen einzusetzen¹⁶ (von den Chinesen schon 1974 erklärt, von den USA nicht), so begrüßenswert sie ist, wird dadurch leider entwertet, daß die Atomwaffen weiterhin wesentlicher Bestandteil aller militärischen Konzepte sind. Die Sowjetunion hat allerdings – und hier liegt der einzige wesentliche Unterschied zu den USA – sehr wenige Atomwaffen zum unmittelbaren Einsatz auf dem Schlachtfeld vorgesehen. Diese vollständige Integrierung von Atomwaffen ins gegenwärtige amerikanische Konzept schließt eine entsprechende Erklärung der USA in der Tat aus.

Die Sorge vor einem Angriffskrieg in der Sowjetunion könnte nur durch Veränderung der technischen Ausstattung behoben werden: Wiederherstellung einer rein defensiven Abschreckungskapazität durch Verzicht auf immer weiterentwickelte Zielgenauigkeit; Verringerung der Gesamtzahlen, andererseits Maßnahmen zum Schutz dieser Zweitschlagswaffen, etwa durch ein unterirdisches Verschiebesystem wie bei der amerikanischen MX-Rakete (die allerdings ihrerseits alles andere als eine Zweitschlagswaffe darstellt).

Problematisch wären hierfür allerdings Anti-Raketen-Raketen (ABM), von den – noch utopischen – Laserwaffen zu schweigen.

Andererseits war das Abkommen (1972) zwischen den USA und der Sowjetunion, weitgehend auf solche ABM-Systeme zu verzichten, neben dem Abkommen über die Einstellung der Atombombenversuche in der Atmosphäre (1963) das einzige effektive Rüstungsbegrenzungsabkommen zwischen den Supermächten. Dies erstgenannte Abkommen erlaubt beiden Mächten, je zwei Orte damit zu schützen. Während die USA nach einer heftigen innerpolitischen Auseinandersetzung ganz darauf verzichteten, errichtete die Sowjetunion ein System von 64 Galosh-Raketen um Moskau. Seitens der Amerikaner wurde bemerkt, ein so beschränktes System sei wohl kaum ernstlich gegen amerikanische Raketen gedacht, wohl aber sehr wohl gegen chinesische.

Widerspruch und Widerstand

Dies Kapitel ist leider relativ kurz zu fassen: Während in den Satelliten, unter anderem in der DDR und in der CSSR, zumindest Widerspruch gegen Atomkraftwerke wie gegen Atomwaffen laut wurde, wurde solches in der Sowjetunion selbst kaum bekannt. Nur in Estland, wo die Menschen ja finnische Radio- und Fernsehsendungen empfangen und verstehen können, gab es zeitweilig organisierte Zusammenschlüsse, vergleichbar unseren Bürgerinitiativen. Örtliche Proteste gegen Atomanlagen kann man der Bemerkung des Atomkraftwerk-Direktors entnehmen, die Beruhigung

der Bevölkerung sei schwieriger gewesen als die Bewältigung technischer Probleme.

In der DDR gibt es immerhin noch ein „Staatliches Amt für Atomenergie (nicht „Kernenergie“!) und Strahlenschutz (SAAS)“, das die Technik überwachen soll, wenn auch ohne jede „Bürgerbeteiligung“, durch die im Westen wenigstens zeitweise Informationen gewonnen werden konnten.

In der Sowjetunion dagegen spielt sich der gesamte Planungs- und Bauprozeß ohne Kontrollinstanz zwischen den verschiedenen Betrieben und der Planungsbehörde ab. Während so alle Voraussetzungen gegeben sind, die Bevölkerung uninformiert und ruhig zu halten, sahen sich die führenden Persönlichkeiten doch genötigt, auf die Protestbewegung im Westen zu reagieren. Während sich DDR-Fachleute über Bauverzögerungen und Bauplatzbesetzungen durch „sogenannte Bürgerinitiativen“ entrüsteten, sahen sowjetische in der ganzen Bewegung das Werk der amerikanischen Erdölkonzerne (merkwürdig angesichts der Existenz von Firmen wie „Gulf Atomic“ oder „Exxon Nuclear“!); der Unfall von Harrisburg wurde in einem solche Ausmaß heruntergespielt und die ganze Aufregung der Presse angelastet, wie es die betroffene amerikanische Industrie nicht besser konnte.

Die Kritik zweier sowjetischer Fachleute, Dolleshal und Korjakin, die im Westen Aufsehen erregte¹⁸, erwies sich dagegen bei genauerem Hinsehen als modifizierte Förderung der Atomenergieindustrie. Sie erhoben zwar Bedenken gegen Atomkraftwerke und



Verlagsprospekt anfordern bei

Commune · Stuttgart / Rhizom · Berlin

Für eine Gesellschaft ohne Knäste

Texte aus italienischen Zuchthäusern

160 S. 12 DM

Antonio Tellez S A B A T E

Stadtguerilla in Spanien 1945 - 1960

160 S. 10 DM

Carl Harp Liebe und Hass

Ein Knasttagebuch aus Amerikkka

116 S. 10 DM

Louis Adamic D Y N A M I T

Geschichte des Klassenkampfes in den USA (1880 - 1930)

416 S. 20 DM

Leila Khaled Mein Volk soll leben

Autobiographie einer palästinensischen Revolutionärin

184 S. 9 DM

Der Tod Ulrike Meinhofs

Bericht der intern. Untersuchungskommission

80 S. 8 DM

Abraham Guillén Die Leopardenhaut

Stadtguerilla in Lateinamerika

160 S. 15 DM

Action Directe Für ein kommunistisches Projekt

Stadtguerilla in Frankreich

120 S. 7 DM

Commune Verlag + Druckerei, Schlosserstr. 28a

7000 Stuttgart 1 Tel. 0711/606126

Atomülltransporte in besiedelten Gegenden, aber schlugen statt dessen Atomkraftwerke im hohen Norden vor, um damit Pumpen zu betreiben, die die großen Ströme nach Süden umlenken sollten, um die Wüsten und Steppen zu bewässern. Der darauf zu erwartenden Abkühlung der Polarregion sollte – sehr elegant – durch die Abwärme der Atomkraftwerke begegnet werden.

Erwähnenswert, wenn auch offenbar ohne Folgen, ist die Kritik von Kapitza, dem „Vater der sowjetischen H-Bombe“, an der Atomenergie vor der Akademie der Wissenschaften 1964.

Noch seltener sind freilich kritische Äußerungen zu militärischer Nutzung der Atomindustrie. Hier ist vor allem Sacharow zu nennen (der die zivile Nutzung allerdings befürwortet). Sein Schicksal läßt vermuten, wie es eventuellen, weniger prominenten, entschiedenen Kritikern ergangen sein mag und ergeht. Dennoch ist V Weißkopf zuzustimmen, wenn er auf dem Mainzer Kongreß „Naturwissenschaft für den Frieden“ bedauerte, so gar nichts auch nur andeutungsweise Kritisches von den sowjetischen Kollegen zu hören.

Folgerungen

Auch dieser Abschnitt kann leider nur kurz sein: Gegner der zivilen Nutzung der Atomenergie, die, wenn sie ehrlich sind, sie weltweit ablehnen müssen, können wenig Konkretes gegen das Atomprogramm der Sowjetunion tun. Immerhin wäre eine Konsequenz, dagegen aufzutreten, daß die Länder des Westens der Sowjetunion fossile Energieträger abnehmen: Bleibt die Sowjetunion dann auf ihrem Erdöl oder Erdgas sitzen, hat sie weniger Grund, Atomkraftwerke zu bauen.

Im militärischen Bereich ist die wichtigste Folgerung, endlich in der Friedensbewegung mit der Vorstellung vom angeblich defensiven Charakter der heutigen Sowjetunion aufzuräumen (wie es in der breiten Bevölkerung umgekehrt die vom defensiven Charakter der USA zu beseitigen gilt). Politische Forderungen an beide Supermächte wären darum zunächst, den technischen Offensivcharakter ihrer Atomwaffen zurückzunehmen und sich auf rein defensive Zweitschlagskapazität zu beschränken. Darüber hinaus gilt es, die Forderung nach Auflösung von Nato und Warschauer Pakt, einem atomwaffenfreien Europa „von Polen bis Portugal“ zu verbinden mit der Entwicklung alternativer Verteidigungskonzepte der europäischen Völker. Diese dürfen sich, meine ich, allerdings nicht auf die sogenannte soziale Verteidigung durch gewaltlosen Widerstand beschränken, wenn diese auch eine wichtige Rolle spielen muß. Vielmehr sollten die europäischen Völker nach meiner Ansicht lernen von den Volksbefreiungsbewegungen der Dritten Welt von Vietnam bis Afghanistan, ohne sie schematisch zu imitieren, und anknüpfen an die Traditionen des Widerstands, der Résistance gegen den deutschen Faschismus von Norwegen bis Albanien, von Frankreich bis zur damaligen Sowjetunion in ihrem „Großen Vaterländischen Krieg“

9 Charta 77 Dokument 22 vom 27.11.1978, zit. in: Sozialistisches Osteuropakomitee, Info 42, 1980, S. 46

10 UNO-Studie „Kernwaffen“ 1980

11 Aldridge: The Counterforce Syndrom, Institute for Policy Studies, Washington 1975

12 Einige Zitate von kompetenten Experten: Generaloberst A.S. Chollow, Generalmajor J.A. Chomenko, Oberst T.R. Rondratkow, in: Militärische Theorie und militärische Praxis, deutsch in: Militärverlag DDR, Berlin 1980: „Die sowjetische Militärdoktrin betrachtete stets den Angriff als das grundlegende Mittel zur Zerschlagung des Gegners und zur Erringung des Sieges. Sie betrachtete die Verteidigung als eine erzwungene Kampfform, die dann anwendbar ist, wenn ein Angriff unmöglich oder unvorteilhaft ist. Unter den Bedingungen des modernen Krieges wächst die Bedeutung aktiver Angriffshandlungen weiter an.“ (Hervorhebungen v. Verf.)

Ähnlich kritisiert Konteradmiral Gontayev als „psychologisches Erbe des letzten Krieges“ daß „das Überraschungsmoment vor allem mit einem Angriff des Feindes auf uns verbunden sei, während aggressive Operationen unserer Streitkräfte, unserer Flotte gegen den Feind nicht vorkämen“ (Morskoi Stornik 3, März 73, 30, zit. in N.p. 105).

Der Militärtheoretiker Generalleutnant Zavalov schreibt: „Atomwaffen haben in wachsendem Maße die Rolle des Angriffs als die entscheidende Art militärischer Aktionen bestätigt und zu der Notwendigkeit geführt, selbst defensive Aufgaben durch aktive offensive Aktionen zu lösen.“ (Krasnaia Zvezda, 30.10.1970, zit. in N.p. 107)

13 J. Scheer, P. Valtink, in: *Umbruch* 6/83

14 So schreiben Zoznenko und Matveyev in einem Beitrag „Neue Mittel der Kriegsführung und Kampfhandlungen“ in Nauchno-Tekhnicheskij Progress in Revoulutsia v Voennom Dele, Moskau 1973 (zit. nach 17 c, S. 127):

„Schläge mit strategischen Raketen gegen feindliche Einrichtungen schaffen günstige Bedingungen dafür, daß die Bodentruppen offensive Operationen in größeren Tiefen durchführen und mit einer Geschwindigkeit, die die einer Truppenoffensive im letzten Krieg bei weitem überschreitet.“

Dazu Krupchenko u.a. in Voennaia Istovvia, S. 343: „Der Einsatz von Atomwaffen hat die Rolle und Bedeutung des Überraschungsmoments wesentlich vergrößert und die Anforderungen dafür erhöht, dies zu erreichen.“

Und in einem Buch über Panzerkriegsführung (Tanki) von Kosynev, Moskau 1973, wird die Rolle der Panzerwaffe geschildert: „Vor allem macht es die Anwendung von Atomwaffen möglich, dem Gegner in kurzer Zeit gewaltige Verluste zuzufügen, durch die Vernichtung seines Menschenmaterials und technischen Geräts und auch durch Vernichtung seiner Verteidigungseinrichtungen hinter den Linien. Unter diesen Bedingungen haben die Bodentruppen eine wichtige Aufgabe: Die Ergebnisse des atomaren Angriffs auf den Gegner so rasch wie möglich auszunutzen.“

15 Zum Thema „Militärisch-technische Überlegenheit: Der wichtigste Faktor für die zuverlässige Verteidigung des Landes“ schreibt Oberstleutnant V. M. Bondarenko in „Kommunist und Streitkräfte“ September 1966 (zit. nach 17 b, S. 311): „Militärisch-technische Überlegenheit ist eine solche Beziehung von Quantität und Qualität der militärischen Ausrüstung und Waffen, der Ausbildung der Truppe in ihrer Anwendung und auch der Effektivität der Organisationsstruktur der Streitkräfte, daß die betreffende Seite die Oberhand über einen wirklichen oder möglichen Gegner hat und ihn besiegen kann

Beachtliche Qualität wird auch in der qualitativen Vervollkommnung der Trägermittel für den Atomsprenkopf entwickelt. Hier gehört die führende Rolle der sowjetischen Wissenschaft und Technik, die Raketen für die verschiedensten Aufgaben geschaffen hat und die Streitkräfte damit versorgt. Die erste interkontinentale und die ersten erdumkreisenden Raketen werden in unserem Land geschaffen. In den letzten Jahren hat sich die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler und Militärspezialisten darauf konzentriert, Raketen zu entwickeln, die von beweglichen Abschußrampen gestartet werden können. Die Sowjetunion hat erheblichen Fortschritt bei diesem Problem gemacht, indem sie die ersten kleinen Interkontinental-Raketen der Welt mit festem Brennstoff geschaffen hat, die von kettengetriebenen Allwegfahrzeugen gestartet werden.

Der klarste Indikator der Verbesserung der sowjetischen Technik und der raschen Entwicklung eigener Mittel zur Automation ist die unbezweifelbare Führung unseres Landes bei der Erschließung des Weltraums.

Die Kommunistische Partei und ihr Zentralkomitee tun alles Nötige für die ständige Stärkung des Verteidigungspotentials unseres Landes, für die Sicherung der Überlegenheit sowohl in militärisch-technischer Hinsicht als auch in anderen militärischen Bereichen.“ (Hervorhebungen v. Verf.)

16 So Verteidigungsminister Ustinov in *Isvestia*, 27.5.1982; „Nur außerordentliche Umstände eine direkte atomare Aggression gegen den Sowjetstaat oder seine Verbündeten können uns veranlassen, zu einem atomaren Vergeltungsschlag zu greifen, als letztem Mittel der Selbstverteidigung.“ (zitiert in: Mac Namara: *Foreign Affairs*, Herbst 1983, S. 66

17 Die Darstellung stützt sich auf sowjetische Texte, so

a) Gretchko: The Armed Forces of the Sowjetunion, engl. Text in der Sowjetunion herausgegeben;

b) Sammlung sowjetischer Aufsätze, Herausgeber: Kintner, Scott: The Nuclear Revolution in Soviet Military Affairs.

Weitere Arbeiten, die sich auf sowjetische Texte stützen:

c) L. Gouré u.a.: The Role of Nuclear Forces in Current Soviet Strategy, Miami 1975

d) J. It. Nunn: The Soviet First Strike Threat, The U.S. Perspective, New York 1982

e) Ground Zero (amerikanische Organisation zur Aufklärung über Atomkriegsgefahren): What about the Russians and Nuclear War?, Washington 1983

f) F. Kaplan: Dubious Specter, Washington 1983

18 Dolleshall, Korjakin: *Kommunist* 14, September 1979, S. 19

1 A.N. Klimow: Kernphysik und Kernreaktoren, Moskau, engl. Übers. 1975, zitiert in *Strategie Review* Sommer 1982

2 W. Fratzscher, H. Felke: Einführung in die Kernenergie, Leipzig 1973

3 Kubis und Uhlmann: *Kernenergie* 15/1, 1, 1972, Berlin (DDR)

4 Leipunski: *Kernenergie* 12/4, 111, 1969, Berlin (DDR)

5 Zh. Medvedew: Bericht und Analyse der bisher geheimgehaltenen Atomkatastrophe in den UdSSR, Hamburg 1979

6 J.E. Trabalka, u.a.: ORNL 5613, Oak Ridge 1979, Science 209, 345, 1980

7 E. Sternglass, siehe Fn. 8

8 W. Heuler-Neuhaus, J. Scheer: Das sowjetische Atomprogramm, Universität Bremen, Informationen zu Energie und Umwelt 117 1982



Der Mensch als Umweltzerstörer?

Eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur am Beispiel des Alpenraumes — Teil 2

Alpine Kulturlandschaft: Alm als Rodungsinsel auf ehemaligem Waldboden. Unterhalb des Hauses ist ansatzweise die hochwüchsige Lägerflora zu erkennen; die gesamte Weidefläche ist durch Viehgänge leicht terrassiert (Erläuterung der Begriffe im Text).

Da sich in den Alpen die kleinsten Störungen des ökologischen Gleichgewichts sofort augenfällig zeigen, ist diese Landschaft sehr gut geeignet, das grundsätzliche Verhältnis Mensch – Natur detailliert zu untersuchen. Diese Analyse hatte historisch begonnen: Es gibt eine Reihe von (historischen) Möglichkeiten, wie sich der Mensch im Alpenraum Lebensmöglichkeiten verschafft, die einen unterschiedlichen Eingriff in die Natur bedeuten und die alle ein relatives ökologisches Gleichgewicht aufbauen und erhalten – eine einzige, allein mögliche (sogenannte „naturgemäße“) Nutzungsform der Alpen war dagegen nicht festzustellen. Am Beispiel des „Grand Escarton“ einer Art autonomen Bergbauernrepublik in den Westalpen im Mittelalter wird jetzt untersucht, inwieweit ein ökologisch verantwortungsvolles Umgehen mit der Natur mit bestimmten politischen Bedingungen zusammenhängt.

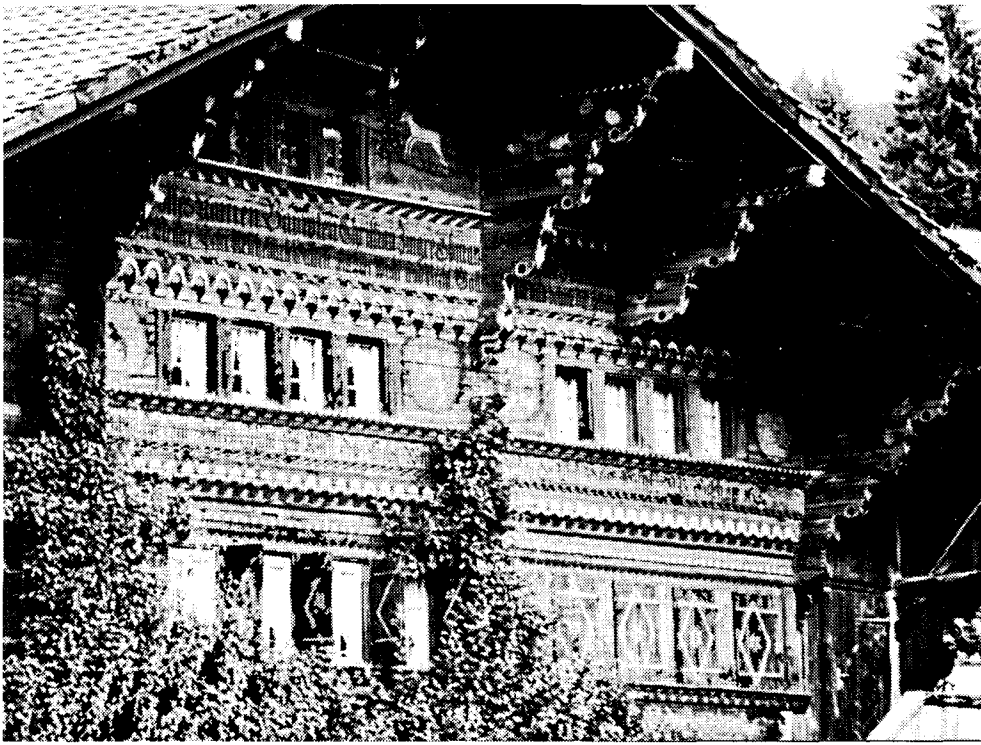
Von Werner Bätzing

In diesem Zusammenhang werden die noch erhaltenen Wälder unter einen ganz besonderen Schutz gestellt und werden die feudalen Rechte (Holz-, Wasserrecht usw.) als bedenklich für das ökologische Gleichgewicht angesehen, weil sie einen Eingriff von außerhalb bedeuten. Generell versuchen diese Statuten jeden fremden Eingriff gering zu halten: Obwohl es damals profitabel gewesen wäre, Almen an Fremde zu verpachten, wird dies ausdrücklich untersagt – kurzfristiger Gewinn und langfristiger Schaden werden gesehen, und die Entscheidung darüber ist eindeutig. Solange dieser Bund besteht und autark ist, wird in diesem Sinne verfahren, und das führt zu einem beträchtlichen wirtschaftlichen Aufschwung dieser Täler. Das Ende kommt 1713 – im Frieden von Utrecht werden die europäischen Grenzen neu bestimmt, und am Konferenztisch wird die Grenze zwischen Frankreich und Savoyen-Piemont auf den Alpenhauptkamm gelegt – der „Grand Escarton“ ist geteilt und aufgelöst. Sofort rücken piemontesische und französische Truppen ein, und ein Teil des vordem so geschützten Bannwaldes wird für Barrikaden und Befestigungen entlang der neuen Grenze gerodet.

Dieser Bund zeigt zweierlei: 1. Ein ökologisches Bewußtsein war bei den Bergbauern bereits im Mittelalter so weitgehend entwickelt, daß das Problem der Übernutzung erkannt war und geregelt werden konnte.

Langsame, immer stärker werdende Übernutzung auf der Grundlage einer ständig wachsenden Bevölkerung ist ja eines der schwierigsten ökologischen Probleme für den Menschen. Eine Bauernschaft, die dies gelöst hat, zeigt damit, daß ihr Verhältnis zur Natur nicht mehr ein nur reagierendes ist, verstrickt in zahlreiche Sachzwänge, sondern daß sie den Zwängen der Natur ein Stück weit gleichberechtigt gegenübertritt. 2. Das ökologische Bewußtsein kann sich nur entfalten und durchsetzen, wenn die betreffenden Menschen ihren Austausch mit der Natur in ihrem Bereich selbständig organisieren und gestalten können. Fremde Einflüsse, die von außen den Bewohnern aufgezwungen werden, seien es politische, wirtschaftliche oder militärische, stören diese Auseinandersetzung zwischen Mensch und Natur und führen daher zu ökologischen Problemen.

Ein italienischer Wissenschaftler, Giuseppe Dematteis, hat aus diesen Überlegungen heraus die Position entwickelt, daß der Kernpunkt aller heutigen Alpenprobleme bereits im ausgehenden Mittelalter liege: Durch die Zerstörung der mehr oder weniger autonomen Bergbauernkommunen werden die Alpen fern den Zentralmächten unterworfen; die neuen Staatsgrenzen laufen mitten durch kulturell und politisch einheitlich geprägte Gebiete hindurch und rücken den Alpenraum auf einmal an den äußersten Rand der neuen Staaten. Die entsprechenden Konsequenzen – eine Entwertung der Alpen in wirtschaftlicher, kul-



tureller und politischer Beziehung – sind damit vorprogrammiert. Auch wenn ich meine, daß dies noch nicht ausreicht, um die Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert zu verstehen, zeigt diese Position doch eine ganz wichtige und unübersehbare Problematik auf.

1.6 Die weitere Entwicklung der Bergbauernschaft bis zur Neuzeit

Nach dem spätmittelalterlichen Siedlungsausbau gab es kaum noch eine weitere flächenmäßige Ausweitung der Bergbauernwirtschaft, die weitere Entwicklung war vor allem eine qualitative Entwicklung, die auf Ertragssteigerung zielte. Ursache dafür war die ständig weiter zunehmende Bevölkerung, die im Ostalpenraum im 18. und im Westalpenraum im 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreichte. Der entscheidende Fortschritt war – neben der Ersetzung der Sichel durch die Sense – die Umstellung



der Almwirtschaft vom Schaf auf das Rind als wichtigstes Almtier, was ca. im 17. Jahrhundert geschah. Man kann davon ausgehen, daß mit der ersten Nutzung der Alpen als Dauersiedlungsgebiet der Mensch bereits versuchte, mittels Züchtung die Anpassung seiner Haustiere an Alpenbedingungen und damit auch den Ertrag zu verbessern. Auf spezielle Alpen-Schaf- oder Rinderrassen stoßen wir aber bis zum späten Mittelalter nur ganz vereinzelt, hier hat ein Durchbruch erst in den darauffolgenden Jahrhunderten stattgefunden. Sehr große Bedeutung für die gezielte Rinderzucht erlangten die nördlichen, sehr feuchten Alpengebiete, die erst relativ spät besiedelt worden waren (durch germanische Stämme). Durch die Entfaltung eines Handels mit den Alpenvorländern – begünstigt durch die verkehrsmäßig nicht schwierige Situation und die Nähe zum Alpenrand und den dortigen Städten – konnten diese Gebiete schon sehr früh den Ackerbau völlig einstellen und sich allein auf die Viehwirtschaft konzentrieren. Besonders großen Aufschwung nahm – begünstigt durch die politische Sonderentwicklung der Schweiz – das Gebiet des „Berner Oberlandes“. Hier erlebte die Viehwirtschaft um 1600 einen regelrechten wirtschaftlichen Boom, die Bauern wurden reich, und das berühmte „Simmentaler Fleckvieh“ sowie der genauso berühmte „Saanenkäse“ wurden in viele Gebiete Mitteleuropas verkauft.

Äußerliches Zeichen dieses wirtschaftlichen Aufschwungs ist die Entwicklung des „Berner Oberländer Hauses“ (besser bekannt als „typisch Schweizer Chalet“): vor 1600 ein unauffälliges, einfaches Holzhaus, wurde es zwischen 1600 und 1850 zu einem solchen Formenreichtum und zu solcher Pracht entwickelt, daß es heute als das schönste Holzhaus ganz Europas gilt. Dabei ist besonders beeindruckend, erstens und die reich gewordenen Bauern überhaupt nicht daran dachten, die Architektur

Das „Berner Oberländer Haus“ repräsentiert den Reichtum der auf Viehzucht spezialisierten Bergbauern im Berner Oberland zwischen 1600 und 1850 und verdeutlicht die geistige Selbständigkeit dieser Bergbauernkultur. Im Bild unten sind die Details dieser Bauweise genauer zu erkennen: Holzschnitzereien und Malereien lassen keinen Quadratzentimeter der Fassade ungestaltet.

der oberen Klassen zu imitieren oder zu übernehmen (auch im germanischen Bereich der Holzbauweise waren die Herrschaftsgebäude in den Dörfern – Adelsitze, Vogteien, Pfarrhäuser – immer aus Stein), sondern ihre eigene Formensprache auf der Grundlage ihrer Tradition entwickelten, und zweitens daß diese Häuser in der Zeit von 1600 bis 1850 die Entwicklung der mitteleuropäischen Kunstgeschichte (Barock – Rokoko – Klassizismus) in völlig eigenständiger Weise mitvollzogen. Das läßt wichtige Rückschlüsse auf das Selbstbewußtsein der Bergbauern und auf das geistige Niveau dieser Bergbauernkultur zu.

Die Ersetzung der Schafe durch das Rind hatte Konsequenzen für die Ökologie der Almgebiete. Die Hauptgefahr bei der Schafweide war die Übernutzung durch Kahlfraß: Schafe beißen die Pflanzen direkt am Erdboden ab und hinterlassen kaum einen oberirdischen Rest (das ist die Voraussetzung, daß sie im kargen Gelände noch dort genügend Gras finden, wo Kühe bereits verhungern müßten, und dies macht neben Hitze- und Kälteunempfindlichkeit und Wasserspeicherungsfähigkeit ihre besondere Almtauglichkeit aus), so daß bei zu intensiver Nutzung eine Vegetationsdecke ernsthaft geschädigt werden kann. Auf der anderen Seite sind die Exkremate der Schafe der beste Naturdünger, der im Bereich der Bergbauernwirtschaft anfällt und der bereits früh zur Bodenverbesserung genutzt wurde (im mittelalterlichen „Pferchrecht“ stellt der Dung der Schafferde, die über Nacht eingezäunt ist, den Gegenwert für das Abgrasen einer bestimmten Weidefläche dar). Mit der Umstellung auf die Rinderhaltung wird also die Dünger-Produktion erheblich verändert, der Kuhdung ist zwar auch fruchtbar, aber das Hauptproblem besteht jetzt in den langen Transportwegen: Die Rinder und vor allem die Kühe übernachteten immer in der Nähe der Almhütte auf festen Plätzen, wo der Dung in großen Mengen anfällt, die Schafe dagegen können dank ihrer Robustheit überall übernachteten, man kann sie also bequem dahin bringen, wo der Dünger gebraucht wird und spart sich so den mühsamen Transport im steilen Gelände (das Dünger ausbringen ist eine der anstrengendsten Arbeiten). Die Rinder-Almwirtschaft nutzte den anfallenden Dung nur stellenweise, oft sammelte er sich an der Almhütte in so großen Mengen, daß er den Boden überdüngte und die sog. „Lägerflora“ entstand (zwei bis drei robuste „Unkraut“-Arten, die das

Viehgangeln im Gegenlicht. Diese durch den Tritt der Weidetiere entstehenden Terrassen sind ökologisch umstritten: Solange sie nur leicht ausgeprägt sind und die Grasnarbe nicht aufreißen, so wie hier, tragen sie zur Bodenfestigkeit und -sicherung bei. Wird aber die Grasnarbe beschädigt (z.B. durch zu starke Beweidung), bilden sich schnell problematische Ansatzstellen für Erosion.

Vieh verschmäht), die eine Belastung des ökologischen Gleichgewichts und eine Verschwendung wertvoller Ressourcen bedeutete.

Durch das größere Gewicht der Rinder und durch ihre Angewohnheit, mit dem Kopf nach oben parallel zur Hangneigung zu fressen (was almgewohnte Tiere erst langsam durch almerfahrene Tiere lernen müssen, weil sie sonst abmagern), wird der Boden in Form von Terrassen zusammengedrückt. Diese „Viehgangeln“ können in regelmäßiger Form ganze Hänge überziehen. Sind sie leicht ausgeprägt, bedeuten sie kein Problem, sie können sogar einen steilen Hang zusätzlich befestigen. Aber werden sie größer und stärker, dann wird der Boden so verfestigt, daß der Wuchs beeinträchtigt wird, die Vegetationsdecke abreißt und Löcher entstehen, in denen sich bei der Schneeschmelze Wasser ansammelt und die Erosion zahlreiche Ansatzpunkte findet. Eine zu starke Beweidung durch Rinder bzw. Kühe führt also ebenso wie bei der Schafweide zu ökologischen Problemen.

Aber auch das Gegenteil, die zu geringe Zahl der Tiere, der „Unterbesatz“, bringt Probleme mit sich: Rinder und Schafe können bei einem zu großen Weideangebot die Pflanzen auswählen, und sie fressen dann natürlich systematisch nur die besten Futterpflanzen ab und lassen den Rest stehen, so daß sich mit der Zeit die Qualität der Weide erheblich verschlechtert, abgesehen davon, daß dann nicht die gleichmäßig dichte und kurze Vegetationsdecke entsteht, die so wichtig für die ökologische Stabilität ist.

Die Bergbauern haben daher überall dort, wo die Almwirtschaft kollektiv ausgeübt wurde, die Bestoßung der Almen zahlenmäßig ganz genau festgelegt und diese unter allen Umständen einzuhalten versucht. Teilweise gab es einen „Almzwang“, um die nötige Weidezahl zu erreichen, oder es wurde zusätzlich „Lehnavieh“ von fremden Eigentümern aufgenommen. Diese Zahlen drücken ein sehr genaues Wissen um die ökologischen Zusammenhänge aus, und sie zeigen darüber hinaus, daß die Nutzung der Natur nicht beliebig quantitativ zu verändern ist: Eine bestimmte Almfläche erfordert bei einer bestimmten Nutzungsart eine ganz bestimmte Anzahl von Tieren, und diese Zahl kann nicht einfach beliebig unter oder überschritten werden, soll nicht eine ökologische Katastrophe einsetzen – die Nutzung der Natur ist offenbar nur in „Quantensprüngen“ möglich.



Trotz der nicht unbeträchtlichen Ertragssteigerungen der Bergbauernwirtschaft durch die Umstellung Schaf-Rind und durch die Einführung der Kartoffel (18./19. Jahrhundert) nahmen nur wenige Alpentale ökonomischen Aufschwung – die ansteigende Bevölkerung machte diesen Vorteil weitgehend zunichte. Dies gilt insbesondere für den romanischen Alpenraum, wo mit dem Ansteigen der Bevölkerung auch der Boden aufgrund der Realteilung so stark parzelliert wird, daß die traditionelle Wirtschaftsweise gar nicht mehr alle Menschen ernähren kann. Es entstehen zahlreiche neue Arbeitsbereiche (Holzschnitzerei, Weberei, Stricken usw., teilweise in Form von Heimindustrie), deren Produkte für den Export bestimmt sind. Außerdem setzt eine verstärkte Saison-Auswanderung im Winter ein, um die Landwirtschaft zu entlasten.

Das Erstaunliche an dieser Entwicklung ist aber die Tatsache, daß trotz dieses so massiven Bevölkerungsdrucks im großen und ganzen gesehen die ökologischen Ressourcen nicht übernutzt wurden! Zugleich kündigt sich mit dieser Entwicklung aber eine Krise vor allem der romanischen Bergbauernwirtschaft an – und diese Krise wird durch die neu entstehende Wirtschaftsform, den Kapitalismus, dann radikal zugespitzt.

2. Die Ruinierung der Bergbauernschaft und die Umnutzung des Alpenraumes im 20. Jahrhundert

2.1. Der Rückgang der Bergbauernwirtschaft und -bevölkerung

Um 1850 hatten die Alpen das absolute Bevölkerungsmaximum ihrer gesamten bisherigen Geschichte erreicht, anschließend nahm die Zahl der Bergbauern aufgrund

der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ständig und kontinuierlich ab. Die erste Wirtschaftskrise im modernen Sinne setzte im Alpenraum um 1850 ein und führte dazu, daß die wohlhabenden, export-orientierten Viehzucht-Gebiete des Alpennordrandes (vor allem in der Schweiz) einen schweren Rückschlag erlitten. Zur gleichen Zeit fand in den von Feudalherren beherrschten Alpenregionen (also hauptsächlich in den Ostalpen) die sogenannte „Bauernbefreiung“ statt, d.h. der Loskauf feudaler Rechte durch die Bergbauern („Grundentlastung“ von 1848 in Österreich), der ihre wirtschaftliche Lage aber nur verschlechterte.

Bei diesem Rückgang gab es in der 1. Phase (bis 1914) typische Unterschiede: Im sehr dicht besiedelten (übevölkerten) romanischen Raum sorgte die Abwanderung (zuerst saisonal, dann endgültig) für eine gewisse Entlastung der verbleibenden Bauern, deren Möglichkeiten sich etwas verbesserten, ohne daß sich im Siedlungsbild Änderungen ergaben. Im nicht so dicht besiedelten germanischen Raum wurden zahlreiche Höfe in Grenzlagen (d.h. auf den Nordhängen oder besonders hoch gelegene) aufgegeben, ansonsten blieb alles beim Alten. Nur in den östlichen Teilen der österreichischen Alpen setzte mit der Umwandlung von Bergbauernhöfen in „Forsthuben“ eine Sonderentwicklung ein: Durch den Aufschwung der staatlich geförderten Eisenindustrie in Innerösterreich (in der sogenannten Mur-Mürz-Furche, einem inneralpinen Talbereich) begann der Wert des Holzes durch die große Nachfrage nach Holzkohle erheblich zu steigen, was Privatwaldbesitzer und Industrielle dazu veranlaßte, im großen Stil Bergbauernhöfe aufzukaufen und deren Fläche aufzuforsten. In den östlichen österreichischen Alpen wurden auf diese Weise ca. 3/4 aller Bergbauernhöfe in Forsthuben umgewandelt. Seitdem gibt es hier bis heute sehr ausgedehnte Waldgebiete.

Nach 1918 ging der Rückgang der bergbäuerlichen Bevölkerung unaufhörlich weiter, wobei sich die Unterschiede zwischen dem romanischen und germanischen Raum anfangen zu verwischen: Dort, wo weder Tourismus noch Industrie sich ansiedelten, wurden die Dörfer immer leerer und immer mehr Höfe wurden aufgegeben. Zwar wurde diese Entwicklung jeweils von den beiden Weltkriegen und von der Weltwirtschaftskrise ab 1929 gestoppt, aber ohne langfristige Auswirkungen. In den letzten 20–30 Jahren (in Parallellität mit dem sogenannten „Wirtschaftswunder“ der angrenzenden Staaten) erreichte dieser Prozeß dramatische Auswirkungen: In zahlreichen Alpendörfern gibt es heute keinen einzigen Bergbauern mehr, in noch mehr Dörfern ruht die gesamte Bergbauernwirtschaft nur noch auf der älteren und der ganz alten Generation, und überall wandert die mittlere und jüngere Generation in andere Bereiche (Tourismus) oder ganz aus dem Alpenraum ab. Es erscheint heute absehbar, wann der letzte Bergbauer der Alpen ausgestorben ist.

Normalerweise wird diese dramatische Entwicklung durch die Explosion des Tourismus in den Alpen überdeckt. Es gibt aber Alpenbereiche, die kaum Tourismus kennen, und deren Bevölkerungsentwicklung kann die Entwicklung der Bergbauern-Bevölkerung im gesamten Alpenraum relativ gut verdeutlichen.

Die Tabelle der Bevölkerungsentwicklung auf dieser Seite stammt aus den südlichen Westalpen, alle die genannten Täler liegen im Berggebiet der Provinz Cuneo/Piemont. Besonders aufschlußreich ist der kontinuierliche Rückgang der Bevölkerung, der ungebrochen bis heute (1983) anhält (die Ergebnisse der Volkszählung von 1981 sind wegen eines Streiks der Befragten noch nicht zugänglich!). Der Mittelwert der Bevölkerungsabnahme in den Jahren 1861–1971 von 47% ist aber zu gering, weil hierin einige Täler enthalten sind, bei denen die Abnahme durch Industrie- und Skikomplexe etwas verlangsamt ist. Nehmen wir als typisches Tal ohne neuere Entwicklung das Valle Maira in den südlichen Cottischen Alpen, das nach der Statistik den höchsten Bevölkerungsverlust, 58%, aufweist. In dieser Zahl sind aber zwei Gemeinden am Alpenrand enthalten, deren Bevölkerung weniger stark abnimmt als im

Alpenraum selbst. Ohne diese Gemeinden ergibt sich sogar ein Bevölkerungsrückgang von 73%. Und nimmt man die Zahl der Geburten pro Jahr als Indikator für die weitere Entwicklung, so wird das Problem (Abwanderung und Überalterung der ansässigen Bevölkerung) noch deutlicher: 1980 gab es nur noch 1–3 Geburten pro Gemeinde!

Untersucht man die einzelnen Gemeinden in diesem 40 km langen Tal, dann fallen zwei Typen auf: 1. Die Orte im Talgrund, direkt an der Fahrstraße, und 2. die Orte in den Seitentälern, durch steile und enge Straßen zwar erschlossen, aber ziemlich abgelegen. Während die Orte im Talgrund im Rahmen dieses riesigen Bevölkerungsverlustes noch etwas besser dastehen (hier liegen die Gemeindeverwaltung, die Grundschulen, die einzigen Läden des Tals, die wenigen Unterkünfte für die Touristen u.ä.), sind die Orte abseits der Hauptstraße nur noch von wenigen alten Personen bewohnt und in ihrem sozialen Leben bereits tot. Dieses Ergebnis – die Bevölkerung hat in den letzten 100 Jahren um drei Viertel abgenommen und die weitere Entwicklung geht ungestört in diese Richtung weiter – kann auf die Bergbauernentwicklung im gesamten Alpenraum ohne große Probleme übertragen werden.

Dieser Rückgang der Bevölkerung hat eine Veränderung der bergbäuerlichen Wirtschaft zur Folge, die immer extensiver betrieben wird. Dabei lassen sich folgende Stadien feststellen:

1. Der Hanf- und Flachs-anbau wird aufgegeben, weil Kleidung und Arbeitsmaterialien in industrieller Produktion so billig hergestellt werden, daß sich die eigene Produktion nicht mehr lohnt.
2. Der arbeitsintensive Ackerbau wird zugunsten der extensiveren Viehwirtschaft ganz aufgegeben oder auf einige Kartoffelfelder beschränkt, die Felder werden in Grünland umgewandelt.

Bevölkerungsentwicklung in der Provinz Cuneo (Cottische, See- und Ligurische Alpen), aufgeschlüsselt nach Alpentälern; in der linken Spalte jeweils die prozentuale, in der rechten Spalte die absolute Abnahme der Einwohnerzahl.

SPOPOLAMENTO IN PERCENTUALE E CIFRE ASSOLUTE

Comunità	% 1861/1971	% 1951/1971
1 Valli Po Bronda Infernotte	— 41,52	— 13,52
2 Valle Varaita	— 57,49	— 34,50
3 Valle Maira	— 58,25	— 29,87
4 Valle Grana	— 57,59	— 28,70
5 Valle Stura di Demonte	— 55,92	— 16,57
6 Valli Gesso Vermenagna Pesio	— 39,28	— 15,508
7 Valli Monregalesi	— 46,11	— 10,069
8 Alta Val Tanaro Mongia Cevetta	— 42,38	— 11,464
9 Alta Langa Montana	— 38,87	— 12,769
TOTALE	— 47,05	— 113,481

Bevölkerungsentwicklung des Valle Maira in den Cottischen Alpen (vgl. die beiden Tabellen unten, die Differenz beruht auf unterschiedlichen statistischen Quellen). Die beiden Gemeinden Villar S.Costanzo und Dronero am Alpenrand verschleiern das Ausmaß der Bevölkerungsabnahme dieses Tales, weil ihre Abnahme relativ gering ist. Die Tendenz heißt: Entsidlung.

3. Die Viehwirtschaft selbst wird eingeschränkt, weit entfernte oder ungünstig gelegene Talwiesen und Almflächen werden nicht mehr bearbeitet.

4. Die Käseproduktion auf der Alm (Problem: Kleine Produktionsmengen und großer Anteil von hochqualifizierter Arbeit, die immer teurer wird) wird eingestellt und die Milch per Landrover oder Milchpipeline ins Tal zur Verarbeitung abtransportiert.

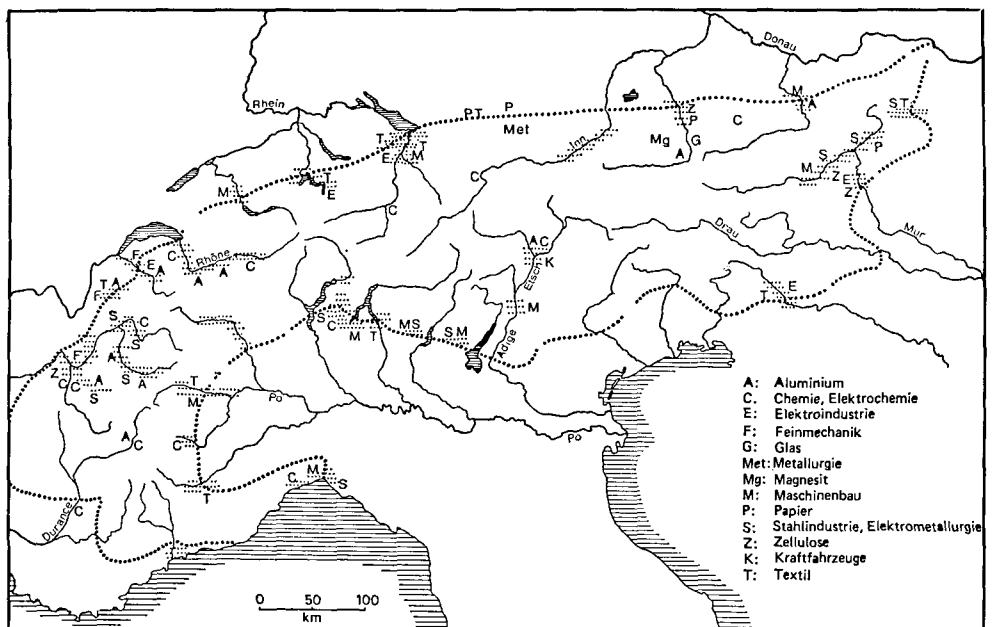
5. Die Milchproduktion auf der Alm wird generell eingestellt (immer noch zu arbeitsintensiv), die Kuhalmen werden zu reinen Galtviehalmen, also Jungrinderaufzucht, umgewandelt (der Bauer braucht nur noch zweimal am Tag mit dem Landrover zum Füttern kommen), und alle höher gelegenen Almen werden aufgelassen, d.h. nicht mehr genutzt.

POPOLAZIONE RESIDENTE NELLE COMUNITA' MONTANE DEL PIEMONTE

Pr.	Comunità	1861	1871	1881	1901	1911	1921	1931	1936	1951	1961	1971
CUNEO	1 Valli Po Bronda Infernotte	32.507	34.718	34.853	34.196	34.414	33.309	28.753	25.906	21.951	21.044	18.985
	2 Valle Varaita	23.684	25.834	26.176	26.779	25.437	23.456	19.873	18.586	15.370	12.502	10.067
	3 Valle Maira	27.645	28.518	28.031	27.044	26.144	25.198	22.155	18.099	16.456	13.831	11.540
	4 Valle Grana	12.674	13.705	13.613	13.372	12.253	1.209	9.273	8.914	7.539	6.419	5.375
	5 Valle Stura di Demonte	23.473	24.388	24.208	22.619	20.500	19.215	15.316	13.106	12.401	11.509	10.345
	6 Valli Gesso Vermenagna Pesio	39.472	41.400	42.372	41.774	38.857	37.974	31.712	28.872	28.025	25.296	23.964
	7 Valli Monregalesi	21.833	22.859	23.372	22.980	22.712	21.721	19.872	18.322	16.731	13.923	11.764
	8 Alta Val Tanaro Mongia Cevetta	27.048	28.811	27.838	28.784	29.126	28.349	24.686	23.426	22.226	18.542	15.584
	9 Alta Langa Montana	32.846	34.364	34.019	35.827	34.949	35.829	34.807	34.672	31.296	24.735	20.077
TOTALE	241.182	254.597	254.482	253.375	244.392	236.260	206.447	189.903	171.995	147.801	127.701	

Dieser dramatische Bevölkerungsrückgang hält bis heute unvermindert an, es gibt bisher keine Anzeichen, daß er sich irgendwo oberhalb von Null stabilisieren könnte.

Die Industriegebiete der Alpen liegen alle an größeren oder wichtigen Flüssen (Wasserkraft-Energie und günstige Verkehrslage). Diese ehemaligen Standortvorteile haben sich aber heute oft in Nachteile verwandelt. (Karte aus: Birkenhauser Die Alpen, 1980)



6. Die Viehwirtschaft wird generell auf den Hof-nahen Talbereich beschränkt, die Almregion wird vollständig aufgegeben.

Im Rahmen dieser Entwicklung kommt es bei der Auffassung größerer Almflächen teilweise dazu, daß diese Flächen an Fremde verpachtet werden. Es handelt sich meist um Unternehmer („Bauer“ kann man kaum noch sagen) aus der Ebene mit großem Viehbestand (oft mehrere Hundert), die Viehzucht im großen Stil treiben und die die Almflächen für wenig Pacht als billige Sommerweide nutzen, ohne sich an die historischen Rahmenbedingungen zu halten (bestimmte Zahl der Tiere, bestimmtes Datum für Beginn) und ohne die übliche Almpflege zu leisten („putzen“, „schwenden“ usw.), was mit der Zeit gewaltige ökologische Probleme mit sich bringt. Solche Scheinblüte der Almwirtschaft fördert über den Raubbau an der Almregion nur den weiteren beschleunigten Rückgang der Bergbauernwirtschaft.

Die heutige Lage – wie immer im Alpenraum stellt sie sich ziemlich komplex dar – ist dadurch gekennzeichnet, daß eine große Zahl von hochgelegenen Almen aufgelassen ist und daß auf den günstig gelegenen Almen nur noch Rinderzucht betrieben wird (Stadium 5), während ein kleinerer Teil der Almen noch als Kuhalmen genutzt wird (Stadium 4) und an einer Reihe von kleinen Orten noch vereinzelt herkömmliche Bergbauernwirtschaft ausgeübt wird (Stadium 2 und 3). Das letzte Stadium ist zur Zeit gerade dabei sich zu entwickeln, und es sieht so aus, als würde es sich in den nächsten fünf Jahren weitgehend durchsetzen. Damit wäre dann der größte Teil der alpinen Kulturlandschaft aufgelassen, und der Umfang der bergbäuerlichen Tätigkeit hätte ein neolithisches Maß erreicht.

2.2. Neue Nutzungsformen im Alpenraum

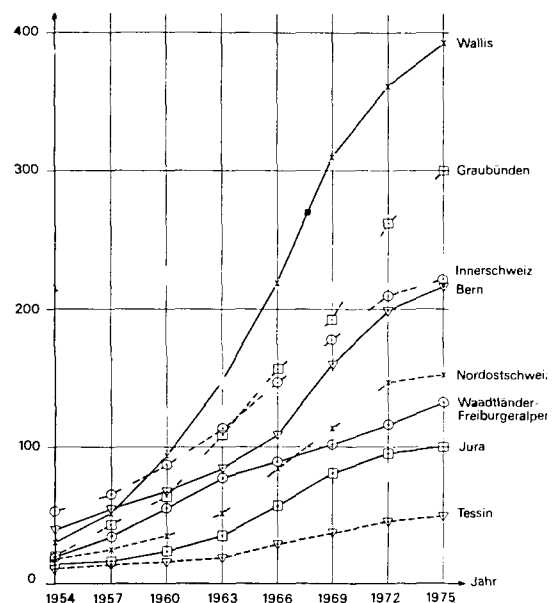
Durch die umfangreichen Entsumpfungsarbeiten in den Niederungen der großen Alpentäler im 19. und 20. Jahrhundert wurden die großen Landflächen in zentraler Verkehrslage neu gewonnen. Diese wurden einmal landwirtschaftlich genutzt, und zwar durch hochtechnisierte, intensive Obst- und Gemüsekulturen, die z.B. im Wallis oder in Südtirol (größtes geschlossenes Kernobstgebiet Europas) sehr großen Umfang annehmen. Zum anderen wurden diese Gebiete in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bevorzugt Industriestandorte, weil die neuentwickelte elektrische Energie hier bequem zur Verfügung stand (damals konnte Strom noch nicht über weite Entfernungen transportiert werden) und weil der Anschluß an die großen internationalen Verkehrsstrecken (v.a. Eisenbahn) gegeben war. Neben dem österreichischen Schwerindustrie-Gebiet der Mur-Mürz-Furche und dem französischen „sillon alpin“ am Rand der Savoyer Alpen, die besonders stark industriell geprägt wurden, entstanden in vielen Alpentälern v.a. entlang der großen Verkehrsleitlinien zahlreiche Industrieanlagen. Dadurch wurde bevölkerungspolitisch zwar ein Gegengewicht zur Abwanderung der Bergbauern gesetzt, aber es sieht in vielen Fällen so aus, daß Arbeiter neu in den Alpenraum eingewandert sind, weil sich die Bergbauern vor Ort nicht an solche Arbeitsverhältnisse gewöhnen wollten/konnten. Im Rahmen der jüngsten europäischen Wirtschaftskrise geraten fast alle dieser alpinen Industrieanlagen in die Krise, weil sich ihr ehemaliger Standortvorteil längst in einen Nachteil verwandelt hat. Ihre Zukunft sieht zur Zeit sehr düster aus.

Eine weitere neue Nutzung ist die Nutzung der Wasserkraft in den Alpen. Die bis 1930 sehr zahlreich entstandenen kleinen und dezentralen Anlagen, die die Bergbauerngemeinden vom Stromimport unabhängig gemacht hatten, wurden später zugunsten von großen Anlagen (Hochdruckanlagen, die mittels eines Stausees auch im Winter größere Mengen Strom liefern können) wieder abgebaut. Heute sind ca. 85% der nutzbaren Wasserkraft der gesamten Alpen erschlossen. Da viele der neuen Anlagen einen Wasserbedarf haben, der von den in einem Tal zur Verfügung stehenden Bächen nicht erreicht wird, werden Bäche aus den benachbarten Regionen „angezapft“ und umgeleitet. Das bedeutet schwere Eingriffe in den Wasserhaushalt dieser Regionen, und in einer Reihe von Fällen kommt es dadurch zu problematischen Grundwasserspiegelsenkungen, die die gesamte Vegetation bedrohen. Der wirtschaftliche Nutzen

all dieser Anlagen für den Alpenraum selbst ist gering: Weil der Betrieb meist halb- oder vollautomatisch vonstatten geht, werden nur während der kurzen Bauphase einige Arbeitsplätze geschaffen, und die monatlichen Ausgleichszahlungen der Energie-Gesellschaften an die Gemeinden sind sehr bescheiden.

In den Ostalpen ist in den letzten 80 Jahren eine Sonder-Nutzung immer umfangreicher geworden: Die Jagd. Als die österreichische Schwerindustrie um 1890 durch Einführung des Bessemer Verfahrens als Waldinteressent langsam ausfiel, erwarb eine außeralpine großbürgerliche Schicht die großen Waldgebiete, um in Nachahmung feudaler Repräsentationsformen Jagdgebiete

Die explosionsförmige Zunahme des Massentourismus zeigt sich anschaulich an der Zunahme der touristischen Transportanlagen in der Schweiz. (Grafik: H. Weiss, Die friedliche Zerstörung der Landschaft, 1981)



biete anzulegen. Diese teilweise riesigen Eigenjagden haben sich als Luxus-Hobby für Neureiche und Alt-Adelige bis heute erhalten, und ihre Nutzung vertreibt nicht nur die Bergbauern, sondern auch die Touristen. Abgesehen von der Frage, ob es gesellschaftlich angemessen ist, solch große Gebiete rein privat zu nutzen, besteht das Hauptproblem heute in dem überhöhten Rotwildbestand (schließlich will man in seiner knappen Freizeit ohne lange Wartezeiten zum „Erfolg“ kommen): Durch Winterfütterung auf das Fünf- bis Fünzfach seiner natürlichen Dichte erhöht, bewirkt das Wild in dieser Konzentration dasselbe wie die frühere Waldweide des Viehs: Der Wald kann sich nicht mehr regenerieren, überaltert und beginnt abzusterben. Fast alle Wälder der Ostalpen sind auf diese Weise bereits schwer geschädigt.

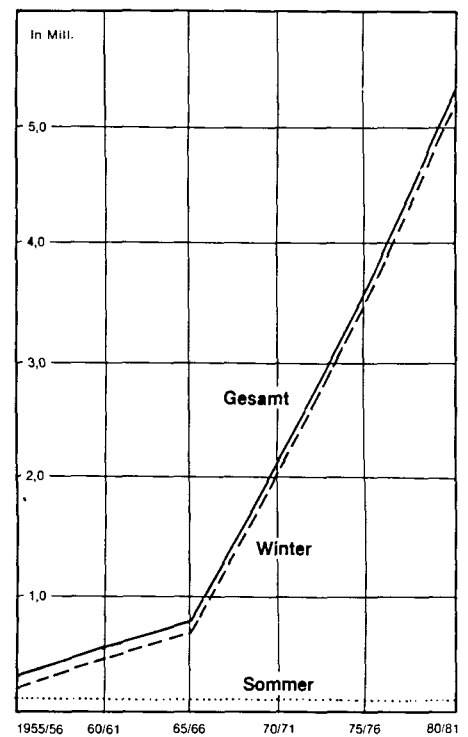
Die wichtigste neue Nutzungsform, die heute oft als die einzigste gesehen wird, ist der Tourismus. Er entstand zwar schon am Ende des 18. Jahrhunderts, aber er war bis zum Beginn des Massentourismus – also etwa 1955 – nur ein Phänomen, das nur ausgewählte Orte und kleine Regionen betraf (vor allem die Ufer der Alpenseen, einige Thermalbäder und einige wenige

(Schneesicherheit, hohe Sonnenscheindauer) und weil hier keine Bäume das Skifahren behindern, das ideale Skigebiet. Und mit Hilfe einiger Schneisen in den Bannwald lassen sich leicht optimale Skiabfahrten bis hinab ins Tal ohne große Kosten anlegen. Der Wintertourismus baut daher die höchstgelegenen Dauersiedlungsplätze oder ehemalige Almsiedlungen zu Ski-Zentren aus oder schafft völlig neue Skiorte aus der Retorte in der Höhenlage um 2000 m. Die Obergrenze der Dauersiedlungen in den Alpen wird dadurch nach oben verschoben, sofern man diesen Begriff hier überhaupt anwenden möchte.

Sommer und Wintersportorte werden nicht nur durch Hotelsiedlungen, Pensionen, Einkaufszentren, Kur und Gästezentren mit Hallenbad, Tennisanlagen (geheizt) usw. erweitert, sondern auch durch Zweitwohnungen (die den größten Teil des Jahres leerstehen). Diese tragen nicht unwesentlich dazu bei, daß alle Touristenorte immer mehr aus den Nähten platzen, daß die Grenzen zwischen Siedlungsraum und freier Landschaft verwischen und daß großstadtähnliche Gebilde entstehen, die fast die gesamte Kulturlandschaft des Talbereichs überwuchern. Nicht nur von ihrer Bevölkerungsdichte (teilweise 1300 Menschen/km²), Architektur, auch von der Umweltverschmutzung (Luftverschmutzung wie in Berlin) gleichen diese Orte mitteleuropäischen Großstädten. Im Gegensatz zu den Bergbauern, die ihre Orte am liebsten an solchen Stellen gebaut haben, wo nichts oder wenig wuchs, besetzen die Siedlungen heute mit Vorliebe gerade die schönsten und fruchtbarsten Stellen der Kulturlandschaft. Nur der Bereich der mittleren Region hat bisher wenig an diesem Boom teilgehabt: Zum Skifahren gibt es hier zu wenig Schneesicherheit und zu viel Wald, zum Wandern und Klettern ist die dramatische Fels- und Eisregion zu weit entfernt und zum Spaziergehen ist es hier zu steil.

Die Auswirkungen dieses Booms, der innerhalb von 30 Jahren den Alpenraum stellenweise bis zur Unkenntlichkeit verändert hat, sind kaum zu überschätzen: Der Tourismus hat die Alpen völlig neu geprägt und die traditionellen Lebensformen ins Abseits gedrängt. Aus dem landwirtschaftlich geprägten Raum ist ein Dienstleistungszentrum von europäischem Rang geworden, und aus den selbständigen Bauern sind Angestellte im tertiären Sektor geworden.

Die Bevölkerungszahlen sprechen eine deutliche Sprache: Um 1900 betrug die Gesamtbevölkerung der Alpen ca. 8–9 Millionen Menschen. Diese Zahl dürfte bis 1955 in etwa gleich geblieben sein, weil die Abwanderung der Bauern durch die zusätzlichen Arbeitsplätze in Industrie und Tourismus ausgeglichen worden sein dürfte. Ab 1955 setzt dann der Boom ein: 1970 = 12,3 Millionen und 1982 = 17 Millionen Alpengesamtbevölkerung. Damit hat sich die Einwohnerzahl in 30 Jahren verdoppelt!



Die Summe der beförderten Personen in einer Bergbahn einer typischen Fremdenverkehrsgemeinde (Schloßalm Bergbahn AG in Bad Hofgastein) zeigt gut die boomartige Entwicklung des Wintertourismus.

Das sind die Bevölkerungszahlen, wie wir sie sonst nur aus Entwicklungsländern kennen! Hinzu kommen 60 Millionen Kurz- und Wochenendurlauber und 40 Millionen längerbleibende Urlauber pro Jahr, das entspricht 6 Urlauber auf einen „Einheimischen“. Daß die Bergbauern in dieser Menschenflut untergehen und von ihr aufgesogen werden, ist einsichtig.

2.3. Die ungleiche Entwicklung im Alpenraum

Diese Entwicklung hat in den letzten Jahren in der Tagespresse, in zahlreichen illustrierten und populärwissenschaftlichen Zeitschriften ein breites Echo gefunden. „Alpen – I fahr todsicher nimmer nei“ (Spiegel), „Die Alpen werden zugemauert“ (Süddeutsche Zeitung), „Metropolis in den Bergen“ (FAZ), „Riesige Slums von München bis Mailand“ (New York Times) usw

Siedlungsintensität in ausgewählten Gemeinden des bayerischen Alpenraums 1971

Gemeinde	Anteil der besiedelten Fläche an der besiedelbaren Fläche
Bad Wiessee	66,3%
Rottach-Egern	65,0%
Garmisch-Partenkirchen	61,1%
Kiefersfelden	61,1%
Oberammergau	55,9%
Tegernsee	50,3%

Quelle: Seminarbericht Grindelwald (MaB-Projekt)

Die besiedelbaren Flächen sind vor allem die Talräume, die vollständig überbaut zu werden drohen.

Entwicklung der Wohnbevölkerung von Bad Hofgastein, einer klassischen alpinen Fremdenverkehrsgemeinde

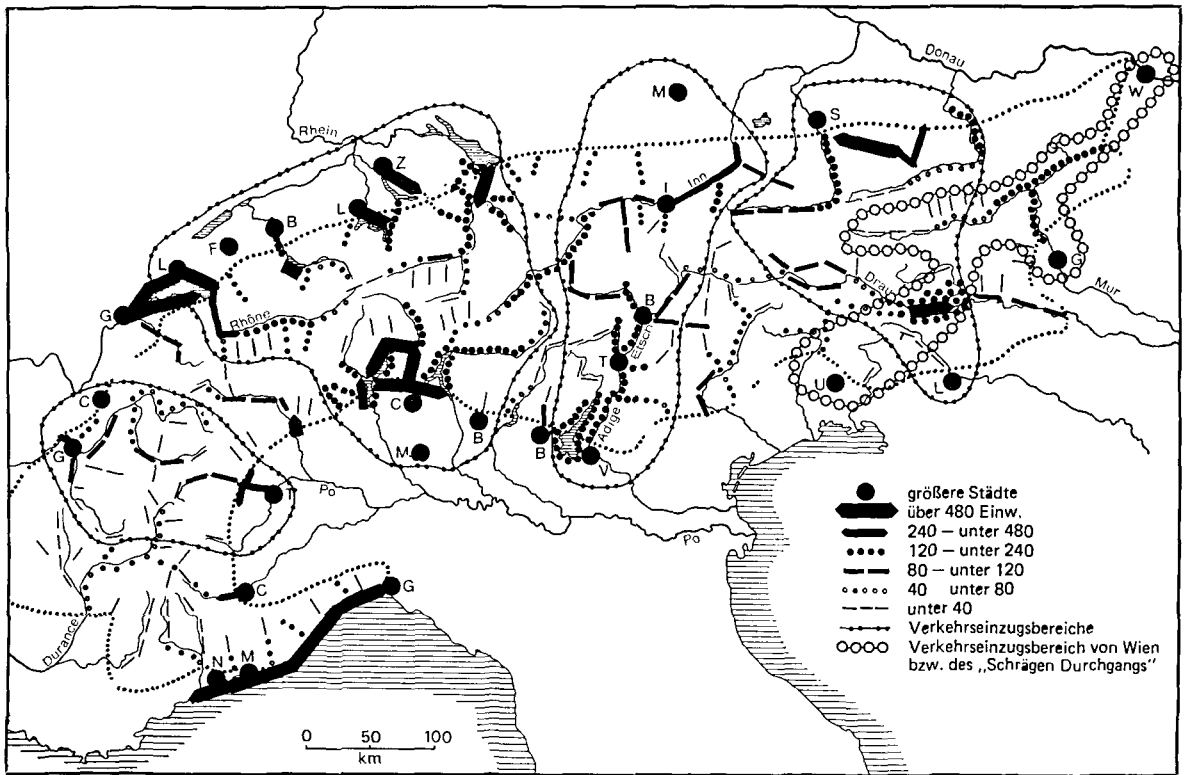
Jahr	Einwohner	Prozent
1869	2061	100
1880	2064	
1890	2208	
1900	2065	
1910	2350	
1923	2433	118
1934	3201	155
1951	4000	194
1961	4700	228
1971	5525	268
1981	5960	289

Zahlen nach amtlichen Angaben. Einsetzen des Massentourismus mit Eröffnung der Tauern-Eisenbahn 1905.

„Bergsteigerdörfer“). Das änderte sich ab 1955 so grundlegend, daß der Massentourismus-Boom mit keiner anderen historischen Entwicklung im Alpenraum zu vergleichen ist (und außerhalb des Alpenraums ist nur noch das industrielle Städtewachstum damit zu vergleichen)! Er verändert und überformt die alpine Landschaft so schnell und so stark, daß Bildbände aus der Zeit vor 1955 heute bereits einen einmaligen Dokumentationscharakter haben!

Dieser Massentourismus-Boom unterteilt sich in zwei Phasen: 1. Der Sommertourismus, und 2. der Wintertourismus (ab 1965). Während der Sommertourismus vor allem klimatisch und verkehrsmäßig günstig gelegene Orte im Tal erschließt, konzentriert sich der Wintertourismus auf das hohe Gebiet: Die weiten und sanften Almregionen sind aus klimatischen Gründen

Diese Karte (aus Birkenhauer: Die Alpen, 1980) zeigt gut die Lage der (bandförmigen) Verdichtungsräume im Alpenraum. Diese liegen einmal in den traditionellen Fremdenverkehrsgebieten (vor allem See und Meerufer), zum anderen entlang der größeren und großen internationalen Durchgangsverbindungen. Der Maßstab dieser Karte läßt aber nur ansatzweise den Charakter dieser Agglomerationsräume erkennen. Dazu muß die untere Karte hinzugenommen werden.



Die genannten Fakten dieser Artikel sind erschreckend genug, aber die Tendenz ist falsch: Nicht der gesamte Alpenraum wird solcherart erschlossen, sondern nur ein Teil!

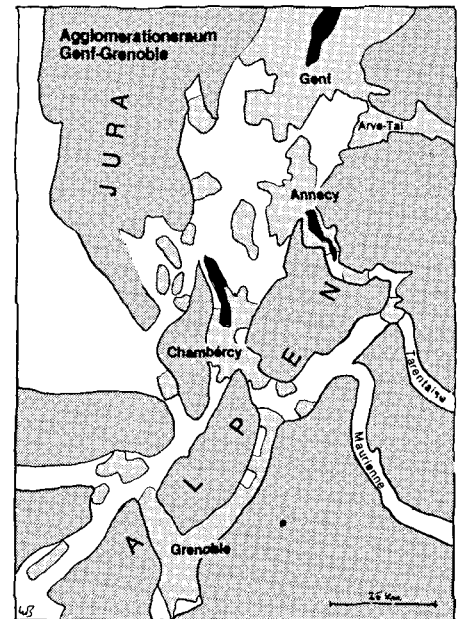
Die 49 Millionen Übernachtungen in den bayerischen Alpen z.B. verteilen sich nicht gleichmäßig in diesem Gebiet, sondern ballen sich zu 75% in bloß 23 Gemeinden. Oder in Graubünden und im Wallis verdichtet sich der Fremdenverkehr zu 60% in nur 10 Orten. Genauso verhält es sich auf der Ebene der Alpenregionen: Der Tourismus ballt sich in den bekannten Gebieten, den „Modegebieten“, während große unbekannte Alpenregionen nur von wenigen Touristen besucht werden.

Jeder, der die Alpen etwas kennt, weiß, daß sich der moderne Tourismus nicht flächenförmig entwickelt, sondern daß er sich punkt- oder bandförmig ausbreitet, z.B. entlang einem See, einer Straße oder einem bestimmten Talabschnitt, und wenig von dieser Haupttrichtung aus abstrahlt. Während die Leitlinien dieser Entwicklung lange Zeit die Eisenbahnlinien waren (so daß der Eisenbahnanschluß in vielen Fällen den Beginn des touristischen Zeitalters bedeutete), so sind es heute die großen Straßenverbindungen, vor allem die neuen Autobahnstrecken. Der etwas zynische Ausspruch eines Alpenvereinsvorsitzenden, daß die Übererschließung der Alpen zwei Autostunden von Zürich oder München entfernt zu Ende sei, hat einen richtigen Kern: Der Einzugsbereich der Großstädte ist eine dominante Größe bei der Entwicklung des Massentourismus. Das zeigt sich deutlich am derzeit allerjüngsten Beispiel, der Leventina (Tessin-Tal): Seit es durch Autobahn und Gotthard-Straßentunnel nahe an

Luzern und Zürich herangerückt ist, explodieren die Wochenend-Urlauberzahlen, der PKW Verkehr und die Anträge auf Zweitwohnsitze.

Die Alpen zerfallen also in zwei Bereiche, die sich völlig unterschiedlich entwickeln: Ein Teil, der durch industrielle Nutzung, moderne landwirtschaftliche Intensiv-Kulturen (beide entwickeln sich ja auch bandförmig entlang der großen Alpentäler), vor allem aber durch die Entwicklung des Massentourismus bestimmt wird und der großstadtähnliche Agglomerationen in einem begrenzten punkt- und bandförmigen Bereich hervorbringt. Und einen anderen Teil, der durch die zerfallende Bergbauernwirtschaft als Abwanderungsgebiet charakterisiert wird, in dem zahlreiche Orte wüst geworden sind oder nur noch von wenigen bewohnt werden. Die Entwicklung der letzten 30 Jahre heißt also: flächenmäßige Entsiedlung des Alpenraums bei großstadtähnlicher Bevölkerungsballung in den größeren Tälern und an wenigen ausgewählten Punkten:

Während ein Teil der Alpen menschenleer wird, platzt der andere Teil vor Menschenfülle fast aus allen Nähten; während man in einem Teil auf zahlreiche Ortswüstungen und Ruinen trifft, hören im anderen Teil die Neubauten gar nicht auf; hier wirtschaftliche Lethargie und Passivität, dort ein enormer Wirtschaftsaufschwung und hektische Aktivität; hier der ersatzlose Zerfall der alten, dort der Aufbau einer völlig neuen Infrastruktur; hier die letzten Reste einer archaischen Lebensform, dort pulsierendes großstädtisches Leben usw. – die heutige Situation und Entwicklung ist nur in diesen Widersprüchen zu beschreiben und zu verstehen!



Am französischen Alpenrand ist zwischen Genf und Grenoble in den siedlungsgünstigen Tallagen fast ein geschlossenes Städteband entstanden, das sich bereits in die Alpen hinein ausbreitet hat. Die neue Autobahn Genf – Mt. Blanc Tunnel durch das Arve Tal und die geplanten Autobahnen von Chambéry und Grenoble in die Tarentaise und die Maurienne (Teilstücke Paris – Turin über Kleinen St. Bernhard bzw. den neuen Fréjus-Autotunnel) werden die Ausbreitung dieses Städtebandes entlang der Talbereiche weiter vorantreiben. Typisch für solche alpinen Agglomerationsräume ist, daß sie die siedlungsgünstigen Talräume tendenziell vollständig bedecken, während die angrenzenden siedlungsungünstigen Räume entvölkert werden – Übervölkerung und Entvölkerung spielen sich auf engstem Raum ab!

Bevölkerungsentwicklung 1962 bis 1975 in den französischen Alpen
(nach Gemeindetypen)

Gebiet	Zu- bzw. Abnahme der Wohnbevölkerung 1962—1975					
	Ländliche Gemeinden					
	Wohnbevölkerung insgesamt	Bevölkerung in den Stadtregionen	Insgesamt	Gem. mit industrieller u. städt. Bevölkerung	Fremdenverkehrs-gem.	landwirtschaftl. orientierte Gem.
	%	%	%	%	%	%
Berggebiete in den Departments Haute-Savoie, Savoie und Isère	+ 10,6	+ 27,5	- 2,9	+ 5,3	+ 7,7	- 13,5
Berggebiete in den Departments Hautes-Alpes, Alpes-Haute Provence, Drôme, Var und Vaucluse	+ 6,7	+ 25,0	- 0,7	+ 6,7	+ 9,0	- 5,0
Ges. Berggebiet	+ 9,1	+ 26,8	- 2,0	+ 5,5	+ 8,3	- 9,1

Quelle: Meriaudeau, R., Contribution à un réflexion sur la politique d'aménagement de la montagne à partir de l'évolution démographique de la zone de montagne française entre 1962 et 1975. In: Revue de Géographie alpine, H. 4, 1974, S. 467.

2.4. Die Folgen dieser Entwicklung für das ökologische Gleichgewicht

Das ökologische Gleichgewicht wird durch diese gegensätzliche Entwicklung auf sehr unterschiedliche Weise betroffen, wir müssen daher beide Räume getrennt untersuchen.

Was die Nutzung der Alpen in den expandierenden Gebieten betrifft, so liegt die ökologische Belastung durch Industrie, Wasserkraft, Verkehr, Jagd und durch die Bautätigkeit des Tourismus und seiner Abfälle auf der Hand. All diese – auch aus dem Flachland bekannten – Umweltbelastungen wirken sich aber in den Alpen verstärkt aus: Inneralpine Becken- und Talandschaften lassen die Luftverschmutzung nur schwer entweichen und häufig anzutreffende Inversions-Wetterlagen verstärken dies noch – die Luftverschmutzung konzentriert sich daher erheblich stärker als im Flachland. In einigen Alpengebieten finden wir daher heute eine Luftverschmutzung wie in Berlin oder im Ruhrgebiet. Dadurch wird die Sonneneinstrahlung verringert und das Wachstum der Pflanzen geht zurück, abgesehen von den direkten Vergiftungserscheinungen bei Pflanze, Mensch und Tier. Beim Wasser werden ebenso alle Verunreinigungen konzentriert, weil Gebiete mit sehr großer Oberfläche alle in denselben Bach entwässern. Besonders gravierend wirkt sich die Erschließung der Gletscher für den Sommertourismus und den Sommerskilauf aus, die bereits das Quellgebiet verschmutzt. Dadurch werden nicht nur die Alpen selbst belastet, die noch größere Gefahr liegt darin, daß die Alpen als europäisches Trinkwasser-Reservoir umkippen.

Hinzu kommt die Belastung durch den sauren Regen, die in der jüngsten Zeit (Sommer und Herbst 1983) in katastrophaler Weise am Nordrand der Alpen zugenommen hat: Durch das großflächige Absterben des Bergwaldes verlieren die Hänge ihren wichtigsten Schutz gegen die Erosion, und es drohen Verkarstungen großer Flä-

chen, die sogar das Alpenvorland bedrohen.

Weiterhin gibt es eine spezielle Belastung durch den Tourismus: Durch Seilbahnen und Sessellifte ist die Almregion für den Massentourismus im Sommer und Winter sehr gut erschlossen. Dieser Bereich ist aber durch die Solifluktionserscheinungen ziemlich labil und wenig belastbar. Schon Massen von Spaziergängern, die kreuz und quer umherstreifen, erschüttern das labile Gleichgewicht, was zum Aufreißen der Vegetationsdecke führen kann, oder treten die Vegetation so häufig nieder, daß sie dadurch ernsthaft geschädigt wird. Noch schwereren Schaden richtet aber der Pistenskilauf an: Durch das ständige Befahren der Piste wird der Schnee zusammengedrückt und teilweise in Eis verwandelt (der Effekt ist bei maschinell planierten Pisten noch größer), solche Stellen tauen dann im Frühling erheblich später auf, und die Verkürzung der Vegetationszeit um 2–3 Wochen ist in der Almregion eine ganz entscheidende Zeit. Außerdem assimilieren

Niederschlagsabfluß und Bodenabtrag in Abhängigkeit von der Vegetationsdecke

Vegetationsform	Abfluß von Niederschlag in Prozent	Bodenabtrag in t/ha
Mischwald	5	0,01
Fichtenreinbestand	6	0,13
Ackerflächen	21	2,10
Almen, Wiesen	30	0,18
Erosionsflächen	56	105,50
Skiabfahrten (ohne Erosionsflächen)	80	10,60

Quelle: Seminarbericht Grindelwald (MaB-Projekt)

Der erheblich größere Bodenabtrag auf Ackerflächen im Vergleich zu Wiesen/Almen ist durch bauerliche Mehrarbeit ausgeglichen worden (Verbauung mit Terrassen, Transport der abgeschwemmten Erde mit der Klope wieder nach oben usw.).

Die ökologische Problematik von Skiabfahrten wird aus diesen Zahlen sehr deutlich, v.a. wenn man einbezieht, daß Skiabfahrten sehr leicht Erosionsstellen aufweisen.

Wanderungssaldo 1961 bis 1971 der Gemeinden in ausgewählten Seitentälern Tirols und im Inntal

Gemeinden in den Planungsräumen	Wanderungssaldo 1961—1971	Gemeinden in den Planungsräumen	Wanderungssaldo 1961—1971
	in % von 1961		in % von 1961
1. Seitentäler		2. Inntal	
Inneres Pitztal	- 10,3	Telfs und Umgebung	+ 7,4
Äußeres Pitztal	- 6,4	Salzstraße	+ 11,3
Hinteres Ötztal	- 2,7	Kematen u. Umgebung	+ 10,5
Mittleres Ötztal	- 4,1	Hall und Umgebung	+ 14,5
Sellrain	- 7,7	Innsbruck — Stadt	+ 5,7
Paznaun	- 7,1	Untere Schranne	+ 7,1
Abfaltersbach u. Umgebung	- 11,3	Kufstein u. Umgebung	+ 5,6
Sillian und Umgebung	- 11,5		
Tilliach	- 17,3		
Tannheimertal	- 7,4		

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Ergebnisse der Volkszählungen 1961 und 1971.

Diese beiden Tabellen zeigen deutlich die doppelte, widersprüchliche Entwicklung des Alpenraums: Landwirtschaftlich orientierte Gemeinden werden immer kleiner, während touristisch oder industriell orientierte Gemeinden und Städte immer größer werden.

viele Alpenpflanzen durch den Schnee hindurch, was ebenfalls verunmöglicht wird. Bei leichten Buckeln auf der Piste werden diese von den Skifahrern schnell vom Schnee blankgefahren, und die scharfen Skikanten rasieren die Vegetation ab. Das Gewicht der eingesetzten Pistenplaniermaschinen drückt den Boden zusammen und hemmt die Vegetation. Der allergrößte Schaden wird aber da angerichtet, wo Skipisten überhaupt erst im unebenen Gelände mittels Abschürfungen und Begradigungen des Bodens durch Planiertraupen geschaffen werden, großflächige Stellen sind dann ohne die schützende Vegetationsdecke.

Durch all diese Belastungen wird die Vegetationsdecke geschädigt, aufgerissen oder ganz weggeräumt. Im günstigsten Fall, wo die geschädigten Flächen durch die Bergbauern noch weiter bearbeitet werden, bleibt die Vegetationsdecke einigermaßen erhalten, aber der Futter-Ertrag geht um die Hälfte bis zwei Drittel zurück. Meist wird es jedoch schlimmer: Der blanke Erdboden wird im Frühjahr bei der Schneeschmelze leicht erodiert, aber auch starke Gewittergüsse im Sommer verursachen große Schäden, weil der blanke Erdboden kaum Wasser halten kann und alles Wasser oberirdisch abfließen muß, sogenannte „Muren“ (schlammartiges Gemisch aus Wasser, Erdreich und Steinen) entstehen. Außerdem können auf solch blanken Stellen im Frühjahr leichter Lawinen abgehen, die einen weiteren Teil des Bodens mitreißen. Im Winter merkt man nichts davon, aber im Sommer sieht es furchtbar aus: Durch Muren, Lawinen und Erosion wird das sanfte, wellige Almgebiet so zerfurcht, daß nach einigen Jahren sogar Probleme für die Skifahrer entstehen, die dann durch Planiertraupen beseitigt werden – Ausgangspunkt für neue, größere Schäden.

Fortsetzung im nächsten Heft:

Die Analyse dieser doppelten Entwicklung

Leicht lesbar ist die jüngste Ausgabe der Zeitschrift **Argument** (November / Dezember 1983). Karen Ruoff wirft einen Blick zurück auf die „Wende zur neuen Subjektivität“ und beginnt ihn mit einer Rekonstruktion der Kursbuchdebatte von 1968 über den „Tod der Literatur“ Karl-Heinz Götzte macht sich über Erfolg und Widerhall von Sloterdijks „Kritik der zynischen Vernunft“ Gedanken, „Bombenstimmung“ Der unsägliche Wolfgang Pohrt war einer der wenigen, die das Buch rundum verrissen haben: „Am Ende freilich muß er gegen Sloterdijk eine künftige höhere Gerechtigkeit zu Hilfe rufen. Die Entlarvungsstrategie tropft am Erfolg ab. Die Linke hat wieder mal recht, aber keiner will es wissen. Wer Sloterdijk erfolgreich kritisieren will, der darf die Wahrheiten, die er formuliert, nicht preisgeben. Und es ist ja wahr, daß Theorien und Lebenserfahrungen der verschiedenen oppositionellen Strömungen in der Geschichte der BRD zusammengedacht werden müssen. Er hat ja recht damit, daß man die Welt in erster Linie weder interpretieren noch verändern muß, sondern aushalten‘ Und das Überleben hat die Linke traditionell als privates Problem mißverstanden. Es ist auch wahr, daß in vielen historischen Situationen die Haltung des ‚Sich-Kleinmachens‘ des einverständigen Geschehenlassens sich als zweckmäßige Überlebenshaltung erwiesen hat. Es ist auch wahr, daß Genießen lebensfähiger erhält als Trauern. Sicher sollte man Auffassungen mißtrauen, die man nicht leben kann oder die anderen schnell ans Leben wollen. Sicher sollte man die Rüstern lassen und Theoriestreit gelassener austragen.“ Es gibt eben Zeiten, in denen Binsenwahrheiten als Sensation erscheinen und Katzenjammer beim Abendschoppen auf die Erfahrung folgt, daß eine Morgenröte noch nicht den ewigen Tag macht.

Unter der Überschrift „Vietnams Weg zum Sozialismus“ wird ein Vortrag von Erich Wulff (Georg Alsheimer) veröffentlicht, der auf der 4. Westberliner Volksuni Pfingsten 1983 gehalten worden war. Erich Wulff hatte 1979 seine kritischen Eindrücke von einem neuerlichen Besuch in Vietnam publiziert. Einige Zeit wurde er dann nicht mehr nach Vietnam gelassen. Anfang 1983 war er wieder dort. Der Titel klingt sicherer, als sich Wulff der Richtung des vietnamesischen Weges ist. Kernpunkt von Wulffs Überlegungen ist seine Ansicht, daß es einen direkten Übergang zum Sozialismus

in Ländern wie Vietnam nicht gibt, und wenn er versucht wird, zu einer Art Restauration der asiatischen Produktionsweise führt. Eine solche Entwicklung wurde für Wulff mit den rigorosen Verstaatlichungsmaßnahmen der KP Vietnams bis 1979 forciert. „Ab Ende 1979 wurde dann das Steuer der Entwicklung völlig herumgerissen. Es begann eine Periode neuer ökonomischer Politik (NÖP), die noch heute andauert. Die Landwirtschaft wurde teilweise reprivatisiert: Zwar nicht der Besitz, aber die Nutzung des Bodens. Privater Handel und privates Handwerk wurden nicht nur wieder geduldet, sondern auch öffentlich gefördert. Dies hat zu einer raschen Besserung der Versorgungslage der Bevölkerung geführt; aber auch dazu, daß dasjenige, was bis zur radikalen Verstaatlichung 1978 eine ungeliebte parallele Ökonomie am Rande der Legalität gewesen war, der ‚freie Handel‘ die private Initiative, jetzt seit Ende 1979 zur tragenden Säule der vietnamesischen Wirtschaft geworden ist. Diese Entwicklung ging mit einem Preis-

gegenübersteht. Diese letztere hat sich, so meine ich, in den letzten Jahren weitgehend durchgesetzt. So ist es kein Zufall, daß mir Freunde (alte Parteimitglieder) sagten, in Vietnam gebe es heute eigentlich gar keine Führung mehr: Zwar einen immer noch perfekt funktionierenden Machtapparat, gleichzeitig aber rivalisierende Clans, die sich seiner wechselweise bedienen. Statt zum Sozialismus hätte also das Überspringen der bürgerlichen Entwicklungsphase ein Stück weit zurück in eine neue Feudalisierung geführt.“

Ob man unter solchen Bedingungen dann von einer neuen ökonomischen Politik sprechen kann, ist doch ziemlich fraglich, denn in Wirklichkeit wird gar nicht der bürgerlichen und kleinproduzierenden Gesellschaft Raum für Entwicklung geschaffen. Viel eher versuchen sich die um den „perfekt funktionierenden Machtapparat“ rivalisierenden Clans neue Ressourcen zu erschließen, um ihre Herrschaft zu erhalten. Im übrigen liegt es eigentlich auf der Hand, daß die von Wulff beschriebene

nem endlosen Grenzkrieg Vietnam zu zermürben. Vietnam sah sich gezwungen, militärisch zu intervenieren, und in kürzester Zeit war das Pol-Pot-Regime zusammengebrochen. Die VRCh entfesselte einen Bestrafungskrieg gegen Vietnam, der für beide Seiten sehr verlustreich wurde. Diese Kriege gaben dem Rest von revolutionärem Kinderglauben in der Welt den Todesstoß.“

An nichts aber als Kinderglauben appelliert Haug noch heute. Die einen führen Kriege, die anderen sehen sich gezwungen, militärisch zu intervenieren. Er spekuliert darauf, daß über das „massenmörderische ‚Schreckensregime‘ in Kampuchea das historische Urteil durch das Schwert des Eroberers ein für allemal gefällt ist. Noch in keinem Fall haben die Propagandamaschinerien der beiden Supermächte und ihrer Verbündeten so reibungslos zusammengewirkt wie im Falle der kampucheanischen Revolution, und noch nicht mal gegenüber Afghanistan, wo die Widerstandskämpfer gerne als barbarische Feudalisten dargestellt werden, hat sich die Linke so blamiert wie gegenüber dem jetzt bald fünf Jahre anhaltenden kampucheanischen Widerstandskrieg gegen die „militärische Intervention“ zu der sich Vietnam „gezwungen“ sah. Warum eigentlich ist es nötig, erst einen solchen Nebelvorhang zu legen, bevor ein paar kritisch aufklärende Bemerkungen über die innere Entwicklung Vietnams öffentlich werden können?

was uns auffiel

auftrieb einher, wie wir ihn allenfalls aus Brasilien oder Indonesien kannten, nämlich um mehrere hundert Prozent, aber auch mit einer überhandnehmenden Korruption, die vom Süden des Landes auf den ehemals asketischen, ‚puritanischen‘ Norden übergriff. Der Anblick der Städte Vietnams, vor allem des Südens, ähnelt jetzt wieder stark demjenigen zu Beginn der sechziger Jahre: der Zeit also, bevor die Amerikaner in Massen ins Land strömten.“

Aus seinen Reiseeindrücken geht allerdings hervor, daß es trotz der extremen Schwünks in der vietnamesischen Wirtschaftspolitik eine durchgängige Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung gibt, die Wulff so beschreibt:

„Ich habe bei meiner letzten Reise im Januar 1983 sehr deutlich wahrgenommen, daß es in Vietnam heute noch – oder wieder – Clans und Klientelen gibt, lokale, dezentrale Machtzentren, und daß der konfuzianischen Moral im sozialistischen Gewande, die diejenige des Allgemeinwohls, des Staatswesens als Ganzes ist, die Feudalmoral der persönlichen Treue, Verbindlichkeit und Abhängigkeit

Tendenz zu einer „neuen Feudalisierung“ die sich durch die Schwünks der Wirtschaftspolitik offensichtlich durchzieht, mit einer anderen, nicht weniger ununterbrochenen Tendenz, dem vietnamesischen Expansionismus zusammenhängt, dessen Triebkraft Landhunger und Ausdehnung des Territorialbesitzes zu sein scheint.

Überhaupt versucht W.F. Haug von vornherein zu unterbinden, daß aus dem Artikel von Erich Wulff irgendwelche theoretischen oder politischen Konsequenzen gezogen werden könnten. Zu diesem Zweck schreibt er Geschichte mit der Holzharke. Für die Linke sei die Befreiung Vietnams ein Moment des Glücks gewesen, weltweit. Einverstanden. Aber dann: „Bald verdrüsterte sich das Bild. Der sowjetisch-chinesische Streit wurde auf dem Rücken Vietnams ausgetragen. Die kambodschanische Anschlußrevolution verwandelte sich in ein massenmörderisches Schreckenregime, das von der VRCh funktionalisiert wurde, um in ei-

Allerdings ist das **Argument** sowieso schon ins Schußfeld geraten. Manfred Buhr Gralshüter des Marxismus drüben, hat nämlich den Mitherausgeber Haug als besonders bössartigen Einschmuggler bürgerlicher Konterbanden ins weltweit auf dem Vormarsch befindliche marxistische Denken ausgemacht. Die Angelegenheit ist pikant, denn Buhr nimmt einen Beitrag aufs Korn, den Haug in einem Sammelband des DKP-IMSF-Instituts veröffentlicht hat. Das IMSF muß so was schon mal reinnehmen, wenn seine Publikationen hierzulande verkauft werden sollen. Aber damit wird die automatische Einfuhrlizenz in die DDR gefährdet und damit eine sichere Partie der Auflage. Der Buhrsche Exorzismus ist auszugswise im **Argument** dokumentiert. Wer diese Figur ein bißchen genauer skizziert haben will, dem ist die Lektüre von Beyers „Freibeuter in Hegelschen Gefilden“ (Sendler-Verlag) zu empfehlen. js

Zwei Anmerkungen zu Stahl

Zur Stahlindustrie-Diskussion in der Kommune

Die Stahlerzeugung ist die heute weit überwiegende Form der Metallherstellung. Sie ist damit die Basisindustrie überhaupt. Schon eine Landwirtschaft oberhalb des Hackstockniveaus braucht Metall = Stahl. Jegliche Industrie ohne hin. Die neueren Industrien, etwa Kunststoff- und Nachrichtentechnologien, benötigen zwar weniger Stahl, jedoch immer noch beachtliche Mengen, wenn man den gesamten Fertigungsablauf betrachtet. Daran ändern Substituierungen durch NE-Metalle und Elektronik grundsätzlich nichts, nur mengenmäßig.

Die Stahlindustrie ist in dieser Hinsicht Basisindustrie, zugleich aber hat sie sich selbst zur Voraussetzung. Damit braucht jede Nationalökonomie zuerst und (zeitlich!) vor allem Stahl/Metall. Es ist also kein Wunder wenn Entwicklungs- oder Schwellenländer eine eigene Stahlerzeugung aufbauen. Sagen wir besser aufbauen müssen. Dies müssen sie außerdem einer verarbeitenden Industrie zeitlich vorgelagert und mit Kapazitäten, die zum Zeitpunkt ihrer Installation scheinbare Überkapazitäten darstellen. Es würde gar keinen Sinn machen, eine eben bedarfsdeckende Stahlerzeugung zu errichten, wenn man von einem wachsenden Bedarf ausgeht, ja, ausgehen muß. Kaum würde näm-

lich ein Zusatzbedarf entstehen, wäre man genau dort, wo man vorher war. Beim Importieren. Und zwar zunächst einmal *mehr* als vorher. Die ausgelastete Stahlindustrie müßte zu ihrer eigenen Erweiterung Kontingente abzweigen, oder diese müßten als Zusatz-Import hereinkommen.

Es läßt sich folglich verallgemeinern: Der Einstieg in die Stahlerzeugung muß mit relativen Überkapazitäten erfolgen.

Da aber Stahlindustrie aus Stahlindustrie produziert wird, macht jede Neuinstallation ihre „Mutterkapazität“ überflüssig. Dieser Vorgang wird nur durch einen Bedarf überdeckt, der größer oder gleich Alt- plus Neukapazität ist. Und dies gilt bei der Stahlerzeugung mehr als in den meisten anderen Industrien. Vereinfachend kann man sagen, daß zwischen „ganz“ und „gar nicht“ kaum Variationen möglich sind. Es kann natürlich auch bei ein und derselben Anlage (Hochofen) mengenmäßig gedrosselt werden, aber stillgelegt heißt vernichtet. Ein stillgelegter Hochofen ist Schrott. Bevor dies stattfindet, läßt man sich eine Menge einfallen, besonders dort, wo man trotz aller Absatzschwierigkeiten nach wie vor an einer langfristigen Bedarfsausweitung festhalten muß. Eben in den genannten Ländern/Regionen.

Allein diese Überlegungen reichen zur Erklärung dafür aus, daß notfalls mithilfe echter Dumpingpreise vorhandene (Neu-)Stahlkapazitäten am Leben gehalten werden müssen. Die Alt- oder Mutterkapazitäten sind ohnehin zu hoch. Dies erklärt, warum die jetzige Stahlkrise in Europa schon ein ausgesprochener Dauerbrenner ist (was heute Arbed Saarstahl ist, kam aus Arbed – dem Bock als Gärtner für Röchling etc. via Krise).

Der Kampf im Subventionsdschungel war also schon immer vorgezeichnet. Daraus läßt sich für die laufende Verstaatlichungsdebatte nebenbei ableiten, daß ohne Lösung des Mengenproblems ganz besonders im Verhältnis zu den Entwicklungs-/Schwellenländern – durch sie kaum etwas Dauerhaftes zustande käme.

Die Lösung der Kohlgrafen:

Vorweg und am Rande sei angemerkt, daß das Argument, man wolle der Subventionitis an den Kragen, von wegen Marktwirtschaft und so, ein ausgemachter

Schwindel ist. Staatliche Vorleistungen à la Atomenergie oder Verkablerei entlarven dies zur Genüge. Erstaunlich ist nur wie selten dieses Argument zu hören ist.

Es geht wohl eher darum, einen weiteren „Kostenträger“ klein, um Gelder für anderes frei zu halten. Weit wichtiger scheint mir jedoch, daß die Stahlkrise zum Exempel gemacht werden soll. Genaugenommen ist sie es schon. Es ist ein Rezept von bestechender Einfachheit und Logik: Lohnrückerei. Und zwar massiv und beispielgebend. Es ist, als ob Lamsdorff und Konsorten beim alten Marx sich über Krisen kundig gemacht hätten; wenn's mit der Masse des Mehrwerts und Profits am Ende ist, dann kann es nur noch die Rate des Profits bringen. So ähnlich war das doch. Und darauf wollen

sie hinaus. Der Stahl ist nur ein besonders günstiger Sektor weil er so viele „Sachzwänge“ in sich birgt.

Das Konzept hofft, durch Kostendrücker ohne nennenswerte Mengenreduktion in die internationale Konkurrenz voll reingehen zu können. Das muß selbst dann schiefgehen, wenn die Stahlarbeiterzahl durch Rationalisierungen halbiert wird und die restlichen nach dem halben Monat am Daumen lutschen.

Die überständigen „Mutterkapazitäten“ haben ausgedient, selbst wenn sie ihr Zeug verschenken würden. Keine Träne am Kruppgrab. Lieber ein Jahr bezahlten Urlaub für die Kruppianer als ein Jahr Kruppstahl. Kosten würd's ungefähr das gleiche.

Bernd Vatter Stuttgart

Ein natürlicher Urzustand ist nirgends mehr herzustellen

Zu Werner Bätzing's Artikel »Der Mensch als Umweltzerstörer?« in der letzten Kommune

Werner Bätzing's Artikel „Der Mensch als Umweltzerstörer“ (11/83) fand ich sehr gut und von der Sorte, die man sich gerade in der geographischen Fachliteratur öfter wünschen würde. Zu seinen „Grundsätzlichen Schlußfolgerungen für das Verhältnis Mensch Natur“ die in die richtige Richtung zielen, aber zwei kritische, ergänzende Anmerkungen:

Im Punkt 6 heißt es: „Wo diese Urproduktion (= landwirtschaftliche Nutzung, A.D.) wegfällt und andere Nutzungsformen an ihre Stelle treten (z.B. Industrie oder Tourismus) wird die menschliche Dimension der Landschaft schwer gestört.“

Solche Störungen, also auch Umweltzerstörungen, wurden und werden aber auch von nicht industriellen Gesellschaften infolge landwirtschaftlicher „Urproduktion“ erzeugt. Aus dem stabilisierenden Eingreifen des landwirtschaftlich tätigen Menschen in den Alpen, wie beschrieben, darf keine falsche Verallgemeinerung erfolgen. Ein Gegenbeispiel aus unserem Bereich: Mit der Rodungsperiode im Mittelalter wurden in Mittelgebirgen auch stärker reliefierte Flächen und Hanglagen unter den Pflug genommen. Besonders während der ungünstigen Klimaperiode der sogenannten „Kleinen Eiszeit“ mußte man die Anbauflächen ausdehnen. In der Folge gab es im

Lauf der Jahrhunderte eine fortwährende Bodenerosion, die teilweise den gesamten Boden bis zum anstehenden Gestein abtrug. Im Westen von Hofheim/Taunus kann man z.B. Erosionsrinnen in Form ca. zehn Meter tiefer Schluchten finden. Heute längst wieder mit Wald bestanden, weil landwirtschaftlich unrentabel, ist der Boden für immer verloren und wurde teils als Hochflutlehm in den Auen abgelagert (ein menschliches Produkt also, unser Bachtaluntergrund!). Der Boden ist als *einmaliger* Vorgang während der Eiszeiten entstanden, insofern war dessen Erosion ein weitreichender irreversibler Vorgang.

Ebenso irreversibel wie z.B. die Abholzung der mediterranen Gebirge für den antiken Schiffsbau, gleichgültig, ob sich die Menschen der Konsequenzen ihres Tuns bewußt waren oder nicht.

Anders: Der Kapitalismus (die Industrie) führt die Umweltzerstörung nicht als neues destabilisierendes Element ein, er betreibt sie allerdings teils bewußt und letztlich so maßlos, wie die Kapitalakkumulation selber Maßlosigkeit beinhaltet.

In Punkt 10 heißt es: „Zumindest in Europa sind wirklich unarbeitete Landschaften ganz selten geworden.“ Streng genommen ist *keine* Landschaft mehr in ihrer Entwicklung vom Menschen un-

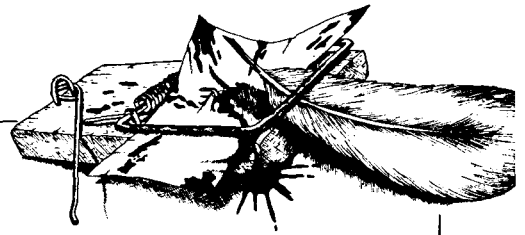
Eine Richtigstellung und eine Anregung

Satzfehler im Artikel über die Volksversammlung in Neu-Ulm in der letzten Kommune

Vermutlich war mein Manuskript korrekt in der Sache – ich habe es leider nicht zur Hand – jedenfalls sind Euch offenbar die Titel von Konstantin Weckers Liedern nicht bekannt. Der Song heißt „Genug ist *nicht* genug“ es kennz dich jo moi ohoan.

NB: Warum habt Ihr dem Affchen keinen Button „Null Bock auf Block“ angehängt, das wär doch moderner? Übrigens wär mir ein Baby lieber gewesen als ein Aff' auch wenn die irgendwie zu unsern Vorfahren gehören, ersten aber gehört die Zukunft (vgl. Mao) – falls es eine gibt.

Jürgen Walla, München



beeinflusst. Noch der letzte antarktische Pinguin hat DDT im Körper; atmosphärische Zirkulation und Klimageschehen werden global durch Emissionen usw. beeinflusst.

In der BRD nun ist ein wie auch immer vorgestellter natürlicher Urzustand (eine reine Naturlandschaft) nirgends mehr herzustellen. Nur *naturnahe* Landschaften (Ökotope wie Sümpfe, Dünen usw.) können bei bewusster und dauernder menschlicher Pflege hergestellt und erhalten werden. Dagegen wäre die Auffassung mystifizierend, die Natur in Ruhe zu lassen, damit sie ihren Kreislauf wieder herstellt. Das ursprüngliche System „Natur“ einmal vom Mensch gestört, pegelt sich dann sowieso in einem sekundären Zustand ein (vgl. Sekundärvegetation Lüneburger Heide nach langer Beweidung). Also kann sich der Mensch nicht aus diesem System heraushalten, er muß statt Stöberer Regelgröße sein. So schließt auch sinngemäß Punkt 10.

Achim Dressler Rüsselsheim

Zum Affen gemacht ?

Anmerkung zum Titelbild der Kommune 11/83

Ich möchte nicht darauf verzichten, Euch meinen Ärger/Wut über das letzte Titelbild mitzuteilen. Für mich war das dumme Verächtlichmachung früherer (?) Positionen und/oder zumindest Teilen der Friedensbewegung. Wenn der Gestalter – Genosse M. A. (?) – für Nato und Nachrüstung ist, soll er's sagen und dies nicht Daktari-mäßig darstellen. Und wie steht die Redaktion dazu; ist sie von dem Titelbild überrascht worden – was ich mir schlecht vorstellen kann!!!! Wenn ich die *Kommune* nicht kennen würde, hätte mich dieses Bild (Collage) auf jeden Fall nicht neugierig auf den Inhalt der Zeitschrift gemacht. Wenn die Auflage gesteigert werden soll, was ja allgemeiner Wunsch ist, dann sollte dies auch durch die Aufmachung unterstützt werden.

Jockel Guber Stuhr

Kursbuch

Was ist uns die Pressefreiheit wert?

Spendenaufruf

Am 25. Oktober begann der Prozeß gegen Benny Härlin und Michael Klöckner, zwei Gründungsmitglieder des „Vereins Zeitungs-kooperative“, der bis heute im Impressum der Monatsschrift „Radikal“ als Herausgeber genannt wird. Härlin und Klöckner sollen für den unkommentierten Abdruck von „Kommandoerklärungen“ der „Revolutionären Zellen“ (RZ) in der Zeitung „Radikal“ verantwortlich sein und dadurch öffentlich Straftaten gebilligt, zu Straftaten aufgefordert und für eine terroristische Vereinigung gewonnen haben.

Beide waren wegen dieser Vorwürfe über zwei Monate inhaftiert und wurden erst am 20. August nach zahlreichen Protesten (u.a. aus Kreisen von Richtern und Anwälten, Journalisten und Schriftstellern, Mitgliedern der SPD und der Grünen) und gegen Zahlung einer Kaution von insgesamt DM 60000 freigelassen. Der Haftbefehl besteht gegen beide fort. Die Gefahr einer Verurteilung zu einer Haftstrafe von über zwei Jahren ist nicht gebannt. Das bisherige Verhalten der Justiz läßt vermuten, daß es ihr um die Statuierung eines Exempels geht: Für das Verfahren wurden durch das Berliner Kammergericht „Zwangverteidiger“ bestimmt, d.h. Verteidiger des Vertrauens des Gerichts, nicht aber der Angeklagten; während der Zeit der Untersuchungshaft wurden Trennscheibe und Verteidigerpostkontrolle angeordnet.

Manches deutet darauf hin, daß mit diesem Prozeß eine „justizpolitische Wende“ auf dem Pressesektor eingeleitet werden soll. Anlässlich der Verhaftung von Härlin und Klöckner hielten es denn auch

der bundesdeutsche PEN, der Verband deutscher Schriftsteller, die Deutsche Journalisten-Union und der Deutsche Journalisten-Verband in einer gemeinsamen Erklärung „für dringend erforderlich, gemeinsam vor der schrittweisen Einführung von Pressezensur zu warnen“

Die Wichtigkeit, die von der Justiz dem Verlauf und Ausgang des Prozesses beigemessen wird, läßt sich allein schon aus der geplanten Verfahrensdauer ablesen: Das Kammergericht hat bis jetzt 30 Verhandlungstage angesetzt. Solche Prozesse sind teuer: Für den Fall eines Schuldspruchs müssen Benny Härlin und Michael Klöckner mit Kosten von über 100000 DM rechnen. Hinzu kommt, daß schon eine sachgerechte Verteidigung viel Geld kostet – für Gutachten, eigene Ermittlungen und eine der Bedeutung des Verfahrens entsprechende Öffentlichkeitsarbeit.

Beide Angeklagten sind mittellos. Benny Härlin hat eine Halbtagsarbeit beim Berliner Netzwerk; Michael Klöckner ist Student. Beide können die Kosten des Verfahrens nicht allein tragen und sind deshalb auf Spenden angewiesen.

Der Kursbuch-Verlag hat für diesen Zweck ein extra Konto eingerichtet. Die Spenden auf dieses Sonderkonto werden ausschließlich für die Verfahrenskosten und Zwecke der Verteidigung verwendet; verwaltet wird das Konto vom Kursbuch Verlag.

Bitte helfen Sie Benny Härlin und Michael Klöckner und unterstützen unsere Öffentlichkeitsarbeit durch Ihre Spende auf das Konto:

**Kursbuch Verlag, Sonderkonto,
1 Berlin 30 / Postscheckamt Berlin-W, Nr. 17263 – 108**

termine

AG Wohnen

Frankfurt, 17./18. Dezember
Themen: Raumordnung/Sozialer Wohnungsbau
Kontakt: über Kommune-Redaktion

Die USA und ihre Außenpolitik
Gemeinsame Diskussionsveranstaltung der Redaktionen der Zeitschriften *Kommune*, *links* und *Pflasterstrand*
Frankfurt, Montag, 19.12., 20 Uhr
Volksbildungsheim (Am Eschenheimer Turm, kleiner Saal)

AG Bildungswesen

Frankfurt, 7./8. Januar 1984
Thema: Auseinandersetzung mit Reformpädagogik und verschiedenen Arbeitspapieren der Grünen zum Bildungswesen
Kontakt und Anmeldung: Michael Ackermann, c/o Kommune-Redaktion

Grüne Bundes-Frauen-AG

Hamburg, 20. – 22. Januar 1984
Themen: §218, Europawahlprogramm, Frauenerwerbstätigkeit (Teilzeitarbeit)
Kontakt: Gaby Wegener, c/o GAL-Büro, Bartelsstr. 30, 2000 Hamburg 6, Tel.. 040/4392991, Birgit Arkenstette, c/o Die Grünen im Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn, Tel.. 0228/167484

Philippinen (Vortragsreihe)

Münster, 13. Januar 1984 (Aufaktveranstaltung), KSG-Aula (Frauenstraße)
Geschichte des Inselstaates und philippinische Kultur. An fünf weiteren Abenden werden philippinische Filme, Berichte über die Rolle der Multis auf der Südsinsel Mindanao, über Widerstand und Protest am Beispiel ethnischer Minderheiten im Norden und Süden sowie eine Darstellung der Gesundheitssituation geboten. Auf der Abschlusveranstaltung werden voraussichtlich Vertreter von den Philippinen, aus Lateinamerika und Afrika über Strategien ihrer Befreiungsbewegungen sprechen.
Information: AG Philippinen, c/o Informationszentrum Solidarische Welt, An den Mühlen 25, 4400 Münster i.W

Friedenskongreß der Sozialwissenschaftler
Karlsruhe, Universität, 4./5. Februar 1984
Kontakt: Dr. H.P. Waldrich, Parkstr. 9, 7500 Karlsruhe, Tel.. 0721/695611 oder 0721/26021

Unterkonsumtion, Krisentheorie, Alternative Wirtschaftspolitik
Wochenendseminar der Redaktion der Aufsätze zur Diskussion (AZD)
Frankfurt, Mainzer Landstraße 147, 4./5. Februar 1984

Für die Teilnahme wird ein Unkostenbeitrag von 10 DM erhoben (wird eingesammelt). Verpflegung ist selber zu regeln. Für Übernachtungsmöglichkeiten wird gesorgt. Interessenten erhalten bei der Anmeldung Materialien zur Vorbereitung.
Anmeldung: AZD-Redaktion, Postfach 100229, 4650 Gelsenkirchen

Kennen Sie schon unsere Zeitschrift über China?

China der heute

berichtet über Chinas Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, Geschichte, Kultur und Kunst, erzählt vom chinesischen Alltag und widmet sich den deutsch-chinesischen Beziehungen. Die vom Bundesvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDCF) herausgegebene Zeitschrift erscheint bereits im 11. Jahrgang.

Geplante Themen 1984: Stadtportrait Peking (Nr. 1); Jugend 1984 (Nr. 2); Deutsche in China (Nr. 3); Frieden, Abrüstung, Militär (Nr. 4).

Jahresabonnement 1984 (4 Hefte incl. Versand) DM 16,— Ausland DM 20,— Förderabonnement DM 50,—

Alle Nummern des dnC noch lieferbar!

Nr.	Schwerpunktthema	Preis	Ko- ple
4/83	Sitten und Gebräuche	4,00	o
3/83	China und die Dritte Welt	4,00	o
2/83	Erziehung	4,00	o
1/83	Ökologie u. Umweltschutz	4,00	o
6/82	Religion	3,50	o
5/82	10 Jahre dipl. Beziehungen	3,50	o o
3 + 4/82	Außenpolitik	3,50	o o
2/82	Landwirtschaft/Taiwan	3,50	o
1/82	Tourismus	3,50	o
6/81	Moderne Literatur	3,50	o
5/81	Medizin	3,50	o
4/81	Tibet	3,50	o
3/81	Handel mit China	3,50	o
2/81	Chinesisch lernen	3,50	o
1/81	Maosismus II	3,50	o
Sonderdruck: Deng-Interview v.O. Fallaci			
6/80	Maosismus I	2,50	o
5/80	Auslandschinesen	2,50	o
4/80	Küche	2,50	o
3/80	Sport	2,50	o
2/80	Alltagsorgen der Chinesen	2,50	o
1/80	Nationale Minderheiten	2,50	o
6/79	Freundschaft auf dem Prüfstand	2,00	o
5/79	Literatur extra	2,00	o
4/79	Griff zu den Sternen	2,00	o
3/79	Demokratie und Sozialismus	2,00	o
2/79	Konflikt China/Vietnam	3,00	o
1/79	Bauernmalerei	2,00	o
6/78	Handel mit China	2,00	o
5/78	Kinderbücher	2,00	o
4/78	Reiseland China	2,00	o
3/78	Landwirtschaft/Reisen	2,00	o
2/78	Recht/Landwirtschaft	2,00	o
1/78	Massenmedien	2,00	o
20/77		2,00	o
18 + 19/77		2,00	o
17/77		1,00	o
16/77		1,00	o o
15/77		1,00	o o
14/77		1,00	o o
Sondernummer: Mao Zedong		3,00	o
12 + 13/76	Deutsch-Chin. Beziehungen / Lu Xun	2,00	o
11/76		1,00	o o
9/76		1,00	o o

Bitte Gesamtbetrag zzgl. DM 2,— Porto in Briefmarken beilegen.

**China Studien- und Verlagsgesellschaft
Redaktion das neue China**

Eschenheimer Anlage 28
6000 Frankfurt/M 1
Tel.. 0611/5970206

AUFSÄTZE ZUR DISKUSSION

„Ehe das Proletariat seine Siege auf Barrikaden und in Schlachtlagen erficht, kündigt es seine Herrschaft durch eine Reihe intellektueller Siege an.“ (Karl Marx)

EINE THEORETISCHE ZEITSCHRIFT DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

jedes Heft DM 6, / ca 100 Seiten; Abonnement DM 20, / 4 Ausgaben

Nr 23 September 83

Friedensbewegung und deutsche Frage

Geschichte der Friedensbewegung in der BRD / Deutschlandpolitik der Sowjetunion / Konsequenzen der sozialdemokratischen Ostpolitik / DKP und westdeutsche Friedensbewegung
Rezensionen zum Thema

Nr 24 November 83

Außen- und Militärpolitik d. Sozialdemokratie

Nach den Friedensdemonstrationen/Die Sicherheitspolitik d SPD / Westdeutschland zwischen Ost und West?/Entspannungs- u Konfrontationspolitik / NATO-Militärdoktrin im Wandel/BRD auf Kriegskurs? / Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus

--Probeheft anfordern !!!! --

VTK/Postf.16741/6000 Ffm

Sozialismus

Die marxistische Zeitschrift Sozialismus erscheint seit 1976 alle 2 Monate.

Im letzten Jahrgang schrieben und diskutierten u.a.:

E. Eppler, M. Coppik, H. Kleinert (Grüne), E.J. Hobsbawm, St. Holland (Labour), P. Ingrao (PCI), S. Kebir, E. Meinecke (SPD), D. Motchane (PS), P. v. Oertzen, K. Schacht (DKP), B. Trentin (CGIL), K.D. Voigt

Ab 15. Oktober monatlich 60 Seiten; DM 5,—

Abo (10 Hefte + 1 Doppelheft) DM 50,— (+ 5,— Porto)

Im Buchhandel oder bei VSA
Postfach 50 15 71
2000 Hamburg 50

Aufgepaßt

... es ist wieder die hohe Zeit der Aboverlängerungen. Viele Jahresabos laufen aus, und das Verlängerungsschreiben vom Buchvertrieb Hager dürfte bei den Betroffenen schon auf dem Schreibtisch liegen.

Also nicht vergessen, Überweisungsschein ausfüllen (natürlich um *ein Jahr* verlängern, das ist bequemer) und ab zur Post — denn sonst gibts Probleme mit der Belieferung. Ohne Zahlung läuft nichts. Aufwendige Mahnverfahren wollen und können wir uns nicht leisten. Denn Zeit und Geld sind knapp, und für Eintreibermethoden haben wir nicht viel übrig.

Bei allen, von denen uns eine Einzugsermächtigung vorliegt, wird der Betrag für das nächste Jahr *automatisch* abgebucht. So wie es vereinbart war. Also nicht erschrecken!

und zugefaßt

Für's neue Jahr empfehlen wir allen Leserinnen und Lesern den Einstieg ins Abonnement. Unser Angebot für den Abschluß von einem Jahresabo gilt weiter: drei Ausgaben aus dem Jahr 1983 zur freien Auswahl umsonst!

Also nur den nebenstehenden Coupon ausfüllen, und ab 1.1.84 kommt die Kommune (das neue Heft und drei alte Ausgaben) direkt ins Haus!

- Ich möchte ein Probeheft und eine Übersicht über die Ausgaben aus dem Jahre 1983.
- Ich möchte die Kommune für ein halbes Jahr zum Preis von 30 DM abonnieren.
- Ich möchte die Kommune für das Jahr 1984 zum Preis von 60 DM abonnieren und erhalte drei Hefte in freier Auswahl aus dem Jahr 1983 umsonst.

Einsenden an:
BUCHVERTRIEB HAGER
Postfach 11 11 62
6000 Frankfurt/Main 11

Solange das Arbeitsmittel im eigentlichen Sinn des Wortes Arbeitsmittel bleibt, so wie es unmittelbar, historisch, vom Kapital in seinen Verwertungsprozeß hereingenommen ist, erleidet es nur eine formelle Veränderung dadurch, daß es jetzt nicht nur seiner stofflichen Seite nach als Mittel der Arbeit erscheint, sondern zugleich als eine durch den Gesamtprozeß des Kapitals bestimmte besondere Daseinsweise desselben, — als *capital fixe*.

In den Produktionsprozeß des Kapitals aufgenommen, durchläuft das Arbeitsmittel aber verschiedene Metamorphosen, deren letzte die *Maschine* ist oder vielmehr ein automatisches System der Maschinerie, in Bewegung gesetzt durch einen Automaten, bewegende Kraft, die sich selbst bewegt; dieser Automat bestehend aus zahlreichen mechanischen und intellektuellen Organen, so daß die Arbeiter selbst nur als bewußte Glieder desselben bestimmt sind. In der Maschine und noch mehr in der Maschinerie als einem automatischen System, ist das Arbeitsmittel verwandelt seinem Gebrauchswert nach, d.h. seinem stofflichen Dasein nach in eine dem *capital fixe* und dem Kapital überhaupt adäquate Existenz und die Form, in der es als unmittelbares Arbeitsmittel in den Produktionsprozeß des Kapitals aufgenommen wurde, in eine durch das Kapital selbst gesetzte und ihm entsprechende Form aufgehoben. Karl Marx, Grundrisse

»Arbeiter«, Holzschnitt von Willi Geißler, 1925

